



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Wohin steuert Russland? Reformen in Politik und
Wirtschaft unter Putin“

Verfasser

Dorian Csokor

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Mein Dank gilt meiner Familie, aber auch meinem Betreuer, da ich deren Geduld auf eine harte Probe gestellt habe.

Inhaltsverzeichnis

1) Einleitung	5
1.1) Forschungsstand	6
2) Theoretischer Teil	8
2.1) Methodologischer Zugang	8
2.2) Hypothesen	9
2.3) Eurozentrismus	10
2.4) Begriffsklärung	11
2.4.1) Demokratie	11
2.4.2) Autoritäre Systeme	16
2.4.3) Rechtsstaat	16
2.4.4) Ein freier Markt	17
2.4.5) Institutionen	17
2.4.6) Staatlichkeit	19
2.4.7) Regierung – Regime – Staat	20
2.4.8) Zivilgesellschaft	21
2.5) Konzeptklärung	21
2.5.1) Transitions- und Konsolidierungsforschung	21
2.5.1.1) <i>Institutionelle Entscheidungspunkte in der Transition</i>	26
2.5.1.2) <i>Historische Einbettung der Transitionsforschung</i>	29
2.5.2) Defekte Demokratie	31
2.5.2.1) <i>Definition</i>	32
2.5.2.2) <i>Systemtypen defekter Demokratien</i>	33
2.6) Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Demokratisierungen	36
2.6.1) Akteurs- bzw. handlungstheoretischer Ansatz	36
2.6.2) Institutionenzentrierter Ansatz	38
2.6.3) Modernisierungstheorien	38
2.6.4) Kulturalistische Ansätze	39
2.6.5) Synthese	39
3) Die Vorentwicklungen unter Boris Jelzin	40
3.1) Einleitung	40
3.2) Ein unzureichender Systembruch	42
3.3) Die Schwäche der demokratischen Bewegung	45
3.4) Jelzins wahre Basis	46
3.5) Die Schocktherapie	47
3.6) Der Weg zur neuen Verfassung	49

3.6.1) Die Verfassung der Russischen Föderation	52
3.7) Das Parteiensystem	59
3.8) Privatisierungen	61
3.9) Eine problematische Wiederwahl	64
3.10) Föderalismus	67
3.11) Ein Nachfolger wird gesucht	69
3.12) Die Dumawahlen 1999	72
3.13) Fazit	75
4) Putins Präsidentschaft	79
4.1) Putins Umfeld	80
4.2) Putins Legitimation abseits von Wahlen	91
4.3) Die „souveräne Demokratie“	95
4.3.1) Eine russische Identität.....	103
4.4) Ordnung oder Stabilität	106
4.5) Putins Rezentralisierung - Reformen am föderalen System	107
4.6) Die Medienpolitik unter Putin	119
4.7) Die Parteien- und Wahlrechtsreformen	130
4.7.1) Das Parteiengesetz	130
4.7.2) Die Wahlrechtsgesetze	132
4.8) Das Parteiensystem unter Putin	137
4.9) Duma und Präsidentenwahlen.....	146
4.9.1) Präsidentenwahlen 2000	148
4.9.2) Dumawahlen 2003	150
4.9.3) Präsidentenwahlen 2004	154
4.9.4) Dumawahlen 2007	157
4.9.5) Präsidentenwahlen 2008	162
4.10) Die kontrollierte Staatsduma	166
4.11) Putin und die Zivilgesellschaft	170
4.12) Das Justizsystem	182
4.12.1) Bekannte Gerichtsfälle	189
4.13) Putins Wirtschaftspolitik	192
4.13.1) Wirtschaftsentwicklung	192
4.13.2) Nicht gelöste Strukturprobleme	194
4.13.3) Gazprom als Instrument des Kreml	204
4.13.4) Der Staat in der Wirtschaft	208
4.13.5) Renationalisierungen	210
4.14) Die Nachfolgeregelung	215

4.15) Bewertung von Putins Amtszeit.....	219
4.16) Ausblick	229

1) Einleitung

Seit der Unabhängigkeit Russlands im Jahr 1991 hoffte man in Amerika und Europa auf eine demokratiepolitische Erfolgsgeschichte im Kernland der ehemaligen Sowjetunion. Boris Jelzin schien der richtige Präsident zu sein, um das Land erstmals in seiner Geschichte in Richtung einer demokratischen Rechtsstaates zu führen. Man glaubte damals den Siegeszug der Demokratie gekommen, und so meinten auch verschiedene Analysten, dass Russlands Entwicklung - im Sinne der Transitionsforschung - auf geradem Weg zu einer Demokratie hinauslaufen würde. Doch eine gezielte Konsolidierung der Demokratie fand bereits unter Jelzin nicht statt. Die Präsidentschaft wurde schließlich an Wladimir Putin übergeben, bei welchem anfangs, aufgrund seiner Unbekanntheit, ebenfalls zaghafte Hoffnungen bestanden, er würde Russland endlich in die westliche Gemeinschaft führen und dort verankern.

Doch Putin sollte diesen Erwartungen nur durch manche seiner wohlklingenden liberalen Worte gerecht werden. Es zeigte sich früh sein Wille zur Zentralisierung der Macht in den Händen der Präsidentschaft und, als Putin in seiner zweiten Amtszeit außenpolitisch stärker auf Konfrontationskurs mit dem Westen und dessen demokratiepolitischen Idealen ging, schwenkte der Diskurs in der Wissenschaft zunehmend in jene Richtung, Russland bereits als autoritäres Regime zu bezeichnen, da man unter seiner Herrschaft zentrale Minimalbedingungen eines demokratischen Systems kaum noch oder nicht mehr erfüllt sah. Der seit 1991 erhoffte Einzug einer ausreichenden Demokratiequalität - welcher in vielen Ländern des ehemaligen kommunistischen Osteuropas stattfand – wurde somit enttäuscht.

Nun ist Russland das größte und strategisch einflussreichste Land Osteuropas, weshalb auf dessen innere Entwicklungen, bezüglich der Ausformung des politischen Systems, besonderes Augenmerk gelegt wurde und gelegt wird. Die Kritik des Westens an den bestehenden Mängeln demokratischer Normen wurde im Kreml sehr schlecht vertragen, weshalb man dort, mit Hilfe des Konzepts der „souveränen Demokratie“, vermehrt auf die Besonderheiten des eigenen Landes verwies. Wie und wann Russland den Weg zu einem nach eigenen Mustern angepassten demokratischen System finden würde, war unter Putin demnach Sache der Entscheidungsfraktion im Kreml. Zumindest für Putins zwei Amtszeiten, von 2000 bis 2008, konnte festgestellt werden, dass zu dieser Zeit das Erreichen oder auch nur die Annäherung an eine konsolidierte Demokratie nicht erstrebenswert war. Primär galt es, die Macht im Kreml abzusichern. Dies soll in der vorliegenden Arbeit aufgezeigt werden.

1.1) Forschungsstand

Wie eingangs erwähnt, war Russland, aufgrund der zentralen Stellung im internationalen System, im Fokus zahlreicher Analysten und Wissenschaftler, welche die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stets mit verfolgt haben. Die mir für die Arbeit zur Verfügung stehende Literatur war somit sehr umfangreich – seien es Monographien und Sammelbänder oder wissenschaftliche Journals. Bei Letzteren sind vor allem die von mir verwendeten Zeitschriften „Russland-Analysen“, „Osteuropa“ und das „Journal of Democracy“ zu nennen, welche für die vorliegende Arbeit wertvolle Beiträge liefern konnten. Speziell Russland-Analysen war eine sehr gute und aktuelle Quelle, da online alle zwei Wochen eine neue Ausgabe mit Kommentaren, Analysen und Statistiken zu allen Bereichen der russischen Entwicklungen erscheint.

Zentrale Autoren wissenschaftlicher Bücher zum Thema der demokratiepolitischen Entwicklung Russlands waren Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle und Aurel Croissant, welche in ihrem Buch *„Defekte Demokratie. Band 1: Theorie“* im Jahr 2003 das Konzept der defekten Demokratie entworfen und hier, ebenso wie im Folgeband *„Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen“* 2006, auf Putins Russland angewandt haben. In meiner Bewertung des russischen Systems stützte ich mich auch auf dieses Konzept. Bereits im zweibändigen Werk von Gerhard Mangott aus dem Jahr 2002, *„Zur Demokratisierung Russlands“*, bezeichnete er das politische System als defekte Demokratie – somit vor Merkel, jedoch nicht genau konzeptualisiert. Das Konzept Merckels aufgreifend, werde ich in der Arbeit argumentieren, dass unter Putin bereits ein mildes autoritäres System entstanden ist, da wesentliche demokratiepolitische Prinzipien nicht gegeben waren. Für die demokratietheoretischen Aspekte der Arbeit war ebenfalls die Literatur von Wolfgang Merkel, zusammen mit Eberhard Sandschneider und Dieter Segert relevant, welche in den 1990ern einen dreiteiligen Band zur Systemwechselforschung herausbrachten. Für meine Analyse des demokratischen Gehalts in Russland waren auch die Theoriebücher zur Demokratieforschung von Robert Dahl, etwa *„Polyarchy. Participation and Opposition“* (1971), sowie Larry Diamonds und Leonardo Morlino *„Assessing the Quality of Democracy“* hilfreich.

Im Laufe von Putins achtjähriger Präsidentschaft wurden zahlreiche Bücher verfasst, bei welchen die Autoren die Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kritisch durchleuchtet und bewertet haben. Einen wichtigen Beitrag lieferte dabei Richard Sakwa (*„Putin. Russia's Choice“*, sowie *„Russian Politics and Society“* – beide 2008), in welchen ein sehr umfassender Blick auf Russland geworfen wurde. Sakwa kritisierte die Mängel am

politischen System, stellte dem aber das Wirtschaftswachstum und die durchaus pluralistische Gesellschaft unter Putin gegenüber. Sein Fazit war Anfang 2007, dass unter Putin weiterhin ausreichend Potenzial für eine demokratische Entwicklung übrig blieb und, dass sein Regime nur eines des Übergangs und nicht auf Dauer aufrecht zu erhalten war.

Um einiges kritischer war hier etwa Olga Kryschtanowskaja, welche in ihrem Buch *„Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin„*, (2004) speziell den Aspekt des unter Putin aufsteigenden Personals aus dem FSB und anderen sogenannten Gewaltstrukturen als Zeichen autoritärer Politik wertete. Margareta Mommsen und Angelika Nußberger zeichneten 2007 ebenfalls ein recht düsteres Bild der Entwicklung unter Putin (*„Das System Putin“*), da alle wesentlichen Bereiche des Systems zentral gesteuert wurden und, da die Kontrollinstanzen der Exekutive ausgeschaltet wurden. Ihr Ausblick war damals jedoch, dass sich das System nach dem Ende von Putins Präsidentschaft kaum halten wird können, da es zu sehr auf Putin zugeschnitten war und, wegen des bürokratisch-zentralistischen Charakters, keine effektive Modernisierung sowie keine nachhaltige politische Stabilität möglich sind. Lilia Shevtsova, eine bekannte Kritikerin Putins, bezeichnete in ihrem Buch von 2007, *„Lost in Transition. The Yeltsin and Putin Legacies“*, das Regime ähnlich, als bürokratisch-autoritär. Auch nach ihr war die Folge daraus, dass ein solches nicht für eine Modernisierung und ausreichend Wohlstand für die breite Bevölkerung sorgen kann. Die Stagnation, welche sie damals wahrnahm, würde eher in mehr Autokratie und in Verfall enden, als in einer liberalen Reformphase.

Anders Aslund, Sergei Guriev und Andrew Kuchins betrachteten speziell das russische Wirtschaftssystem *„Russia After the Global Economic Crisis“* (2010). Ich greife ihre Schlussfolgerung auf, dass das russische Wirtschaftssystem sein Potenzial unter der gegebenen Struktur ausgeschöpft hat und, dass notwendige Reformen schmerzhaft für die Eliten wären.

Mit Hilfe dieser und weiterer Literatur über Russlands Entwicklung wollte ich nun Merkels Konzept der defekten Demokratie aufgreifen, um das russische System, in einem stärker demokratietheoretischen Kontext als viele der von mir verwendeten Bücher, bewerten zu können. Dies mit einigem Abstand zum Ende von Putins zweiter Amtszeit 2008, und somit mit umfangreicherem Blick, um eine aktualisierte Einschätzung des Charakters von Putins Regime treffen zu können.

2) Theoretischer Teil

2.1) Methodologischer Zugang

Der Zugang in dieser Arbeit ist ein deduktiver, denn die von einer Theorie ausgehend aufgestellten Hypothesen, sollen anhand der tatsächlichen Ereignisse getestet werden. Deduktion wird vor allem bei qualitativen Arbeitsmethoden eingesetzt, und im vorliegenden Fall handelt es sich um eine qualitative Einzelfallstudie über Russlands Entwicklung, die im größeren Kontext die Theorie der defekten Demokratie aufgreift, und die Transitions- und Konsolidierungsforschung im Lichte der Entwicklungen Russlands unter Jelzin und Putin betrachtet. Eine Einzelfallstudie erlaubt eine intensive und umfassende Analyse der spezifischen Entwicklungen und deren Ursachen, unter Einbeziehung der wichtigsten Kontextfaktoren, wie etwa wichtige historische Vorentwicklungen, und das Sichtbarmachen von kausalen Zusammenhängen, jedoch mit geringer Verallgemeinerbarkeit für ähnlich gelagerte Fälle. Bei solchen Einzelfallstudien ist es nicht zielführend, alleine mit einem theoretischen Ansatz alle relevanten Dimensionen und Variablen, die die Haupthypothese betreffen, erklären zu versuchen, da es keinen universellen Ansatz gibt, der dies zufriedenstellend erfüllen könnte. Deswegen wähle ich einen akteurs- und handlungszentrierten Ansatz, jedoch in Synthese mit strukturzentrierten Ansätzen.

Die Fragestellung, wohin sich Russland unter Putin bewegt hat, ist eine deskriptive, aber auch kausal-analytische, da einerseits gewisse zeitliche Abläufe, Institutionendesigns und Bedingungen einer Demokratie dargestellt werden, andererseits aber auch Ursachen, Folgen und Beweggründe spezifischer Entscheidungen und Reformmaßnahmen analysiert werden. Neben konkreten politischen und wirtschaftlichen Reformen, sollen somit auch andere wichtige Entscheidungen in die Betrachtung und Bewertung der Präsidentschaft von Wladimir Putin einfließen.

Die Datenerhebung erfolgte zum größten Teil über die Verwendung von wissenschaftlichen Monographien und Sammelbänden sowie von Beiträgen in wissenschaftlichen Zeitschriften. Auch wurden einige Internetquellen verwendet.

2.2) Hypothesen

Die zentrale Hypothese dieser Arbeit ist, dass sich die demokratiepolitische Qualität in Russland unter Wladimir Putin im Zeitraum seiner Präsidentschaft von Anfang 2000 bis Mai 2008 deutlich verschlechtert hat, da zentrale demokratische Kernprinzipien eingeschränkt wurden und, da demokratiepolitische Mängel des politischen Systems, welche bereits in den 1990ern entstanden sind, stabilisiert wurden, oder sich zu starken Defekten entwickelt haben. Dadurch hat sich Russland insgesamt vom Bereich einer defekten Demokratie, hin zu einem milden autoritären Systems gewandelt. In Anlehnung an Wolfgang Merkels Konzept der defekten Demokratie, sowie unter Verwendung von Demokratiedefinitionen und der Verwendung der Definition autoritärer Regime, soll gezeigt werden, in welchen Bereichen die demokratischen Defekte zu groß wurden und, wo sich demnach autoritären Elemente herausgebildet haben. Zur Erklärung und Strukturierung des Systemwechselprozesses seit 1991 verwende ich zudem die Transitions- und Konsolidierungsforschung. Von dieser Theorie ausgehend stelle ich die Hypothese auf, dass Russland seit seiner Unabhängigkeit nie den Status einer ausreichend konsolidierten Demokratie erreicht hat und, dass zu keinem Zeitpunkt die zentralen politischen Eliten an einer ernsthaften Implementierung und Stabilisierung liberal-demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien gearbeitet haben und, dass stattdessen eine Konsolidierung der Macht stattgefunden hat.

Einige Anzeichen einer defekten Demokratie haben sich schon unter Boris Jelzins, Putins Vorgänger, herausgebildet. Daher stellt sich die Frage, von welchem Ausgangspunkt Putin seine acht Jahre im Präsidentenamt gestartet hat. Eine weitere zentrale Annahme ist deshalb, dass einige Defekte und wichtige Vorbedingungen bereits in den 1990ern entstanden sind und gelegt wurden, welche als negative Faktoren die Politik Putins mitbestimmt haben. Einige dieser Entwicklungen haben unter Putin weitergewirkt, andere wiederum waren die Ursache für die Politik der Rezentralisierung und Wiederherstellung der Staatsmacht, und somit auch Grundlage dafür, die oftmals undemokratischen Reformen durchzuführen, welche mit den Erfahrungen des negativen vergangenen Jahrzehnts gerechtfertigt werden konnten.

Die abhängigen Variablen meiner Hypothesen sind Russland als mildes autoritäres Regime und das Scheitern der demokratischen Konsolidierung, während die unabhängigen Erklärungsvariablen vor allem die politischen und ökonomischen Reformen sowie weitere politische Entscheidungen innerhalb zentraler Teilregime einer staatlichen Ordnung darstellen: Rechtsstaat, Parteiensystem, Wahlen, Massenmedien, Gewaltenkontrolle (*checks and balances*), Legitimität, Verfassungsordnung und Institutionen, Eliten, Wirtschaftssystem.

Aber auch bestimmte Kontextzustände dienen als Erklärungsvariablen: institutionelle und ökonomische Faktoren, das Akteurshandeln oder die weiter wirkenden Erblasten der Vorgängerregime.

Durch die Analyse der Hypothesen soll erkennbar werden, welchen Kurs Russland seit 2000 – unter Einbeziehung der 1990er - eingeschlagen hat, welches System sich herausgebildet hat und, welche demokratiepolitischen Mängel bzw. autoritären Elemente Russland am Ende von Putins Präsidentschaft aufgewiesen hat. Es soll zudem erkennbar werden, wie und wann sich die Defekte in Russland herausgebildet haben. Etwa, ob sie bereits in der Verfassung festgeschrieben wurden, oder ob sie durch bewusste Reformmaßnahmen implementiert wurden.

2.3) Eurozentrismus

Die stete Gefahr einer eurozentristischen Sichtweise anzuhängen, indem man die Demokratisierungsprozesse und konkreten Ausformungen der westlichen Demokratie als Schablonen für alle Transitionen herannimmt, ist relativ groß. Ein zu starkes Abweichen von diesen vermeintlich westlichen Standards würde jedoch relativistischen Argumenten, die im Kern antidemokratisch sein können, zu viel Raum geben. Für diese Arbeit ist der mögliche Vorwurf des Eurozentrismus abzuschwächen, da es hier weniger darum geht, anderen Ländern konkrete Institutionen und Regierungssysteme aufzuzwingen, als vielmehr darum, auf jenes System hinzuwirken, welches die durchaus universellen Prinzipien der Freiheits- und Menschenrechte am besten ermöglichen kann, welche auch aus kulturellen oder religiösen Gesichtspunkten nicht verhandelbar sind. Die Rechte und Schutzfunktionen, die Demokratien garantieren, sind nicht strikt an konkrete Modell gebunden, müssen letztendlich aber vom Staat effizient ermöglicht werden. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 292)

Die Bewertung der Demokratiequalität geschieht in dieser Arbeit jedoch nicht über quantitativ operationalisierte und konkret messbare Werte, sondern über qualitative Analysen, die naturgemäß auch immer subjektiven Charakter haben, weshalb eine eurozentristische Sichtweise im Endeffekt wohl vorhanden sein wird.

Vermeiden möchte ich eine allzu normative Herangehensweise bezüglich der demokratischen Prinzipien im Sinne einer (nahezu) kompletten Erfüllung dieser. Im Angesicht zunehmender Systemmängel und Legitimitätsprobleme der westlichen Demokratien selbst, ist es unangebracht, allzu idealisierte Erwartungen an jene Länder zu richten, die sich (erst) seit 20-25 an

der Demokratisierung versuchen. Das Ziel Putins hätte es demnach nicht sein sollen eine perfekte, jedoch eine ausreichend gut funktionierende Demokratie zu erreichen.

Dennoch soll Kritik offen ausgesprochen werden wo diese notwendig ist, denn das Beschwören kultureller Eigenheiten und sich Kritik von außen zu verbieten, erlaubt defekten Demokratien und autoritären Systemen nicht die Einschränkung zentraler Menschenrechte, welche bisher am besten in einer rechtsstaatlichen Demokratie geschützt werden konnten.

2.4) Begriffsklärung

Zum besseren Verständnis der Thematik sollen im Folgenden einige Begriffe sowie Theorien und Konzepte definiert und operationalisiert werden.

2.4.1) Demokratie

In dieser Arbeit steht die normative Verwendung des Begriffs „Demokratie“ stets verkürzt für eine liberal-rechtsstaatliche und konstitutionelle eingetragene Demokratie. So umfassend wurde der Begriff zu Beginn der Transitionsforschung noch nicht verwendet. Diese stützte sich zu Beginn vor allem auf den minimalistisch-prozeduralen Demokratiebegriff von Robert Dahl aus dem Jahr 1971, für welchen Dahl die Bezeichnung „Polyarchy“ wählte. Dieses Konzept kann durchaus als wichtige Grundlage zur Definitionsklärung herangezogen werden, versteht Demokratie aber primär über die vertikale Kontrolle und Legitimationszuweisung politischer Herrschaft. Die horizontale Verantwortbarkeit (Gewaltenkontrolle und Gewaltenhemmung), die verfassungs- und rechtsstaatliche Ebene sowie die Fragen von Legitimität und Effizienz des Systems werden bei diesem Konzept ausgespart. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 32f.)

Dahl selbst bezeichnete seine Polyarchy allerdings auch als unvollkommene Demokratie, und nur was Partizipation und Wettbewerb betrifft als ausreichend demokratisierte politische Ordnung. Er setzt dieses System aber nicht mit Demokratie gleich, da er anerkannte, dass eine solche mehrdimensional sein muss. Die Kriterien der Polyarchy garantieren demnach keine perfekte Politik oder deren perfekte Repräsentation und Kontrolle, “[but] they make it unlikely in the extreme that a government will long pursue policies that deeply offend a majority of citizens.” (Dahl 1989: 223)

Sieben Kriterien zeichnen eine Polyarchy aus: 1) Kontrolle und Verantwortbarkeit der Regierung erfolgt über die Wahl und Abwahl von politischen Repräsentanten; 2) freie, faire und regelmäßig abgehaltene Wahlen; 3 & 4) ein allgemeines, geheimes und gleiches aktive und passive Wahlrecht; 5) Meinungsfreiheit; 6) das Recht auf und die Existenz von alterna-

tiven und durch Gesetze geschützte Informationsquellen; 7) das Recht, unabhängige Organisationen und Vereinigungen zu gründen, die sich im freien Wettbewerb an Wahlen und sonstigen Prozessen beteiligen können, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. (vgl. Dahl 1989: 221ff.)

Hier stehen somit Wahlen, Partizipation, Wettbewerb sowie jene Grundrechte, die eine freie und faire Abwicklung dieser Prozesse garantieren, im Zentrum. Daraus folgt im optimalen Fall die fortdauernde Responsivität der Politik im Sinne des Wählers. (vgl. Dahl 1971: 2)

Die Polyarchy bietet gegenüber nicht demokratischen Systemen generell einen Umfang an Rechten, die kein anderes System so garantieren kann. "Integral to polyarchy itself is a generous zone of freedom and control that cannot be deeply or persistently invaded without destroying polyarchy itself." (Dahl 1989: 223)

Dahl nannte zudem begünstigende Faktoren für die Etablierung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Ordnung: (vgl. ebd. 245ff.)

1) Ausreichend zivile Kontrolle von Militär und Polizei durch gewählte Politiker und Akzeptanz der demokratischen Ordnung durch das Militär. Umgekehrt darf die Regierung weder durch das Militär, noch durch Sicherheits- und Geheimdienste oder durch sonstige demokratisch nicht gewählte Institutionen oder Akteure dominiert werden. Es sollen somit nur gewählte Vertreter den politischen Entscheidungsprozess kontrollieren und politische Macht ausüben dürfen. (vgl. Mangott 2002: 25)

2) Eine moderne und pluralistische Gesellschaft, die durch ein gewisses Niveau an sozio-ökonomischer Entwicklung entsteht und sich durch Faktoren wie Wohlstand, geringe Ungleichheit, breite Urbanisierung und Bildung, sowie durch eine freie Wirtschaft auszeichnet. Macht und Einfluss dürfen nicht auf ein Zentrum ausgerichtet sein. Eine solche Gesellschaft wirkt stärkend für die Demokratie. Es ist keine notwendige Bedingung, aber wichtig für die langfristige Stabilität des Systems.

3) Die Notwendigkeit der richtigen Einstellung, Überzeugung sowie der Grundsätze der Politiker im Sinne einer politischen Kultur. Diese entwickelt sich jedoch um einiges langsamer als die formellen Strukturen und Prozesse.

4) Die historische Entwicklung eines Landes.

Larry Diamond und Leonardo Morlino stellten in ihrem Buch, „*Assessing the Quality of Democracy*“ (2005), einen multidimensionalen Kriterienkatalog auf, bei welchem nicht nur der kompetitive und elektorale Aspekt einer Demokratie im Vordergrund steht, sondern auch

der Bereich der bürgerlichen und politischen Freiheiten, geschützt und gedeckt durch den Rechts- und Verfassungsstaat.

Dabei wurden acht Dimensionen zur Messbarkeit der demokratischen Qualität eines Staates verwendet. Des Weiteren gibt es drei Hauptziele einer demokratischen Staats- und Rechtsordnung: Politische und bürgerliche Freiheiten; die Souveränität des Volkes; politische Gleichheit. Ein solches politisches System genießt eine starke Legitimität, da es in ständiger Verbindung mit dem Volk steht, weil es durch vertikale und horizontale Kontrolle und Verantwortbarkeit eingeeht ist und, weil dadurch am wahrscheinlichsten Politik im Sinne des Volkes gemacht wird. (vgl. Diamond 2005: xii)

Als minimale Grundvoraussetzungen eines demokratischen Systems braucht es ein universelles, gleiches und geheimes Wahlrecht; regelmäßig abgehaltene kompetitive, freie und faire Wahlen; mehr als eine ernsthafte politische Partei; und alternative Informationsquellen. Larry Diamond sah *freie* Wahlen gegeben: 1) wenn die gesetzlichen Hürden sich zur Wahl zu stellen und in das Parlament einziehen zu können niedrig sind; 2) wenn die Wähler ihre Stimmen sicher sowie ohne Druck und Zwang abgegeben können; 3) wenn Kandidaten und Parteien ihre Wahlkampagne ungehindert durchführen können – dafür braucht es auch die Deckung durch Freiheitsrechte, wie jene der Meinung, Organisation, Bewegung, oder Versammlung. Wahlen sind *fair*: 1) wenn der gesamte Wahlprozess von einer unabhängigen und neutralen Institution, sowie von internationalen Wahlbeobachtern administriert (ob etwa ein objektiver Registrierungsprozess nach klar definierten und bekannten Kriterien vorliegt) bzw. kontrolliert (Stimmabgabe und -auszählung) wird und dadurch genügend Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen gegeben sind; 2) wenn die Kandidaten und Parteien im gesamten Wahlkampf gleich behandelt werden. Neben Polizei und Gerichten nannte Diamond den Zugang zu und die Berichterstattung von staatlichen Medien; 3) wenn bestimmte Gesetze die Opposition nicht systematisch benachteiligen; 4) wenn das Wahlgeheimnis garantiert ist; 5) wenn alle erwachsenen Staatsbürger wählen können. (vgl. Diamond, in: Journal of Democracy, Februar 2002: 28 / Beetham, in: Diamond 2005: 40)

Von den Minimalbedingungen ausgehend haben Diamond und Morlino nun die acht Dimensionen einer Demokratie aufgestellt. Diese stehen in enger Beziehung zueinander und verstärken und überschneiden sich gegenseitig. (vgl. ebd. x ff.)

1) *Rechtsstaat*: „The rule of law is the base upon which every other dimension of democratic quality rests.“ (Diamond 2005: xv) Alle Freiheiten und Rechte sind durch diesen einklagbar, er schützt gegenüber möglicher Willkür oder Repression der Staatsmacht und hegt durch die Verfassung die Macht der Exekutive ein. Die Gesetze müssen universelle Gültigkeit haben,

stabil sein sowie in fairer und einheitlicher Art und Weise durch eine unabhängige Justiz angewandt werden. Niemand steht über Gesetz und Verfassung, es gibt keine geographischen oder sonstigen Räume, die sich der Rechtssprechung entziehen und die demokratisch gewählten Institutionen besitzen das Herrschaftsmonopol.

Für einen effizient und demokratisch operierenden Rechtsstaat braucht es folgende Bedingungen: Regierung und Staatsapparat brauchen die Kapazität um diesen garantieren zu können; einen geringen Grad an Korruption; eine kompetente Bürokratie, welche die Gesetze effizient umsetzt; gleicher Zugang zu Gerichten; Unabhängigkeit und Neutralität der Judikative sowie Anerkennung dieser Tatsache durch die Exekutive; Respektierung und effiziente Umsetzung von Gerichtsurteilen; die oberste Gültigkeit der Verfassung, welche von einem unabhängigen Verfassungsgericht verteidigt wird.

Durch Defekte des Rechtsstaates gewinnen die reichen und gut vernetzten Akteure überdurchschnittlich. Korruption spielt für diese Dimension eine wichtige Rolle, denn durch diese wird das Gleichheitsprinzip des Rechtsstaates gebrochen, da etwa kein gleicher Zugang mehr zum Justiz-, Bildungs- oder Gesundheitswesen sowie bei der Interessensdurchsetzung gegeben ist. Dadurch kommt es auch zu einem verzerrten und unfairen politischen Wettbewerb. Besonders in der Wirtschaft schadet Korruption der Transparenz und Effizienz. „It disadvantages the most efficient rule-abiding firms because contracts and other benefits are granted to less-efficient firms that break the law to gain governmental preferences.“ (Domínguez & Jones, in: Domínguez 2007: 15 / vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 271)

Einen gewissen Grad an Korruption gibt es in jedem Land, in einigen Ländern kann jedoch von endemischer und systemimmanenter Korruption gesprochen werden. Merkel sah darin eine „wachstums- und entwicklungshemmende Wirkung“ gegeben, da informelle Verflechtungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft den Rechtsstaat schädigen, Marktmechanismen negieren, Anreize für unproduktive wirtschaftliche Aktivitäten erzeugen und Modernisierungs- und Entwicklungsblockaden errichten. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 273)

Korruption tritt im Wesentlichen in zwei Formen auf: 1) die „kleine“ Korruption: Bürger bestechen Beamte um bestimmte Dienstleistungen zu erhalten; 2) die „große“ Korruption: Individuen, Gruppen, oder Unternehmen bestechen Staatsbedienstete, um Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen; dem entspricht auch das sogenannte „*state capture*“. (vgl. Meyer, in: Meyer 2007: 113)

2) *Partizipation*: Politische Teilnahme und freie Äußerung alternativer Meinungen müssen garantiert sein. Als nicht unwesentliche Vorbedingung braucht es eine einigermaßen gebildete

Bevölkerung, die Einblicke in das Regierungsgeschäft hat, denn eine von vornherein apathische, passive und desinteressierte Bevölkerung kann diese Dimension nicht ausreichend erfüllen. Eine entpolitisierte Bevölkerung steht Machtmissbrauch und Manipulation auch gleichgültiger gegenüber.

3) *Wettbewerb*: Dieser muss durch gleiche, geheime, freie und faire Wahlen geprägt sein. Dazu braucht es faire Wahlkampffregeln, die etwa die Wahlkampfffinanzierung und den gleichen Zugang zu den Massenmedien betreffen. Am wichtigsten aber ist eine unabhängige Zentrale Wahlkommission, um den korrekten Ablauf auf allen Ebenen zu garantieren. Ein weitere Bedingung: „If it proves all but impossible to replace the ruling party through elections, the system falls beneath the threshold of democracy into some form of electoral authoritarian rule.“ Es braucht demnach nicht nur die Existenz einer wählbaren politischen Opposition, sondern auch die realistische Möglichkeit dieser, an die Macht zu kommen. (Diamond 2005: xviii)

4) *Vertikale Verantwortbarkeit*: Die gewählten Politiker müssen ihre Politik gegenüber dem Volk verantworten und rechtfertigen. Dies geschieht mittels Wahlen, durch die Abgeordneten im Parlament oder und über die Medien. In defekten Demokratien besteht die Gefahr, dass die Staatsmacht eine oder mehrere dieser vertikalen Kontrollinstanzen beeinträchtigt, untergräbt oder kooptiert.

5) *Horizontale Verantwortbarkeit*: Durch die *checks and balances* ist die Exekutive gegenüber der Legislative und Judikative rechenschaftspflichtig. Die Institutionen dieser beiden Gewalten müssen unabhängig sein, um ihre Kontrollfunktion angemessen wahrnehmen zu können. Es braucht demnach ein pluralistisches Herrschaftssystem, in welchem die politische Macht auf mehrere, sich gegenseitig kontrollierende Institutionen verteilt ist.

6) *Freiheiten*: Um die Freiheiten und Grundrechte zu garantieren, braucht es eine unabhängige Judikative und Klarheit bezüglich der Gesetzeslage.

7) *Gleichheit*: Diese kann nur angestrebt und angenähert, aber niemals völlig erreicht werden.

8) *Responsivität*: Damit ist die Fähigkeit der Politik gemeint, auf die Wünsche und Forderungen aus der Bevölkerung - soweit angemessen und finanziell möglich - einzugehen.

Manfred Schmidt sieht die konkreten Vorteile und Stärken einer ausreichend demokratischen Ordnung in folgenden Punkten: 1) solides Legitimationsfundament; 2) stärkere Einbindung der Bürger als in jeder anderen Regierungsform; 3) effiziente und relativ effektive Wahl und Abwahl ohne Blutvergießen; 4) häufigere Machtwechsel, zumindest drohender Machtverlust für Amtsinhaber; 5) die Opposition bleibt politisch eingebunden; 6) Politiker können von den

Bürgern sanktioniert werden; 7) recht kurze Amtszeiten, denn schlechte Politiker können dadurch schneller abgewählt werden. (vgl. Schmidt 2008: 465f.)

2.4.2) Autoritäre Systeme

Die bestimmenden Charakteristika eines autoritären Systems sind: a) durch Exklusion und Repression begrenzter Pluralismus der ökonomischen, sozialen und politischen Ebenen - ein Raum für die Opposition und gewisse Kritik sind gestattet, die Opposition wird jedoch in ihrer Funktionsfähigkeit behindert (etwa als Kontrollinstanz der Machthaber); b) Fehlen einer umfassenden und geschlossenen Ideologie, jedoch Vorhandensein spezifischer und flexibler Mentalitäten - etwa Nationalismus oder Etatismus sowie Interpretation von Vergangenheit und Gegenwart zur Legitimierung der Herrschaft; c) geringe politische Mobilisierung; d) eine starke und unbegrenzte Exekutive, die ohne politische Verantwortlichkeit agiert und über den Gesetzen steht, die jedoch durch beschränkte Wahlen legitimieren sein kann; e) ein Rechtsstaat, bei welchem die liberalen und demokratischen Prinzipien stark eingeschränkt sind. (vgl. Rüb, in: Merkel 1994: 114)

In autoritären Systemen gibt es zudem unsichere Prozesse und Regeln, die aber wenig Ungewissheit bezüglich der politischen Resultate zulassen. Demokratien hingegen weisen sichere und stabile Prozesse und Regeln auf, die jedoch zu ungewissen und offenen politischen Ergebnissen führen (etwa Wahlen). (vgl. ebd. 114 / Dominguez & Jones, in Dominguez 2007: 3)

Margarete Wiest griff als Charakteristikum auch die von Linz beschriebene Mehrdeutigkeit der Opposition auf. In dieser gibt es demnach eine Semiopposition, deren Ziel nicht ein Machtwechsel sondern moderate Kritik an den Herrschenden ist, während sich die Vertreter dieses Lagers im Prinzip mit diesem arrangiert haben. Dies zeigt sich etwa in Zusammenarbeit im Parlament oder an der Bereitschaft, in die herrschenden Machtzirkel vorzurücken. Durch vorhandene Kritik und deren Stellung als theoretische politische Alternative ist dies jedoch nicht mit der reinen Pseudoopposition zu verwechseln, welche völlig in das Regime integriert ist. Die Semiopposition wird oft bewusst von der Elite gefördert, sei es als Zweck einer pluralistischen Fassade oder, um die echte Opposition zu schwächen. (vgl. Wiest, in: Osteuropa Heft 7/2006: 70ff.)

2.4.3) Rechtsstaat

Dieser schränkt die Herrschaftsausübung durch Bindung an das Recht sowie durch vertikale und horizontale Gewaltenkontrolle ein. Die „*rule of law*“ ist für diesen die wesentliche

Zielsetzung, also der „Vorrang des Gesetzes und damit die Verselbstständigung der Rechtsordnung gegenüber politischen Machtansprüchen“ (Nohlen 2002: 541). Die Garantie der Menschenrechte ist ein Grundprinzip des Rechtsstaates, ebenso wie „die Bindung an die Verfassung als die ranghöchste Norm, Rechtsbindung der Gewalten in der Gesetzgebung, in Verwaltung und Rechtsprechung, die Trennung und Ausbalancierung der Gewalten [und] die Garantie des effektiven Rechtsschutzes des Einzelnen gegenüber jeglicher ihn betreffenden Staatstätigkeit.“ (ebd.425)

2.4.4) Ein freier Markt

Demokratie kann ohne einen gewissen Grad an Marktmechanismen nicht bestehen, darum war Gorbatschows Versuch nur das politische System zu reformieren zum Scheitern verurteilt. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 100) Umgekehrt kann jedoch – wie es die ostasiatischen Länder Singapur, Hongkong oder Malaysia zeigen - eine Marktwirtschaft „auch mit halbdemokratischen Regimen koexistieren und zur Not auch mit aufgeklärt autokratischen Herrschaftsordnungen“ (Schmidt 2000: 453)

Folgende Elemente sieht Wolfgang Merkel als wichtige Grundprinzipien einer Marktwirtschaft: 1) es muss einen vom Staat ausreichend autonomen Markt geben, der Wirtschaftslogik folgt und nicht im Dienste der Machthaber steht, somit nicht der Logik der Politik unterworfen ist; 2) gesicherte Eigentums- und Vertragsrechte; 3) eine transparente Ressourcenallokation, um Korruption und Klientelismus gering zu halten. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 58)

In keinem Land ist der Staat komplett aus der Wirtschaft entfernt worden, denn dieser hat die Aufgabe, den ungezügelten Kapitalismus zu regulieren, um vor allem die Gleichheit, als eine der drei Grundfunktionen der Demokratie, zu gewährleisten. In Transitionsländern kommen dem Staat zudem die wichtigen Funktionen der Umverteilungspolitik, der Privatisierung der Staatsbetriebe und der Modernisierung der Wirtschaft hinzu. Zu große Konzentration der Wirtschaftsbetriebe in den Händen weniger Akteure ist ein wesentlicher Faktor, welcher die Demokratisierung behindern oder verzögern kann. (vgl. ebd. 108ff.)

2.4.5) Institutionen

Der Begriff kann in einem weiteren und einem engeren Sinn definiert werden. Wenn in der Arbeit von politischen Institutionen gesprochen wird, dann sind gemeint: Präsident, Regierung, Parlament, Verwaltung, Gerichte. Weiter gefasst sind dies auch gesellschaftliche

Organisationen (Parteien, Verbände, Massenmedien) sowie die Verfassung und Gesetze. (vgl. Merkel & Sandschneider et al., in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 11)

Definieren lassen sich Institutionen allgemein als „Unsicherheit reduzierende, normativ gesetzte und empirisch beobachtbare Regeln zur Ordnung und Steuerung menschlichen Verhaltens“, während *politische* Institutionen regulative Muster sind, welche „die Herstellung, Durchführung und Kontrolle politischer Sach- und Regelentscheidungen einer Gesellschaft“ betreffen. (Merkel & Puhle et al. 2003: 192) Institutionen strukturieren zudem die Handlungsoptionen der Akteure, sie bieten die Möglichkeit der politischen Partizipation und Konfliktlösung und sorgen somit für Ordnung und Stabilität – sofern diese ausreichend effizient sind bzw. ausreichend Problemlösungspotenzial besitzen. (vgl. Meyer, in: Meyer 2008: 20f.)

Institutionen einer konsolidierten Demokratie müssen nicht nur effizient sein, sondern auch genügend Legitimität besitzen. „Zentrale politische Entscheidungen müssen tatsächlich von dazu legitimierten und öffentlich kontrollierten Vertretern getroffen werden.“ (Rüb, in: Merkel 1994: 117) Ansonsten kann sich der Prozess auf informelle Institutionen und Netzwerke verlagern, wodurch Klientelismus und Korruption anwachsen. Für den Erwerb von Legitimität müssen deshalb die formellen politischen Institutionen *die* zentralen Entscheidungszentren innerhalb des Systems sein, aber ebenfalls notwendig ist die effiziente Umzusetzen politischer Entscheidungen. Um dafür ausreichend autonom agieren zu können, ist eine Abgrenzung zwischen den politischen Institutionen notwendig, damit es keine Übergriffe bzw. Kooptierung zwischen den Institutionen gibt - etwa zwischen Exekutive und Legislative, denn darunter leiden deren Effizienz und Legitimität. (vgl. ebd. 117)

Für Guillermo O'Donnell sind Institutionen dann stark, wenn sie von den zentralen politischen Akteuren akzeptiert werden, obwohl diese in ihren Handlungsspielräumen durch eben jene Institutionen eingeschränkt werden. Dafür muss unter anderem ein Abweichen von den Regeln als kontraproduktiv und als zu kostspielig angesehen werden. (vgl. O'Donnell, in: Journal of Democracy, Jänner 1994: 58f.)

Eine bloßer Import erfolgreicher Institutionenmodelle reicht nicht aus, um deren Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Die Akteure müssen nämlich im Geiste dieser Institutionen handeln und brauchen eine entsprechende mentale und politisch-kulturelle Einstellung. (vgl. Kasapovic & Nohlen, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 218) Russland etwa nahm stark Anleihen von den Verfassungen Frankreichs (Fünfte Republik) und den USA, man hat jedoch außer Acht gelassen, wie die eigenen Politiker und die Gesellschaft generell mit den neuen Gesetzen sowie den Institutionen und deren Prozessen umgehen, bzw. in diesen (inter)agieren.

Friedbert Rüb unterscheidet politische Institutionen anhand ihrer Legitimität und Effizienz, und in ihrem Zusammenspiel mit dem politischen System. (vgl. Rüb, in: Merkel 1994: 129ff.)

1) *Normative* politische Institutionen: sie werden umfassend akzeptiert, gelten für alle gleichermaßen, und stellen die Spielregeln für alle Bereiche auf, die sie auch de facto regeln; Staat und Verwaltung können ihre Gesetze effizient implementieren und das Recht durchsetzen: Legitimität und Effizienz sind ausreichend gegeben.

2) *Nominelle* politische Institutionen: auch hier gibt es die notwendigen formellen Prinzipien und Normen einer Demokratie, die aber nicht überall gelten, da die Kapazität des Staates für deren effektive Implementierung und Durchsetzung nicht ausreichend ist; alternative Machtzentren, Korruption und informelle Praktiken entwickeln sich: ausreichend Legitimität bei geringer Effektivität.

3) *Nominative* politische Institutionen: es gibt eine halbwegs demokratisch gewählte Exekutive, die jedoch nur sehr schwer wieder abzuwählen oder zu ersetzen ist, und die ihre Macht in Folge größtenteils unkontrolliert, selektiv, willkürlich und vor allem im Sinne der Machterhaltung ausübt; die Regierung agiert mittels Exklusion; die Interessen der Gesellschaft werden von der Exekutive definiert. Ein solches Regime kann durch eine funktionierende Verwaltung und Bürokratie hohe Effektivität aufweisen, bezieht seine Legitimität aber hauptsächlich aus Gegenleistungen für diese Machtgruppen und nicht aus demokratischen Prinzipien.

4) *Nomadische* politische Institutionen: durch häufige Regierungswechsel werden Institutionen spontan gewechselt, und im Sinne der eigenen Interessendurchsetzung angepasst. Ein solches System genießt weder Effektivität noch Legitimität.

Anhand dieser Einteilung lässt sich für die institutionelle Entwicklung Russlands seit 1991 im großen und ganzen ein Wechsel von einem nominellen Institutionengefüge unter Jelzin, hin zu einem nominativen System unter Putin beobachten.

2.4.6) Staatlichkeit

Sind effiziente und legitime Institutionen gegeben, so kann man von einem ausreichend starken Staat bzw. von gefestigter Staatlichkeit (*stateness*) sprechen. Ein effizienter und leistungsfähiger (*capable*) Staat gilt als Vorbedingung einer konsolidierten Demokratie, denn auch dadurch wird die notwendige Legitimation des demokratischen Systems hergestellt. Generell kann man somit sagen: “[w]ithout a sovereign state, there can be no secure democracy”. (Linz & Stepan 1996: 19)

Verena Fritz sah drei Dimensionen eines *capable states* gegeben: 1) die Leistungsfähigkeit um Entscheidungen zu treffen, 2) diese Umzusetzen, 3) die Möglichkeiten der Kontrolle und Verantwortbarkeit der Regierung vor Opposition, Gesellschaft oder Medien, um mit den Selbstreinigungskräften schlechten Regierungen vorzubeugen und, um ausreichend qualitative Politik zu ermöglichen. (vgl. Fritz 2007: 3) Gerade im postkommunistischen Raum standen die enormen Probleme und Aufgaben der Transition in großem Missverhältnis zu Qualität und Kapazität des Staates, welche oft noch weiter geschwächt wurden. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 160 / Fritz 2007: 41)

Ein effizienter Staat kann auf seinem gesamten Territorium die Regierungspolitik durch- und umsetzen, während die Verfassung und die Rechte aller Staatsbürger gleichermaßen garantiert und geschützt werden. Dazu bedarf es einer ausreichenden Autonomie von gesellschaftlichen und politischen Gruppen. Die Vereinnahmung durch eine oder mehrere dominante Gruppierungen, welche ihre eigenen Interessen über den Staat und dessen Interessen hinweg durchsetzen (*state capture*) muss verhindert werden. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 47 / Fritz 2007: 13)

Ein schwacher Staat hingegen wird Probleme haben, die notwendige Durchsetzungskraft und Schutzfunktion auszuüben. Dadurch können die formell bestehenden demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien genauso gefährdet sein wie in einem autoritären System. Zudem hat in Ländern mit schwacher Staatlichkeit nicht die Konsolidierung der Demokratie oberste Priorität eines Regimes, sondern die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 181) „[T]he attractiveness of authoritarian alternatives rises, not least out of the perceived need to address stateness problems, [and] societies might find themselves then trapped in a stronger, but still badly governed state.” (Fritz 2007: 23)

2.4.7) Regierung – Regime - Staat

Ein Regime meint hier die zentralen Institutionen und Akteure, die den Zugang zu den informellen und formellen politischen Machtstrukturen und -positionen eines Staates regulieren. Über diese spezifischen Strukturen werden gezielt Leute mit bestimmten Charakteristika (etwa Parteimitgliedschaft oder beruflicher Hintergrund) aufgenommen bzw. ausgeschlossen. Ein Regime regelt auch, wie mit der politischen Opposition verfahren wird. (vgl. O'Donnell & Schmitter 1986: 7) Richard Sakwa versteht als Regime im engeren Sinn eine relativ kleine Gruppe der politischen Führung, welche sich eine gewisse Unabhängigkeit von systemischen Beschränkungen herstellt. (vgl. Sakwa 2008b: 468f.)

Stephanie Lawson machten den Unterschied zu einer Regierung darin fest, dass mit einem Regierungswechsel das selbe Regime an der Macht bleiben kann, da weiterhin die selbe soziale Gruppe oder Fraktion die zentralen Positionen besetzt. Diese aufeinanderfolgenden Regierungen ergeben zusammen ein Regime. (vgl. Lawson, in: Comparative Politics 25, 1993: 35) Dies war für Jelzins Amtsübergabe an Putin der Fall – auch wenn Putin mit der Zeit verstärkt seine eigenen Leute in die Führungsriege brachte, aber auch 2008, als Dmitri Medwedew Präsident wurde. Und: „if a government can not be changed without changing the regime itself, then the regime is not democratic.“ (ebd. 51)

Der Staat ist wiederum dauerhafter als ein Regime, und meint die generellen Herrschafts- und Koordinierungsstrukturen, worin die Gewaltapparate, sowie die Verwaltung inkludiert sind. (vgl. ebd. 37)

2.4.8) Zivilgesellschaft

Diese lässt sich als nicht-staatliche Handlungssphäre und als öffentlicher Raum definieren, bestehend aus einer Vielzahl von Vereinigungen und Interessengruppen, in welcher die gesellschaftlichen Akteure ihre Interessen autonom von staatlicher Intervention vertreten. Die Zivilgesellschaft verteidigt die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien, hilft dabei, diese in den Köpfen der Menschen zu verankern, schützt vor staatlicher Willkür und entschärft soziale Konfliktlinien. Eine starke Zivilgesellschaft schützt somit vor einer (schleichenden) Reautokratisierung und erschwert die Konsolidierung von Defekten.

2.5) Konzeptklärung

2.5.1) Transitions- und Konsolidierungsforschung

Wichtige und frühe Vertreter der Transitionsforschung, Guillermo O'Donnell und Philippe Schmitter, haben sich vor allem auf die Demokratisierungsprozesse in Südamerika bezogen. Einige Entwicklungen, die sich erst später als regionenspezifisch herausgestellt haben, wurden zu sehr generalisiert. Dennoch sind wichtige Punkte ihrer Theorie auch heute anwendbar.

Die Transitionsforschung untersucht den Zeitraum vom Zusammenbruch eines autoritären Regimes, bis hin zur Installation eines ungewissen anderen Systems. Die konkrete Ausformung einer Demokratie - als nur eine der Entwicklungsoptionen - ist offen, muss aber gewisse Mindestanforderungen erfüllen. (vgl. O'Donnell & Schmitter 1986: 3ff.) Generell wurde mit

Transition jedoch der Idealfall eines Übergangs zu einer konsolidierten Demokratie verstanden. Dennoch ist die Gefahr von Rückschlägen und von einer Umkehrung oder Stagnation der Demokratieentwicklung stets gegeben. Vorerst setzte sich in der Wissenschaft aber der Glaube an den Siegeszug von Demokratie und Liberalismus durch, während alternative Entwicklungen vernachlässigt wurden. (vgl. von Beyme, in: Merkel 1994: 142)

Schmitter und O'Donnell haben die Transition in drei Phasen gegliedert, wobei sie die Konsolidierung als dritte Phase der Transition verstanden. Heute wird diese jedoch oft als eigenständiger Abschnitt gesehen. Laut Wolfgang Merkel endet die Transition, wenn eine Verfassung mehrheitlich angenommen wurde bzw. in Kraft tritt, die die unklaren und spontanen Prozesse in festgelegte demokratische Abläufe umwandelt und, wenn die durch die neue Verfassung vorgesehenen demokratisch gewählten Organe durch sogenannte Gründungswahlen ihr Amt antreten. Zu diesem Zeitpunkt ist aber noch keine weitere demokratische Entwicklung garantiert, denn während die Transition die Ablösung nicht-demokratischer Regime und die Etablierung demokratischer Institutionen bedeutet, muss darauf nicht zwangsweise eine Konsolidierung – die dauerhafte Absicherung demokratischer Prinzipien – folgen. An den unzähligen defekten Demokratien, die nach Systemwechseln entstanden, kann man sehen, dass diese sich oft mit den formal-demokratischen Voraussetzungen zufrieden gaben und keine Konsolidierung angestrebt haben. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 20f.)

Die drei Phasen der Transition sind:

1) *Liberalisierung*: Diese startet entweder durch eine kontrollierte Öffnung des autoritären Systems bei Ausbleiben der Verschiebung der Machtverhältnisse, oder durch erzwungene Öffnung mittels einer von unten eingeleitete Revolution. Um die Herrschaftslegitimation zu vergrößern werden Repressionen zurückgenommen und Grundrechte ausgeweitet, jedoch ohne anderen Gruppen eine umfangreiche Partizipation am politischen Entscheidungsprozess zu ermöglichen. (vgl. Bos, in: Merkel 1994: 85ff.)

2) *Demokratisierung*: Demokratisierung schließt die Liberalisierung mit ein, darüber hinaus folgt aber auch eine Absetzung des alten Regimes und der Aufbau bzw. die Institutionalisierung eines neuen demokratischen Systems sowie die Implementierung marktwirtschaftlicher Minimalbedingungen. Wichtig zu sehen ist, welches System sich herausbildet und welche Umstände zu dessen konkreter Ausformung führen, wobei die Kräftekonstellation während der Verfassungsausarbeitung eine bedeutende Rolle spielt. Die Gefahr ist etwa, dass bei Dominanz einer Elitengruppe, deren Eigeninteressen zu stark Einzug in die neue Verfassung und das dadurch entworfene Institutionengefüge halten, wodurch der eigene Machterhalt folglich abgesichert wird. Vor allem in präsidentiellen Systemen kann eine zu

sehr auf Eigeninteressen zugeschnittene Verfassung durch mangelhafte Gewichtung der *checks and balances* die autoritären Praktiken eines zukünftigen Präsidenten begünstigen. (vgl. Rüb, in: Merkel 1994: 118)

Institutionen sind dementsprechend nicht neutral und haben ihre konkreten Ausformungen gewissen Machtkonstellationen zu verdanken. In diesem Sinn ist die Ausformung des Institutionensystems wichtig für die Konsolidierungschancen einer Demokratie, denn dadurch wird im weiteren über die Effizienz der Institutionen sowie über Macht-, Einfluss- und Verteilungschancen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entschieden. (vgl. Merkel, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 74ff.) Dafür ist wiederum ein möglichst frühzeitiger und umfassender Elitenkompromiss ein entscheidender Faktor, denn einseitige Interessendurchsetzung kann einen Nullsummencharakter der Politik etablieren, was einer späteren Reautokratisierung die Tür öffnet. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 53ff.)

Durch die Institutionalisierung wird zudem die durch die Transition entstandene Unsicherheit und Unkalkulierbarkeit der Handlungen und Prozesse minimiert. Die Macht verlagert sich in dieser Phase von einer herrschenden Gruppe oder Person auf die neu geschaffenen Verfahren und des Institutionengefüges. (vgl. Rüb, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 42ff.)

Trotz Ausarbeitung einer neuen Verfassung und Implementierung deren wichtigsten Institutionen kann es zum sogenannten "Formalismus" kommen, wenn ein effektiver Rechtsstaat als Fundament fehlt. O'Donnell und Schmitter gaben in dieser Hinsicht den Zusammenhang zwischen Liberalisierung und Demokratisierung an: "Without the guarantees of individual and group freedoms inherent in the former, the latter risks degenerating into mere formalism." Bei abgeschlossener Liberalisierung und stockender Demokratisierung gibt es ebenso eine Gefahr, denn "without the accountability to mass publics and constituent minorities institutionalized under the latter, liberalization may prove to be easily manipulated and retracted at the convenience of those in government." (O'Donnell & Schmitter 1986: 9)

3) *Konsolidierung*: Es ist die am längsten dauernde Phase, da sich Einstellungen in den Köpfen um einiges langsamer wandeln als es der Systemumbau vorgibt. Die Konsolidierung bezeichnet die Verfestigung, Stabilisierung und Legitimierung der neuen Herrschaftsordnung. Die Trennschärfe zwischen Transition und Konsolidierung ist nicht immer klar auszumachen, da die Konsolidierung in gewissen Teilregimen schon früher starten kann.

Wolfgang Merkel zufolge, müssen zuerst Staat (dessen Autonomie sowie gesicherte Grenzen) und Verfassung konsolidiert sein. Dann erst können sich die repräsentativen politischen Institutionen konsolidieren. Erst danach, da es am längsten dauert und von den ersten beiden Schritten abhängt, kann die demokratisch politische Kultur sich verfestigen. Damit Staat und

Verfassung aber überhaupt Legitimität und Akzeptanz gewinnen und sich somit konsolidieren können, braucht es jedoch bereits bestehende Institutionen, deren Akteure die Demokratie als die bestmögliche Regierungsform ansehen und im Geiste der demokratischen Institutionen handeln. Jedoch gibt es unter den Eliten und der Bevölkerung zu Beginn einer Konsolidierung oft jeweils nur eine Minderheit von überzeugten Demokraten. Eine Mehrheit bildet sich erst dadurch heraus, dass es eine funktionierende, effiziente Demokratie gibt. Deshalb braucht es vor allem zu Beginn einer Transition demokratiefördernde politische Eliten, um innerhalb der Bevölkerung zumindest Akzeptanz für die Demokratie und ihre Institutionen zu schaffen. vgl. Merkel, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 74f.)

Es gibt viele Diskussionen darüber, ab wann eine Konsolidierung einsetzt, und vor allem, wann sie erreicht ist, da deren Ende nicht klar zu definieren und messen ist. Ellen Bos etwa meinte, dass die Konsolidierung mit der Einsetzung einer demokratisch gewählten Regierung beginnt und mit einem stabilen Zustand des demokratischen Systems abgeschlossen ist. (vgl. Bos, in: Merkel 1994: 86) Für den Beginn der Konsolidierungsphase könnte man auch folgende Voraussetzung angeben: „as soon as the building or installation of democratic structures has been accomplished in the various sectors.“ (vgl. Morlino 1994: 577, in: Pridham 1995)

Es geht hier stets um eine ausreichende, nicht vollständige Konsolidierung demokratischer Systeme. Es gibt jedoch klare Minimalbedingungen die eine konsolidierte Demokratie ausmachen, wobei das regelmäßige Abhalten freier und fairer Wahlen eine ist. Manche Experten sehen einen Machtwechsel durch freie Wahlen als ausreichendes Kriterium. Da jedoch auch in Deutschland erst Ende der 1960er ein solcher stattfand, ist auch dies kein ausreichender Faktor um von einer konsolidierten Demokratie sprechen zu können. Dennoch kann ich dieser Sichtweise etwas abgewinnen, da in Russland bisher kein Machtwechsel geschehen ist – oder besser gesagt, erlaubt wurde. Ein echter Wechsel an der Staatsspitze hätte durchaus als tendenzieller Indikator dienen können, dass ein offenes politisches System vorliegt. (vgl. von Beyme, in: Merkel 1994: 146) Zumindest in Osteuropa ging von Regierungswechseln ein positiver Effekt aus. „Die Möglichkeit der friedlichen Ablösung eines Teils der politischen Klasse durch einen anderen, des Wechsels von Regierung und Opposition hat sich überall in Osteuropa allgemein als stabilisierendes Moment der politischen Systeme erwiesen.“ (Segert, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 126)

Für Juan Linz war in Bezug auf die Konsolidierung der Demokratie am wichtigsten, dass alle relevanten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure die demokratischen Normen, Regeln und Prozeduren anerkennen, dass sie diese routinisiert und tiefgehend

internalisiert haben, dass die Ergebnisse der ungewissen und offenen demokratischen Prozesse akzeptiert werden und, dass niemand außerhalb der dafür vorgesehenen Institutionen handelt. (vgl. Linz & Stepan 1996: 5)

Linz und Stepan nannten fünf sich gegenseitig stärkende Bereiche die eine konsolidierte Demokratie kennzeichnen. (vgl. Linz & Stepan 1996: 7ff.)

1) Eine aktive und vom Staat relativ autonome Zivilgesellschaft, die in allen Bereichen mitwirken und ihre Interessen vertreten kann. Die Unabhängigkeit einer Zivilgesellschaft wird vor allem dadurch gestützt, dass der Staat für einen ausreichend freien Markt und eine ausreichende Diversifizierung der Besitzverhältnisse sorgt.

Im Sinne der Systemtheorie kann man hier auch den Selbststeuerungsprozess der verschiedenen Teilregime einbringen, deren autonomes Handeln der beste Garant für die gesamte Systemstabilität ist, da so am flexibelsten auf den ständigen Anpassungsdruck durch sich ändernde Umweltbedingungen reagiert werden kann, und dadurch am besten einer wachsenden Systemkomplexität Rechnung getragen werden kann. Eine zentralisierte Kontrolle und Lenkung des gesamten Systems wird immer ineffektiver. Autoritäre Regime jedoch haben zum Ziel, alle Bereiche, darunter eben auch die Zivilgesellschaft, kontrollierbar und lenkbar zu machen. (vgl. Sandschneider, in: Merkel 1994: 32ff.)

2) Die politischen Akteure müssen im Sinne der politischen Sozialisierung die Institutionen der Demokratie so entwickeln, dass diesen eine allgemeine und breite Anerkennung zuteil wird.

3) Vor allem von der exekutiven Macht braucht es eine Selbstbindung an die Verfassung und den Rechtsstaat, welchem sich diese unterordnen muss, da sonst Demokratie und Rechtsstaat leicht ausgehebelt werden können. Zudem braucht es ein unabhängiges Justizsystem, untermauert von einer starken Rechtskultur in der Gesellschaft.

4) Demokratie und Wirtschaftssystem brauchen zwecks Implementierung und Einhaltung der Gesetze einen funktionierenden Staatsapparat.

5) Weder eine reine Planwirtschaft, noch eine rein kapitalistische Marktwirtschaft sind mit einer konsolidierten Demokratie wirklich vereinbar. Es gibt immer einen gewissen Grad an Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft. Durch diese Verbindungen werden Normen, Institutionen und Regulierungen implementiert, welche Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln bilden.

2.5.1.1) Institutionelle Entscheidungspunkte in der Transitionsphase

a) Die Verfassung: Der beste Zeitpunkt der Verfassungsgebung ist möglichst bald nach dem Zusammenbruch des alten Regimes, da die Koalition aus Antiregimekräften noch vereint kämpft, wodurch Eigeninteressen überdeckt werden. Dieses kurze Zeitfenster muss genutzt werden. (vgl. Rüb, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 52)

Umfassende Legitimität besitzt eine Verfassung dann, wenn die verfassungsgebende Versammlung auf demokratischem Wege zustande gekommen ist, wenn deren interne Verfahren demokratisch sind und wenn das Volk in einem Referendum darüber abstimmen kann. Nicht auf jeder Stufe muss der Prozess unbedingt allen demokratischen Standards entsprechen, jedoch braucht eine Verfassung eine gewisse symbolische oder identitätsstiftende Wirkung. (vgl. Merkel & Sandschneider et al, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 20ff.) Damit ist vor allem ein breiter Eitenkompromiss gemeint, der durchaus eine wichtige Basis für die spätere Konsolidierung der Demokratie darstellt.

Da keine Verfassung alle Prozesse und Handlungen zwischen den verschiedenen Institutionen und Akteuren abdecken kann gibt es stets auch informelle Elemente. „Kodifizierte Regeln definieren immer nur einen Rahmen, der durch informelle Institutionen und Interaktionen weiter ausgefüllt wird.“ (Merkel & Puhle et al. 2003: 28) Damit meint Wolfgang Merkel unter anderem Gewohnheitsrechte, Traditionen oder die politische Kultur, welche sich den neuen Institutionen jedoch nur langsam anpassen. In Demokratien stehen aber formelle stets über informellen Abläufen. „In defekten Demokratien hingegen untergraben, beschränken und pervertieren die informellen Muster und Regeln die Funktionsweisen der formellen Institutionen.“ (ebd. 28)

b) Das Regierungssystem: Durch die Wahl des Regierungssystems wird entschieden, in welcher Beziehung die einzelnen Institutionen zueinander stehen und wie die Kompetenzen verteilt werden. Vor allem das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative ist zentral für das politische System. (vgl. Mangott 2002a: 55) Es geht um die Wahl zwischen Präzidentialismus, Parlamentarismus und einer Mischform davon. Generell wird durch die Wahl des Regierungssystems der Verlauf von Transition und Konsolidierung zwar nicht determiniert, jedoch durchaus geprägt. (vgl. Schmidt 2008: 304)

Aus den Erfahrungen der Transitionen der letzten Jahrzehnte lassen sich gewisse Schlüsse ziehen. Es wurde viel darüber geschrieben, welche Regierungsform am besten für junge Demokratien geeignet ist, und die Mehrheit der Experten sieht parlamentarische Systeme im Vorteil, da diese am ehesten ein konsolidiertes Parteiensystem ermöglichen. Kombiniert mit einem Verhältniswahlrecht wird dies generell als die repräsentativste und stabilste Option

gesehen. Ein stark auf eine Person zugeschnittenes System schwächt die Bedeutung der Parteien, während sich in parlamentarischen Systemen die Regierung vor allem auf Parteien stützt, wodurch diesen viel eher Bedeutung bei der Interessensartikulation, der Regierungsbildung, der Regierungsausübung und der Besetzung öffentlicher Ämter zuteilwird. (vgl. Schmidt 2008: 299)

Was präsidentielle Regierungssysteme anbelangt haben sich Wolfgang Merkel und Gerhard Mangott auf die negative Kritik von Juan Linz, aus dessen Buch „*The Failure of Presidential Democracy. Comparative Perspectives*“ (1994) bezogen. Linz sieht die Trennung und gegenseitige Unabhängigkeit von Legislative und Exekutive als großen Negativfaktor, da bei unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen geringere Effektivität und mehr potenzieller Stillstand gegeben sind, wenn keine der beiden Gewalten die andere absetzen oder auflösen kann. Bei fehlenden Mehrheiten ist die Gefahr gegeben, dass der Präsident im Alleingang agiert und auf seine Dekretvollmachten zurückgreift oder spontane Tauschgeschäfte zur Mehrheitsbeschaffung eingeht. Umfangreiche Dekretvollmachten bieten zudem reichlich Gelegenheit zum Machtmissbrauch. (vgl. Merkel & Sandschneider et al., in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 25ff.)

Zwar können bei bestimmten Machtverhältnissen in solchen Systemen schneller Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, aber dies geschieht oft auf Kosten der Kompromissfindung und kann vor allem in einer politisch gespaltenen Bevölkerung zu Polarisierung führen, da Anreize zu Kooperation und Koalitionsbildung fehlen. Ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten ist zudem meist ein sehr komplexer Prozess. (vgl. Rüb, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 58)

Viel hängt von der Stärke des Präsidenten in einem solchen System ab. Wird diesem in der Verfassung eine dominante Stellung gegeben und nicht ausreichend durch *checks and balances* gebunden, kann ein präsidentielles System der demokratischen Entwicklung entgegenstehen, da ein dominantes Präsidentenamt dessen Erwerb zum zentralen Anliegen aller politischer Akteure macht. Nicht selten wird daher versucht, die einmal erworbene Macht mit allen Mitteln zu behalten. Auch aus diesem Grund leidet die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit zwischen Regierung und Opposition. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 276 / Schmidt 2008: 303f.)

Die Beschränkung auf - meist zwei - aufeinanderfolgende Amtszeiten kann in diesen Systemen ebenfalls ein Problem darstellen, da die Nachfolgeregelung durch die erwähnte starke Fixierung auf das Präsidentenamt zu einem kritischen Entscheidungsmoment wird. Auch die Fusion der Funktionen von Staatsoberhaupt und Chef der Exekutive kann zu

Problemen führen, denn einerseits werden bestimmte Parteiinteressen vertreten, während man als Staatsoberhaupt jedoch alle Bürger vertritt. Ein Präsident könnte daher „das eigene politische Interesse als nationales, Staats- oder Volksinteresse darzustellen“ versuchen, und „hohe Intoleranz gegenüber oppositionellen Interessen“ zeigen. (Mangott 2002a: 71)

Laut Wolfgang Merkel und Gerhard Mangott hat Russland formell ein präsidentiell-parlamentarisches, also semipräsidentielles System, mit einem stark ausgeprägten Präsidenten. Ein solches System kennzeichnen folgende Merkmale: eine doppelköpfige Exekutive; der Präsident wird direkt vom Volk gewählt; der Regierungschef wird vom Präsidenten ernannt; der Präsident kann auch gegen Willen des Parlaments einzelne Minister oder das ganze Kabinett abberufen; das Parlament kann der Regierung ihr Misstrauen aussprechen, aber der Präsident hat eine Veto- und Letztentscheidungsgewalt. (vgl. Merkel, in: Merkel et al. 1996: 78) Steven Fish sieht formell gerade noch einen Semipräsidentialismus gegeben, welcher realita jedoch einem Superpräsidentialismus entspricht. (vgl. Fish 2005: 209)

c) Parteien: Bezüglich Russlands mangelhafter demokratischer Konsolidierung, wurde und wird oft die Schwäche des Parteiensystems als wesentlicher Grund genannt. Die Hauptfunktionen von politischen Parteien in Demokratien sind folgende: a) sie sind die intermediären Vermittlungsinstitutionen zwischen Gesellschaft und Staat; b) sie bündeln, artikulieren, und repräsentieren Interessen aus der Gesellschaft und bieten sich mittels Programmen der Bevölkerung als Wahl- und Politikalternativen an; c) sie mobilisieren die Bevölkerung bei Wahlen; d) sie beteiligen sich zentral an der legislativen Arbeit; d) sie nehmen Verantwortung für ihre politischen Entscheidungen wahr; e) und sie rekrutieren das zukünftige politische Personal eines Staates. (vgl. Ekiert & Grzymala-Busse, in: Domínguez 2007: 34) Durch ihre Interessensvermittlung und der Ermöglichung stabiler und friedlicher Machtwechsel erzeugen sie zudem Legitimität und Akzeptanz für das politische System. Auch sind sie in der Opposition eine zentrale Kontrollinstanz gegenüber der Regierung. (vgl. Merkel, in: Merkel & Sandschneider 1997: 12f.)

Es geht somit vor allem um Interessensvertretung, Wettbewerb und die Besetzung politischer Machtpositionen auf allen Ebenen eines Regierungssystems. Merkel meinte sogar, dass dort, wo Parteien nicht die Prozesse der Institutionalisierung und der Konsolidierung leiten, weder von ausreichender Institutionalisierung und noch weniger von Konsolidierung gesprochen werden kann. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 142f.)

Einem konsolidierten Parteiensystem abträglich sind vor allem: a) unklare Parteiprogramme bzw. Parteien die sich nicht entlang der sozialen *cleavages* Herausbilden; b) fehlende

realistische Wahlalternativen; c) Regierungsbildung unabhängig von den legislativen Mehrheitsverhältnissen; d) Umgehung von Parteien als Hauptquelle für die Besetzung einflussreicher staatlicher Positionen. (vgl. von Beyme, in: Merkel & Sandschneider 1997: 35ff.)

2.5.1.2) historische Einbettung der Transitionsforschung

Mit der Transitionsforschung wurde vor allem versucht den Verlauf der Demokratisierung sowie die Entscheidungs- und Handlungsprozesse der wichtigsten Akteure in den Ländern der „dritten Demokratisierungswelle“ erklärbar zu machen. (vgl. Mangott 2002a: 18) Diese Phase begann 1974 mit dem Ende des autoritären Regimes in Portugal, schwappte dann auf Lateinamerika, Asien und Afrika über und kulminierte 1989/91 im Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion.

Die Einbettung in den breiteren Demokratisierungskontext ist aus dem Grund interessant, da bei Russland oft spezielle Erwartungshaltungen gegeben waren und sind. Russland wurde oft mit einem eigenen Maß gemessen, und dadurch wohl stärker kritisiert als Länder mit ähnlich gelagerten Defekten. Dies wiederum verfestigte die in Russland ausgeprägte und reflexartige Abwehrhaltung gegenüber Kritik aus dem Westen, was wiederum den Eliten unter Putin als willkommener Profilierungsansatz für die eigene Legitimierung diente.

Generell war die dritte Demokratisierungswelle von der Herausbildung hybrider Regime und defekter Demokratien geprägt. Das „Polity IV Project“ und „Freedom House“ haben diesen negativen Trend quantitativ gemessen und, in Anlehnung an diese Studien, kam Wolfgang Merkel mit Stand 2001 auf folgende Zusammenfassung der Transitionen seit Mitte der 1970er: von 40 Transitionen gab es nur neun Länder, die zu liberalen Demokratien wurden, während jedoch in 29 Ländern defekte Demokratien entstanden, von denen 27 ein relativ stabiles System aufwiesen und sich damit in keine bestimmte Richtung bewegten. Für diese Länder sah er deshalb keinen Transitionsprozess gegeben. Illiberale Demokratien waren mit 22 Stück die häufigste Defektvariante, da in den untersuchten Ländern und Regionen die geringsten Fortschritte im Bereich des Rechts- und Verfassungsstaates geschehen sind. Zudem stellte er fest, dass delegative Demokraten mit präsidentiellen Systemen korrelieren. Besonders für Osteuropa, wo oft Staat und Nation zugleich gebildet werden mussten und, wo lange Zeit andere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen herrschten, sah Merkel relativ stabile Defekte etabliert, welche erst durch eine breite Einstellungsänderung in den Köpfen der Menschen sowie durch dementsprechendes Handeln in den

politischen Institutionen überwunden werden können. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 177ff. / Merkel & Puhle et al. 2006: 471)

Philippe Schmitter zog ebenfalls Schlüsse aus den bisherigen Erfahrungen mit den bisherigen Transitionen: (vgl. Schmitter, in: Journal of Democracy, Jänner 2010: 19ff.)

- Junge Demokratien scheiterten nur selten aufgrund autoritärer Gegenrevolutionen, sondern meist – wie eben auch in Russland – wegen der schleichenden Aushöhlung der Demokratie durch demokratisch legitimierte Machthaber. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 16) Die demokratischen Institutionen blieben oft weitestgehend bestehen, aber deren Funktionslogik wurde oft den Interessen eines nur scheinbar demokratischen Regimes untergeordnet.
- Im Gegensatz zu früheren Systemwechseln, ging die Macht durch häufig mangelhafte Brüche mit dem alten Regime viel weniger auf andere gesellschaftliche Schichten über, weshalb oft Personen mit engen Verbindungen zum alten System oder sogar die gleichen Leute weiterhin am Ruder saßen. Als Grund nannte Schmitter, dass es im postkommunistischen Raum selten Revolutionen waren, durch welche Transitionen eingeläutet wurden, sondern Pakte und von oben gesteuerte Liberalisierungen. Dadurch setzten sich alte Muster fort und die breite Masse wurde bei der Ressourcenverteilung übergangen.
- Offen autokratischen Systemen bildeten sich seltener als defekte Demokratien heraus, da ein halbwegs demokratisches System die Interessen der Machthaber viel eher sichert, keine internationale Isolierung droht und im Inneren kein riesiger Repressionsapparat benötigt wird.
- Eine Konsolidierung der Demokratie geschah selten, „[because] they were never even seriously attempted as ex-communists calling themselves nationalists and social democrats seized control, won noncompetitive elections, and used preexisting organizational advantages to keep themselves in power.” (Schmitter, in: Journal of Democracy, Jänner 2010: 22)
- Ein parlamentarisches Regierungssystem, Föderalismus und funktionierende *checks and balances* waren vor 25 Jahren sehr idealisiert. Es habe sich aber gezeigt, dass die konkrete Ausformung der Institutionen eine große, aber nicht so starke Bedeutung hatte wie damals vermutet. “[T]he problem [of failed democratizations] has not been this or that institution so much as too many holdover ex-communist elites with too

much power.” (ebd. 24) Für Russland waren jedoch wohl beide Aspekte – mangelhafte Institutionen *und* zu viele alte Eliten – entscheidend.

- Es braucht immer einen Staat mit ausreichender Kapazität, um die Durchsetzung der politischen Entscheidungen und die Einhaltung der Gesetze zu garantieren. Gerade aber in der Transition sinkt der Grad der Staatlichkeit jedoch oft.

2.5.2) Defekte Demokratie

Wolfgang Merkel hat dieses Konzept geschaffen, um die Theorien und Annahmen der Transitionsforschung im Lichte der tatsächlichen Entwicklungen im postkommunistischen Raum anzupassen. Denn, wie bereits gezeigt, sind viele Länder in ihrer Entwicklung zwischen Demokratie und Autokratie stecken geblieben. Die Flut von „Demokratien mit Adjektiven“ versuchte er damit konzeptionell fassbar zu machen, da es hier Erklärungslücken gab.

Sein Konzept blieb in die Transitionsforschung eingebettet, wobei es jedoch Widersprüche gab, denn Merkel sah einen eigenständigen, stabilen Systemtypus in Ländern wie Russland gegeben, während die Transitionsforschung Russlands Entwicklung als vorübergehende Abweichung von der Norm verstanden hat, welche von der natürlichen Entwicklung zu einer konsolidierten Demokratie (oder einem autoritären Rückfall) abwich. (vgl. Carothers, in: *Journal of Democracy*, Jänner 2002: 10)

Zwischen den Endpunkten einer konsolidierten Demokratie und einem autokratischen System gibt es laut Merkel deshalb einen breiten Graubereich politischer Systeme, deren jeweilige Ausprägungen keine eindeutige Zuweisung gestatten. Diese hybriden Regime und defekten Demokratien weisen Elemente beider politischer Systeme in unterschiedlicher Gewichtung und Ausformung auf und reichen von Semidemokratien bis hin zu milden autoritären Systemen. Es handelt sich um einen relativ dauerhaften Systemtypus, bei welchen dennoch immer eine gewisse Entwicklungsdynamik festzustellen ist. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 15)

Die anfängliche Transitionsforschung sah eine linear-evolutionäre Entwicklung zu einem der beiden Pole gegeben und achtete relativ wenig darauf, dass genau dieser Graubereich auch (vorläufiger) Endpunkt der Entwicklung hybrider Systeme sein kann, anstatt bloß ein Übergangsstadium oder eine Vorstufe darzustellen. Die Grenzen zwischen den Polen der klar demokratischen und autoritären Systemen hat sich laut Merkel in den 1990ern zunehmend verwischt, wodurch nun viele Länder in den erwähnten Graubereich fallen. Der Gegensatz

zwischen Demokratie und Autokratie betrifft seiner Meinung nach weniger den Systemaufbau selbst, sondern vielmehr, wie sich die oft ähnlich ausgeprägten formellen demokratischen Institutionen jeweils in ihrer realen Funktionsweise und ihrer Geltungskraft unterscheiden. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 12)

Für Merkel definiert sich die Stabilität eines Systems sehr stark über dessen Legitimität. Stabilität einer defekten Demokratie ist gegeben, wenn die wichtigsten Elitegruppen weiterhin vom System profitieren, wenn es dauerhaften Regeln und Institutionen gibt und, wenn ein Großteil der Bevölkerung Einschränkungen der Rechte für einen gewissen Grad an Ordnung und Stabilität akzeptiert. Legitimität im Sinne einer grundsätzlichen und spezifischen Akzeptanz des politischen und sozioökonomischen Systems erhöht die Stabilität bzw. garantiert dessen Fortbestand. Es dürfen zudem keine Systemalternativen als Vorteilhafter angesehen werden. Eine defekte Demokratie kann jedoch im Vergleich zu einer konsolidierten Demokratie längerfristig nicht mehr Stabilität aufweisen, weil sich letztere am flexibelsten auf Veränderungen einstellen kann, die höchste Systemwechselresistenz aufweist und bezüglich Effizienz und moralischem Anspruch allen anderen Systemformen überlegen ist. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 197ff.)

2.5.2.1) Definition

„Defekte Demokratien sind solche Regime, in denen der Prozess der demokratischen Konsolidierung nicht zu einer umfassenden Etablierung liberaldemokratischer Verfahren und Institutionen, sondern vielmehr zu deren ‚perverser‘ Institutionalisierung geführt hat.“ (Merkel & Puhle et al. 2003: 13) Hiermit ist die Instrumentalisierung, Kooptierung, Aushöhlung und Umgehung der formell festgelegten Institutionen durch die Staatsmacht gemeint. Es handelt sich zudem um stabile politische Ordnungen, „die sich Legitimitäts- und Stabilisierungsressourcen jenseits von Rechtsstaat und liberaler Demokratie zu erschließen vermögen.“ (Merkel & Puhle et al. 2006: 467)

Merkel operationalisiert den Demokratiebegriff in den drei Dimensionen Freiheit, Gleichheit, und Kontrolle, welche gemeinsam die Selbstbestimmung der Bürger ermöglichen müssen. Wenn in einem dieser Bereiche Defekte auftreten, kann man nicht mehr von einer liberal-rechtsstaatlichen Demokratie sprechen und je nachdem wo es Mängel gibt und wie stark diese ausgeprägt sind, wird eine defekte Demokratie genauer kategorisiert. Ein Mindestmaß an demokratischen Elementen muss jedoch in allen drei Dimensionen gegeben sein, um überhaupt noch von einer Demokratie sprechen zu können. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 40ff.)

Ein Mindeststandard defekter Demokratien sind speziell Wahlen, da in diesen „demokratische und ‚bedeutsame‘ Wahlen institutionalisiert sind.“ (Merkel & Puhle et al. 2003: 291) Damit schrieb Merkel den Wahlen unter Putin einen ausreichend demokratischen Charakter zu. Jedoch bin ich bei dieser Beurteilung kritischer, denn die Wahlen waren in geringerem bis höherem Ausmaß nicht als frei und fair zu bezeichnen, womit ab einem gewissen Zeitpunkt das Mindestmaß kaum noch gegeben war, um hier noch die Erfüllung der notwendigen Bedingung einer defekten Demokratie erkennen zu können.

Ich teile somit auch zum Teil die 2006 von Margarete Wiest aufgegriffene Problematik der vermehrten Kritik am Konzept der sogenannten „verminderten Subtypen“ (entspricht den Demokratien mit Adjektiven und somit auch Merkels defekter Demokratie). Ein konzeptionelles Problem ergibt sich der Kritik zufolge daraus, Untertypen von Demokratien zu bilden, bei welchen einzelne derer Kernprinzipien verletzt werden. Eine saubere Trennung zwischen demokratisch und autoritär wird dadurch verwässert. Zudem sei das Aufkommen der Begrifflichkeit der hybriden Regime problematisch, da dies die Annahme impliziert, die solcherart kategorisierten Systeme könnten nicht in die klassische Trias von totalitär, autoritär und demokratisch eingeordnet werden. Aus diesen Gründen, so Wiest, ging man in der Transitionsforschung bei hybriden Regimen verstärkt von autoritären Systemen anstatt von Demokratien aus. Dabei wurde auch jener Umstand mit einbezogen, dass die sich entwickelnden Defekte als systematisch, anstatt bloß kurzfrist und vorübergehend manifestiert haben. (vgl. Wiest, in: Osteuropa Heft 7/2006: 67f.)

Für Merkel sind die Grenzen zu einem autoritären System überschritten bei: 1) massiven Wahlmanipulationen zum Zweck des Machterhalts; 2) der Beschneidung der Rechte von Opposition und Bürgern, sodass die Macht im Prinzip monopolisiert ist; 3) der willkürlichen Auslegung des Rechts im größeren Ausmaß, etwa durch Massenverhaftungen, Folter und Exekutionen; 4) bei der de facto-Ausschaltung von Gewalten durch eine andere Gewalt (meist die Exekutive), welche in deren Funktionsweise eingreift und deren Kompetenzen übernimmt; 5) wenn zentrale Politikbereiche außerhalb der Verfügungsgewalt der demokratisch gewählten Volks-Vertreter liegen. (vgl. ebd. 48ff.)

2.5.2.2) Systemtypen defekter Demokratien

Merkel unterscheidet folgende drei Reinformen: (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 244ff.)

a) *Exklusive Demokratien*: Bei diesen ist die vertikale Legitimationsebene gestört, da das Wahlregime und die Partizipation eingeschränkt sind. Es kommt zu einer Exklusion

bestimmter Bevölkerungsteile, die auch durch ökonomische und soziale Marginalisierung herbeigeführt werden kann.

b) *Illiberale Demokratien*: Bei diesen Systemtypen konnte der Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaates noch nicht umgesetzt werden. Durch diesen Effekt treten in Folge auch Elemente auf, welche in exklusiven oder delegativen Demokratien wirken. Speziell für illiberale Demokratien sind jedoch vor allem: a) eine mangelhafte Rechtsdurchsetzung führt zu Rechtsunsicherheit sowie zur Verletzung der Grund- und Freiheitsrechte; b) eine nur eingeschränkt funktionierende Justiz – aufgrund struktureller Defizite oder wegen politischer Instrumentalisierung im Sinne der Eigeninteressen des Regimes; c) systematische Korruption in Politik und Verwaltung, was sich negativ auf die Transparenz, Kontrolle und Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Bürgern sowie auf das Vertrauen in die Gerichte auswirkt. Die formellen Institutionen werden zudem von informellen – oft klientelistischen - Netzwerken besetzt.

Eine zentrale Ursache schwacher Rechtsstaaten im postsowjetischen Raum ist, dass anders als in den USA oder Westeuropa bei der Implementierung der demokratischen Systeme keine lange rechtsstaatliche Tradition und somit nur eine sehr geringe Internalisierung liberal-konstitutioneller Prinzipien gegeben war.

c) *Delegative Demokratien*: Bei diesem – ursprünglich von O'Donnell geprägten – Systemtyp wird die horizontale Gewaltenkontrolle durch Dominanz der Exekutive über die anderen Gewalten aufgehoben, womit Legislative und Judikative ihre zentralen Kontrollfunktionen verlieren. Die Exekutive ordnet sich zudem nicht der Verfassung unter. Da eher präsidentielle Systeme dazu neigen Konflikte zwischen Präsident und Parlament zu erzeugen, sind diese eher anfällig für delegative Praktiken, wie etwa die Umgehung des Parlaments bei der Gesetzgebung. Nicht unerheblich ist deshalb, wie umfangreich die Dekretvollmachten eines Präsidenten sind, da diese das Gesetzgebungsmonopol der Legislative stark einschränken können. Befinden sich in den Parlamenten auch noch schwache Parteien, fungiert der Präsident gerne als selbsternannter Interessenvertreter und als Verkörperung des Willens der gesamten Bevölkerung, wodurch die Wahrscheinlichkeit delegativer Praktiken steigt. Ein dominanter Präsident wird dann in Krisensituationen und bei Schwäche der anderen Institutionen seine extralegalen delegativen Praktiken, die er von den Repräsentationsorganen „erworben“ hat, dadurch rechtfertigen können, dass nur der Präsident selbst effizient genug handeln kann, um die Krise zu bewältigen. Charakteristisch ist zudem, dass in der Bevölkerung - außer bei Wahlen – eine passive Bewegung formiert wird, deren Erwartung an den Präsidenten unter anderem ist, dass dieser die Brüche in der Gesellschaft heilt, woraus

jedoch schnell eine Politik der Mehrheit gegen die Minderheit entstehen kann. Zum Zwecke des Heilungsprozesses, welcher im wahren Ausmaß angeblich nur von der obersten Führungsriege erkannt und verstanden werden kann, werden Methoden angewandt und legitimiert, durch welche die Bevölkerung Einschränkungen hinnehmen wird müssen. Durch die direkte und demokratische Wahl des Präsidenten sieht das Regime das Recht gegeben, beliebige Maßnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Probleme zu lösen. Es wird jedoch vor allem Politik für die eigenen Interessen betrieben, wobei sich profitorientiertes Eigeninteresse und Reformen für das Gemeinwohl üblicherweise widersprechen, da etwa die Wirtschaftspolitik nach der Logik der Politik und im Sinne der Elitennetzwerke gesteuert wird. Die intermediäre Ebene der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft ist ebenfalls gestört, da der Präsident sich über Parteien und Parlament stellt und diese marginalisiert. Delegative und zentral gesteuerte Systeme arbeiten zudem selten effizienter als Demokratien, da es nach den womöglich schneller getroffenen Entscheidungen, aufgrund der Zentralisierung und der daraus folgenden Schwächung der anderen Institutionen, oft an einer effektiven Implementierung bzw. umfassenden Befolgung der Regierungsanweisungen und Gesetze mangelt. Die korrupten und klientelistischen Netzwerke zwischen Bürokratie, Regierung sowie Wirtschaft stehen dem entgegen. Notwendige Reformen können von diesen Gruppen abgeblockt werden, wenn diese ihre Interessen bedroht sehen. O'Donnell sah es deshalb als nicht ungewöhnlich, wenn sich ein Präsident - anstatt seine stark zentralisierte Macht nutzen zu können - mit einer gewissen Machtlosigkeit konfrontiert sieht. (vgl. O'Donnell, in: Journal of Democracy, Jänner 1994: 56ff. / Merkel & Sandschneider et al. 1996: 162)

d) „*Dominant Power Politics*“: Dies ist ein von Thomas Carothers entworfener Systemtyp, welcher jedoch auf Putins Russland ziemlich genau zutrifft. Ein politisches System dieser Art ist meist relativ stabil und befindet sich somit nicht auf dem Weg zu einer Demokratie. Die Spannweite reicht von Autokratien bis zu demokratischen Systemen mit mehr oder weniger eingeschränkten Freiheiten. Es gibt einen offenen aber limitierten politischen Raum mit Wettbewerb, einer Opposition und den meisten oder allen der zentralen Institutionen einer Demokratie. Dieser öffentliche politische Raum wird durch die Dominanz einer Person, Gruppe, Partei, Fraktion oder erweiterten Familie begrenzt. Dadurch wird das System so manipuliert, dass es zu keinem Machtwechsel kommen kann. Es besteht eine enge Verflechtung zwischen dem Staat und den dominierenden Gruppen, welche die Ressourcen des Staates kontrollieren und deren Interessen unterstellen. Die Bevölkerung ist üblicherweise von der Politik entfremdet und enttäuscht und beschränkt ihre Partizipation auf Wahlen.

Durch die lange Herrschaft einer Partei entstehen systemimmanente Korruption und Klientelismus, wodurch die Bürokratie oft nicht effizient genug arbeitet, um einen leistungsfähigen Staat zu ermöglichen. Korruption und Ineffizienz müssen in diesen Regimen, in denen ja eine gewisse politische Öffentlichkeit besteht, vor der Bevölkerung erklärt und gelöst werden, was aber selten über Scheinmaßnahmen und das Finden von Bauernopfern hinausgeht, da eine grundlegende Bereinigung dieser negativen Elemente das eigene Regime in Frage stellen würde. (vgl. Carothers, in: Journal of Democracy, Jänner 2002: 12f.) Bezüglich der Wahlen gibt es „dubious but not outright fraudulent elections in which the ruling group tries to put on a good-enough electoral show to gain the approval of the international community while quietly tilting the electoral playing field far enough in its own favor to ensure victory.“ (ebd. 12)

2.6) Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Demokratisierung

Der gesamte Prozess einer Systemtransformation ist ein sehr ungewisser, nicht-linearer, eigendynamischer und kann relativ leicht wieder umgekehrt werden. Eine Frage ist nun, wovon Transition und Konsolidierung hauptsächlich bestimmt werden. Hier gibt es im Wesentlichen zwei Ansätze. Der in der Politikwissenschaft stark vertretene akteurszentrierte Ansatz betrachtet die Mikroebene und stellt die wichtigsten Individuen und Personengruppen sowie deren Handlungsmotive und Interessen in den Vordergrund. Die strukturzentrierten Ansätze sehen in materiellen oder normativen Faktoren wie dem Institutionengefüge oder den sozioökonomischen, kulturellen und historischen Bedingungen eines Landes (Makro- und Mesoebene) die wesentlichen Aspekte für den Erfolg einer Demokratisierung. Je nach Ansicht, werden die Akteure stärker bis sehr stark durch diese Bedingungen in ihren Entscheidungen beeinflusst, weshalb strukturalistische Ansätze deterministischer veranlagt sind.

2.6.1) Akteurs- bzw. handlungstheoretischer Ansatz

Ich gehe aufgrund der Ungewissheit eines Transitionsprozesses, wegen mangelnder Regeln in diesen und wegen der unklaren, sich wandelnden oder erst zu schaffenden Institutionen von einem akteurszentrierten Ansatz aus, da die Handlungsspielräume der Akteure in der Transition stark zunehmen und zum Beispiel wesentlicher Einfluss auf eine neue Verfassung genommen werden kann. (vgl. Merkel 1994: 325) Die handelnden Individuen und Gruppen haben je eigene Wertvorstellungen, Wahrnehmungen, Ziele und Interessen, durch welche die formellen und informellen Institutionen und Prozesses des politischen Systems geformt

werden. Deren Verhalten und deren Entscheidungen prägen somit wesentlich den Verlauf der Transition und - etwas weniger stark - der Konsolidierung. Durch getroffene Entscheidungen werden auch die weiteren Handlungsoptionen die den Akteuren zur Verfügung stehen mitbestimmt. (vgl. McFaul 2004: 60ff.)

Der akteurszentrierte Ansatz hat den Fokus auf der Elitenebene und weniger auf die Ebene der gesellschaftlichen Akteure. In dieser Arbeit sind mit Akteuren im Wesentlichen die wichtigsten *politischen* Einzel- oder Gruppenakteure gemeint. Die zentralen politischen Akteure sind: der Präsident, die Regierungsmitglieder, politische Parteien, wichtige Mitglieder aus Justiz und Verwaltung (Präsidialadministration) sowie zentrale Vertreter der informellen Machtgruppen.

Wenn später von Einzelpersonen als Akteuren die Rede ist, also vor allem von Jelzin und Putin, dann ist impliziert, dass diese nicht nur ihre eigenen Interessen vertreten, sondern immer auch die Interessen der Gruppierungen und Fraktionen, in die sie eingebunden sind. Wolfgang Merkel meint deshalb, dass Akteure stets kollektive Akteure sind, also nie für sich alleine stehen. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 195)

Michael McFaul nannte drei mögliche Entwicklungen innerhalb der Transitionsphase: 1) in Ländern, wo die demokratischen Kräfte deutlich stärker waren als jene des alten Regimes, gab es zehn Jahre später eine Demokratie; 2) wo jedoch das alte Regime die Phase der Transition dominierte, kam es zu autoritären Systemen. Diese zwei Varianten führten zu stabilen demokratischen bzw. autoritären Systemen. 3) In Ländern jedoch, wo sich nach den ersten halbwegs freien Wahlen die Reform- und die Beharrungskräfte im Gleichgewicht hielten, entstanden hybride und instabile Regime. (vgl. McFaul 2004: 72f.)

Am Beispiel Russlands kann zudem bestätigt werden, dass eine durch die Eliten eingeleitete Transition den negativsten Transitionsmodus darstellt, da hierbei meist kein ausreichender Bruch mit dem alten Regime einsetzt. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 226f.) Laut Gerhard Mangott waren Bewahrer und Reformers in der russischen Elite die entscheidenden Akteure der Einleitung der Transition. Die Reformer wiederum (zu welchen Jelzin zu zählen ist) kann man weiters in Liberalisierer und Demokratisierer einteilen, wobei nur bei einer Dominanz letzterer eine konsolidierte Demokratie der wahrscheinliche Endpunkt gewesen wäre. Nach 1991 waren es aber eher Liberalisierer, die die Entscheidungsmacht inne hatten. "Die Tatsache, der Beginn und der Verlauf der (demokratischen) Transition ist damit vorrangig von den wechselseitigen Stärkeverhältnissen dieser Akteurskategorien und den daraus ableitbaren Interaktionen abhängig." (Mangott 2002a: 36)

Man kann somit sagen, dass die Eliten an der Gründung und dem Überleben eines demokratischen Systems in großem Ausmaß beteiligt sind und, dass die Qualität einer Demokratie zu einem großen Teil die Qualität der Entscheidungen ihrer Eliten widerspiegelt. (vgl. McFaul 2004: 225f.)

2.6.2) Institutionenzentrierter Ansatz

Hier sind es die politischen Institutionen, welche die Handlungsoptionen der Akteure wesentlich strukturieren und beschränken und für die Stabilität und Leistung des Systems entscheidend sind. (vgl. Mangott 2002a: 55) Die Verfassung, welche aber wiederum erst von interessegeleiteten Akteuren ausgearbeitet werden muss, legt dabei den Grundstein. Zudem sind es Akteure, die innerhalb der Institutionen agieren und diese Institutionen und Regeln entsprechend nutzen, umgehen oder manipulieren. Defekte können jedoch auch bereits in der Verfassung festgeschrieben werden.

2.6.3) Modernisierungstheorien

Vertreter wie Seymour Lipset, Larry Diamond und Adam Przeworski sahen im Wohlstandsniveau, der ökonomischen Modernisierung und den damit einhergehenden Entwicklungen wie dem steigenden Mitbestimmungsverlangen einer größer werdenden Mittelschicht die zentralen Faktoren für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Demokratien. Es braucht demnach einen gewisse ökonomischen und sozialen Entwicklungsstand für eine erfolgreiche Demokratisierung. (vgl. Mangott 2002a: 17)

Der Zusammenhang zwischen Demokratie und sozioökonomischem Entwicklungsstand unterliegt keinen deterministischen, jedoch signifikanten Kausalzusammenhängen, die sich seit den Anfängen der Theorie in den 1960ern – mit einigen Ausnahmen – mehr und mehr verfestigt haben. Damit hat sich folgende Hypothese bestätigt: bei steigender sozioökonomischer Entwicklung einer Gesellschaft sind die Demokratisierungs- und Konsolidierungschancen größer und das demokratische Niveau steigt, während autoritäre Stabilisierung unwahrscheinlicher wird. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 26) Zudem kann ab einem gewissen Wohlstandsniveau Demokratisierungsdruck kaum vermieden werden. Eine niedrig gehaltene Inflation und stabile makroökonomische Bedingungen sind die besten Wege um Wachstum zu ermöglichen und, um dem politischen System Legitimität zuzuführen. Stagnation und sinkender Lebensstandard hingegen wirken destabilisierend. (vgl. Welzel, in: Merkel 1994: 61)

Daran angelehnt, darf nach Tatu Vanhanens Machtressourcenindex keine soziale Schicht eine auf Dauer hegemonielle Stellung inne haben, was über eine möglichst weite Streuung der Machtressourcen (Landbesitz, Kapital, Politikgestaltungschancen) ermöglicht wird. Eine dominante Klasse würde zur Unterdrückung der schwächeren Schichten tendieren. Sind die Kräfte jedoch relativ gleichmäßig verteilt, würden alle Schichten für ein offenes und demokratisches System optieren, da sich so jeder die Möglichkeit des Machterwerbs sichert. Vanhanens Index zeigt eine stark signifikante, aber wiederum nicht deterministische Korrelation. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 201ff. / Merkel & Puhle 1999: 34)

2.6.4) Kulturalistische Ansätze

Bei diesen werden Faktoren wie individuelle Autonomie und Freiheit, persönliche Werte, politische Einstellungen, Vertrauen der Bevölkerung in Regierung und Institutionen aber auch ethnische und religiöse Voraussetzungen als zentral für die Demokratisierung bzw. die Stabilität einer Demokratie gesehen. Je länger die politische Kultur eines Landes autoritär geprägt war, desto wahrscheinlicher wird es zu Defekten kommen, womit verwurzelte Traditionen durchaus eine Rolle spielen. (vgl. Schmidt 2008: 426) „Eine starke, durch demokratische Traditionen gekennzeichnete Zivilgesellschaft vermag [...] als 'Puffer und Bollwerk' gegen einen starken Staat zu wirken.“ (Merkel & Puhle et al. 2003: 222)

Langfristig gesehen braucht es für ein stabiles System angemessen hohe spezifische und allgemeine Unterstützung. Geringes Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen einer Demokratie schadet dieser, da eine mögliche Folge davon ist, dass die demokratischen Institutionen und Prozesse durch einen Rückgriff auf informelle Praktiken und auf klientelistisch-personelle Beziehungen durch die Eliten und die Bevölkerung ausgehöhlt werden. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 214ff. / Schmidt 2008: 424)

2.6.5) Synthese

Im Endeffekt kann kein Ansatz alleine den gesamten Prozess, vom Ende eines autoritären Regimes, bis hin zur Konsolidierung der Demokratie bzw. Scheitern oder Erfolg einer Transition erklären. Während die Akteure vor allem die Transitionsphase dominieren und auch bei der Konsolidierung bedeutend sind, sind es besonders bei der Konsolidierung auch wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Einflussfaktoren, die den Akteuren Handlungsanreize und -restriktionen vorgeben. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 11 / Merkel & Puhle et al. 2003: 189ff.)

Im Lichte der spezifischen Rahmenbedingungen und dem jeweiligen Kontext eines in der Transition befindlichen Landes, sollte die Rolle der Akteure somit nicht überbewertet werden. Dennoch: “democracy still has to be chosen, implemented and perpetuated by 'agents', real live political actors with their distinctive interests, passions, memories, and – why not? – fortuna and virtu”. (Schmitter 1992: 610, in: Pridham 1995) Im Endeffekt führen die richtigen getroffenen Entscheidungen auch zu einem erfolgreichen Abschluss der Transition bzw. der Konsolidierung, wenn auch oft über Umwege und mit Rückschlägen. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 248)

Es braucht demnach eine Synthese mit strukturzentrierten Ansätzen um die Entwicklungen angemessen darzustellen. Wolfgang Merkel etwa wählte eine Kombination aus akteurs-theoretischem und strukturtheoretischem Ansatz, wobei strukturelle Faktoren die Einstellungen, Handlungsoptionen und Handlungskorridore der Akteure beeinflussen und beschränken. Demnach sind defekte Demokratien „das Resultat interessengeleiteten Akteurshandelns, das jeweils durch bestehende Institutionen angereizt oder ermöglicht wird.“ (Merkel & Puhle et al. 2003: 296) Diese Mischung wählte er auch, da bisher nicht geklärt werden konnte, ob es Akteure sind, die defekte Demokratien bewusst oder unbewusst erzeugen, oder ob durch strukturelle Probleme schwache Staaten entstehen, die im Weiteren zu fehlerhaften Demokratien führen. (vgl. ebd. 16f.)

Durch diese Synthese lässt sich etwa erklären, dass sich ohne die sozialistischen Erblasten die Entscheidungen die Jelzin traf nur ungenügend erklären lassen, während Putins Stabilisierungspolitik auf den Erlebnissen der 1990er basierte. Diese Stabilisierungspolitik wurde wiederum nicht unwesentlich von der positiven Wirtschaftskonjunktur ab 1999/2000 getragen.

3) Die Vorentwicklungen unter Boris Jelzin

3.1) Einleitung

Nicht wenige Analysten außerhalb Russlands sahen in Boris Jelzin denjenigen, der nicht nur die Sowjetunion zu Fall gebracht hat, sondern sahen ihn auch als zentrale Figur und Garant der demokratischen Entwicklung in Russland. Jedoch muss man sehen, dass schon während seiner Präsidentschaft Defekte am demokratisch-rechtsstaatlichen System aufgetreten sind,

denn es wurde an einigen kritischen Entscheidungspunkten jener Weg gewählt, welcher der Konsolidierung der Demokratie abträglich war.

Vor allem angelehnt an die Akteurstheorie soll nun gezeigt werden, dass bereits durch Jelzin der Pfad der demokratischen Entwicklung bei mehreren Gelegenheiten - bewusst oder nicht - verlassen wurde, wodurch wichtige Konsolidierungschancen verpasst wurden. Seinem Nachfolger hinterließ er damit ein nicht unerhebliches Erbe und erklärt teilweise dessen Politik. Der Übergang vom demokratisch sauberen System unter Jelzin, hin zur autoritären Politik unter Putin soll somit etwas abgemildert werden.

Besonders im postkommunistischen Raum, wo nach dem Ende des Kommunismus oftmals die notwendigen Institutionen fehlten und enorme Probleme gelöst werden mussten, basierte der Verlauf der Transition stark auf der Qualität der politischen Führung und deren Entscheidungen. Was für Russland verstärkend hinzukam war die Tradition einer starken zentralen Führungsfigur. Umso größer war demnach die Herausforderung, zum ersten Mal ein Staatsoberhaupt mit tiefgehender demokratischer Überzeugung zu finden. Diese Person müsste bereit dafür sein die eigene Macht einzuschränken, indem sie sich der Verfassung unterordnet und darüber hinaus die Macht auf die anderen Gewalten und Institutionen aufteilt. (vgl. Shevtsova, in: Mangott 2002b: 13)

Boris Jelzin war jedoch nicht unbedingt diese Person, denn einerseits gab es die mehr oder weniger starken Bestrebungen einer Demokratisierung Russlands, aber andererseits die relativ ausgeprägte Tendenz, die politische Macht zu behalten. Diese zwei widersprüchlichen Ziele bestanden Jelzins zwei Amtszeiten hindurch. (vgl. Kryschtanowskaja 2004: 231) In Russland selbst wird Jelzin hauptsächlich mit dem Chaos der 1990er in Verbindung gebracht - speziell mit der Dauerkrise der Wirtschaft, durch welche breite Bevölkerungsteile in Armut abgerutscht sind. Zum negativen Image trugen aber auch die von Korruption geprägten Privatisierungen der Staatsbetriebe, der Machtkampf mit dem alten Parlament, die informellen und teilweise kriminellen Machtstrukturen im Kreml und die unsauberen Wahlen bei.

Generell gibt es eine Tendenz, dass Entscheidungen gegen die Konsolidierung der Demokratie im Weiteren ebensolche Entscheidungen wahrscheinlicher machen. Umgekehrt gilt dies für demokratische bzw. rechtsstaatliche Entscheidungen. Für David Kotz und Fred Weir war es so, dass seit 1993 bei jeder kritischen politischen Entscheidung nicht der demokratische Weg beschritten wurde, wodurch letztlich auch Putins politischer Kurs beeinflusst wurde. (vgl. Kotz & Weir 2007: 283)

Allen postkommunistischen Ländern waren zumindest vier kritische Entscheidungspunkte gemein: 1) Was mit den alten sowjetischen Institutionen machen? 2) Wann und wie eine neue

Verfassung ausarbeiten? 3) Wie soll der Staat auf den neuen Pluralismus und Wettbewerb reagieren? 4) Wie ist das Problem der Nachfolgefrage zu lösen? (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 10) Neben jenen vier Punkten gilt es auch den gewählten Weg bei den Privatisierungen und die Wahl der Unterstützungsbasis zu betrachten, wodurch ebenfalls wichtige Vorentwicklungen für Putins zukünftige Politik entschieden wurden.

3.2) Ein unzureichender Systembruch

Es gibt bei einer Transition ein meist nur kurz geöffnetes Zeitfenster („*window of opportunity*“), in welchem die oppositionellen Kräfte geeint genug sind, um sich gegen das alte Regime durchzusetzen und um das politische System neu zu ordnen. In Russlands Fall war dieser Zeitpunkt nach dem Augustputsch 1991 gegeben. Es gab es eine breite Front, mit Boris Jelzin an der Spitze, die sich erfolgreich gegen die Putschisten durchsetzte. Jelzin ließ per Erlass die KPdSU und deren russischen Arm verbieten, und befand sich am Höhepunkt seiner Popularität. Die Regimeopposition war kurzfristig geeint, aber die Vernachlässigung der Restrukturierung des politischen Systems generell sowie der Verfassung und des Parlaments im speziellen, schwächte einen bereits ineffizienten und schwachen Staat weiter und sorgte dafür, dass die geplanten Wirtschaftsreformen keine kohärente Politik und keinen effektiven Staat als Stütze hatten. Zudem wurden die zentralen politischen Institutionen delegitimiert. (vgl. Linz & Stepan 1996: 397)

Diese Gelegenheit zur Verfassungsgebung wurde somit vertan, wodurch die Weichen nicht für den klar demokratischen Weg gestellt wurden, während Länder wie Polen oder Ungarn ihr *window of opportunity* besser nutzten. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 2) Keine Neuwahlen auszurufen war eine zweite negative Entscheidung, denn die demokratische Bewegung hätte von frühen Wahlen profitiert. Der beste Anreiz zur Parteienbildung und Parteienkonsolidierung wurde damit verpasst, was zur Demobilisierung der Bevölkerung führte. Wahlen wären auch deshalb wichtig gewesen, um die Kräfteverhältnisse klarzustellen und, weil für die Parteien eine gewisse programmatische Festlegung und ein Professionalisierungsdruck ausgegangen wäre. (vgl. Merkel & Sandschneider 1997: 119)

Durch die ausgebliebenen Wahlen spielten Parteien bis Ende 1993 kaum eine Rolle im politischen Geschehen. Der politische Konflikt in der Zeit spielte sich zudem nicht innerhalb der Institutionen ab, sondern zwischen Präsident und Parlament (der in der Sowjetunion gewählte und mehrheitlich kommunistisch dominierte Volksdeputiertenkongress - VDK), da sich die alten und verfeindeten Elitenfraktionen jeweils in einer der Institutionen festgesetzt

hatten und ihren Konflikt über diese austrugen, welcher schließlich mit der Verfassungskrise vom Oktober 1993 endete. (vgl. Sakwa 2008b: 131f. / Brie, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 166f.)

Sogenannte Gründungswahlen markierten in Osteuropa oft einen wichtigen Anfangspunkt für eine klare Ausrichtung hinsichtlich Demokratie und Marktwirtschaft. Die Frage ist nun, ob solche Wahlen in Russland stattgefunden haben. Am ehesten würden sich die Wahlen 1993 dazu anbieten, jedoch sahen Wolfgang Merkel und Gerhard Mangott folgende Einwände: 1) der optimale Zeitpunkt war bereits lange verpasst; 2) die Wahlen wurden von Jelzin damals einseitig angesetzt, als er fast uneingeschränkt regierte nachdem er Parlament und Verfassungsgerichtshof aufgelöst hatte; 3) durch das aufgeheizte und polarisierte Klima gab es keine freien, fairen und kompetitiven Wahlen, da unter anderem linke und nationalistische Organisationen und Medien, die den Putschisten nahestanden, verboten wurden; 4) der Konflikt zwischen Jelzin und dem neuen und weiterhin linkslastigen Parlament hielt auch nach den Wahlen an, was einen tatsächlichen Neubeginn bzw. Systembruch und Machtwechsel verhinderte. (vgl. Mangott 2002a: 98f. / Merkel & Sandschneider et al. 1996: 154)

Neben den ausgelassenen Möglichkeiten einer neuen Verfassung und von Neuwahlen zum rechten Zeitpunkt, war ein weiterer Grund für den mangelhaften Systembruch, dass die alte Elite nicht durch Leute aus der demokratischen Bewegung ersetzt wurde. Die diversen Gruppierungen in jener Bewegung hätte Jelzin zu seiner Machtbasis machen können, dienten ihm jedoch vor allem als strategisches Vehikel, um an die Macht zu kommen. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 16) Im Gegensatz zu den Transitionen in Südeuropa und Lateinamerika, wo die demokratischen Kräfte stärker waren als das Regime, gab es in Russland nahezu ein Gleichgewicht zwischen Reformern und Bewahrern. Diese Balance war mit ein Grund für die gescheiterte Demokratisierung, da die Demokraten und Liberalen keine dominante Stellung inne hatten. Dass wichtige Teile des Reformblocks nur wenig an wahrer Demokratisierung interessiert waren tat sein übriges. Michael McFaul sah in solchen „*stalelated transitions*“ im postkommunistischen Raum einen Grund für die Entstehung defekter Demokratien, da die demokratische Entwicklung nie volle Unterstützung erhielt. (vgl. McFaul, in: McFaul & Stoner-Weiss 2004: 81) Auch Lilia Shevtsova beklagte die verpasste Chance, dass Zeitfenster für einen klaren Bruch mit dem alten System zu nutzen. (vgl. Shevtsova 2007: 13)

Das nicht genutzte *window of opportunity* diene im Endeffekt der Konsolidierung der Macht - ein demokratisches System und eine neue Verfassung hätten davon abgelenkt. Im Kreml war man zudem der Ansicht, dass durch die Wirtschaftsreformen die politischen Entwicklungen automatisch folgen würden, womit der wirtschaftlichen Umstrukturierung eine klare Priorität

gegeben wurde. Ausgearbeitete Pläne für ein demokratisches System fehlten ohnehin. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 18ff.) Die Fehler der USA und Europas waren dabei, dass man Jelzins Ansichten teilte, den ökonomischen Reformen Priorität gegenüber Reformen und einer Restrukturierung von Staat und Politik zu geben. „Nowhere else in the post-communist world did those international advisors or institutions condone, much less advise, such neglect of political questions.” (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 28)

In Russland fand keine tiefergehende Diskussion darüber statt, was eine wahre Demokratie institutionell ausmacht. Dadurch kam es auch zu keiner umfassenden Änderung in den Einstellungen der politischen Elite bezüglich demokratischer und rechtsstaatlicher Werte. In der Demokratisierungsphase ist ein möglichst frühzeitiger und umfassender Kompromiss bezüglich der grundlegenden demokratischen Prinzipien und Institutionen jedoch wichtig für einen positiven Verlauf, denn die Eliten entscheiden mit ihrem Verhalten letztendlich, wie effizient die Institutionen arbeiten. Einseitige Interessendurchsetzung in dieser Phase kann einen Nullsummencharakter der Politik etablieren, was einer Reautokratisierung die Tür öffnet. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 53ff.) Auch wurde die Transition nicht von der Zivilgesellschaft, von Dissidenten bzw. einer breiten Antiregime-Koalition angestoßen oder vorangetrieben, sondern zuerst von gemäßigten Kommunisten (Gorbatschow) begonnen, und dann von Reformern des alten Regimes, mit den Folgen einer hohen Elitenkontinuität, fortgesetzt. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 326ff.)

Für den postkommunistischen Raum konnte nach einer gewissen Zeit analysiert werden, dass ein möglichst früher und tiefer Bruch mit den politischen und wirtschaftlichen Elementen des Sozialismus im Endeffekt zu den erfolgreichsten Transitionen geführt hat. Dort, wo die Gründungswahlen klar von den demokratischen Kräften gewonnen wurden und wo im Sinne der freien Marktwirtschaft die größten Fortschritte gemacht wurden, gab es die umfassendsten Konsolidierungen. Ein Bruch mit dem alten System muss jedoch in beiden Bereichen, Wirtschaft und Politik geschehen, da sich diese “befreiten” Systeme gegenseitig verstärken und da sonst die alten Traditionen und Muster negativ aus dem einen in das andere System übergreifen können. (vgl. McFaul 2004: 222ff.)

In Russland setzten sich jedoch in beiden Bereichen alte Muster fort: die geringe Gültigkeit formeller Verfassungs- und Rechtsstaatprinzipien; die informell-personalistische Politik; Politik als kaum kontrollierbares Elitengeschäft; sowie die von oben forcierten oberflächlichen Modernisierungssprünge, bei welchen die zentralen Aspekte von Pluralismus und Vielfalt im politischen und gesellschaftlichen Bereich stets ausgeklammert wurden. (vgl. Sakwa 2008a: iix) Eine weitere Fortsetzung alter Traditionen war die stets dominante

Staatsführung, was jedoch nicht zwangsläufig bedeutet, dass dies dem Wunsch der Bevölkerung nach einer „starken Hand“ im autoritären Sinn entspricht.

Durch Jelzins zweiseitigen Kurs und durch den Systemwechsel, bei welchem keine klare Trennlinie gezogen wurde, entstand in Folge somit ein hybrides System, wodurch eine schnelle und klare Entwicklung in Richtung Demokratie verhindert wurde. Da es in Jelzins Regime an überzeugten Demokraten mangelte, konnte von oben nur schwer die Konsolidierung der Demokratie verfolgt werden.

3.3) Die Schwäche der demokratischen Bewegung

Wesentlicher Grund für die Schwäche der demokratischen Parteien und Bewegung unter Putin war, dass Jelzin verabsäumt und sich verweigert hat, eine starke demokratische Bewegung aufzubauen oder eine solche anzuführen. Nach seiner Wahl zum Präsidenten, sowie nach dem Augustputsch, distanzierte er sich jeweils von den demokratischen Kräften, die ihm jedoch in beiden Situationen als entscheidende Stütze und Basis gedient hatte. Mit dieser Politik hat Jelzin bewusst der demokratischen Sache in Russland geschadet, denn zu keiner Zeit gab er die Gestaltungsmöglichkeiten des neuen Russlands an genuinely demokratische Kräfte ab.

Unter Jelzin entwickelte sich dann ein duales Herrschaftssystem: „Die 'strategische' politische Macht wurde von demokratischen Reformern wahrgenommen, während die operative Macht in Wirtschaft, Verwaltung und Militär in den Händen der Modernisierungsfraktion der alten Elite blieb.“ (Biermann 1996: 105) Leider hatten die von Biermann gemeinten demokratischen Reformer oft nicht jene Überzeugung, die notwendig gewesen wäre, um die Konsolidierung der Demokratie voranzutreiben.

Boris Jelzin war dadurch, dass er die demokratischen Kräfte marginalisierte, eher ein Hemmnis für eine ohnehin nicht übermäßig starke Bewegung aus dem Volk. Durch seinen in Russland und im Ausland gestellten Anspruch, der Repräsentant der demokratischen und liberalen Kräfte zu sein, ließ er neben sich kaum Platz für andere Vertreter dieses Lagers. Jeltsin “[did] more to crush their [the liberal's] ambitions than to nurture them.” (Fish 2005: 236) So galt gemeinhin Jelzin als der richtige Mann für die Konsolidierung der Demokratie, seine wahre Machtbasis und seine generelle Politik widersprachen dieser Sichtweise jedoch.

Für seine Kampagne zur Präsidentenwahl 1991, ließ Jelzin sich von der demokratischen Bewegung noch unterstützen, “[but] Yeltsin soon freed himself from the democratic movement that had brought him to power [and he] went on to build the presidency on the basis of his personal authority, to the detriment of institutions and mass political structures.”

(Sakwa 2008b: 43) Den Ersatz für eine Partei oder eine gesellschaftliche Basis sah der Präsident somit in seiner direkt vom Volk erhaltenen Legitimität, seinem Charisma, seinen informellen personalistischen Strukturen sowie den verschiedensten administrativen Ressourcen. Die in verschiedenen Blöcken vereinigten demokratischen Kräfte erhielten so keine Gelegenheit die Regierungspolitik entscheidend mitzubestimmen bzw. Jelzins Politik zu kontrollieren. (vgl. Biermann 1996: 57)

Dass der Präsident keiner der demokratischen Bewegungen beitrug, war ein weiterer Grund für deren Schwäche. Jelzin trat jedoch generell keiner Partei bei, da diesen nach dem Kommunismus ein negatives Image anhaftete. Jelzin umging deshalb diese intermediären Strukturen und stellte den direkten Vertretungsanspruch für alle Russen. Er gab sich als Präsident, der für die Durchsetzung seiner Autorität aufgrund seiner Legitimität keine parteiliche Basis benötigt. Ohne Partei konnten Jelzin und später auch Putin ihre Personalpolitik nach dem strategischen Austarieren der verschiedenen Fraktionen oder Lobbygruppen ausrichten, anstatt die Regierungen mit Parteigängern zu besetzen, was die auf Loyalität basierenden personalistischen Netzwerke untermauerte, da der Weg über Parteien generell weniger Einflussmöglichkeiten mit sich brachte. (vgl. Meleshevich 2007: 152)

Jelzin war also nicht wirklich abhängig von den demokratischen Gruppierungen. Wer aber stellte seine entscheidende Machtbasis dar, und ermöglichte die Umsetzung seiner Reformpolitik?

3.4) Jelzins wahre Basis

Von der Sowjetunion wurden große Teile der alten Elite übernommen. Es gab einen evolutionären statt revolutionären Wechsel bei dieser. Sie blieb vor allem in der Bürokratie und der Wirtschaft bestehen, während die politische Macht von Reformern und Softlinern der alten Nomenklatura wahrgenommen wurde. Zu diesen gehörten die gewendete Partei-Staat Elite, Wirtschaftsreformer und mehr oder weniger überzeugte Demokraten, die hauptsächlich von den Möglichkeiten und der Aussicht auf persönlichen Profit zusammengehalten wurden. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 247)

Die alten Partei- und Wirtschaftsfunktionäre wurden zentrale Wirtschaftsakteure unter Jelzin und sollten eine wichtige Stütze für diesen sein, da die Wirtschaftspolitik generell im Fokus stand. Diese Leute wollten keine Rückkehr zum Sozialismus, da sich durch einen kaum regulierten Kapitalismus enorme Profite erwirtschaften ließen. Daher konnte man auch sie der „Reform- oder Modernisierungsfraktion“ zuordnen. Der Aufbau des neuen Wirtschafts-

systems entsprang somit sehr stark den Eigeninteressen der Nomenklatura und wurde von dieser - unter Ausschluss der breiten Bevölkerung - eingesetzt und durchgeführt. David Kotz und Fred Weir sprachen bei diesen alten Partei- und Wirtschaftsfunktionären von der sowjetischen Partei-Staat Elite, ohne welche sich die breite prokapitalistische Koalition nicht gegen die revisionistischen Kräfte durchsetzen hätte können. (vgl. Kotz & Weir 2007: 40/120ff.) Nach Erreichen von deren Zielen, blockierten die nach Renten strebenden Funktionäre weitere liberale Wirtschaftsreformen. Oder zumindest jene, welche die profitable aber korrupte Umverteilung ehemaligen Staatseigentums rückgängig gemacht hätten. Es gab somit keine auf die langfristige Perspektive ausgelegte Wirtschaftsentwicklung. (vgl. Stykow 2008: 133) Die Partei-Staat Elite erhielt bei den Reformen im Tausch gegen ihre politische Macht die Kontrolle über das Staatseigentum, welches sie zuvor verwaltet hatten. (vgl. Aron 2007: 48f.)

Jelzin hat die Transformation und auch die demokratische Bewegung somit an die Partei-Staat Elite verraten, die sich als Demokraten und Reformer gaben um die Unterstützung der demokratischen Kräfte zu erhalten, aber sonst wenig Gedanken an Demokratie und Rechtsstaat verschwendet haben. „Jelzin war vor allem ein machtorientierter Stratege, dessen Agenda mehr durch eine antikommunistische Ideologie denn durch demokratische Werte bestimmt war.“ (Mangott 2009: 18)

3.5) Die Schocktherapie

Die Schocktherapie war das zentrale wirtschaftspolitische Reformprogramm Jelzins, welcher vom Parlament Ende 1991 umfangreiche Dekretvollmachten für Reformen im wirtschaftlichen Bereich erhielt. Als eines der Hauptprobleme der Schocktherapie sollte sich herausstellen, dass dem Staat kaum eine Rolle im Aufbau des neuen Wirtschaftsystems gegeben wurde. So konnten Eigentumsrechte und Vertragssicherheit nicht durchgesetzt werden und wegen des fehlenden Gewaltmonopols des Staates traten kriminelle Strukturen wie die Mafia in Erscheinung. (vgl. Stykow 2006: 77ff.) Vor allem die mangelhafte Staatlichkeit hatte in Russland großen Anteil an den ökonomischen Problemen. Auch wurden politische Reformen vernachlässigt.

Es galt das vom Westen vertretene neoliberale Prinzip, welches besagte, dass sich der freie Markt selbst am besten reguliert, ohne Eingriffe des Staates. Jüngere und ältere historische Beispiele von staatlich gelenktem Wirtschaftsaufbau in Europa und Asien zeigten jedoch, dass der Staat sehr wohl eine aktive, nützliche und sogar notwendige Funktion übernehmen kann.

Die zentralen Punkte der Schocktherapie waren: 1) Preisliberalisierung; 2) makroökonomische Stabilisierung - Inflation durch eine strikte Sparpolitik reduzieren; 3) Privatisierung der Staatsbetriebe; 4) die restlichen Elemente der zentralen Ressourcenverteilung abschaffen; 5) Barrieren entfernen, um internationalen Handel und Investments zu ermöglichen. (vgl. Kotz & Weir 2007: 156f.)

Diese Auswirkungen waren jedoch oftmals sehr negativ. Insgesamt führte die Schocktherapie zu einem starken Rückgang der industriellen Produktion von 46% und zu einer Reduktion des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 42% bis 1995. Selbst während der Großen Depression in den USA schrumpfte die Wirtschaft „nur“ um etwa 30%. Zusätzlich gab es eine extrem hohe Inflation von bis zu durchschnittlich 31% jeden Monat des Jahres 1992. Die Kaufkraft und das Realeinkommen der Russen fielen stark. Die Bevölkerung musste zudem eine immer größer werdende finanzielle Ungleichheit hinnehmen. „A growing gap emerged between the majority, whose living standards dropped rapidly, and the minority who did well under shock therapy.“ (vgl. Kotz & Weir 2007: 168ff.)

Löhne und Gehälter wurden immer seltener pünktlich gezahlt, manchmal in Form der Waren die man produzierte ausgezahlt, manchmal aber auch gar nicht. Viele Wirtschaftssektoren wurden überflüssig und waren veraltet oder zu teuer, um aufrecht erhalten zu werden. Dadurch setzte eine Deindustrialisierung ein. Der wichtigste Wirtschafts- und Wachstumsmotor wurde der Rohstoffabbau und -export, was aber der breiten Bevölkerung nicht zu Gute kam, da nur etwa ein Prozent der Erwerbstätigen in diesem Sektor beschäftigt war. (vgl. Kotz & Weir 2007: 242ff.)

Es gibt einen Streit darüber, ob die Schocktherapie so negativ war, weil sie im Sinne der Gradualisten nach einiger Zeit abgeschwächt wurde oder, weil falsche Prioritäten gesetzt wurden und der Staat außen vor gelassen wurde. Von einigen Experten, wie etwa Steven Fish und Richard Sakwa, wurde das frühzeitige Abrücken von der strikten Umsetzung der Schocktherapie und nicht diese selbst als Ursache für Russlands Probleme gesehen, da heute erfolgreiche Länder wie Polen oder Tschechien drei Jahre lang eine konsistente und liberale Wirtschaftspolitik verfolgten, während Russlands halb-liberale Reformen nur der Regime-Clique, und nicht der breiten Bevölkerung geholfen haben. (vgl. Sakwa 2008b: 292)

Fish war der generellen Ansicht, dass wirtschaftliche Liberalisierung zu Demokratisierung führt, weshalb für ihn Russlands zu geringe Öffnung der Wirtschaft als zentrale Ursache für die demokratiepolitischen Defizite galt. Eine möglichst umfangreiche Liberalisierung inkludiert vor allem eine Pluralisierung der Wirtschaftsakteure abseits vom Staat und somit eine Streuung der ökonomischen Ressourcen, wodurch die Unabhängigkeit der Gesellschaft

zunimmt und die Möglichkeiten des Staates der Kontrolle und Beeinflussung von Gesellschaft und Wirtschaft abnehmen. Die Schocktherapie in Russland bezeichnete er jedoch nicht als solche, denn die Maßnahmen wurden nur halbherzig umgesetzt. (vgl. Fish 2005: 139ff.) Dadurch blieben die Reformen unvollständig und der Status-quo konnte für jene, die bis dahin profitiert haben, abgesichert werden.

In Russland wurde der Liberalisierung somit durch die Eigeninteressen des Regimes geschadet - vor allem durch „*rent seeking*“. Bei diesem verschaffen sich ökonomische Akteure über informelle und klientelistische Netzwerke mit der staatlichen Bürokratie und der Politik Vorteile und Privilegien (etwa Subventionen oder Regulierungen), welche jedoch nicht zu Steigerung der Produktivität ihrer Betriebe beitragen sondern auf persönlichen Profit ausgelegt sind. (Styckow 2006: 29ff.) Generell wurde das in den 1990ern erwirtschaftete Kapital zu selten in produzierende Branchen und für langfristige Pläne zur Produktivitätssteigerung und Modernisierung investiert. Zudem blieben Auslandsinvestitionen wegen der chaotischen Wirtschafts- und unklaren Rechtslage gering.

Den Wirtschaftsreformen schadeten auch die teils falschen kapitalistischen Vorgaben vom Westen, welche die Wirtschaft fast schutzlos gegenüber ausländischem Wettbewerb ließen und den Staat vernachlässigten. Durch die falsche Prioritätensetzung (Privatisierungen vor Strukturreformen) fehlten wichtige Institutionen für das korrekte Funktionieren einer freien Marktwirtschaft. Wären die notwendigen Punkte erfüllt worden, hätte es wohl kurzfristig schmerzhaftes gegeben, jedoch wäre die Wirtschaftsstruktur mittelfristig auf solide und in der Gesellschaft verankerte Beine gestellt worden, anstatt der engen Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft Vorschub zu leisten.

3.6) Der Weg zur neuen Verfassung

Wie erwähnt, ist die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ein wesentlicher Entscheidungspunkt in einer Transition, bei welchem immer auch gewisse Eigeninteressen mitspielen. In Russlands Fall sollten der gesamte Verfassungsgebungsprozess sowie der Inhalt des Dokuments diese Interessen deutlich machen.

Eine neue Verfassung war für eine klare und effiziente Politik generell notwendig, denn die alte sozialistische Verfassung wurde 1978 ausgearbeitet und insgesamt etwa 300 mal abgeändert, was in Folge zu internen Widersprüchen und zu Konflikten um entscheidende politische Kompetenzen zwischen Legislative und Exekutive geführt hat. Beide Institutionen beanspruchten die Hauptstellung im politischen System für sich, was zu gegenseitiger

politischer Blockade, und zu einem langgezogenen Streit um die neue Verfassung führte, bei welchem beide Seiten ihre eigenen und politisch motivierten Entwürfe vorlegten. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 19) Das Zustandekommen der Verfassung im Dezember 1993 ist als Resultat dieser Konflikte zu sehen, und war für Jelzin kein sehr rühmlicher Prozess, denn die alte Verfassung wurde mehrfach verletzt. Er hätte sich für eine rechtlich legitime Lösung entscheiden können, wollte aber den Machtkampf mit dem Parlament zu seinen Gunsten entscheiden.

Per Dekret ließ Jelzin September 1993 schließlich beide Parlamentskammern auflösen, die Verfassung wurde teilweise ausgesetzt und es wurden Wahlen für ein neues Parlament (Staatsduma) und für den selben Tag ein Referendum über die neue Verfassung fixiert. Laut der alten Verfassung war die Sowjetunion ein parlamentarisches System, in welchem der VDK das oberste Organ der Staatsmacht darstellte und somit alle wichtigen Entscheidungen zu treffen hatte. Jelzins Dekret hatte somit keine verfassungsrechtliche Grundlage, weshalb alle Vorgaben darin nicht verfassungskonform zustande gekommen sind. Jelzin gab sogar zu, dass die Verfassung verletzt wurde, meinte aber, dass er durch seine Direktwahl zum Präsidenten, sowie durch ein im April abgehaltenes und für ihn positiv ausgegangenes Referendum ausreichend Legitimation besaß, wodurch ihm und seinem Dekret letztlich mehr Gültigkeit als dem Parlament oder der sozialistischen Verfassung zuzusprechen war. Das Parlament stellte für ihn kein repräsentatives Organ mehr dar.

Zur Auflösung des Parlaments kam es, da keine Lösung im festgefahrenen Verfassungskonflikt gefunden werden konnte und, weil der VDK eine Verfassungsänderung plante, die den Präsidenten zu einer rein zeremoniellen Figur gemacht hätte. Nachdem lange kein Kompromiss gefunden werden konnte, schickten Jelzin und das Verfassungskomitee des VDK zuletzt ihre jeweiligen Verfassungsentwürfe an eine von Jelzin auf breiter politischer und gesellschaftlicher Basis eingesetzte Verfassungskonferenz, welche jedoch ohne rechtliche Grundlage eingesetzt wurde. Es konnte eine Kompromissvariante ausgearbeitet werden über die im Dezember abgestimmt werden sollte, aber da das Parlament abermals ablehnte, verlor Jelzin die Geduld und löste es auf. Anfang Oktober eskalierte die Situation, denn der Präsident ließ das Parlament beschießen, welches die konservativen Kräfte besetzt hielten, da für sie die Parlamentsauflösung nicht gültig war. Als die Insassen einen gewaltsamen Ausbruch begannen wurde ein unrechtmäßiger Notstand in Moskau ausgerufen. Insgesamt gab es damals – jedoch schwanken die Zahlen stark - über 150 Tote. (vgl. Domrin 2006: 120)

Lilia Shevtsova meinte, diese wenig demokratischen Aktionen “pushed Russia in an authoritarian direction.” (Shevtsova 2007: 16). Alexander Domrin, der im Ausrufen des Notstandes

einen Staatsstreich sah, vertrat eine ähnliche Position: “[The] dissolution of the Russian parliament and subsequent adoption of a semi-authoritarian constitution marked an end to the first Russian republic and its attempts to establish a balanced system of government.” (Domrin 2006: 124) Aber auch Kotz und Weir bewerteten Jelzins damalige Entscheidungen als sehr kritisch: “Jelzin violated the constitution and crushed the first genuinely democratic parliament that Russia ever had in order to sweep aside criticism of his policies”. (Kotz & Weir 2007: 206)

Eine kleine, von Jelzin bestellte Gruppe nahm nun in einer Grundstimmung des „Sieges über das Parlament“ einige nicht unwesentliche Änderungen an der Kompromissverfassung vor. In dieser Zeit regierte Jelzin ohne aktivem Parlament und Verfassungsgerichtshof. Zentrale Änderungen wurden in letzter Minute in einem geschlossenen und intransparenten Kreis vorgenommen. Es wurden wichtige Elemente der *checks and balances* entfernt, wovon der Präsident - auf Kosten der Legislative - stark profitierte. An die getroffenen Kompromisse fühlte man sich somit nicht mehr gebunden. Es war nicht das ideale Klima, um mit kühlem Kopf eine ausgewogene Verfassung hervorzubringen. Der eigene Machterhalt wurde in dieser aufgeheizten Stimmung zur obersten Priorität, da eine kommunistische Machtübernahme nicht zugelassen werden durfte. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 37)

Das Verfassungsreferendum hätte von Jelzin rechtlich nicht angesetzt werden dürfen. Die Dumawahl - für ein neues Parlament, dem über das Referendum eigentlich erst zugestimmt werden musste - wurde durch ein Dekret von Jelzin geregelt, aber die gewählten Vertreter hätte bei einem negativen Ausgang des Referendums eigentlich keine Duma vorgefunden. Es wird weithin angenommen, dass die Wahlbeteiligung unter der notwendigen 50%-Hürde lag und daher von administrativer Seite nachgeholfen wurde. Jelzin ließ sogar eine Kommission einsetzen die den kursierenden Vorwürfen nachging und zum Schluss kam, dass es wahrscheinlich 9,2 Millionen falsche Stimmen gab. Die Verfassung wäre somit nicht auf legalem Wege zustande gekommen. Trotz stichhaltiger Beweise gab es in Europa oder den USA kaum Reaktionen - um Russlands Stabilität und vermeintlichen Weg zur Demokratie nicht zu gefährden. Aber auch in Russland gab es nicht ausreichend öffentliche Kritik. (vgl. Saari 2010: 87f. / Mangott 2002: 97f.)

Die Verfassung selbst wurde insgesamt nur von 30.7% der wahlberechtigten Bevölkerung angenommen (58.4% der Teilnehmenden), in 17 Republiken und Regionen wurde sie abgelehnt. Die Legitimität der Verfassung wurde dadurch nochmals geschmälert. (vgl. Sakwa 2008: 64) Zudem waren die Kremlpartei „Russlands Wahl“ und die nationalistische LDPR die einzigen Parteien die den Entwurf unterstützten.

Die neue Verfassung entstand somit aus spontanen Reaktionen und aus Angst heraus, die Macht an die Kommunisten zu verlieren. Man war bestrebt, das derzeitige System zu erhalten. Auch wenn Jelzin selbst keine Absichten hatte, die grundsätzlichen demokratischen Prinzipien in Russland einzuschränken, so war es dennoch die dominierende Exekutive, welche es jedem von Jelzins Nachfolgern ermöglichen würde, den demokratischen Kurs in Russland zu verlassen.

Es fehlte zudem ein breiter Elitenkonsens für die neue Verfassung. Ein solcher wirkt sich sehr positiv auf eine erfolgreiche Transition und Konsolidierung aus, ist aber nicht zwingend notwendig. Da Jelzin zur Zeit der finalen Verfassungsarbeit die einzige politische Autorität auf föderaler Ebene war, kann man das Dokument als ziemlich einseitig ausgelegt betrachten. Der alte Konflikt zwischen Reformern und Kommunisten wurde zudem ungelöst übernommen und dadurch fehlte auch eine kompromissbereite Führungsschicht, die breites Vertrauen in der Politik und der Gesellschaft herstellen kann, um so Legitimität für das neue politische System zu sammeln. (vgl. Brie in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 156)

3.6.1) Die Verfassung der Russischen Föderation

Russlands Verfassung entspricht trotz der mangelhaften Gewaltenteilung den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates, denn Wahlen, umfassende Bürger- und Freiheitsrechte sowie Pluralismus und Gewaltenteilung sind in dieser festgeschrieben. Jedoch waren diese Prinzipien in ihrer Umsetzung und Gültigkeit mangelhaft. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 297f.) Viele dieser Mängel rührten daher, dass durch die Verfassung das politische System nicht ausreichend geändert wurde: „[T]he presidential administration reproduced the Central Committee apparatus of the CPSU [...] the same people returned to their old offices [and] the strong presidential system led to the preservation of many of the worst features of Soviet political management.” (Aslund 2007: 133)

Man nahm viele Anleihen an der Verfassung Frankreichs, wobei der stärkere Präsident bei gleichzeitig schwächerem Parlament die ausschlaggebenden Unterschiede darstellt, welche Russland vom formell als semipräsidentiell zu bezeichnenden System, hin zu einem faktischen Superpräsidentalismus rücken ließen, denn der russische Präsident ist stärker als viele seiner Amtskollegen in rein präsidentiellen Systemen. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 297f. / Mangott 2002a: 186ff.) Dies ist etwa im Vergleich zu den USA ersichtlich, wo der Präsident das Parlament nicht auflösen kann und bei der Gesetzgebung stark von diesem abhängig ist. Durch die schwächer ausgeprägte Fraktionsdisziplin gibt es in den USA zudem

keine fixen Abstimmungsergebnisse, weshalb die Politikdurchsetzung auch gegen die eigene Partei eine Hürde darstellt.

Die Stärke eines Präsidenten haben John Carey und Matthew Shugart zu messen versucht, wobei vor allem die Gewichtung der Gewaltenteilung zentral ist, um anhand der Kompetenzen die exekutive Machtfülle zu ermitteln. Das Fazit über die Stellung des Präsidenten in Russland zitierte Gerhard Mangott aus deren Buch „*Presidents and Assemblies*“ (1992): „Der russländische Präsident verfügt demnach – gemessen an seiner verfassungsrechtlichen Kompetenzausstattung – über beträchtliche nicht-legislative Kompetenzen und starke legislative Kompetenzen“ und ist daher als ein ‚sehr starker Präsident‘ anzusehen. (Mangott 2002a: 168) Carey und Shugart zogen auch den Schluss einer inversen Beziehung zwischen der Stärke des Präsidenten und jener der Legislative bzw. der Parteien. Je stärker die eine Seite, desto schwächer ist die Andere. (vgl. Meleshevich 2007: 146)

Artikel 2 hält fest, dass der Staat die Anerkennung, die Einhaltung und den Schutz der Rechte und Freiheiten des Einzelnen zur Pflicht hat. Dessen Rechte und Freiheiten sind die höchsten Werte. Zudem sind die „allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts und die internationalen Verträge“ Bestandteil des russischen Rechtssystems (Art. 15.4). Laut Artikel 55.2 „dürfen keine Gesetze erlassen werden, welche die Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers aufheben oder einschränken“, wogegen im folgenden Absatz eine Einschränkung durch Bundesgesetze in dem Maße, „wie dies zum Schutz der Grundlagen der Verfassungsordnung, der Moral, der Gesundheit, der Rechte und legitimen Interessen anderer Personen sowie zur Gewährleistung der Verteidigung des Landes und der Sicherheit des Staates notwendig ist“, ermöglicht wird. Diese ziemlich allgemeinen „Schlupflöcher“ erlauben - unter gewissem Vorwand - die Grundrechte einzuschränken. Dies geschah oft auch durch selektive Rechtsauslegung, was jedoch dem Gleichheitsgrundsatz in Artikel 19 widerspricht („Gleichheit der Rechte und Freiheiten“).

Artikel 29 regelt die Gedanken-, Rede- und Medienfreiheit, wobei in Absatz 4 steht: „Jeder hat das Recht Informationen auf jegliche legale Weise frei zu beschaffen, zu erhalten, weiterzugeben, zu produzieren und zu verbreiten“; und Absatz 5: „Die Freiheit der MasseninFORMATION wird garantiert. Zensur ist verboten.“ Artikel 31 erlaubt Versammlungen und Demonstrationen, solange diese friedlich und ohne Waffen ablaufen.

Was die Wirtschaft anbelangt, wird in Artikel 34.2 festgehalten: „Eine wirtschaftliche Tätigkeit, die auf Monopolisierung und unlauteren Wettbewerb abzielt, ist unzulässig.“

a) *Der Präsident*: Was den Präsidenten in Russland so stark macht sind - neben der Schwäche der anderen Institutionen - die umfangreichen Kompetenzen bei der Ernennung des politischen Personals, dessen politische Vorrechte, wie etwa die Kontrolle über die Außen-, Innen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie starke Veto- (Art. 107) und Dekretkompetenzen (Art. 90). (vgl. Sakwa 2008b: 107) Ist ein Präsident so stark wie jener in Russland und ist alles auf dieses Amt ausgerichtet, schwächt dies die anderen Institutionen direkt und indirekt, was letztlich den Staat schwächt. (vgl. Fish 2005: 237)

Artikel 80 der Verfassung schreibt den Präsidenten als dominantes Amt fest, denn er ist „Staatsoberhaupt“, „Oberster Befehlshaber der Streitkräfte“ sowie „Garant der Verfassung“ und der „Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers“. Als Garant bzw. Verteidiger der Verfassung sollte eigentlich das Verfassungsgericht dienen, weshalb für Alexander Domrin hier die Gewaltentrennung verletzt wurde, da der Präsident theoretisch in den Aufgabenbereich der Judikative eingreifen könnte, um etwa Entscheidungen des Gerichts auszusetzen. (vgl. Domrin 2006: 123)

Laut Artikel 83 kann der Präsident den Vorsitz bei Sitzungen der Regierung führen, was deren Abhängigkeit von der Exekutive, anstatt vom Parlament bekräftigt. Artikel 83 regelt zudem die Ernennungskompetenzen des Präsidenten: Regierungschef und Vorsitzender der Zentralbank – jeweils mit Zustimmung der Staatsduma; Richter des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichts, des Obersten Schiedsgerichts sowie der Generalstaatsanwalt – jeweils mit Zustimmung des Föderationsrates. Dies wiederum zeigt den großen Einfluss den bereits die Verfassung dem Präsidenten im Bereich der Judikative zugesteht. Der Präsident bildet zudem den Sicherheitsrat und die Verwaltung des Präsidenten, also die mächtige Präsidialadministration. Dass der Präsident der Staatsduma viermal den gleichen Premier vorschlagen kann, wobei nach der dritten Ablehnung die Duma automatisch aufgelöst wird, ist ein weiteres Zeichen für den sehr geringen Einfluss des Parlaments bei der Regierungsbildung.

Der Präsident kann als einziger die Regierung auflösen (Art. 117) Das Parlament kann nur ein folgenloses Misstrauensvotum ausstellen, wobei der Präsident die Option hat bei einem zweiten Misstrauensvotum entweder die Regierung zu behalten oder die Duma aufzulösen. Im Vergleich zu den verschiedenen Möglichkeiten das Parlament aufzulösen oder die Regierung abzusetzen ist es hingegen sehr schwer den Präsidenten abzusetzen. Es ist ein hochkomplexer, fünfstufiger Prozess, der sich über drei Monate zieht, und meist wohl nicht realisierbar ist. (vgl. Domrin 2006: 180)

Durch die kaum mögliche Absetzbarkeit schlechter Präsidenten, durch die Schwäche oppositioneller Gruppierungen und der Zivilgesellschaft sowie durch die geringe

Verantwortbarkeit dieses Amtes vor der Opposition, der Legislative und der Judikative, besitzt Russlands System generell nur sehr geringe Möglichkeiten der Selbstkorrektur. (vgl. Fish 2005: 225f.) Zudem ist ein hoch zentralisiertes System wie in Russland gerade in Krisenzeiten besonders anfällig für autoritäre Tendenzen, da meist weder der Staat noch die Bevölkerung stark genug sind, um als mögliches Korrektiv eingreifen zu können. Die Fixierung auf den starken Präsidenten „macht Charakter, Persönlichkeit und Werthaltungen des Amtsinhabers zu einer entscheidenden Variable für die Art und Form der Ausübung der präsidentialen Kompetenzen.“ (Mangott 2002a: 193)

1994 hat sich Jelzin alle Sicherheits- bzw. Machtministerien direkt unterstellt (Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium) und die Stellung seines Amtes weiter ausgebaut. Im September 1998 folgten dann die Dienste für Auslandsaufklärung, den Staatsschutz und den Grenzdienst sowie das Ministerium für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen. All diese waren davor der Regierung unterstellt, welcher nur noch die Bereiche Wirtschaft, Finanzen, Währung und Sozialpolitik übrig blieben. (vgl. Mangott 2002a: 101)

Auch in der Gesetzgebung hat der Präsident durch starke aktive und reaktive Kompetenzen eine wesentliche Stellung inne, was durch diese Kombination immer wieder zu delegativen Praktiken führte, wenn etwa das Parlament als eigentlicher Gesetzgeber beschnitten wurde. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 350f.) Die Bewertung dieser Kompetenzen haben Carey und Shugart 1998 in ihrem Buch „*Executive Decree Authority*“ gemessen. Ein Dekret wurde dabei als die Machtbefugnis der Exekutive definiert, Gesetze anstelle des Parlaments zu machen. Dass durch Artikel 90 festgelegte aktive Dekret- und Anordnungsrecht ist der wesentliche Teil und Jelzin machte oft Gebrauch davon. Abgesichert werden die Dekrete über das reaktive Recht des Vetos, welches nur von zwei Dritteln aller Abgeordneten beider Parlamentskammern überstimmt werden kann. (vgl. Carey & Shugart, in: Carey & Shugart 1998: 4ff.) Zu unterscheiden ist zwischen normativen und nicht-normativen Dekreten. Normative Dekrete füllen bestehende Gesetzeslücken und schaffen neues, permanentes Recht in Gesetzesrang, während die nicht-normativen Dekrete der administrativen und regulatorischen Umsetzung bestehender Rechtsakte dienen (etwa Ernennung und Entlassung von Regierungsmitgliedern).

Die Einschränkungen der potenziell großen Gestaltungskraft sind folgende: die betreffende Materie darf nicht bereits durch ein Bundesgesetz abgedeckt sein; Dekrete dürfen weder der Verfassung noch föderalen Gesetzen widersprechen und Gesetze dürfen nicht abgeändert werden (der Verfassungsgerichtshof hat bezüglich der Dekrete ein Kontroll- bzw. Aufhebe-

recht, weshalb Unabhängigkeit vom Präsidenten wesentlich ist); die abnehmende Zahl der Gesetzeslücken; und Dekrete bestehen nur solange, bis ein Gesetz zu der betreffenden Materie erlassen wird. Andererseits kommen ständig neue Materien hinzu, und eine loyale Mehrheit im Parlament kann neu entstehende Gesetzeslücken offen halten, um deren Regelung durch präsidentielle Dekrete zu ermöglichen. Zudem müssen „geheime“ Dekrete nicht veröffentlicht werden, was jedoch der Transparenz und Verantwortbarkeit der Politik schadet. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 342ff. / Parrish, in: Carey & Shugart 1998: 81f.)

Generell konnten Carey und Shugart nur in drei weiteren Ländern mit demokratisch gewählter Exekutive ähnliche Kompetenzen wie jene des russischen Präsidenten ausmachen: Kolumbien, Peru, Chile. Diese Machtfülle wäre bei Mitspracherecht der Legislative bei der Verfassungsgebung sicher verhindert worden. (vgl. Carey & Shugart, in: Carey & Shugart 1998: 8ff.) “Consequently, the Russian president wields decree authority that exceeds that of any other democratically elected chief executive.” (ebd. 63)

b) *Die Präsidialadministration (PA)*: Margarete Mommsen sah in der PA „die auf Dauer wichtigste und mächtigste Einrichtung.“ (Mommsen 2004: 35) Es handelt sich bei dieser um den bereits 1991 geschaffenen Verwaltungsapparat des Präsidenten. Sie ist diesem direkt unterstellt und umfasst etwa 2000 Leute, wobei deren Leiter eine sehr zentrale Figur ist, da dieser den Zugang zum Präsidenten steuert, ihm Vorschläge für die Personalbestellungen innerhalb der PA macht, und bei der Gestaltung der politischen Agenda mitwirkt.

Problematisch an der strikt hierarchischen Institution ist, dass sie von einem personalistischen und auf Loyalität basierenden Bestellmodus geprägt ist und, dass sie sich der horizontalen und vertikalen Verantwortbarkeit entzieht. Zudem wird sie in der Verfassung nur einmal als “Verwaltung des Präsidenten” erwähnt, welche vom Präsidenten gebildet wird. (Artikel 83.i) 1996 wurden dann mittels einem präsidentiellen Dekret die Organisationsstruktur und Kompetenzen festgelegt, durch welche die PA nun auch formell eine zentrale Institution wurde, wobei es durch unklare Abgrenzungen der Kompetenzen zu häufigen Überschneidungen mit Bereichen der Regierung kam. Wegen dieser Übernahme von Regierungsarbeit durch die PA fungiert das Präsidentenamt “in effect [...] as a duplicate government, with the function of ministries often shadowed by agencies under the president.” (Sakwa, in: Smith & Sharlet 2008: 11) Georg Dox ist der Meinung, dass die Regierung bloß die aus der PA kommenden Leitlinien umsetzt. (vgl. Dox 2007: 99)

Generell soll die PA dem Präsidenten Vorschläge und Empfehlungen bezüglich der politischen Lage machen, Gesetzesvorlagen und Dekrete vorbereiten, ausarbeiten und deren Umsetzung überwachen sowie parlamentarische Gesetzesvorlagen prüfen. Die wichtigen ministeriellen

Beschlüsse müssen zudem mit der PA koordiniert werden. Diese Aufgaben zeigen deren regierungsähnlichen Charakter. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 315 / Mangott 2002a: 111)

c) *Die Regierung*: Der Premierminister schlägt dem Präsidenten seine Regierungsmitglieder zur Ernennung vor. Abtreten muss die Regierung auf Entscheid des Präsidenten, wobei diese nur als ganzes aufgelöst werden kann. Das Parlament kann ihr das Misstrauen aussprechen bzw. der Premier dem Parlament die Vertrauensfrage stellen, wobei sich jedoch in *beiden* Fällen der Präsident entscheiden kann, ob die Regierung gehen soll oder ob das Parlament aufgelöst wird. Regierungen sind zudem an die Amtsperiode des Präsidenten und nicht an jene des Parlaments gebunden und müssen nicht auf den Mehrheitsverhältnissen im Parlament basieren. Wiktor Tschernomyrdin etwa blieb Regierungschef, obwohl er bei den Wahlen 1995 mit seiner Partei schlecht abschnitt und die Opposition weiter gestärkt wurde. In der fehlenden Parteibindung der Regierungsmitglieder sah Mangott einen Grund für die geringe Effektivität der Regierungen, da die, oft als Lobbys bestimmter Sektoren ernannten Minister, jeweils im Interesse ihres Bereichs agierten und es zwischen diesen Konflikte gab. (vgl. Mangott 2002a: 128) Der Präsident in Russland kann somit „Experten-“ bzw. „Technokratenkabinette“ - unabhängig vom Ergebnis der vorangegangenen Dumawahlen – einsetzen. Die demokratische Legitimität einer solchen Regierung ist gering, vor allem da diese dem Präsidenten und nicht der Regierung gegenüber verantwortlich ist. Der Premier bildet damit auch kein wirkliches Gegengewicht zum Präsidenten.

Letztendlich ist eine Regierung der Bevölkerung gegenüber kaum verantwortlich, wenn deren Mitglieder nicht aus der Legislative rekrutiert werden, wenn die Regierung von diesem nicht abgesetzt werden kann, bzw. wenn es nur schwache verfassungsmäßige Kontrollrechte der Legislative gibt und wenn keine Parteien bei Wahlen für negative Regierungsarbeit abgestraft werden können. “The concept of ‘the cabinet of experts’ undermines the idea of political accountability of the government to the electorate and hinders the development of the meaningful party system.” (Meleshevich 2007: 110)

d) *Das Parlament*: Die Ober- und Unterkammer - Föderationsrat und Staatsduma – wird Föderalversammlung genannt. Die Abgeordneten beider Kammern genießen laut Artikel 98 Immunität. Was die Kompetenzen bei Regierungsbildung und -kontrolle angeht, besitzt die Duma nur ziemlich schwache Mittel. „Politik ist in Russland in der Mehrheit der Politikfelder ohne und gegen das Parlament möglich.“ (Mangott 2002a: 99)

Einzelne Minister kann die Duma bei der Regierungsbildung nicht ablehnen, und sie kann auch nur der gesamten Regierung das Misstrauen aussprechen – jedoch stets mit der bereits erwähnten Gefahr der eigenen Auflösung. Das Parlament konnte unter Jelzin mit seiner linken

Mehrheit zwar einige Gesetze blockieren, seiner Kontrollfunktion jedoch nicht wirklich nachkommen. Misstrauensanträge gegen die Regierung wurden etwa durch Androhung der Auflösung oder von Neuwahlen abgewehrt, was die Verantwortbarkeit der Regierungen vor dem Parlament weiter geschwächt hat. (vgl. Merkel & Puhle 1999: 190) Auch die Kontrollinstrumente des Parlaments gegenüber der Regierung sind beschränkt. Laut Verfassung ist die Duma mit keinem Recht auf Untersuchungsausschüsse oder einem Interpellationsrecht ausgestattet. Es fehlen zudem Kompetenzen, um das Militär, die Polizei oder die Sicherheitsorgane zu kontrollieren.

Die Gesetzgebungskompetenzen teilt sich die Duma vor allem mit dem Präsidenten und der Regierung, aber auch mit dem Föderationsrat. Jedoch stehen die legislativen Gesetze über präsidentiellen Dekreten. Dass auch für normale Gesetze eine Mehrheit *aller* Abgeordneten beider Kammern notwendig ist, macht es durchaus schwer für das Parlament Gesetze zu beschließen. In anderen Ländern ist es üblich, dass eine Mehrheit der *Anwesenden* erforderlich ist. (vgl. Kotz & Weit 2007: 207)

Der Föderationsrat, die Kammer der Regionen, kann nicht aufgelöst werden und besitzt einige Kompetenzen auf föderaler Ebene, wie etwa das Ausrufen eines Ausnahmezustandes, die Autorisierung des Einsatzes des Militärs im Ausland oder bei der Personalbestellung - etwa die 19 auf neun Jahre gewählten Verfassungsrichter. (vgl. Mangott 2002a: 152) Der Bestellmodus ist in Artikel 95.2 nur ungenau festgelegt, es ist von je einem Repräsentanten aus der Exekutive und der Legislative jeder Region die Rede.

Ein Messsystem von Maurice Duverger stufte das russische Parlament wegen der oben genannten Gründe als ziemlich schwach ein. Im "Parliamentary Power Index", welcher zwischen 0 und 1 einordnet (1 = starke Rechte), wurde für den Zeitraum 2002-2004 ein Wert von 0,44 ermittelt, während etwa Deutschlands Parlament auf den Wert 0,78 kam. (vgl. Fish 2005: 199ff.) 2009 blieb Russland auf dem Wert 0,44, während die parlamentarischen Systeme Westeuropas durchschnittlich auf 0,70-0,78 kamen. Das formell ähnliche System Frankreichs konnte mit 0,56 aufwarten, die USA mit 0,63. Generell befindet sich Russlands Parlament mit dem Gewicht welches es im politischen System spielt in wenig guter Gesellschaft (etwa jener des Iran oder Pakistans).

Steven Fish sieht ein starkes Parlament als sehr wesentlich für eine Demokratisierung. Zudem zeigten sich Korrelationen, die besagen, dass eine starke Legislative zu einer offeneren Politik führt. Andererseits bestimmt die Offenheit zum Zeitpunkt der Festlegung der Kompetenzen des Parlaments dessen Stellung. Demnach wäre die Zeit der Verfassungsgebung in Russland, speziell nach Oktober 1993, keine solche offene und liberale Phase gewesen, da der Großteil

der Macht nicht abgegeben wurde. Dies entspricht durchaus den Tatsachen. (vgl. Fish 2005: 205ff.) Einer Theorie von Max Weber nach, zieht ein solch schwaches Parlament zudem nicht jenes Führungspersonal an, aus welchem dem Präsidenten eine starke Konkurrenz erwachsen könnte, sondern hauptsächlich bürokratische Karrieristen. Die Führungspersonen würden viel eher in die Wirtschaft gehen. (vgl. ebd. 220ff.)

Die *checks and balances* waren somit bereits in der Verfassung schwach verankert. Die zentralen Akteure des politischen Systems – der Präsident, seine Administration und der informelle Elitenkreis um Jelzin herum entzogen sich weitgehend der Kontrolle durch Judikative und Legislative. Jelzin selbst entzog sich dem aufgrund eines schwachen Parlaments, aber auch aufgrund seiner Kompetenz „geheime“ Dekrete zu erlassen. (vgl. Protsky, in: Europe-Asia Studies No. 5, Juli 2004: 658) Wegen Jelzins zunehmenden krankheitsbedingten Ausfällen übertrug er nach seiner Wiederwahl die Kompetenz Dekrete zu unterzeichnen an den Leiter der Präsidialadministration, was die demokratische Verantwortbarkeit durch diese Form der Gesetzgebung weiter unterminiert hat. (vgl. Parrish, in: Carey & Shugart 2008: 99)

3.7) Das Parteiensystem

Merkel und Puhle sehen ein gefestigtes und demokratieförderndes Parteiensystem als zentrale Voraussetzung für die Konsolidierung einer Demokratie. Ein schwaches Parteiensystem fördert indirekt delegative und illiberale Praktiken, wenn zwischen mehr oder weniger demokratischen Wahlgängen Einfluss auf die Politikgestaltung und die Kontrollpflichten nicht ausreichend gegeben sind und eine dominante Exekutive in dieser Zeit den Rechtsstaat gefährden kann. (vgl. Merkel, in: Merkel & Sandschneider 1997: 15)

Anders als in Osteuropa spielten in Russland Parteien von Anfang an jedoch keine große Rolle und unter Boris Jelzin konnte sich dann auch kein konsolidiertes Parteiensystem entwickeln. Die Hauptgründe dafür waren: Ein Wahlsystem, bei welchem die Hälfte der Dumasitze an meist Parteilose Einzelkandidaten ging; unterschiedliche Wahlsysteme in den Regionen; die starke Stellung der Fraktionen in der Duma; schwache programmatische Kohärenz zwischen den Zentrumsparteien und deren regionalen Ablegern, bzw. generell wenig ausgeprägte Parteiprogramme (eine Umsetzung dieser war ohnehin ziemlich unwahrscheinlich); wenig direkte Verbindungen mit der Bevölkerung; eine geringe Parteienbindung die zu Instabilität und einer hohen Fluktuation von Parteien führte - die Kurzlebigkeit der Parteien wiederum führte zu geringer Verantwortbarkeit und Responsivität

gegenüber den Wählern; ein politisches System welches voll auf den, bewusst parteilos bleibenden, Präsidenten ausgerichtet war; der geringe Anreiz zur Professionalisierung; schwache Organisationsstrukturen aufgrund des machtlosen Parlaments; eine niedrige Mitgliederbasis; ein generell geringer Einfluss auf die Politik sowie auf Regierungsbildung und Präsidentenwahlen – letztere wurden ohne Parteien sondern mit administrativen Mitteln gewonnen; und die Dominanz personalistisch-informeller Netzwerke. (vgl. Mangott 2002a:157 / vgl. Merkel & Puhle 1999: 201f. / Meleshevich 2007: 153)

Rückständig blieb das Parteiensystem auch, weil individuelle Mitgliedschaft in einigen großen Parteien nicht besonders viel galt. Erst 2003 sollte der LDPR eine Premiere damit gelingen, dass die komplette Kandidatenliste aus Parteimitgliedern bestand. Dass in Russland die Regierungen üblicherweise aus Technokraten gebildet wurden, die naturgemäß wenig Erfahrung mit Parteipolitik gesammelt haben, schadete der Verbindung von Regierung und Parlament weiter. Zudem war die rechtliche Unklarheit von politischen Parteien ein hemmender Faktor, denn es wurde erst 2001 ein Parteiengesetz verabschiedet, durch welches der Status und die Funktion dieser klar festgelegt wurden. (vgl. Meleshevich 2007: 42ff. & 190)

Olga Kryschtanowskaja kritisierte das Parteiensystem unter Jelzin ebenfalls: „Im Grunde war in den neunziger Jahren das gesamte politische Feld von Eliteparteien besetzt.“ Diese waren eigentlich keine richtigen Parteien, „denn sie hatten keine eigene Basis in der Bevölkerung“ (Kryschtanowskaja 2004: 76) Vom Regime aufgebaute Elitenparteien werden auch „Parteien der Macht“, bzw. „administrative Parteien“ genannt. Deren Aufgabe ist die Kontinuität der Macht zu sichern - wenn nötig mit undemokratischen Mitteln. Die meist monopolartige Stellung diese Parteien schwächt und gefährdet die Position und Existenz der normalen Programmparteien. (vgl. Meleshevich 2007: 211)

Merkmale von Parteien der Macht sind: Unterentwicklung der Organisationsstrukturen; informelle und personalistische Verbindungen; diffuse oder überhaupt fehlende Programme und Ideologien, dafür relativ flexibler Pragmatismus und Zentrismus; gemäßigt patriotisch und etatistisch; fehlende soziale Basis und deshalb umso stärkere Abhängigkeit von einer politisch einflussreichen und hochrangigen Führungsperson, um den Zugang zum Staat und anderen administrativen Ressourcen zu gewährleisten; parlamentarische Tätigkeit vor allem als Interessensgruppe der exekutiven Staatsmacht bzw. deren Fraktionen. (vgl. Mommsen 2004: 57 / Meleshevich 2007: 195 / Stykow 2006: 226) Frank Schauf bezeichnete diesen Parteientypus als „Vorfeldorganisationen der staatlichen Gewalt“, die ihre Legitimation

hauptsächlich durch die staatliche Führung erhalten. (Schauff, in: Gorzka & Schulze 2004: 252)

3.8) Privatisierungen

Anatoli Tschubais leitete die Privatisierungen der ehemaligen Staatsbetriebe von Anfang an. Es wurde jedoch im Vorhinein verabsäumt unabhängige staatliche Institutionen aufzubauen, weshalb der gesamte Prozess letztlich von Korruption geprägt war. Es wurde generell zu eilig gehandelt worunter die Organisation gelitten hat – das lag aber wohl auch im Interesse der handelnden Elite. „[A]ll successful post-communist transitions began with the establishment of a new political system [but in Russia]it began with the privatization of property before independent political institutions were introduced.” (Shevtsova 2007: 9)

Zudem wurde die alte Industriestruktur nicht umgebaut, denn die riesigen staatlichen Monopole wurden nicht zerschlagen. Die Privatisierung der Monopolstellungen kam es schließlich nicht zu Produktivitäts- sondern zu Preissteigerungen, da die nun privaten Monopolisten ihre Produktion senkten. (vgl. Aron 2007: 39) Das Fehlen einer ausreichend hohen Zahl der strukturell wichtigen Klein- und Mittelbetriebe war ein weiteres Problem. Diese wurden durch die Monopole sowie durch Kapitalmangel, eine erdrückende Steuerlast, unzählige Regulierungen, wachsende Korruption und die unklare Rechtslage behindert, weshalb auch kaum Anreize zur Restrukturierung und Effizienzsteigerung der privatisierten Betriebe gegeben waren. (vgl. Zon 2008: 51)

Werner Biermann vermutet bei den Privatisierungen die Geburtsstunde des „Nomenklatura-Kapitalismus“, da in Anbetracht fehlender Kontrollinstanzen, fehlender Marktregulationen des Staates und noch nicht angepasster Verhaltensmuster der Wirtschaftstreibenden die Betriebsleitungen der nun privaten Unternehmen wieder stärker auf alte informelle Netzwerke mit der staatlichen Bürokratie oder der Politik zurückgreifen mussten. (vgl. Biermann 1996: 39) Viele Betriebe waren in ihrem Überleben von der Bürokratie abhängig, da diese den Zugang zu Lizenzen, Quoten, Subventionen oder billigen Krediten kontrollierte - der Korruption war in diesen unregulierten Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft Tür und Tor geöffnet. (vgl. ebd. 114)

In der ersten offiziellen Phase der Privatisierung von 1992-94 ging es hauptsächlich um Klein- und Mittelbetriebe, wodurch sich aber kaum etwas an der Wirtschaftsstruktur änderte. (vgl. Aron 2007: 50) Zwar kamen gegen Ende der Phase bereits 78.5% der industriellen Produktion von nicht-staatlichen Unternehmen, aber der Staat behielt in den meisten davon

weiterhin eigene Anteile und die alten sowjetischen Betriebsmanager, die „roten Direktoren“, blieben die dominante Führungsschicht, da meistens die jeweiligen Betriebsleitungen die vom Staat an die Bevölkerung ausgegeben Anteilsscheine von ihren eigenen Belegschaften aufkauften. Eigentlich sollte das Staatseigentum in der Bevölkerung breit gestreut werden und so eine Eigentümerschicht als Schutz gegen eine Rückkehr des Kommunismus entstehen, aber das Resultat zeugte vielmehr von der Nomenklatura-Privatisierung, da in etwa zwei Drittel der privatisierten Unternehmen kein Führungswechsel stattfand, während andere Unternehmen bankrottgingen, wodurch deren Anteilsscheine wertlos wurden. (vgl. Fish 2005: 166 / Mangott 2009: 45) “[T]he former industrial *nomenklatura* kept control of the enterprises and enjoyed enormous political influence to shape the reforms to their advantage.” (Aron 2007: 43)

Ein Privatisierungsbeispiel für die Herausbildung des Nomenklatura-Kapitalismus betrifft Gazprom. Wiktor Tschernomyrdin wandelte als Minister für die Öl- und Gasindustrie 1989 dieses Ministerium in das Unternehmen Gazprom um (mehrere Unternehmen wurden vor 1992 bereits „heimlich“ Privatisiert) und wurde dessen Vorstandsvorsitzender – dies geschah auch in anderen Industrieministerien und führte zu privaten Monopolisten. Als er 1992 zum Premierminister ernannt wurde konnte er sich von diesem Posten aus große Profite durch die Anteilsverkäufe Gazproms herauschlagen, aber auch zahlreiche Privilegien, etwa im Steuerbereich, wurden dem Unternehmen zuteil. (vgl. Kotz & Weir 2007: 215ff. / Aslund, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 152)

Eine andere Variante war, dass sowjetische Betriebsmanager, ebenfalls noch vor der offiziellen Privatisierung ab 1992, Staatsunternehmen unter anderem Namen für sich privatisiert haben und so zu deren Eigentümer wurden. Auch bei dieser “Privatisierung des Staates durch den Staat” geschah ein heimlicher Transfer von Macht für Eigentum - unter Ausschluss der Gesellschaft. Das Ziel dabei war, die Infrastruktur der Wirtschaft zu privatisieren (etwa Industrie, Banken und Verteilungssysteme), diese Bereiche jedoch durch den Staat unter Kontrolle zu halten, um für diesen Profite abzuschöpfen. (vgl. Kryschtanowskaja 2004: 97f. & 183)

In der zweiten Privatisierungsphase, 1995-96, wurden dann vor allem die großen und wichtigen Staatsbetriebe privatisiert (etwa aus dem Rohstoffsektor), Zu dieser Zeit betraten die sogenannten „Oligarchen“ die große Bühne. Finanzspekulationen und Rohstoffhandel, abgewickelt über die Banken dieser Unternehmer, brachten großen Reichtum, welcher dazu eingesetzt wurden, um vor allem durch die „*loans-for-shares*“ Privatisierung die Finanzmacht nun mit konkreter Wirtschaftsmacht zu untermauern. Dies geschah dadurch, dass die

Oligarchen bedeutende Staatsbetriebe durch intransparente Deals zu sehr günstigen Preisen erwerben konnten. Der Staat ließ dabei den Oligarchen Mehrheitsanteile an Unternehmen, was ursprünglich nur als Zwischenlösung gedacht war, um an Geld kommen. Da beiden Seiten klar war, dass der Staat nicht zurückzahlen wird können, gingen die Betriebe schließlich in geschlossenen Auktionen in den dauerhaften Privatbesitz der Oligarchen über. Ausländische Bieter waren gänzlich verboten und meist organisierten die eigenen Banken der Oligarchen die Auktionen selbst, wodurch das Staatseigentum für einen Bruchteil des wahren Wertes erworben werden konnte. (vgl. Fish 2005: 167) Marshall Goldman nannte diese Privatisierung sogar den größten und kontroversiellsten Transfer von Vermögen in der Geschichte. Noch dazu waren die Oligarchen als "rettende" Kreditgeber selbst die größten Steuersünder. (vgl. Goldman 2008: 64)

Durch die *loans-for-shares* Privatisierung erhielt etwa Michail Chodorkowski die Kontrolle über den Ölkonzern Jukos und Boris Beresowski erhielt Sibneft. Die neu erworbenen Unternehmen waren aber nur ein Teil ihrer Finanz-Industriellen Gruppen (FIGs), meist mit einer Bank als deren Basis, und Medienunternehmen als Teile dieser. Obwohl dem Staat finanziell stark geschadet wurde, profitierte im Gegenzug das Regime von Jelzin sehr wohl, denn als Gegenleistung unterstützten ihn die Oligarchen bei dessen Wiederwahl 1996 – finanziell und mittels ihrer Medien. (vgl. Kotz & Weir 2007: 219)

In all den Privatisierungen konnten somit hauptsächlich alte sowjetische Eliten profitieren, da sie das nötige Kleingeld und die richtigen Verbindungen hatten um in den Besitz der Betriebe zu kommen. Das unter Jelzin entstandene Wirtschaftssystem wird deshalb oft „*criminalized capitalism*“ oder „*oligarchic capitalism*“ genannt (vgl. Kotz & Weir 2007: 213), Es kann als ernsthaftes Problem angesehen werden, dass der breiten Bevölkerung, der Zugang zu den staatlichen Betrieben im Prinzip verwehrt blieb, denn Eigentum und gesicherte Eigentumsrechte waren im Westen sehr wichtig für die Entstehung einer autonomen Zivilgesellschaft und in Folge auch für die Entstehung der Demokratie. (vgl. Aron 2007: 44) Für Leon Aron war das Problem, dass in Russland – einzigartig in der Geschichte – Privateigentum und Kapitalismus gleichzeitig eingeführt wurden. (vgl. Aron 2007: 221)

Von der Klassenstruktur her war problematisch, dass die kleine Gruppe der deutlichen Transitions Gewinner der großen Mehrheit an Transitionsverlierer gegenüberstand, während dazwischen nur eine kleine Mittelschicht entstehen konnte. Im Sinne von Vanhanens Machtressourcenindex war eine starke Konzentration der Macht auch dadurch gegeben, dass durch die enormen Produktionseinbrüche die sozioökonomische Basis für viele Menschen weggefallen ist. Eine solche Machtverteilung wäre laut Vanhanen mit einer pluralistischen

Demokratie nur schwer vereinbar, da es durch die Konzentration der wirtschaftlichen Ressourcen zu wenige vom Staat unabhängige Akteure gab. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 335)

All diese Umstände sprechen dafür, dass der Fokus viel zu sehr auf einen raschen Eigentümerwechsel gelegt wurde, während die strukturellen Rahmenbedingungen und eine genaue Kontrolle der Privatisierungen stark vernachlässigt wurden. Dadurch konnte das oligarchische und intransparente System entstehen, welches auf den schmalen Interessen einer kleinen Führungselite basierte. Die Basis für eine breite Mittelschicht und eine bürgerliche Gesellschaft wurde mit den Privatisierungen nicht geschaffen. (vgl. Biermann 1996: 35)

3.9) Eine problematische Wiederwahl

Unter Jelzin entstand eine stark personalistische und informelle Kremlpolitik, bestehend aus einer kleinen Gruppe von Jelzins Verwandten, engsten Vertrauten, und teilweise korrupten oder kriminellen Oligarchen, genannt „die Familie“. In einem personalistischen System zählen anstatt beruflicher Qualifikationen und Fähigkeiten Zugehörigkeit, Loyalität, und persönliche Nähe als die entscheidenden Rekrutierungsmerkmale. (vgl. Meyer, in: Meyer 2008: 44) Die Vertreter der Familie wurden nicht gewählt, waren somit niemandem rechenschaftspflichtig, konnten aber durch ihren großen Einfluss Politik und Wirtschaft entscheidend mitbestimmen. Diese informellen Netzwerke sowie die Nutzung der administrativen Ressourcen waren die zunehmend wichtigere Machtbasis von Jelzin. Vor allem nach dessen Wiederwahl, als er immer seltener bei ausreichender Gesundheit war, konnte der informelle Personenkreis einen demokratisch nicht legitimierten und nicht kontrollierbaren Einfluss ausüben. (vgl. Mangott 2002a: 190)

Für die Jelzins Wiederwahl war die finanzielle und mediale Hilfe der Oligarchen von Nöten, da die Umfragewerte des Präsidenten im mittleren einstelligen Bereich lagen und der kommunistische Spitzenkandidat, Gennadi Sjuganow, weit voran lag. Dazu kam, dass die KPRF bereits bei den Dumawahlen Ende 1995 stärkste Kraft wurde und, dass zusammen mit anderen linken Abgeordneten nahezu eine Fraktionsmehrheit erreicht werden konnte. Es war Boris Beresowski, der zwecks Wahlkampfunterstützung die eigentlich konkurrierenden und verfeindeten Oligarchen ab Anfang 1996 um Jelzin zu versammeln begann. Zu diesen gehörten unter anderem auch Michail Chodorkowski und Roman Abramowitsch. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 60)

Angesichts des wahrscheinlichen Verlusts der Macht bei freien und fairen Wahlen, entschieden Jelzin und die Familie kein Risiko einzugehen, weshalb der Wahlausgang über den Einsatz administrativer Ressourcen stark beeinflusst wurde. Dies wurde als geringeres Übel als ein Wahlerfolg der Kommunisten gesehen. Es ging nicht nur darum, Macht und Einfluss zu bewahren, sondern auch um den Schutz des erworbenen Reichtums jener Gruppen, in deren Abhängigkeit Jelzin sich begab. Auch die Sicherheit vor strafrechtlicher Verfolgung war mit dem Machterhalt verbunden. Da all dies gefährdet schien, nahm man es mit der Verfassung und den ohnedies nur halbherzig gelebten demokratischen Prinzipien nicht zu genau. Etliche Leute in Jelzins engstem Umfeld rieten ihm sogar die Wahlen abzusagen, aber letztendlich entschied der Präsident sich dagegen - jedoch erst, nachdem er seine Berater erfolglos nach legalen Gründen für eine Absage der Wahlen suchen hatte lassen. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 63 / Kryschtanowskaja 2004: 215)

Da dem Präsidenten eine breite Unterstützung sowie Rückhalt in der Bevölkerung fehlten - weil er Parteilos blieb und die demokratische Bewegung nicht zu seiner politischen Basis machte -, musste die Unterstützung für ihn künstlich erzeugt werden. Vor allem Boris Beresowski und Wladimir Gussinski setzten ihre russlandweit ausstrahlenden Fernsehsender ORT und NTV ein, um für Jelzin die dringend notwendige Medienkampagne durchzuführen. NTV war damals hoch angesehen, da der Sender unabhängig agierte und eine gute journalistische Qualität aufweisen konnte, weshalb es kein gutes Zeichen für die Medienlandschaft war, dass sich NTV an der heftigen Schmutzkübelkampagne beteiligen sollte. Da in einflussreichen Kreisen die Angst vor einem Sieg der Kommunisten herrschte, ging man das kurzfristige „unmoralische“ Zweckbündnis ein. Sjuganow wurden Berichterstattung und Wahlwerbung zur Hauptsendezeit verwehrt. Hierbei, und bei mehreren anderen Gelegenheiten, wurde bewusst das Gesetz gebrochen. Auch wurde die objektiv-kritische Beobachtung der Medien zu Gunsten einer aktiven politischen Teilnahme am Wahlkampf geopfert. Sjuganow wurde erfolgreich Dämonisiert, wodurch er letztendlich tatsächlich von vielen als große Gefahr für das Land gesehen wurde. Innerhalb eines halben Jahres wurden so Jelzins Popularitätswerte ins Positive umgekehrt und er gewann die Wahlen in der zweiten Runde gegen Sjuganow.

Neben dem massiven Einsatz der Medien waren es der illegale Einsatz von Unmengen an staatlichen Finanzen, um sich im ganzen Land Stimmen zu kaufen, sowie Manipulation der Stimmauszählung, wodurch der Wahlsieg gesichert wurde. In der Stichwahl “the evidence of fraud was overwhelming.” (Kotz & Weir 2007: 264) Beispielhaft sind Regionen, die in der ersten Runde eindeutig für Sjuganow gestimmt haben, in der zweiten Runde aber plötzlich

ähnlich stark für Jelzin votierten. Sjuganow legte jedoch keinen Einspruch gegen das Ergebnis ein. Auch die Zentrale Wahlkommission, welche für einen reibungslosen Wahlkampf sowie für die Wahlen selbst zuständig ist, hat nicht eingegriffen.

Auch die europäischen Organisationen sahen nur wenig Grund zur Beschwerde. Die OSZE erkannte “a further consolidation of the democratic process” (Saari 2010: 91). Der Europarat meinte: “[T]here is no longer any reason whatsoever to doubt Russia’s ability to hold free and fair elections”. Die EU lobte: “A historic milestone in the consolidation of democracy”. (ebd. 92) Diese Urteile waren jedoch ein Ausdruck realpolitischer Strategien des Westens. Sie waren zudem weiter von dem Glauben und der Hoffnung geprägt, dass Jelzin der richtige Mann für ein liberales und demokratisches Russland sei.

Besonders problematisch war die Wiederherstellung der Kontrolle über die Medien - wenn auch nur temporär – jedoch wurde ein Präzedenzfall geschaffen, welcher dem Ansehen der Medien geschadet hat. Doch wurde Jelzin durchaus auch freiwillig unterstützt, da man sich von seinem Sieg eine Fortsetzung der Freiheit erwartet hat. Zudem hatte Jelzin im Gegensatz zu Putin keine Medien beschlagnahmt, geschlossen, oder Zensur angewandt. Ein paar Monate vor den Wahlen kam es jedoch zu einer Intervention, als Jelzin den Vorsitzenden von RTR entließ. Als Begründung wurde einseitige Berichterstattung genannt, womit Jelzin sich auf kritische Berichte über den Krieg in Tschetschenien, über soziale Missstände oder über die Dumawahl 1995 bezog. Generell konnte auch über dieses heikle Thema kritisch berichtet werden, aber im Vorfeld der Präsidentenwahlen zeigte sich wohl Jelzins wahres Verständnis von einer kritischen Opposition bzw. Öffentlichkeit. Nach den Wahlen wurden die Medien zwar wieder kritischer, blieben jedoch vorsichtiger als davor, was sich etwa in Selbstzensur bemerkbar machte.

Der größte Gewinn für die Oligarchen war die Aufrechterhaltung jenes Systems, welches ihre privilegierte Stellung ermöglicht hatte. Beresowski und Potanin erhielten zudem hohe Ämter in der Politik, blieben aber weiterhin auf ihren Posten in der Wirtschaft. (vgl. Ostrow & Satraov et al. 2007: 73) Das Regime wiederum sicherte sich den Machterhalt, jedoch begab man sich in die Abhängigkeit informeller Partikularinteressen der Lobbys, Oligarchen und Vertreter der starken Wirtschaftssektoren und beraubte sich dadurch einem autonomen Handlungsspielraum, da als Alternative keine genuine, breite Unterstützung in der Bevölkerung zur Verfügung stand. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 331f.) Nach Jelzins Rückkehr im Frühjahr 1997 - er fiel etwa ein halbes Jahr wegen einer Herzattacke aus, wobei vor allem Anatoli Tschubais als neuer Leiter der Präsidialadministration de facto die Amtsgeschäfte übernahm - wurden die Oligarchen vom engeren Kern der Familie etwas

zurückgedrängt, da deren Einfluss mittlerweile als zu groß angesehen wurde und die Symbiose Staat und Wirtschaft etwas entflochten werden sollte. (vgl. Mommsen 2004: 65ff.)

3.10) Föderalismus

In den 1990ern hatte der Föderalismus für einige Spannungen zwischen Zentrum und den damals 89 Föderationssubjekten (heute 83) gesorgt. Ein Problem waren die ethnischen Republiken Tschetschenien und Tatarstan, welche ihre Unabhängigkeit am striktesten verfolgten. Aus der Angst heraus, Russland könnte wie die Sowjetunion zerfallen, und um sich politische Loyalität in den Regionen zu sichern, schloss Jelzin deshalb mit letztlich 42 Föderationssubjekten bilaterale Abkommen (meistens über fünf Jahre; der Inhalt blieb oft geheim), durch welche umfangreiche Zugeständnisse gemacht wurden und Kompetenzübertragungen stattfanden – einige davon widersprachen jedoch der Verfassung und verletzten Verfassungsprinzip der Gleichheit aller Subjekte. Die Abkommen waren Ausdruck von Jelzins Politik der Konzessionen, welche je nach politischen Notwendigkeiten verteilt wurden, wodurch sich kein stabiler rechtlicher Rahmen in der Politik des Zentrums gegenüber den Regionen entwickeln konnte. Die Zentrum-Regionen Beziehungen basierten auch generell nur wenig auf formellen und institutionalisierten Prozessen. (vgl. Sakwa 2008b: 205)

Die wachsende Ungleichheit und Heterogenität zwischen den Föderationssubjekten stellte ein großes Problem für den russischen Föderalismus dar. Bei den unterschiedlich stark ausgeprägten Souveränitätsbestrebungen der Republiken ging es vor allem um die Kontrolle über das Eigentum, die Rohstoffe und die Steuerpolitik auf ihrem Gebiet. Die in der Verfassung festgeschriebenen Rechte für Republiken erlauben eine gewisse Kontrolle darüber, aber da das Ausmaß der Kompetenzen unklar blieb, folgten ständige Kompetenzgerangel. Im Gegensatz zu den Republiken erhielten die Regionen keine Souveränität oder das so wichtige Nutzungsrecht über die eigenen Bodenschätze. (vgl. Schneider 2001: 152ff.)

Bald schon entstanden in den Föderationssubjekten die verschiedensten politischen Systeme, was weiter zur Asymmetrie des russischen Föderalismus beitrug. Oft entwickelten sich geschlossene (halb-)autoritäre Systeme, mit einer Verquickung aus regionalen Eliten und den dominanten regionalen Industrien, mit starken Exekutiven sowie mit Parlamenten, welche von den jeweiligen politischen Akteuren und den Businessleuten in Beschlag genommen wurden. Die Elitenkontinuität in den Regionen war noch größer als im Zentrum, und so gab es nur einen natürlichen, evolutionären Abgang der alten Partei-Staat Elite. (vgl. Kryschtanowskaja 2004: 56) Generell bildete sich in den Regionen meist das stark exekutivlastige System des

Zentrums heraus. “Legislatures throughout the 1990s were overshadowed by regional executives and enjoyed little legislative autonomy.” (Sakwa 2008b: 259) Schwache Parteien und politisch kontrollierte Medien konnten bzw. wollten jedoch nichts gegen die autoritären Tendenzen ausrichten.

Ab Ende 1995 besaßen die Gouverneure, da sie nun direkt gewählt und nicht mehr vom Präsidenten ernannt wurden (die Republikspräsidenten wurden auch zuvor bereits gewählt), ihre eigene Legitimationsbasis und erhielten dadurch eine größere Unabhängigkeit vom Zentrum, da sie nun nicht mehr beliebig ein- oder absetzbar waren. Die Regionalwahlen waren jedoch, wie jene auf föderaler Ebene, von Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, und trotz „zahlreicher Verstöße wurden die Gouverneurswahlen von der Zentralen Wahlkommission anerkannt.“ (Schneider 2001: 157)

In Folge wurden auf regionaler Ebene die Möglichkeiten der Bereicherung und der Symbiose aus Staat und Wirtschaft ebenso genutzt wie auf föderaler Ebene. Die regionalen Eliten bauten ihre Macht darauf auf, dass sie in Besitz ihrer jeweiligen Anlagen und Betriebe kamen. Wie auch im Zentrum fand somit weniger ein Übergang zu einer Marktwirtschaft statt, “[but] rather the endless exploitation of the opportunities opened up by the transition process itself.” (Sakwa 2008b: 265) Während die Finanzkrise 1998 den Oligarchen im Zentrum sehr schadete, wuchs in den Regionen die Verschmelzung aus Geschäftswelt und Politik weiter an, was die lokale Oligarchie stärkte.

Ende der Neunziger gab es auch eine vermehrt eigenmächtige, teilweise verfassungswidrige Dezentralisierung von bedeutenden Kompetenzen durch die Gouverneure, wodurch etwa Steuern nicht mehr an das Zentrum geliefert wurden und der Wettbewerb sowie der freie Finanz- und Warenverkehr innerhalb Russlands durch Zölle eingeschränkt wurde. „Regional governments effectively usurped policy-making authority (and economic policy authority in particular) more than the center 'delegated' it.” (Stoner-Weiss, in: McFaul & Stoner-Weiss 2004: 154f.) Mehr und mehr Gesetze in den Regionen widersprachen der Verfassung oder Bundesgesetzen und oft konnten regionale Abteilungen föderativer Behörden unter Kontrolle bzw. auf Linie gebracht werden, was die Implementierung der Politik des Zentrums weiter erschwerte. (vgl. Azarova, in: Meyer 2008: 260 / vgl. Kryschtanowskaja 2004: 217ff.)

Andreas Heinemann-Grüder stellte Anfang der 2000er fest, dass die Verfassungen aller 21 Republiken in Russland der Verfassung Russlands in verschiedenen Punkten widersprachen. Tschetschenien etwa ging in seiner Verfassung von Eigenstaatlichkeit aus, Tatarstan hingegen sah sich als assoziiertes Mitglied. Manche Republiken stellen das eigene Recht über föderales Recht und durch manche Verfassungen war die Möglichkeit dafür gegeben, ein Referendum

abzuhalten, mit welchem der eigene Status geändert werden konnte, was theoretisch eine Sezession ermöglicht hätte. (vgl. Heinemann-Grüder: in Mangott 2002b: 92)

Die großen Rechtsunterschiede, die als (autoritäre) Kleinstaaten agierenden Föderations-subjekte sowie die Unsicherheit bezüglich der Einheit der Föderation (vor allem wegen Tschetschenien, wo durch das fehlende Gewaltmonopol des Staates ein prinzipiell rechtsfreier Raum entstand), waren Ausdruck der schwachen Staatlichkeit Russlands und unterminierten das politische System, was wiederum ein wesentliches Hindernis für die Konsolidierung der Demokratie darstellte und zur Rezentralisierungspolitik Putins beitrug.

3.11) Ein Nachfolger wird gesucht

Boris Jelzin verwendete schon früh in seiner zweiten Amtszeit viel Zeit darauf, einen geeigneten Nachfolger für das Präsidentenamt zu finden und aufzubauen, weshalb er gegen Ende seiner Amtszeit die Premierminister in hohem Tempo auswechselte. Zwischen März 1998 und August 1999 hatten fünf verschiedene Personen dieses Amt inne. Mit Putin, der am 9. August 1999 Premierminister wurde, schien endlich der geeignete Nachfolger gefunden worden zu sein. Bei dieser Entscheidung spielte unter anderem Beresowski und Jelzins Tochter eine wesentliche Rolle. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 83 / Mommsen 2004: 76)

Jelzin hätte sich mit einer klar demokratischen Botschaft aus der Politik zurückziehen können, indem er als erster Staatsführer Russlands den Wechsel an der Spitze als Erster freiwillig sowie durch freie und faire Wahlen ermöglicht. Dies hätte sich wohl auch beispielhaft auf seine Nachfolger ausgewirkt, denn dadurch wäre mitunter ein Muster für zukünftige Nachfolgeregelungen – eine der kritischen Entscheidungspunkte in einer Transition - geschaffen worden. Ein Rücktritt ohne Wahl eines „Erbfolgers“ wäre die einzig wirklich demokratische Variante gewesen, aber wie schon 1996 fühlte man sich nicht wohl dabei, den Ausgang der Präsidentenwahlen 2000 einem fairen Wahlkampf zu überlassen und entschied sich gegen den demokratischen Weg. Zu viel stand auf dem Spiel, denn ein freiwilliger Rücktritt, mit möglichem politischen Machtwechsel, hätte den Interessen und der Sicherheit eines größeren Personenzirkels um den Präsidenten herum widersprochen, da die Familie und die Oligarchen von den Nachfolgern im Kreml womöglich für das illegal erworbene Vermögen und die korrupten Privatisierungen zur Verantwortung gezogen worden wären. Dieses düstere Szenario reichte aus, um die Wahlen zu manipulieren. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 78) Somit sollte die „Führungsschicht des Landes und deren Interessen durch eine gesteuerte und kontrollierte Machtübergabe“ bewahrt bleiben. (Mangott 2002a: 79) Es

standen bei der Nachfolgesuche somit nicht jene Kompetenzen im Vordergrund, mittels derer das Land am ehesten aus der ständigen wirtschaftlichen Krise herausgeführt werden konnte, oder jene, um den Prozess der Demokratisierung bestmöglich zu leiten.

Ursprünglich hätten die Präsidentenwahlen im Juni 2000 stattgefunden, aber durch Jelzins überraschenden Rücktritt am 31. Dezember 1999, übernahm Wladimir Putin als Premierminister automatisch und interimistisch das Präsidentenamt. Diese Vorgehensweise verletzte die Verfassung nicht, machte Putin jedoch durch den Amtsbonus und alle dadurch nutzbaren Vorteile zum sicheren Nachfolger Jelzins.

Putin war vor seiner Ernennung zum Premierminister bereits Chef des FSB sowie Sekretär des Sicherheitsrates – und wurde damit jeweils von Jelzin ernannt –, war aber in der Bevölkerung ziemlich unbekannt. Man wusste nicht wirklich wer der neue Mann war, weshalb nur 233 Abgeordnete in der Duma seiner Wahl zum Regierungschef zustimmten, was den bisher niedrigsten Wert darstellte. Dem geringen Bekanntheitsgrad wurde jedoch durch eine breit angelegte Medienkampagne schnell Abhilfe geschaffen. Als nützlich erwiesen sich zudem das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung aufgrund der mysteriösen Bombenanschläge auf mehrere Wohnhäuser in Moskau und anderen Städten – einige Politiker haben aufgrund von Ungereimtheiten den FSB hinter den Anschlägen vermutet, zudem hat nie jemand Verantwortung dafür übernommen; die anspringende Wirtschaftskonjunktur und vor allem Putins resolutes und medial inszeniertes Auftreten im damals noch großteils befürworteten zweiten Tschetschenienkrieg. Das alles führte zu rapide steigenden Umfragewerten von mehreren Prozentpunkten pro Woche. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 89ff.) Jelzin gab Putin im Krieg freie Hand und wollte die Leute auf ihn einstellen, welche ihn bewusst als Staatsoberhaupt erkennen sollten. Jelzin gab ihm sogar die Kontrolle über die Machtministerien, was ein Prärogativ des Präsidenten ist und noch keinem Premier zuteilwurde. “Putin was able to transform the prime-ministerial office into a quasi-presidential post, eclipsing Yeltsin personally.” (Sakwa 2008a: 22) Putin konnte sich somit als Premierminister und Übergangspräsident schnell ein Image verpassen, welches für sehr viele Russen ansprechend war. Dies war ein wesentlicher Vorteil für die anstehenden Präsidentenwahlen.

Diese müssen, wie von der Verfassung vorgesehen, innerhalb von drei Monaten nach einem Rücktritt stattfinden und wurden für den 26. März angesetzt. Der dadurch verkürzte Wahlkampf traf viele seiner möglichen Gegenkandidaten unvorbereitet. Wie etwa einen der aussichtsreichsten und logischsten Kandidaten als Jelzins Nachfolger, Jewgeni Primakow, der als Premierminister erstmals eine Regierung ohne Absprache mit Jelzin bilden und eine

autonome Regierungspolitik betreiben konnte. Dass Primakow in der Bevölkerung beliebt war und als weithin akzeptierter Kandidat galt änderte nichts daran, dass er im Endeffekt seine Kandidatur wegen dem aussichtslosen Kampf gegen Putin zurückzog. Neben Putins eigenen Vorteilen, waren Primakows eigene „Fehler“ ausschlaggebend dafür, dass er als Nachfolger in den Augen der Elitenclique nicht in Frage kam: seine hauptsächlich linke Basis; seine Versuche, die Stellung der Regierung gegenüber dem Präsidenten zu stärken und ein parlamentarisches System zu fördern; seine Unabhängigkeit von Jelzin und der Familie; und seine Aversion gegen die Oligarchen, gegen welche er Ermittlungen wegen Korruption einleiten ließ. (vgl. Ostrow & Satorov et al. 2007: 84f. / Mommsen 2004: 80f.)

Diese Ermittlungen wurden von Generalstaatsanwalt Juri Skuratow geleitet, welcher als Folge davon im Frühjahr 1999, nach Veröffentlichung eines kompromittierenden Videos, von Jelzin suspendiert wurde. Putin spielte als Chef des FSB bei dessen Absetzung eine wichtige Rolle, was als einer der Loyalitätsbeweise galt, die Putin in Jelzins Augen letztlich zur richtigen Wahl machten. Putin ließ in der Position als FSB-Chef auch Ermittlungen einstellen, die gegen Leute der Präsidialadministration gerichtet waren, und als sich Jelzin 1999 mit einem Amtsenthebungsverfahren durch die Kommunisten und Nationalisten konfrontiert sah, ließ Putin als Art Drohung kurzfristig den FSB in das Verfahren eingreifen. (vgl. Kotz & Weir 2007: 268 / Mangott 2002a: 176) Olga Kryschtanovskaja erkannte einen vor allem seit der Krise 1998 angedachten Plan der Familie, sich aufgrund der Erfahrungen der chaotischen Neunziger Nachfolger auf einen Nachfolger aus dem Militär bzw. einen Vertreter der Silowiki zu einigen, da sich diese Leute wegen ihrer bürokratischen Disziplin als Ordnungskräfte anboten und eine der wenigen funktionierenden Institutionen hinter sich hatten. (vgl. Kryschtanovskaja 2004: 152f.)

Die von Putin getätigten Loyalitätsbekundungen und sein Image als „starker Mann“, dem man zutraute Jelzins und dessen Elite zu schützen sowie den Machterhalt des Regimes zu gewährleisten, waren die primären Gründe Putin einzusetzen. Seine Vergangenheit im Sicherheitsdienst war dem Anforderungsprofil nicht abträglich. Da er kein Politiker war, waren politische Ambitionen und ein konkretes Programm - bis auf eine starke patriotische Grundeinstellung - nicht bekannt. (vgl. Ostrow & Satorov et al. 2007: 88 / Mommsen 2004: 89ff.) Für die Bevölkerung wiederum war wichtig, dass das Chaos durch Stabilität und Ordnung in Politik und Wirtschaft ersetzt wird. Die wenig demokratische Hofübergabe an Putin sowie dessen unsaubere Wahl akzeptierten die Menschen, da mit Putin ein mittlerweile bekannter Politiker das Steuer übernahm, welcher die ersehnte Sicherheit und Stabilität ausstrahlte. Demokratiepoltische Bedenken traten hierbei in den Hintergrund.

Nach außen hin sollte mit der Wahl des Nachfolgers vermittelt werden, dass jemand ausgesucht wird, der den demokratischen Kurs fortsetzen würde und demokratische Wahlen gewinnen könnte. Zumindest Jelzin schien tatsächlich von Putins demokratischer und marktwirtschaftlicher Einstellung überzeugt. Als er 1997 auf ihn aufmerksam wurde war er schnell begeistert, denn seiner Meinung nach vereinte Putin “both an enormous dedication to democracy and market reforms and an unwavering patriotism” (Sakwa 2008a: 19). Dies entsprang wohl eher nur seinen Hoffnungen. Putins erste Amtshandlung als gewählter Präsident war dann die Unterzeichnung eines Dekrets, durch welches es verboten wurde, ehemalige Präsidenten zivil- oder strafrechtlich zu belangen bzw. zu verhaften, deren Wohnsitz zu durchsuchen oder sie zu verhören. (vgl. Mangott 2002a: 79f.)

3.12) Die Dumawahlen 1999

Noch vor den Präsidentenwahlen gab es im Dezember 1999 die dritten Dumwahlen. Zu diesen wurden 26 Parteien zugelassen, aber im Wesentlichen spielte sich der Kampf zwischen zwei Lagern ab, die bis zur Finanzkrise 1998 gemeinsam die Führung bildeten. Gegen Jelzin und den Kreml postierte sich die erst im August 1999 geschlossene Koalition „Vaterland – Ganz Russland“ (OVR), in welcher Moskaus Bürgermeister Juri Luschkow und andere gegen Jelzin gerichtete starke Regionalpolitiker vereint waren, unterstützt durch wichtige Unternehmen, etwa aus dem Ölbereich. Es bildete sich also ein gefährliches Gegengewicht zum Kreml. “The regions and their increasingly independent leaders emerged as a crucial new force in Russian elections”. (Sakwa 2008b: 176) Unterstützt wurde OVR auch von Gussinskis Fernsehsender NTV. Zielsetzungen waren etwa eine Stärkung des Parlaments und ein größerer Einfluss des Staates in der Wirtschaft. Da Luschkow sowie der das Bündnis anführende Primakow die gefährlichsten Herausforderer Putins für die anstehenden Präsidentenwahlen waren, galt es von Kremlseite alles gegen OVR zu unternehmen um die Partei bei den Dumawahlen – welche in Russland wegen dem kurzen zeitlichen Abstand zu den viel wesentlicheren Präsidentenwahlen vor allem als Stimmungsumfrage für diese gelten – zu diskreditieren und zu schwächen. (vgl. Mangott 2002a: 206f.) “Those who did well in the parliamentary elections emerged as favourites, while the credibility of candidates whose electoral bloc did badly was undermined.” (Sakwa 2008b: 176)

Als Reaktion auf die Formierung von OVR wurde im September 1999, unter Planung und Leitung der Präsidentialadministration, die ebenfalls zentristische Partei „Einheit“ mit Hilfe von 39 Gouverneuren gegründet. Außer Unterstützung für den Tschetschenienkrieg, für Putins

Wahl zum Präsidenten und als der verlängerte parlamentarische Arm des Kremls zu dienen, hatte die Partei bewusst nur ein vages Programm. Man wollte vor allem OVR Stimmen abnehmen. Kurz vor den Wahlen gab Putin öffentlich bekannt, als Staatsbürger für Einheit stimmen zu werden. Generell stand die Partei für Ordnung, Patriotismus sowie für die staatliche Einheit und präsentierte sich als nicht in die Ereignisse der 1990er verwickelte Partei.

Boris Beresowksi, der sich später mit Putin überschlagen sollte, war bei der Parteigründung ebenfalls involviert. Unter den 39 regionalen Exekutiven waren auch einige demokratiepolitisch bedenkliche Gouverneure vertreten. Durch deren administrativen Ressourcen konnte die Zustimmung in den „loyalen“ Regionen gesichert werden. Während für OVR der Sender NTV Wahlkamof führte nutzte der Kreml dessen Medien ebenso für die eigene Sache – allen voran Beresowskis TV-Sender ORT, der um einiges schärfer Partei ergriff als NTV auf der Gegenseite. Während hart gegen OVR und deren beiden Spitzenkandidaten geschossen wurde, wurde die KPRF eher verschont, um OVR am linken Rand Stimmen zu kosten. Die anderen Parteien – spezielle die Liberalen - gingen dazwischen fast unter. (vgl. Mangott 2002a: 209f.)

Die KPRF behielt unter Gennadi Sjuganow weiterhin ihre national-patriotische und imperialistische Ideologie bei. Die anderen wichtigen Oppositionsparteien waren die eher linksliberale „Jabloko“, die unter Grigori Jawlinski einen scharfen Oppositionskurs fuhr; ganz im Gegensatz zu der erst 1999 als Zusammenschluss aus neun Parteien und Bewegungen gegründeten neoliberalen Partei SPS, die von bekannten Jungreformern, wie etwa Boris Nemzow, geführt wurde. Da man sich mit Putin freundlich stellte, profitierte SPS in der Medienberichterstattung, „In the end, the entire liberal wing [from SPS] declared a pledge of support for Putin [...] and even campaigned with him.“ (Ostrow & Satarov et al. 2007: 93) Dazu kam es wohl durch naives Hoffen auf Putins Liberalität, und Glaube an die Durchsetzung der eigenen Wirtschaftspolitik, da man zuvor Putin mit ökonomischer Expertise versorgt hatte. Als dann klar wurde, dass Putin eigene oft entgegengesetzte Ziele verfolgte, distanzierte sich die Partei von ihm. Die letzte relevante Partei war die rechtsnationalistische und populistische „Liberaldemokratische Partei Russlands“ (LDPR), die nur vom Namen her liberal war. Sehr scharf im Ton, stand die Partei mit ihrem Anführer, Wladimir Schirinowski, bei wichtigen Entscheidungen jedoch meist auf Seiten des Regimes. (vgl. Mangott 2001: 23) Bereits diese Dumawahlen waren von einigen Unregelmäßigkeiten geprägt. Diese waren: Schikanen im Registrierungsprozess der Zentralen Wahlkommission sowie jenen der regionalen Ebene; Instrumentalisierung der polarisierten und politisierten Medien, wodurch

unter anderem die Kandidaten und Parteien sehr ungleiche Sendezeiten erhielten und heftig attackiert bzw. diffamiert wurden; Einsatz administrativer Mittel durch den Kreml, bei welchen beispielsweise den Gegnern die Steuerpolizei vorbeigeschickt wurde, per Bestechung Leute abgeworben wurden oder durch Entzug von Räumlichkeiten der Wahlkampf der anderen Parteien behindert wurde; und sogar die Androhung von Gewalt gegen Familien von OVR-Mitgliedern wurde berichtet. (vgl. Mangott 2002a: 213 / Meleshevich 2007: 201)

Wie bereits 1996 wurde mit Hilfe der Medien ein aufgeheiztes und krisenhaftes Szenario dargestellt, um die Bevölkerung in ihrem Wahlverhalten zu beeinflussen. War es damals die mögliche kommunistische Machtergreifung, so waren es 1999 die Anschläge auf Wohnhäuser, sowie der Krieg in Tschetschenien.

Die OSZE und der Europarat konnten jedoch eine die demokratischen Normen erfüllende Wahl erkennen und ließen sich von ihrer Meinung, Russland sei auf dem richtigen Weg, nicht beirren. Die durchaus registrierten und angesprochenen Mängel wurden in ihrer Bedeutung dementsprechend heruntergespielt. Während Gerhard Mangott die Wahlen als „völlig undemokratisch“ beschrieb, urteilte die OSZE, diese wären “[a] significant progress in consolidating representative democracy“. (Mangott 2001: 32 & 24)

Wie 1995 erhielt die KPRF wieder die meisten Stimmen bei der Listenwahl, aber auch bei den Einzelwahlkreisen konnte sie das beste Ergebnis erzielen. Mit 24,3% lag sie jedoch nur sehr knapp vor der Kremlpartei Einheit (23,3%), lag aber mit 46 gegen 9 Direktmandaten klar voran. Alexander Rahr bezeichnete die über die Parteilisten gewählten Abgeordnete von Einheit als “namen- und willenlose Mehrheitsbeschaffer [...] mit leeren Biografien oder mit vertuschten Lebensläufen.“ (Rahr 2009: 140) Trotz des Erfolges der KPRF wurde sie vergleichsweise geschwächt, da sie 1995 mit einem ähnlichen Ergebnis auf 157 der 450 Dumasitze kam und 1999 „nur“ auf 113 Sitze. Der Hauptfeind, OVR, wurde durch die Medienkampagne einerseits erfolgreich getroffen (nur 13,3%), erlangte mit 29 Mandaten im Einzelwahlkreis im Endeffekte jedoch nur 7 Sitze weniger als Einheit. SPS überraschte mit mehr als 8% und Jabloko erreichte schwache 5,9%, was wohl mit der entschiedenen Haltung gegen Putin und den anfangs noch breit unterstützten Tschetschenienkrieg zu erklären war. (vgl. Mangott 2001: 25)

Was das Besondere an diesem Wahlausgang darstellte war, dass mit Einheit zum ersten Mal eine Partei der Macht tatsächlich erfolgreich abgeschnitten hat, was wohl an Putins Strahlkraft und der auf Resonanz stößenden und fast alle Gruppen ansprechenden Themensetzung lag. Ein weiterer Grund war die eindeutige - jedoch späte - Festlegung der Staatsführung für eine der administrativen Parteien – Einheit. Als weitere Besonderheit galt, dass dem Präsidenten

seit 1991 zum ersten Mal keine fundamentale Oppositionsmehrheit in der Duma entgegenstehen sollte, womit die Linken keine Regierungsvorschläge mehr blockieren konnten. (vgl. Mangott 2002b: 64)

Die Sitzverteilung sollte, wie auch bei den anderen Dumawahlen, nur eine vorläufige bleiben, da es durch die Fraktionsbewegungen zu recht großen Schwankungen kam – vor allem durch die unabhängigen Kandidaten aus den Einzelwahlkreisen, aber auch durch die 2001 geschlossenen Fusion von Einheit und OVR. Auch sollte es zu einer unerwarteten Kooperation zwischen Einheit und der KPRF kommen, was sich vor allem im Bereich der Regelung der internen Struktur der Duma auswirkte, da bei den Ausschüssen, die eine wichtige Rolle spielen, die Vorsitzführung zu Lasten der KPRF an Einheit ging, während die KPRF weiterhin den Dumavorsitz stellen konnte. Nach der Fusion der vormals konkurrierenden Elitenkonstrukte OVR und Einheit zu Einiges Russland, sowie durch weitere Fraktionsbewegungen (direkt nach den Wahlen schlossen sich 62 unabhängige Abgeordnete der Fraktion von Einheit an), konnte mit 54% schließlich die erstrebte Mehrheit für die Kremlfraktion erreicht werden. Dazu kamen 80% der Vorsitzführungen in den Ausschüssen, womit die Duma in Putins Machtvertikale eingegliedert werden konnte. Es entstand somit erstmals seit 1991 eine stabile Regierungsmehrheit. „[Z]wischen 1999 und 2003 gab es keinen einzigen Fall, in dem die Duma die Exekutive nicht unterstützt oder etwas verabschiedet hätte, was nicht mit ihr abgestimmt war.“ (Ryschkow, in: Gorzka & Schulze 2004: 207)

3.13) Fazit

Laut Leon Aron war Jelzins Präsidentschaft die bis dahin “by far the freest, most tolerant, and open period Russia had ever known, except for the eight months between February and November 1917.” (Aron 2007: 193) Jedoch war dies einerseits nicht allzu schwer zu erreichen, und andererseits wurden die Grundsteine der Freiheit schon unter Gorbatschow gelegt. Zudem wählte Boris Jelzin bezüglich der am Anfang des Kapitels erwähnten vier kritischen Entscheidungspunkten jeweils jenen Pfad, welcher von der Konsolidierung der Demokratie wegführte und seinem Nachfolger, Putin, die weiteren Einschnitte demokratischer Prinzipien leichter machte.

Der erste Punkt war, was mit den alten Institutionen geschehen sollte. Die sowjetischen Institutionen wurde zwar aufgelöst, jedoch erst 1993 mit der neuen Verfassung – davor wurde das relativ demokratisch gewählte sowjetische Parlament illegaler Weise von Jelzin aufgelöst.

Zudem wurde das neue Institutionensystem in der Verfassung mit einigen Schwächen festgeschrieben, welche durch Jelzins Amtsverständnis, einer langen Tradition zentralisierter und personalisierter Politik sowie durch ausbleibende Einstellungsänderungen der wenig reformierten Eliten in Bezug auf demokratische Verfahren und Prozesse verstärkt wurden. Auch beim Wie und Wann einer neuen Verfassung wurde kein optimaler Weg gewählt. Die Mängel in der Verfassung reflektieren deren problematische Entstehungsgeschichte wieder bei welcher durch einen fehlenden Elitenkompromiss ein konfliktträchtiges politisches System bewahrt wurde. Aus dem Kampf der Exekutive gegen die Legislative entstand das heutige System mit einem dominanten Präsidenten bei schwachen *checks and balances*.

Der dritte Punkt, der Umgang mit Pluralismus und Wettbewerb, wurde ebenfalls nicht im Sinne der Konsolidierung demokratischer Prozesse ausgelegt, da das Prinzip der freien und fairen Wahlen eingeschränkt wurde. Zwar traten bei den verschiedenen Parlamentswahlen im Zentrum und den Regionen zahlreiche Parteien an und es gab auch einige Gegenkandidaten bei den Präsidentenwahlen, aber der Machterhalt wurde durch diverse Eingriffe und Manipulationen in den Wahlprozess gesichert. Dennoch wurden die Wahlen als einzig legitime Quelle der Machtausstattung angesehen. Zudem gewann 1993 und 1995 jeweils die Opposition. Es gab jedoch wiederkehrende Pläne des Regimes, bevorstehende Wahlen zu verschieben oder abzusagen. Für Olga Kryschtanowskaja waren die Wahlen unter Jelzin hauptsächlich harte Wahlschlachten zwischen verschiedenen Parteien und Elitenfraktionen, anstatt dass in diesen um die Durchsetzung kanalisierter Interessen aus der Bevölkerung gefochten wurde, bzw. um Vertretern aus der Zivilgesellschaft den Zutritt zur politischen Elite zu ermöglichen. (vgl. Kryschtanowskaja 2004: 231) Die Opposition wurde um die realistische Möglichkeit gebracht, die Macht im Staate zu erlangen und wie bereits in der Sowjetunion monopolisierte die politische Elite im Prinzip das politische Geschäft außerhalb der Reichweite oppositioneller und (zivil-)gesellschaftlicher Gruppen. Im Falle eines Machtwechsels wäre wohl auch ein Regimewechsel die Folge gewesen, was generell kein Anzeichen für eine stabile, konsolidierte Demokratie ist, in welcher ein natürlicher Regierungs- und Oppositionszyklus existiert. Der beschränkte Zugang zur Macht kann als Hauptelement einer illiberalen Demokratie gesehen werden. Was den Medienpluralismus anbelangte gab es durchaus einige Einflussreiche und vom Staat unabhängige Medien, diese dienten dann jedoch oft den Interesse deren Besitzer (Oligarchen).

Schließlich die Nachfolgefrage, welche eher als Hofübergabe zu werten war, da durch die Ernennung Putins und wegen Jelzins Rücktritt die Präsidentenwahlen 2000 bereits so stark

beeinflusst wurden, dass – unterstützt von administrativen Ressourcen – der geplante Machttransfer kaum gefährdet und die Interessen der Eliten sichergestellt war.

Die Transition war mit der Verabschiedung einer Verfassung, den zentralen Verfassungsgesetzen, der Etablierung marktwirtschaftlicher Grundprinzipien sowie den ersten Wahlen zur Staatsduma und zum Präsidenten beendet, aber die Konsolidierung der Demokratie wurde nicht aktiv begonnen bzw. angestrebt. Zu erkennen war eher eine Konsolidierung der Macht sowie die Herausbildung einer defekten Demokratie. Richard Sakwa setzte das Ende der Transition mit 1995 an, da in diesem Jahr ein neues Präsidentenwahlgesetz eingesetzt wurde, und die Dumawahlen erstmals auf Grundlage der neuen Verfassung stattfanden - 1993 gab noch kein von der Duma ausgearbeitetes Wahlgesetz. Für Sakwa war es zu diesem Zeitpunkt aber schon zu spät das Regime abzuwählen. (vgl. Sakwa 2008b: 186f.)

Angesichts der Entstehung alternativer Machtzentren und informeller Einflussquellen (Gouverneure, Oligarchen) sowie wegen dem fehlenden staatlichen Gewaltmonopol und dem fehlenden Zugriff auf wichtige Ressourcen des Staates (nicht erhaltene Steuern), warf Michael Brie die Frage auf, ob man bei Russland überhaupt noch von einer zentral gesteuerten Transition sprechen konnte, da dieser Prozess dem Zentrum zunehmend entglitt und kein einheitliches politisches und wirtschaftliches System mehr existierte. (vgl. Brie, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 147ff.)

Nach der formellen Schaffung des neuen Systems müssen sich die dadurch entworfenen Prozesse und Verfahren langsam im täglichen politischen Ablauf etablieren. Aber die Reduzierung der Unsicherheit und die Verteilung der zentralen Macht auf verschiedene Institutionen und Verfahren wurde unter Jelzin nur in wenig zufriedenstellendem Ausmaß erfüllt, da das tatsächliche politische Handeln oft von der Verfassung abwich und in informellen Entscheidungskanäle stattfand. Die entstehenden Defekte waren jedoch bereits in der Verfassung teilweise vorgegeben und wurden durch die bewussten Handlungen der Akteure verstärkt. Der schwache und wenig effektive Rechtsstaat setzte diesen Tendenzen wenig entgegen.

Die verhaltensmäßige Transformation war bei den zentralen Akteuren des politischen Systems – vor allem durch die hohe Elitenkontinuität - nicht in dem Ausmaß erfolgt, welches für eine über die formelle Institutionalisierung hinausgehende Konsolidierung eines demokratischen Rechtsstaates notwendig gewesen wäre. Die zentralen Institutionen der Demokratie waren gegeben, wurden aber nicht vom notwendigen Verständnis und einem entsprechenden Verhalten begleitet, sodass letztlich der Zugang zu diesen und die Verantwortbarkeit von diesen nicht ausreichend gegeben waren. (vgl. Sakwa 2008b: 465) Lilia Shevtsova meinte,

man sollte Jelzin weniger als Zerstörer der Sowjetunion und des Kommunismus sehen, sondern eher als wichtigen Akteur der Kontinuität, da er aus dem Inneren der Partei kam und viele Personen der alten Partei-Staat Elite in das neue System mitgenommen hat. Diesen konnte er versichern, dass kein umfangreicher personeller Wandel geschehen würde, während er gleichzeitig als revolutionärer Staatsmann in Erscheinung trat, der dem alten System angeblich ein Ende gesetzt hatte. (vgl. Shevtsova, in: Mangott 2001: 41f.)

Richard Sakwa erkannte angesichts der internen Widersprüche in der Ausrichtung der Politik ein hybrides Regime, in welchem einerseits Demokratie und Marktwirtschaft angestrebt wurden, zugleich jedoch viele sowjetische Altlasten übernommen und auch verstärkt wurden. Als oberstes Ziel galt dabei die Absicherung der erworbenen politischen und ökonomischen Gewinne. (vgl. Sakwa 2008b: 470f.) Margareta Mommsen sah in Jelzin denjenigen, der aus dem semipräsidentiellen System einen Superpräsidentialismus machte, da es ihm an demokratischen Grundüberzeugungen fehlte und er vor allem von der Auseinandersetzung mit dem Sowjetparlament traumatisiert war.. (vgl. Mommsen 2004: 43f.) Lilia Shevtsova charakterisierte Jelzins Regime schließlich als konstitutionelle elektorale Monarchie, geprägt durch eine Mischung aus demokratischen, autoritären und oligarchischen Elementen, mit halbwegs freien und fairen Wahlen die demokratische Legitimität nur ausstrahlen sollten, da ein Machtwechsel nicht ermöglicht bzw. „erlaubt“ wurde. (vgl. Shevtsova, in: Mangott 2001: 44ff.)

Für Gerhard Mangott war unter Jelzin eine delegative, genauer gesagt eine illiberale Demokratie gegeben, da formaldemokratische Prinzipien langsam zurückgedrängt wurden und der Machtzugang nicht geöffnet wurde. Durch das traditionell geringe Rechtsbewusstsein war die Fortsetzung der russisch-sowjetischen Tradition der Vorherrschaft des Machtprinzips gegenüber dem Rechtsprinzip zu erkennen, bei welchem die Macht des Präsidenten über den Verfassungsprinzipien steht, da diese ignoriert werden können. Dieses Amtsverständnis kam in Jelzins Buch, *„Auf Messers Schneide“* (1994) zum Vorschein, denn darin verteidigte dieser seine starke Stellung damit, dass der Präsident über allem stehen müsse, um so angemessen den Staat lenken und leiten zu können. (vgl. Brie, in: Merkel & Sandschneider et al. 1996: 197f.) Im Endeffekt läuft dies jedoch stets auf einen Missbrauch des Rechts als Instrument zur Absicherung der Macht hinaus und somit gab es auch keine Verlagerung der zentralisierten Macht vom Präsidenten auf die anderen Gewalten, auf Institutionen oder Prozesse, da man die Entscheidungs- und Kontrollinstrumente nicht aus der Hand geben, und die Entstehung alternativer Machtzentren verhindern wollte. (vgl. Shevtsova, in: Mangott 2001: 3)

Für Wolfgang Merkel zeigten sich auch immer wieder delegative Elemente. Diese sah er durch das in der Verfassung festgeschriebene Institutionengefüge zu einem gewissen Grad vorgegeben (etwa durch die umfassenden legislativen Kompetenzen des Präsidenten, welche Jelzin oft nutzte, um mit Dekreten am Parlament vorbei zu regieren). Unterstützt wurden die delegativen praktiken des Regimes durch das schwache und instabile Parteiensystem und durch den Einfluss der Oligarchen auf die Politik, welche als informelle Akteure den diversen Kontrollmöglichkeiten entzogen waren. (vgl. Merkel & Puhle et al. 2006: 351f. / Mangott 2002a: 200)

Generell gesehen war die Konsolidierung der Demokratie kein aktiv verfolgtes Ziel des Regimes, welches anfangs mit der Aufteilung der ehemaligen Staatsbetriebe beschäftigt war und nach Jelzins Wiederwahl bereits mit der Nachfolgeregelung zur Absicherung des Status quo. Gesellschaft und Elite unter Jelzin hatten unterschiedliche Interessen und es entstand kein nationaler Konsens, wohin die Entwicklung gehen sollte – mit der Ausnahme von Stabilität und Stärkung Russlands als Nation. Die Eliten trafen in ihrer Symbiose aus Politik und Wirtschaft ihre – kaum kontrollierbaren - Entscheidungen, weshalb die Bevölkerung als der große Verlierer der Transition gesehen werden kann. (vgl. Meleshevich 2007: 97f.)

Sehr problematisch war, dass die „Gier und Bestechlichkeit der Clique um Jeltsin die Glaubwürdigkeit der prowestlichen Politik, des Mehrparteiensystems und der Marktwirtschaft“ großen Schaden zugefügt. (Lucas 2008: 19)

4) Putins Präsidentschaft

Im Kapitel über Boris Jelzin sollte dargestellt werden, dass durch eine sehr präsidentelastige Verfassung, durch die hohe Elitenkontinuität bei Vernachlässigung der demokratischen Kräfte sowie durch die unter Jelzin entstandenen Defekte einer geringen vertikalen und horizontalen Legitimität der Weg in Richtung Konsolidierung der Demokratie durch bewusstes Akteurshandeln nicht beschritten wurde, sondern der Machterhalt des Regimes bei manipulierten Wahlen und einer wenig demokratischen Nachfolgeregelung durchgesetzt wurde. Unter Jelzin entstand eine defekte Demokratie mit delegativen und illiberalen Elementen. Diese Defekte waren jedoch noch nicht wirklich stabilisiert. Mit der undemokratischen Machtübergabe an Putin wurde damit aber ein wichtiger Grundstein gelegt.

Putin musste einige der Größten Probleme des politischen Systems beseitigen (etwa die großen Unterschiede zwischen den Föderationssubjekten, wodurch die Einheit des Rechtsraumes unterminiert war). Die Frage war jedoch, wie er diese Probleme sowie die zentralen Reformen seiner Präsidentschaft anging, und wie weit sein Regime mit den Prinzipien eines demokratischen und liberalen Rechtsstaates vereinbar würde.

Die Einteilung der Kapitel für Putins Präsidentschaft entspricht in etwa den wesentlichen Teilregimen einer staatlichen Ordnung (also Legitimation, Wahlen, Rechtsstaat, Parteien). Zum Schluss soll das System, welches sich unter Putin entwickelt hat, bezüglich dessen Demokratiegehalts sowie der Grad der bestehenden Defekte bewertet werden. Es soll sichtbar werden, dass Putin die von Jelzin geerbten Defekte in wesentlichen Bereichen eines demokratischen System so weit stabilisiert oder ausgebaut hat, dass die Minimalkriterien von Dahls Polyarchy sowie Merkels Minimalbedingungen einer defekten Demokratie nicht mehr gegeben waren. Auch anhand der acht Dimensionen einer Demokratie von Diamond und Morlino sollen die demokratiepolitischen Defizite sichtbar werden.

4.1) Putins Umfeld

Wie bereits im Theorieteil erklärt, sind, wenn verkürzt von Putin die Rede ist, auch die zentralen Akteure - also Individuen und Gruppierungen - im Hintergrund des Präsidenten gemeint, welche den Kurs und die Entscheidungen Putin beeinflusst haben. Die Zusammensetzung dieser Kreise erhellt das Vorgehen Putins, da er auf deren Unterstützung angewiesen war. Vor allem in einem hoch personalisierten System mit autoritären Zügen wie Putins Russland basieren die Politik und die Qualität des Systems stark auf den Präferenzen des politischen Führers und dessen Entourage.

Generell gesehen gab es keine alternativen Institutionen oder Organisationen, welche der hegemonialen Politik des Regimes etwas ernsthaft entgegensetzen hätte können. Putin konnte die politische Elite im Wesentlichen sehr gut hinter sich vereinen oder zumindest so kooptieren, dass keine ernsthafte Systemopposition gegeben war. Dies stand im Gegensatz zu Boris Jelzin, welcher keine stabile Machtbasis zur Verfügung hatte, mit fraktionellen Eliten zu kämpfen hatte (vor allem in den Regionen) und sich einer scharfen linken Opposition gegenüber sah.

Putins unterstützende Fraktionen bildeten keine formelle Koalition aus politischen Gruppierungen mit einem kohärenten Plan. Aufgrund des schwachen Parteiensystems, dem Umstand, dass die Regierung nicht auf der Parlamentsmehrheit basiert und wegen des

hegemonialen Präsidentenamtes, “the presidency tried to rally individual political leaders, social and political groupings, and interests, as well as the public at large, to its cause.” (Sakwa 2008a: 82) Putin setzte dann auch seine Regierungen vor allem aus pragmatischen Technokraten zusammen, welche als Minister lenkbar waren, keiner Partei angehörten oder Ideologie anhängen und somit generell direkt von Putin abhängig waren. (vgl. Meleshevich 2007: 65)

Im Laufe der achtjährigen Präsidentschaft wandelte sich Putins Machtstütze. Eine eigene Machtbasis aufzubauen war - neben der Rezentralisierung und Stärkung des Staates - für Putin eine zentrale Aufgabe bei seinem Amtsantritt. Putin hatte im Wesentlichen zwei Gruppen hinter sich, welche sich aus Studienkollegen von der Juristischen Fakultät der Leningrader Staatsuniversität, aus Kollegen im KGB aus den 1970ern und 80ern sowie aus Mitarbeitern der St. Petersburger Stadtverwaltung zusammensetzten. Von Anfang rekrutierte Putin aus diesem Pool langjähriger Freunde und loyaler Arbeitskollegen, um sie als wichtige Stütze nach Moskau zu holen. Die zwei Fraktionen stellten einerseits die „Petersburger Technokraten“, bestehend aus liberalen Juristen (Dmitri Medwedew, Dmitri Kozak; Gerhard Mangott zählt hier auch Wladislaw Surkow dazu) und wirtschaftsliberalen Technokraten (German Gref, Aleksei Kudrin), und andererseits die Silowiki (*sila* = Macht oder Kraft), welche aus dem Militär, den Vollzugsorganen sowie den Sicherheits- und Geheimdiensten kamen. Im politischen Kontext waren später damit speziell jene Politiker gemeint, welche eine Vergangenheit in den Machtstrukturen hatten, darunter auch das Verteidigungs-, Justiz- und Innenministerium. Zentral waren hier etwa Igor Setschin, Wiktor Iwanow, Sergei Iwanow, Nikolai Patruschew, Wladimir Ustinow, Wiktor Tscherkesow oder Sergei Tschemesow. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 66) Laut Richard Sakwa war der zentrale Repräsentant der Silowiki Igor Setschin, mit Wiktor Iwanow, Patruschew und Ustinow als weitere wichtige Vertreter. Sergei Iwanows Zugehörigkeit sah er jedoch trotz dessen KGB-Vergangenheit weniger als Silowiki denn als primär Putin-loyal. (vgl. Sakwa 2008b: 101) Generell wurden meist – auch wenn die genaue Zusammensetzung unklar blieb – etwa zehn Personen als Putins engster Kreis umrissen, zu denen unter anderem Medwedew, beide Iwanows, Patruschew, Surkow, Setschin, Boris Gryslow und auch Sergei Mironow gezählt wurden.

Zu Beginn seiner Präsidentschaft konnte Putin die Personalpolitik noch nicht alleine bestimmen. Somit musste sich Putin langsam von den Überbleibseln der Jelzin-Familie freispielen. Besonders einflussreich in dieser war der Chef der Präsidialadministration Alexander Woloschin, der sich noch länger unter Putin halten konnte. „Es zeigte sich, dass

Woloschin von Anfang an Ernennungen für hohe Posten durchsetzte, für die Putin ganz andere Kandidaten ins Spiel gebracht hatte. Dies betraf immerhin die Ernennung eines neuen Generalstaatsanwaltes [Wladimir Ustinow, Anm.], aber auch die Nominierung so mancher Minister.” (Mommsen 2004: 104) Ustinow, obwohl von Woloschin durchgesetzt, wurde jedoch von Margareta Mommsen oder Richard Sakwa den Silowiki zugerechnet. Die Generalstaatsanwaltschaft war bereits unter Jelzin ein wichtiges Instrument des Kremls beim Vorgehen gegen seine Feinde sowie beim Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung gegen Mitglieder des Regimes. Unter anderem im Verfahren gegen Michail Chodorkowski bewies Ustinow in seiner wesentlichen Position seine Loyalität gegenüber dem Kreml und wurde dafür wohl 2005 im Amt bestätigt. Im Juni 2006 reichte er jedoch überraschend seinen Rücktritt ein, nur um dem Justizminister Juri Tschaika die Position zu wechseln – eine klare Degradierung Ustinows und für Sakwa ein verspätetes Anzeichen der Konsolidierung der Macht. (vgl. Sakwa 2008b: 74). Der Grund dürfte Ustinows nur Tage zuvor gehaltene Rede gewesen sein, wo er die auf allen Ebenen herrschende Korruption sowie die sich dort festsetzenden Gruppen des organisierten Verbrechens angesprochen hatte. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 72f.)

Ein weiterer wichtiger Vertreter Jelzins den Putin länger “behielt”, war der liberale Premier Michail Kasjanow. Laut Mommsen wurde als Gegengewicht zur Regierung deshalb der Sicherheitsrat zwischenzeitlich von Putin in seiner Bedeutung aufgewertet. Dessen Zusammensetzung wurde von ihm in einem Dekret im Mai 2000 festgelegt. Mit Sergei Iwanow bestätigte Putin dabei einen alten KGB-Kollegen als Sekretär des Rates, welcher bereits 1999 in diesen Posten gewählt wurde. (vgl. Mommsen 2004: 104f.)

Gerhard Mangott vermutete, dass es zwischen Jelzin und Putin einen Pakt gab wobei Jelzin seinem Nachfolger für ein bis zwei Jahre personelle Änderungen verbot, angeblich mit Kompromat in der Hinterhand als Druckmittel gegen Putin. So gab es auch erst im März 2001 die erste Regierungsumbildung, bei welcher jedoch Putin die Kontrolle über die Sicherheitsministerien erlangte und einige Mitglieder der Familie hinausdrängte. (vgl. Mangott 2002a: 284ff.) Putin konnte nun statt dem ihm aufgezwungenen Personal seine eigenen Leute in die zentralen politischen Ämter setzen.

Bei der Regierungsumbildung 2001 wurde dann Sergei Iwanow vom Sicherheitsrat in das Verteidigungsministerium gesetzt, woraufhin der Sicherheitsrat seine wichtige Stellung verlor und die Präsidialadministration die zentrale Schaltstelle der Silowiki wurde. Iwanow war der erste Verteidigungsminister im neuen Russland, welcher nicht aus dem Militär kam, war jedoch im KGB und FSB tätig. Iwanow folgte im Februar 2007 Anatoli Serdjukow nach,

welcher gänzlich aus dem zivilen Bereich kam, jedoch in verschiedenen Positionen für Steuerbehörden tätig war. Richard Sakwa legte dies als Plan Putins aus, das Militär enger zu kontrollieren. (vgl. Sakwa 2008b: 395) Ein weiterer Silowiki, Nikolai Patruschew, war bereits seit August 1999 Putins Nachfolger als Chef des FSB. 2001 wurde zudem der stets sehr Putin-loyale damalige Fraktionsführer von Einheit und vermutlich für den KGB arbeitende Boris Gyslow zum Innenminister ernannt. (vgl. Mangott 2009: 97) Raschid Nurgalijew, seit 1981 beim KGB und später beim FSB in hochrangigen Positionen tätig sowie im Rang eines Armeegenerals, war seit 2002 Erster Stellvertreter im Innenministerium, und folgte Gyslow 2004 als Innenminister nach. Die direkt dem Präsidenten unterstellten Machtministerien wurden somit mit loyalen Leuten besetzt, jedoch war keiner davon ein richtiger Militär. Michail Fradkow, am ehesten als farbloser Polittechnologe ohne große Ambitionen und ohne echtem politischem Programm zu sehen. Mit der Zeit rückte er dem Lager der Silowiki näher. Georg Dox meinte, dass ihn die knappen drei Jahre als Leiter der mächtigen von Putin geschaffenen Föderalen Steuerpolizei (seit März 2001) interessant machten, da er wohl einiges an Material als Druckmittel gegen mögliche Feinde des Regimes in der Hand hatte. (vgl. Dox 2007: 97) In der Präsidialadministration waren vor allem die führenden Silowiki Igor Setschin als Stellvertretender Leiter, sowie Wiktor Iwanow, Assistent des Präsidenten, als enge Verbündete Putins zu nennen. Beide wurden von diesem gleich zu Beginn seiner Amtszeit nach Moskau geholt.

Geleitet wurde die Präsidialadministration nach Woloschin jedoch nicht von einem Silowiki, sondern vom den Liberalen zugeordneten Dmitri Medwedew sowie dem eher neutralen Sergei Sobjanin. In der Präsidialadministration kommen im Wesentlichen die politischen Vorlagen der Administration selbst, der Regierung sowie des Sicherheitsrates zusammen. Sie "kontrolliert genau wie seinerzeit das Zentralkomitee der KPdSU sämtliche Personalentscheidungen bei der Besetzung von Schlüsselpositionen auf der obersten und mittleren Ebene der staatlichen Verwaltung, der Justiz und des Parlaments." (Gudkow, in: Osteuropa Heft 1/2008: 14) Es ist die zentrale Stütze und Verwaltungsstruktur des im Amt des Präsidenten zusammenlaufenden Machtzentrums, da dieser mit sehr umfangreichen Kompetenzen ausgestattet ist und die Richtlinien der Politik bestimmt.

Woloschin und Kasjanow, die übrig gebliebenen einflussreichen Vertreter Jelzins, wurde Putin gegen Ende seiner ersten Amtszeit los. Woloschin kritisierte das Vorgehen gegen Jukos und trat fünf Tage nach der Verhaftung Chodorkowskis im Oktober 2003 zurück. Das Ende der Regierung unter Kasjanow im Februar 2004 setzte dann den Schlusspunkt, und mit Fradkow als dessen Nachfolger hatte Putin einen loyalen und lenkbaren Technokraten Spitze der

Regierung installiert. Das hergestellte Gleichgewicht zwischen Vertretern Putins und Jelzins „Familie“ begann sich demnach mit der Jukos-Affäre zu verschieben und unter Putins Gefolgsleuten gewannen wiederum die Silowiki mit ihrer ausgeprägten staatsinterventionistischen Haltung die Oberhand über die liberaleren Kräfte. Für Mommsen und Nußberger fiel mit Woloschin ein geschickter Verhandler zwischen den verschiedenen Fraktionen weg, weshalb diese Rolle des Schiedsrichters Putin selbst zufiel, der nun diese Gruppen ausbalancieren musste, um möglichst ein Gleichgewicht zwischen diesen zu halten, um nicht die Geisel einer Fraktion zu werden. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 68) Dies zeigte sich etwa in der Präsidialadministration, wo Putin zum Ausgleich für den liberaleren Medwedew den Silowiki Setschin und den Polittechnologien Surkow zu dessen zwei Stellvertretern machte.

Das Gewicht der Silowiki wurde jedoch nicht überall ausgedehnt. Das Wirtschafts- und das Finanzministerium blieben unter Putin immer in Händen der liberalen Fraktion. German Gref war von 2000 bis 2007 Wirtschaftsminister und Aleksei Kudrin von 2000 bis 2011 Finanzminister. Der liberale Ökonom Wiktor Christenko wurde im März 2004 Industrieminister. Putin hielt die zentralen ökonomischen Ministerien somit außerhalb der Reichweite der Silowiki. (vgl. Sakwa 2008a: 79) Für Lilia Shevtsova war deren Rolle jedoch zu oft jene, die undemokratische Politik Putins mitzutragen. (vgl. Shevtsova 2007: 114)

Zudem sollte es zu großen Gegensätzen in der russischen Wirtschaftspolitik kommen, denn mit der Zeit verlangsamten sich die liberalen Reformen, die Silowiki schienen die Oberhand über die liberalen Kräfte zu gewinnen und der staatliche Eingriff in die Wirtschaft nahm nach Putins Wiederwahl 2004 stets zu. Zuvor hatte Putin bereits das Vorgehen der Silowiki gegen den erfolgreichen und transparenten Konzern Jukos klar gedeckt. Ein Anzeichen der Wiederherstellung der Kontrolle des Staates über zentrale Wirtschaftsbereiche war das Eindringen der Silowiki und anderer hochrangiger Beamter der Präsidialadministration in die Aufsichtsräte und Management-positionen großer staatlicher oder staatsnaher Unternehmen, womit Putin, für welchen die Oligarchen Anfangs ein klares Feindbild waren, eine neue Klasse von Oligarchen schuf – nun aber speziell mit Bürokraten als Profiteure –, was das Wirtschaftssystem in den Augen von Lilia Shevtsova in Richtung eines bürokratischen Kapitalismus gerückt hat. (vgl. Shevtsova 2007: 100) Edward Lucas zufolge hat gegen Ende von Putins zweiter Amtszeit die Schätzung aufgestellt, dass mindestens ein Viertel des Gazprom-Managements aus ehemaligen KGB-Mitgliedern besteht. (vgl. Lucas 2008: 71)

Durch diese Politik sollten die wesentlichen Finanzflüsse vom Kreml kontrolliert werden. „Es wurde immer deutlicher, dass es um den Aufbau wirksamer Kontrollen über die größten

Finanzströme der Wirtschaft durch Emissäre des Kremls selbst ging.” (Mommsen & Nußberger 2007: 70) Ein weiterer Effekt war, dass allen Profiteuren der Erhalt des Systems mindestens ebenso wichtig war wie Putin selbst. In Putins personalistischem Netzwerk waren die Beziehungen durch Leistungen (Besitz über Unternehmen) für Gegenleistungen (Loyalität) geprägt.

Wie stark war der Einfluss der Silowiki unter Putin tatsächlich? Vor allem Olga Kryschtanovskaja warnte stets laut vor der Militarisierung der russischen Politik durch das Eindringen unzähliger Silowiki. Als deren Beweggrund nannte sie, dass nun endlich auch sie sich bereichern konnten, nachdem sie in den 1990ern zusehen mussten, wie sich die jungen Oligarchen und andere am Staat bedienten. Ein wichtiges Ass im Ärmel war dabei die Kontrolle über Geheimdienste und die Justiz, womit sie Zugang zu den entscheidenden Papieren und Unterlagen hatten, um so Druck auf unliebsame Gegenspieler ausüben zu können. (vgl. Kryschtanowskaja, in: Hill & Cappelli 2010: 125) Putin traute den befehlshörigen Silowiki viel mehr als der korrupten Bürokratie. Mit dieser Gruppe als Stütze konnte er das System bzw. seine Macht konsolidieren. Dadurch, dass deren Vertreter in alle Ebenen des Staates kamen, wurde der Staat zumindest in dessen Repressions- und Kontrollfunktion gestärkt, was wiederum Putin selbst absicherte. (vgl. Kryschtanowskaja 2004: 164)

Kryschtanowskaja hat den Anteil der Silowiki im Staatsdienst im Laufe der Zeit gemessen. Ein Ergebnis war, dass diese Fraktion unter Jelzin nie mehr als 13% der föderalen Elite Russland ausmachte, jedoch auf 25% in 2003 stark anstieg, und 2008 bereits 42% betrug. (vgl. Kryschtanowskaja, in: Hill & Cappelli 2010: 125f.) Was die regionale Elite anbelangte, stellte sie 2003 ebenfalls eine steigende Tendenz fest, wobei damals etwa 70% der höchsten Posten durch diese Fraktion besetzt waren. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 103) Auch ein Insider, Putins ehemaliger liberaler Wirtschaftsberater Andrej Illarionow, meinte im Frühjahr 2007, dass mehr als 70% der Spitzenpositionen im Staatsapparat durch Geheimdienstleute besetzt ist. (vgl. Fleischmann 2010: 12)

Für Lilia Shevtsova war ein problematischer Aspekt daran, dass die Silowiki sich in der Staatsanwaltschaft, dem Innenministerium, dem FSB, den Steuerbehörden oder auch der Präsidialadministration ausbreiteten, dass diese Positionen sie nahe an den Präsidenten brachten, sie sich jedoch der öffentlichen oder politischen Verantwortbarkeit weitgehend entziehen konnten. Zudem sah sie in dieser Ausbreitung eine mögliche Bedrohung für das gesamte System, da der eingeschlagene Weg den Weg für einen zukünftigen realen Autoritarismus geebnet hat. Ihre Begründung war, dass den kriminellen Aktivitäten der

Silowiki nie wirklich tiefgehend nachgegangen werden kann, denn dadurch könnte genug Material ans Tageslicht gebracht werden, um das System selbst zu gefährden. (vgl. Shevtsova 2007: 101ff.)

Aber ein voll ausgewachsenes autoritäres oder gar militärisches Regime war wohl nicht im Interesse Putins und auch nicht in jenem der Bevölkerung. Putin war darauf bedacht, keine Fraktion zu dominant werden zu lassen, um sich seinen Handlungsspielraum offen zu behalten. „Putin did not allow the silovik to have it all their own way. [...] They were, after all, just another corporation, and ultimately the only corporation Putin was interested in was the state.“ (Sakwa 2008a: 76)

Als Präsident zentralisierte er den FSB, für dessen Vorgänger, den KGB, er lange Jahre gearbeitet hatte. Zudem weitete er dessen Zuständigkeiten aus. Die Sonderabteilungen des FSB in den Streitkräften wurden per Dekret bereits im Februar 2000 in ihren Kompetenzen ausgeweitet und der Kontrolle von Judikative und Legislative entzogen. „Current Russian law gives the job of overseeing the FSB and the foreign-intelligence agencies to the office of the state prosecutor, which is an arm of the executive branch.“ (Tsytkin, in: Journal of Democracy, 17.3.2006: 79) Laut FSB-Gesetz sind den Staatsanwälten bei dieser Kontrolle jedoch recht enge Grenzen gesetzt, weshalb wenig überraschend keine Beschuldigungen wegen Menschenrechts-verletzungen gegen den FSB verfolgt wurden. Auch die kremlhörigen Medien fielen als mögliche Aufdecker und Kontrolleure der Sicherheitsorgane weg. (vgl. ebd. 80)

Gleich nach seinem offiziellen Amtsantritt im Mai 2000 unterstellte sich Putin den FSB direkt, und im Jänner 2001 wurde das Oberkommando über die militärischen Aktionen in Tschetschenien vom Verteidigungsministerium an den FSB übertragen. Mit Sergei Iwanow wurde kurz darauf jemand aus dem KGB zum Verteidigungsminister ernannt. (vgl. Mangott 2002a: 280) Im Jahr 2001 erhielt der FSB zudem die Kompetenz einer seit 1988 eingestellten sowjetischen Praxis – Investigationen auf Grundlage anonymer Denunziationen durch russische Bürger. (vgl. Sakwa 2008b: 99) Im März 2003 begann per Dekret Putins eine Umstrukturierung der Sicherheitsdienste. Dabei wurden der gut bewaffnete Föderale Grenzdienst und die Agentur für Regierungskommunikation und –information in den FSB integriert. Diese Behörde war mit dem elektronischen Abhördienst beauftragt und kontrollierte zudem das Internet sowie auch „Wybory“ - jenes elektronische System, welches zur Auszählung der Wählerstimmen dient. Laut Eberhard Schneider ähnelte der FSB damit wieder stärker dem KGB, da dem FSB nur noch der Auslandsnachrichtendienst SWR und der Föderale Schutzdienst fehlten, um dessen ehemaligen Zuständigkeiten zu erreichen. Die

Eingliederung des SWR war angeblich sogar vorgesehen, scheiterte jedoch am Widerstand dieser Behörde. (vgl. Schneider, in: Russland-Analysen Nr.78, 28.10.2005: 2f.) Im Sommer 2004 gab es einen Umbau der internen Struktur und der FSB-Chef erhielt den Rang eines Ministers - dessen Stellvertreter wurden auch entsprechend aufgewertet. Im März 2006 folgte die Einrichtung der Nationalen Antiterrorkommission in den Strukturen des FSB, durch welche sogar die Streitkräfte eingesetzt werden können. (vgl. Mangott 2009: 99)

Der FSB wurde somit aufgewertet, jedoch gab es innerhalb der durchaus heterogenen Fraktion der Silowiki – welche keinen Anführer hatte - interne Verteilungskämpfe; vor allem um die Verteilung von Eigentum. Es war ein Konflikt zwischen Profiteuren und jenen, die sich benachteiligt fühlten. Shevtsova erwähnte offene Schaukämpfe zwischen dem Innenministerium und dem FSB oder zwischen dem FSB und der Steuerbehörde. (vgl. Shevtsova 2007: 101) Dennoch agierten die Silowiki als ausreichend geschlossene und ähnlich denkende Einheit, wodurch mögliche Eindringlinge von außen als Feinde gesehen wurden (vor allem die Oligarchen und die Liberalen bzw. Demokraten) und nur akzeptiert wurden, wenn sie bereit waren, sich an die Spielregeln des Kremls zu halten.

Bettina Renz widersprach der gängigen Meinung einer übermäßigen Repräsentation der Silowiki in den höchsten Ebenen des Staates. Sie warf die Fragen auf, ob die Präsenz dieser Fraktion die Folge einer strategischen Planung Putins zu werten ist, und, wie homogen und kohärent diese Gruppe tatsächlich ist. Die erste Frage beantwortete sie damit, dass anstatt einer strategischen Planung für eine Dominanz der Silowiki im Staat die seit Jelzin bestehende Funktionsweise der Elitenrekrutierung zurückzuführen ist, durch welche nicht die politischen Parteien das Regierungspersonal stellen, sondern der Präsident mittels der hoch personalisierten Politik jene Leute aus seiner Vergangenheit auswählt, denen er am meisten vertrauen konnte, was „zufälligerweise“ einige Vertreter der Silowiki waren. Damit wären die persönlichen Vertrauensbeziehungen wichtiger als die Rekrutierung aus einer Institution heraus. Putin fehlte demnach eine Partei als Quelle für sein Personal, weshalb sein Team auf informelle Weise zusammengesetzt wurde. Renz gab als Beispiel an, dass von den 46 führenden Politikern in Putins Administration nur acht eine Vergangenheit in einem Machtministerium – ein Oberbegriff für alle föderalen Ministerien oder Institutionen mit uniformierten, militarisierten und bewaffneten Einheiten - hatten. Für Renz ergab sich daher keine bewusst verfolgte Strategie der Stärkung der Silowiki in der Präsidentialadministration. Auch begannen nur fünf der 21 Minister ihre Karriere in einem solchen, wobei drei Minister direkt ein traditionell von Silowiki geführtes Machtministerium leiteten. (vgl. Renz, in: Russland-Analysen Nr.117, 10.11.2006: 2f.)

Die zweite Frage klärte Renz dahingehend auf, dass es unter den Silowiki keine gleichgeschaltete militärische Denkart gab, da die Leute aus zehn verschiedenen Strukturen kamen. Zudem lag die militärische Ausbildung oft lange zurück und wurde durch lange Berufserfahrung im zivilen Bereichen ergänzt. Michail Fradkow wäre ihrer Meinung nach nicht als Silowiki zu bezeichnen, da er als Zivilist in jene Positionen kam, welche ihn üblicherweise als solchen ausgezeichnet. Und auch Putin selbst sah sich seit 1991 als Zivilist und sagte von sich selbst, dass er den FSB-Chefposten als Zivilist annahm. (vgl. Renz, in: Europe-Asia-Studies Vol.58, 06.09.2006: 913ff.) Auch gilt es zwischen den zehn Machtstrukturen zu differenzieren, da diese nur die Verteidigung und die Sicherheit des Landes als Gemeinsamkeit haben und nicht von einer ausschließlich und rein militärischen Ausbildung bei jedem deren Repräsentanten gesprochen werden kann. (vgl. Renz, in: Europe-Asia-Studies Vol.58, 06.09.2006: 915)

Putins Politik sollte demnach nach den konkreten Reformen und Maßnahmen beurteilt werden und nicht nach der Vergangenheit hochrangiger Mitglieder des politischen Systems. Vieles an Putins Politik entsprach jedoch viel mehr dem Agieren einer in Militär oder Geheimdienst ausgebildeten Person als einem demokratischen, liberalen und transparenten Politiker. Obwohl er die liberalen Kräfte für einige Wirtschaftsreformen brauchte, waren für Putin die Silowiki die wichtigste Machtbasis, da das Denken bei ihnen ebenfalls gegen Offenheit, Diskussion, Wettbewerb, Pluralismus und normale politische Machtwechsel gerichtet war und sie sich den politischen Vorgaben Putins loyal untergeordnet haben. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 104) Diese Vorgaben und politischen Ziele waren speziell die Rezentralisierung und Absicherung der Macht, die Eliminierung alternativer Machtzentren, von oben geschaffene Stabilität, ein größerer staatlicher Einfluss in einigen Wirtschaftsbereichen sowie ein gewisser Nationalismus und Großmachtstatus. Diesen Projekten entsprach die Mentalität des im KGB, dem Militär und ähnlichen Strukturen ausgebildeten politischen Personals unter Putin. (vgl. Shlapentokh, in: Hill & Cappelli 2010: 54) Die größten Konflikte innerhalb der Putin-Elite gab es dann auch nicht in ideologischer oder programmatischer Hinsicht, sondern bezüglich der Verteilung von Macht, Ressourcen oder Eigentum. "Daraus ergibt sich eine Rollenbeschreibung für das Amt des Präsidenten – der Interessenausgleich zwischen Elitengruppen ist ein wesentliches Element seiner Arbeit." (Schröder, in: Russland-Analysen Nr.202, 05.06.2010: 14)

Wie schon erwähnt, konnte Putin die politischen Eliten ziemlich erfolgreich kooptieren. Dabei half unter anderem Putins Personalpolitik, bei welcher dieser ein Gespür dafür zeigte, sich ausgesiente oder entlassene Politiker als Personalreserve weiterhin in der Hinterhand zu

bewahren. Somit fielen nur wenige Politiker gänzlich in Ungnade mit Putin. Der Präsident fand entweder neue Posten oder bot ihnen einen Platz in einer der Parlamentskammern an. (vgl. n: Hill & Cappelli 2010: 127f.) Sogar Putins potenzieller Hauptkontrahent bei den Präsidentenwahlen 2000, Primakow, wurde 2001 von Putin zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer ernannt. Putin „in general sought to ground his leadership in a broad consensual bloc. Relations within the bloc were personal and largely based on loyalty.“ (ebd. 94) Putin suchte also auch Unterstützung außerhalb seines engeren Kreises, um den politischen Zielen einer Stärkung und Stabilisierung Russlands mehr Gewicht zu verleihen. Im Angesicht dessen, dass er als Präsident vielen Akteuren auf die Füße steigen musste um diese in die Vertikale der Macht einzuordnen, gelang ihm das sehr gut. Auch bei der Straffung bzw. Umstrukturierung der Regierung sowie der Präsidialadministration zu Beginn von Putins zweiter Amtszeit kam es zwar zu Postenstreichungen, jedoch wurde für das betroffene Personal Ersatz geschaffen. (vgl. Schröder, in: Russland-Analysen Nr. 22, 02.04.2004: 10)

Jedoch führte dieses Prinzip Putins auch zu fraglichen Entscheidungen, etwa im Fall des Gouverneurs Jewgeni Nasdratenko. Diesen bezeichnete Putin 1997 noch als Mafioso. Jedoch holte er ihn später als Minister in seine Regierung, nachdem er ihn zuvor durch einsetzende Untersuchungen gegen dessen Misswirtschaft zum Rücktritt als Gouverneur bewogen hatte. Putin forderte sogar den FSB auf, alles Material gegen Nasdratenko unter den Teppich zu kehren und die Strafverfahren gegen ihn einzustellen. Elena Tregubova erklärte dies damit, dass sich Nasdratenko durch seinen „freiwilligen“ Rücktritt loyal verhielt und die Spielregeln befolgte, wohingegen jene, die diese Regeln nicht befolgen in den Worten von Anatoli Tschubais „die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.“ (Tregubova 2007: 97)

Generell verlangsamte Putin laut Olga Kryschtanowskaja den Austausch der politischen Elite im Vergleich zu Jelzin, was ebenfalls für Wohlwollen in diesen Kreisen sorgte. Hier kam Putin bewusst einer für die Legitimation seines Systems sehr wichtige Schicht entgegen – den Staatsbediensteten bzw. Beamten, jedoch nicht nur jenen in den höchsten Positionen. Sie bekamen nun mehr Gehalt und Privilegien und konnten mit einer größeren Postensicherheit rechnen. Für Kryschtanowskaja war die ein Handel zwischen erhöhter Sicherheit und Stabilität für die Beamtenschaft im Tausch für deren Loyalität. (vgl. Kryschtanowskaja 2004: 107) Aufgrund dieses Merkmals sah Hans van Zon eine recht starke neopatriomoniale Tendenz der Russen gegeben. Diese wandelt sich jedoch um einiges langsamer als Institutionen oder Gesetze, weshalb dadurch ein Hemmnis für die Entwicklung zu einer modernen Gesellschaft gegeben war. (vgl. Zon 2008: 68)

Loyalität sicherte sich Putin somit dadurch, dass für ausgediente Beamte neue Posten geschaffen wurden, mitunter in der staatlichen Wirtschaft. Als Putin etwa im März 2004 die Regierung von 27 auf 14 Ministerien stutzte, entstanden im Gegenzug jedoch 29 Bundesagenturen und 29 föderale Dienste, womit wieder genug Platz gegeben war, um von Putin abgesetzte Personen einzusetzen. Der Politologe Dmitri Oreschkin meinte, dass bisher “noch jede Verwaltungsreform nicht zur Entbürokratisierung geführt, sondern dazu, dass noch mehr Apparatschiks im Amt waren.” (Brüggmann, in: Gorzka & Schulze 2004: 68) Durch solche und ähnliche Maßnahmen wuchs der ohnehin riesige Beamtenapparat ab 2002 weiter an. 2006 waren bereits 1,5 Millionen Personen im administrativen und bürokratischen Bereich angestellt, während in der viel größeren Sowjetunion bei etwa 660.000 die Spitze erreicht war. Der Zuwachs geschah größtenteils jedoch in den Regionen. Das Einkommen der Staatsbeamten war etwa doppelt so hoch wie das durchschnittliche russische Gehalt und wuchs auch schneller. Dem Ziel der Loyalitätssicherung diene neben einer starken Erhöhung des Gehalts der höchsten Beamten im Jahr 2004 und diversen Sonderzulagen wie einer eigenen Datscha im Umkreis Moskaus auch eine stillschweigende Duldung diverser korrupter Tätigkeiten als extra Einnahmequelle der Beamten – vor allem jener der niedrigen und mittleren Ebenen. Als weiterer „Lohn“ für Loyalität gegenüber dem Regime wurden Verwandte in privilegierte Positionen gehievt, oder der informelle Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung wurde auch auf den Verwandtenkreis ausgedehnt. Laut Vladimir Shlapentokh gab es dadurch unter Putin nur wenige strafrechtliche Verfolgungen krimineller Aktivitäten von Staatsdienern. Folglich zeigten verschiedene Umfragen, dass die Staatsbediensteten in Russland den neuen Regeln unter Putin deutlich loyaler gegenüberstanden und, dass in deren Augen der Status der Demokratie und die Effizienz der Institutionen im Land um einiges positiver bewertet wurden. (vgl. Shlapentokh, in: Hill & Cappelli 2010: 49ff.)

Ein großes Problem dieser Entwicklung war, “[that] the state bureaucracy grew enormously and became one of the most rigid and reactionary forces in the country.” (Sakwa 2008a: 163) Putin war sich jedoch bewusst, dass er damit auch immer mehr von dieser Schicht vereinnahmt wurde, denn notwendige Reformen zur Modernisierung auf Kosten der Positionen und Privilegien der Beamten durchzusetzen war kaum möglich. Solange jedoch ausreichend Geld durch den Ressourcenexport hereinkam und die Wirtschaft wuchs, war für tiefergehende Reformen ohnehin keine Notwendigkeit gegeben, und bis zum Ende seiner Amtszeit war dies auch nicht der Fall. In seiner Rede vor der Föderalversammlung im Mai 2003 griff Putin diese Problematik auf: “[The bureaucracy] proved ill-prepared for working out and implementing the decisions appropriate to the country's present needs [and] the

number of powers it possesses does not match the quality of government.” (Sakwa 2008a: 163) In seiner Rede 2005 kritisierte er, dass die großteils arrogante Kaste der Beamten ihren Beruf als eine Art Geschäft sieht, und Anfang 2006 dachte er an, dass die Macht der Bürokraten gestutzt werden sollte, diese sich an die Gesetze zu halten haben und zudem für transparente Prozeduren gesorgt werden sollte. (vgl. ebd. 164)

Der Militär- und Sicherheitsbereich, Putins eigentliche Kerngruppe, nahm Anzahlmäßig ebenfalls eine dominante Stellung ein. Speziell deren Präsenz wirkte sich negativ auf Wettbewerb und Pluralismus aus. Im Juni 2006 sprach der Oppositionspolitiker Wladimir Ryschkow von ungefähr fünf Millionen Menschen, welche in diesem Sektor angestellt waren – darin inkludiert die Armee, die Einsatzkräfte des Innenministeriums, sowie der FSB und mit diesem verbundene Dienste. (vgl. Sakwa 2008a: 78)

Der Mittelstand außerhalb der staatlichen Bürokratie hingegen, speziell in der Wirtschaft, wuchs ab etwa 2003 wieder zu langsam. Von dieser Schicht wären jedoch am ehesten wichtige demokratische Impulse zu erwarten. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 189)

Fazit: Auch wenn nach Bettina Renz die Silowiki nicht jene strategisch und umfangreich in Politik und Verwaltung eingesetzte homogene Fraktion war, als welche diese gerne gesehen wurden, so war an Putins Politik und Reformen – vor allem ab seiner zweiten Amtszeit – ersichtlich, dass das sein Denken am ehesten deren Naturell entsprach. Die liberalen Ansätze der ersten zwei Jahre unter Putin traten dagegen vermehrt zurück. Die liberaleren Minister im Wirtschafts- oder Finanzministerium konnten sich anscheinend nicht gegen die Silowiki durchsetzen, die in die Wirtschaft strömten. Auch wenn Putin zwischen den Fraktionen taktierte, so lag der Schwerpunkt doch bei jenen Kräften, welche für eine staatsinterventionistische, intransparente und antipluralistische Politik standen. Solange der Rohstoffexport ausreichend Staatseinnahmen hereinbrachte und solange Besitz umzuverteilen war, konnte Putin diese Klientel zufriedenstellen. Wie später unter Medwedew und vor allem im Rahmen der Dumawahlen 2011 zu sehen, vergaß man dabei auf die wachsende städtische Mittelschicht, welche ihre Interessen nicht vertreten fühlte.

4.2) Putins Legitimation abseits von Wahlen

Obwohl Putin zum Zeitpunkt seiner Ernennung einer breiten Öffentlichkeit noch ziemlich unbekannt war, konnte seine Popularität durch geschickte politische Strategien in kurzer Zeit so stark anziehen, dass er im März 2000 die Präsidentenwahlen gewinnen konnte. Bis zum Ende seiner Amtszeit blieb er der bei weitem beliebteste Politiker. Dieser Erfolg war aber

nicht nur der ständigen kritiklosen und positiven Medienberichterstattung zu verdanken. Einen Anteil daran hatte unter anderem auch Putins Persönlichkeit, welche sich in fast allen Belangen von Jelzin unterschied und den Russen – verstärkt durch Putin als prinzipielle Identifikationsfigur für Kommunisten wie Liberale zusammen – neue Hoffnung gab. Die Bevölkerung sehnte sich nach einer verlässlichen, entschiedenen und starken Führungsperson und fand sie schließlich in Putin. (vgl. Shevtsova, in: Mangott 2002b: 27) Juri Lewada erklärte es so: “[Putin was] a kind of mirror in which everyone, communist or democrat, sees what he wants to see and what he hopes for.” (146)

Für viele Russen war wichtig, dass der neue Präsident Russlands Würde wiederherstellte, indem er einerseits den Staat von den unbeliebten Oligarchen säuberte bzw. diese in ihrer Macht stützte, Ordnung in die Politik und Verwaltung brachte, die extreme Polarisierung der politischen Lager beendete und Russland auf der internationalen Bühne wieder stärker positionierte. Dies alles gab den Russen wieder vermehrt Grund zu Patriotismus und Stolz auf ihr Land, welche sie unter Jelzin verloren glaubten. (vgl. Hill in: Hill & Cappelli 2010: 3f.) Dazu kamen das anziehende Wirtschaftswachstum und das Putin angerechnete generelle Gefühl der Verbesserungen der Lebensverhältnisse seit 1999 – im Vergleich zu den Krisenjahren unter Jelzin jedoch keine allzu schwere Aufgabe. Eine Verbesserung der materiellen Lebensumstände war laut Umfragen in den Augen der Russen das wichtigste Ziel. Für Daniel Treisman war es auch hauptsächlich die wirtschaftliche Lage, welche die öffentliche Meinung bestimmte und, da die ökonomische Entwicklung unter Putin positiv verlief, sah Treisman durch die daraus gewonnen Popularität und Legitimation für Putin einen geringeren Widerstand gegen die undemokratischen Reformen gegeben. (vgl. Treisman, in: Aslund & Guriev 2010: 39f.) Putins Popularität konnte somit auch als gewisser Ersatz für die fragwürdige demokratische Legitimität gesehen werden.

Während Jelzins Umfragewerte meistens sehr niedrig waren – entsprechend der ökonomischen Lage -, konnte Putin im Gegensatz dazu eine stabile und stets sehr hohe Zustimmungsraten von über 60% vermelden, welche mitunter auf über 80% anstieg. Auch das Vertrauen der Bevölkerung in ihn war durchgehend sehr hoch. Noch 2007, nach sieben Jahren im Amt, meinten bei einer Umfrage 70%, dass Putin komplettes Vertrauen entgegengebracht werden könne, und 19% hatten teilweises Vertrauen in ihn. (vgl. White & McAllister, in: Hill & Cappelli 2010: 144ff.)

Putins hohe Zustimmungsraten konnten jedoch nicht entsprechend auf Fragen zu Erfolgen in konkreten Politikbereichen übertragen werden. Es gab somit ausreichend diffuse Unterstützung für das Regime, jedoch nur eine geringe spezifische Unterstützung für konkrete

politische Ergebnisse. Für Georg Dox zeigt dieser Widerspruch, dass man Putin weiterhin für die allgemeine Stabilität in Politik und Wirtschaft dankte sowie dafür, dass für viele ohne ihn nur Chaos zu drohen schien. In dieser Hinsicht waren die guten Werte nicht unbedingt eine Entscheidung *für* Putin, als *gegen* mögliche Alternativen zu ihm. (vgl. Dox 2007: 178) Dies betraf eine Unsicherheit dessen was folgen könnte sowie eine Ablehnung dessen, was unter Jelzin war. Dass viele Russen die pluralistische Politik der 1990er mit negativen Erinnerungen verbanden konnte Putin gut ausnutzen.

Als Veranschaulichung des in der Bevölkerung existierenden Gefühls der Alternativlosigkeit zu Putin dient eine Umfrage aus dem Jahr 2006, bei welcher der Präsident mit einer Zustimmungsrate von 76% aufwarten konnte, während nur 17% ihren Präsidenten als einen erfolgreichen Führer sahen und der Rest nicht daran glaubte, dass Putin die Probleme Russlands - die Außenpolitik war etwa hier Ausnahme - lösen wird können. (vgl. Shevtsova 2007: 282) Sergei Prozorov bezeichnete die positiven Zustimmungswerte deshalb als wenig Gefühlsbeladen bzw. als „*positively indifferent*“. (vgl. Prozorov, in: Wöll & Wydra 2008: 188) Im Endeffekt kam durch eine großteils passive oder konformistische Gesellschaft zu wenig Druck von unten, um an den tiefliegenden Problemen tatsächlich was zu ändern. Viele fürchteten womöglich um deren Jobs oder deren neuen besseren Lebensstandard. (vgl. Meyer, in: Meyer 2007: 118ff.)

2005 hat Stephen Whitefield versucht herauszufinden, ob die stabil hohe Unterstützung für Putin auf einer autoritären Kultur innerhalb der Bevölkerung basierte. Ein Ergebnis war, dass die meisten Befragten keine signifikanten demokratiepolitischen Rückschritte erkannt haben, während die Zustimmung zu demokratischen Normen und Prinzipien konstant blieb. Somit wäre die breite Unterstützungsbasis im Volk nicht durch eine autoritäre politische Kultur zu erklären. (vgl. Sakwa 2008a: 87) Zudem, so der Oppositionspolitiker Wladimir Ryschkow, galt Putin in den Augen einer Mehrheit der Russen als der zentrale *demokratische* Politiker des Landes. (vgl. Ryschkow, in: Journal of Democracy, 15.3.2004: 57)

Wladimir Putins persönliche Werte kontrastierten zudem mit dem generell geringen Vertrauen der Bevölkerung in die zentralen Institutionen einer Demokratie sowie mit der Kritik der Bevölkerung am politischen System und seiner Funktionsweise, was jedoch damals noch vom Vertrauen zu Putin überlagert wurde. (vgl. Schröder, in: Russland-Analysen Nr. 160, 07.03.2008: 5) Es schien, dass Putin auch von dieser institutionellen Alternativlosigkeit profitierte. Dass die politische Ordnung dessen Legitimität hauptsächlich über den Präsidenten erzeugen konnte anstatt über Institutionenvertrauen, war für Hans-Henning Schröder ausreichend Grund dafür, Russland nicht als Demokratie zu werten. Auch wenn dies

etwas übertrieben klingt, so war es zumindest problematisch in Hinsicht auf die Konsolidierung der Demokratie. Umfragen des Lewada-Zentrums ergaben, dass neben dem Präsidentenamt (50%) nur die Orthodoxe Kirche (40%) sowie das Militär (30%) akzeptable Vertrauenswerte aufbringen konnten. Diese sind demokratie-politisch jedoch weniger bedeutend, während sich Institutionen wie die Gerichte, das Parlament oder politischen Parteien (diese an letzter Stelle) in niedrigsten Bereichen befanden. Zu war, dass auch das Präsidentenamt schlechtere Werte als Putin selbst aufwies. (vgl. Schröder, in: Casula & Perovic 2009: 67ff.)

Putin schien somit in den Umfragen und in seiner Person von der Tagespolitik und den großen Problemen im Land losgelöst zu sein. Dass die Leute alle ihre Hoffnungen in Putin setzten und ihn als über der Politik stehend wahrgenommen haben, gleichzeitig jedoch mit der generellen Entwicklung sowie der Arbeit der Regierung ziemlich unzufrieden waren, war für Lilia Shevtsova sehr widersprüchlich, denn Putin musste als entscheidender Akteur im politischen System eigentlich die Letztverantwortung zu tragen gehabt haben. Angesichts der weiter bestehenden Probleme wurde er ihrer Meinung nach aber von seiner Verantwortung relativ verschont, da er in den Augen der Bevölkerung als einzig wahre Institution im Land für Stabilität sorgte. (vgl. Shevtsova 2007: 272) Putin halfen aber auch geschickte mediale Auftritte dabei, die politische Verantwortung sozusagen an seine Untergebenen zu delegieren. Bei diesen Inszenierungen machte er seine Minister oder sonstige Amtsträger für Probleme verantwortlich und wies sie dementsprechend zurecht. "Putin steht, wie eine Art ‚Vater der Nation‘, über der Alltagspolitik. Er gab, immer und immer wieder im Fernsehen inszeniert, den guten Führer, der sich, im Namen des Volkes und für das Volk, mit einer Schar böser, gerissener, unfähiger und räuberischer Minister, Beamter, Unternehmer und Gouverneure herumschlagen muss." (Siegert, in: Russland-Analysen Nr.150, 23.11.2007: 13)

Vor allem gegen Ende von Putins zweiter Amtszeit entstand dann, ob der drohenden Ungewissheit nach seinem Abtritt, ein gewisser Personenkult. Seine Zustimmungswerte stiegen damals auf stolze 86% und von mehreren Seiten wurde er gebeten weiterhin im Amt zu bleiben – jedoch eher aus Eigeninteresse von Profiteuren des Systems. Jedoch konnten in der zweiten Jahreshälfte 2010 erstmals ein recht starker Vertrauensverlust in Medwedew und Putin, vermehrt negative Ansichten über Einiges Russland sowie eine generell kritischere Haltung gegenüber dem politischen System festgestellt werden. Die hoffnungsvolle Stimmung angesichts eines gewissen Gefühls der Verbesserung wich einer eher realistisch-trüben Sicht der wahrgenommenen Stagnation und Korruption. Für Michail Dmitriew war dies zwar auch der Wirtschaftskrise der 2008 und 2009 zu zurechnen, aber noch mehr sah er eine

Veränderung durch die Entstehung einer breiten städtischen Mittelschicht gegeben (Moskau etwa 40%, restliche Großstädte etwa 20-30%). Eine generelle Loyalität gegenüber der Führung bestand weiter, jedoch wuchsen angesichts des schwachen Rechtsstaates oder der geringen Chancen für normale Bürger aufzusteigen Kritik und eine gewisse Proteststimmung. (vgl. Dmitriew, in: Russland-Analysen Nr.224, 15.07.2011: 3)

Fazit: Die ungewöhnlich hohen Vertrauens- und Zustimmungswerte für Putin reflektierten nicht, wie die Russen ansonsten über das politische System oder die konkreten Leistungen des Regimes dachten. Jedoch konnten die großen Probleme des Landes durch die relativ vagen Hoffnungen und Erwartungen in Putin während dessen acht Jahre im Präsidentenamt überlagert werden. Durch die Politik der Bewahrung des Status quo im Sinne seiner zentralen Unterstützungsgruppen profitierten aber letztlich zu wenige Leute von den eigentlich guten Wirtschaftsdaten. Hier ergab sich unter Medwedew ein großes Konfliktpotenzial durch eine wachsende und sich nicht vertreten führende Bevölkerungsschicht. Das bereits jetzt bestehende Dilemma für eine wahrscheinliche dritte Amtszeit Putins ab 2012 wird dabei sein, einerseits sein Kernklientel weiterhin von den Verflechtungen zwischen Staat und Wirtschaft profitieren zu lassen und andererseits liberale Reformen einzuleiten, welche jedoch diesem Klientel teilweise entgegenstehen. Generell wird aber eine Wiederholung der guten Werte von früher wohl nicht mehr zu erreichen sein.

4.3) Die „souveräne Demokratie“

Was von europäischer oder amerikanischer Seite die „gelenkte Demokratie“ oder „*managed democracy*“ genannt wurde, fand in Russland die euphemistische Selbstbezeichnung der souveränen Demokratie. Obwohl erst 2006 von Waldislaw Surkow öffentlich so benannt, waren die Kernprinzipien schon sehr früh unter Putin erkennbar. Die Souveränität sollte hierbei nach außen hin gelten - keine Abhängigkeit oder Einmischung von anderen Ländern -, sowie in Russland selbst, durch die Unabhängigkeit von jenen unter Jelzin entstandenen Einflussquellen (Oligarchen, Gouverneure, Medien), welche die präsidentielle Macht und Autorität geschwächt hatten, um so für die exekutive Machtspitze die hegemoniale Stellung im politischen System zu sichern. Putins Regime wurde, zur Legitimierung seiner Politik, als einzige Rettung zur Lösung der bestehenden Probleme dargestellt. Indem der Bevölkerung zudem suggeriert wurde, Russland sei eine umzingelte Festung, wurde es dem Regime - als dem Verteidiger der russischen Kultur sowie des Staates - auch dadurch ermöglicht, die

Politik der Rezentralisierung zu rechtfertigen. (vgl. Shevtsova, in: Journal of Democracy, Volume 20, Number 2, April 2009: 61)

Die Schaffung äußerer und innerer Feindbilder machte es dabei einfacher, die Bevölkerung mit Einschränkungen ihrer Freiheiten zu konfrontieren und lenkte zudem von internen Defekten ab. Problematisch war vor allem auch, dass in Putins zweiter Amtszeit als äußere Feind immer stärker der demokratische Westen (USA, EU, NATO) ausgemacht wurde – dadurch erzeugte man im Kreml somit eine Abgrenzung von den demokratischen Kernländern. Eine Modernisierung und Demokratisierung ist jedoch ohne echte Zusammenarbeit mit diesen Ländern schwer realisierbar. Jedoch waren diese Abgrenzung, der Antiamerikanismus sowie ein seit 2005 konsequenter verfolgtes Großmachtstreben für die Selbstidentifikation - zumindest der Kremlelite - sehr wichtig. Was die inneren Feinde anbelangte bezeichnete Surkow selbst alle Kritiker Putins sowie die demokratische Opposition als „Volksfeinde“. (vgl. Tregubova 2007: 247) Dies zeigte die sehr geringe Akzeptanz der demokratischen Kräfte durch den Kreml. Victoria Hudson nannte als ein wesentliches Element der souveränen Demokratie somit „*securitization*“, durch welche jede Thematik von der Elite zu einem existenziellen Bedrohungspotenzial für Russland aufgebaut werden konnte. So wappnete sich die Elite gegen jegliche Feinde oder äußere Einflüsse, womit die souveräne Demokratie letztendlich vor allem systemerhaltend und machtkonsolidierend wirken sollte. (vgl. Hudson, in: Casula & Perovic 2009: 193)

Putins Ziel war es von Anfang an den Zustand des geschwächten Zentralstaates zu beenden. Die Macht-, Kontroll- und Steuerungskapazitäten mussten sich nun an der Spitze der „Vertikale der Macht“ befinden - dem Präsidentenamt und dessen Verwaltung. Die Vertikale der Macht meint die vom Kreml ausgehende Befehlskette, die alle staatlichen Organe erfasst, da nach offizieller Sicht nur eine Einordnung des politischen Lebens in die Strategie des Regimes Wachstum, Stabilität und Einheit des Staates garantieren könne. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 32) In seiner ersten Rede vor der Föderalversammlung im Juli 2000 stellte Putin die Notwendigkeit einer „single vertical line of executive authority“ dar, jedoch – um Ängsten vor autoritären Tendenzen vorzubeugen - mit dem Zweck eines „effective and democratic state [...] capable of protecting civic, political and economic reforms.“ (Sakwa 2008a: 60)

Bereits in der Millenniumsbotschaft Ende 1999 schnitt Putin die zukünftigen Entwicklungen an, indem er anmerkte, „dass die Rolle der Staatsmacht in Russland herkömmlicherweise größer war als in der westlichen politischen Kultur.“ Und weiter: „Ein starker Staat ist für die Russen keine Anomalie, nichts wogegen man kämpfen müsste, sondern im Gegenteil die

Quelle und der Garant der Ordnung, Initiator und Motor für jegliche Veränderungen.“ (Mommsen 2004: 98) Je stärker der Staat sei, desto stärker sind auch die persönlichen Freiheiten, meinte Putin dementsprechend Anfang 2000. (vgl. Kotz & Weir 2007: 274) Dass die Bevölkerung sich nach den Erfahrungen unter Jelzin für einen starken Staat und Führer erwärmen konnten half der Durchsetzung von Stabilität und Rezentralisierung.

Putin veröffentlichte dieses Manifest mit dem Titel „*Russia at the Turn of the Millennium*“ am 29. Dezember 1999. Einige Grundprinzipien seiner Weltanschauung wurden dabei sichtbar. Der Kommunismus wurde als zivilisatorische Sackgasse bezeichnet und für Russlands wirtschaftliche Rückständigkeit verantwortlich gemacht. Eine Alternative zu Demokratie und Marktwirtschaft gebe es zudem nicht, weshalb die Suche nach einem alternativen Modernisierungsweg beendet sei. Eine erneute Revolution – sei es durch die Liberalen oder durch Kommunisten - sah Putin damals als Gefahr für die gesamte Gesellschaft, welche erneute Umwälzungen nicht mehr ertragen könne. (vgl. Sakwa 2008a: 53f.) Diese immer wieder ausgedrückte Warnung Putins sollte die Bevölkerung wohl davon abbringen, politische Alternativen zu Putins System in Betracht zu ziehen. Damit wurde zu Beginn seiner Präsidentschaft erklärt, dass nur sein politisches System zu Russlands Genesung beitragen kann, womit alle Versuche dagegen aufzubegehren als Gefährdung dieses einen korrekten Weges der Normalisierung zu sehen waren.

Auch wenn ein spezifisch russischer Entwicklungsweg in Abrede gestellt wurde, kam doch immer wieder die Suche nach einem „Dritten Weg“ durch, da weder das Experimentieren mit abstrakten Modellen aus dem Ausland, noch das mechanische Kopieren der Erfahrungen anderer Länder Erfolg brachte. Gleichzeitig wolle man sich aber nicht vom internationalen System abkoppeln, sondern als gleichberechtigter Partner auftreten, der seine Interessen verteidigen kann und seine Identität bewahrt. Putin schrieb: „Our future depends on combining the universal principles of the market economy and democracy with Russian realities.“ (Sakwa 2008a: 321) Nur blieb unklar welche Realitäten genau gemeint waren. Eine davon war einem Interview Putins im September 2003 zufolge die nicht gefestigte territoriale Integrität Russlands. Nur wenn eine solche gegeben sei wäre eine Demokratie überhaupt möglich. Für Russland bedeute Demokratie deswegen die Gefahr von „Chaos und Auflösung des Staates“ und war für ihn daher ein nicht leistbarer Luxus. Untermauert wurde Putins Verknüpfung von Demokratie mit unkontrollierbaren Zuständen durch eine Aussage 2005. Der Präsident erklärte, dass der Preis für eine demokratische Entwicklung nicht die Aufgabe der erlangten Rechtsordnung, der Stabilität und des konsequenten Wirtschaftskurses sein dürfe. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 26f.) Ein demokratisches System wäre Putin

zufolge kaum in der Lage Russlands Probleme zu meistern und Stabilität zu bewahren. Die von Putin erwähnte „erlangte Rechtsordnung“ - eine gelenkte Justiz und eingeschränkter Pluralismus – musste Putin zufolge verteidigt werden.

Im Kreml verstand man Demokratie vor allem mit den zu leistenden Ergebnissen einer solchen, vor allem steigendem Wohlstand. Neben diesem Kriterium waren die idealistischeren Aspekte eines demokratischen Systems - etwa Medienfreiheit und Pluralismus - in den Köpfen der politischen Elite viel weniger verankert, auch wenn Putin etwa in seinen jährlichen Reden vor der Föderalversammlung immer wieder den liberalen Politiker gab. In seiner Rede 2003 gab er als strategisches Ziel vor, dass Russland eine entwickelte Zivilgesellschaft sowie eine stabile Demokratie sein sollte und sein wird, in welcher sämtlichen Menschen- und Freiheitsrechte garantiert sind. (vgl. Sakwa 2008a: 299) Oder 2006: “I am convinced that no important goal can be achieved in a country without ensuring human rights and freedoms, effective state organisation, democracy and civil society”. (ebd. 66) Es war jedoch die Politik des Kremls, durch welche man sich eher von diesen Zielen entfernte als sie tatsächlich zu erreichen. Laut Ivan Krastov war Putins Problem mit Demokratie, dass die historische Erfahrung mit dieser Regierungsform gerade nicht zu Stärkung, sondern zu Schwächung des Staates beigetragen hatte. (Krastev, in: Journal of Democracy, Volume 20, Number 2, April 2009: 76) Zwischen einer tatsächlichen Überzeugung Putins, dass letztendlich eine Demokratie die beste Regierungsform ist, sowie der Angst davor, in einem demokratischen System die Macht zu verlieren und die künstlich erreichte Stabilität zu verspielen, dürfte die Diskrepanz aus Putins schönen Worten und den tatsächlichen, diesen entgegengesetzten Handlungen zu erklären sein. Im Oktober 2007 zeigte sich Putin wieder von seiner wahren Seite, als er erklärte, dass Russland noch für die nächsten 15-20 Jahre „von Hand gesteuert“ werden müsse, bevor es automatisch funktionieren könne. (vgl. Vogel, in: Russland-Analysen Nr.154, 21.12.2007: 3)

Bestehende Probleme bzw. Kritik am politischen System von der Opposition und vom Westen wurden von Putin stets zurückgewiesen; oder der Präsident verwies darauf, dass Russland erst eine junge Demokratie sei. So etwa im Februar 2006: „Russian statehood is still in the development phase. It cannot be described as absolutely stable.“ (Sakwa 2008a: 129) Die dadurch nicht ausreichend entwickelte Parteienlandschaft und Zivilgesellschaft machten somit einen starken Staat notwendig. Dies kontrastierte mit anderen Aussagen Putins, in welchen Russland bereits als nahezu perfekte Demokratie dargestellt wurde. So etwa bei einer Pressekonferenz mit Angela Merkel im Oktober 2007, als Putin meinte, dass in Russland “nicht nur der Buchstabe, sondern auch der Geist der Verfassung eingehalten würde“, und

außerdem könne „nur der russische Bürger, der russische Wähler bestimmen [...], wer und in welchem Umfang [...] am Leben des eigenen Landes teilnehmen könne.“ (Fleischmann 2010: 50) Diese Behauptungen haben den realen Umständen in Russland nur ziemlich bedingt entsprochen.

Eine andere Strategie, um Forderungen nach mehr Demokratie zu begegnen war, dass das Strapazieren des Demokratiekonzepts durch die Opposition, die USA oder die EU in den Augen des Kremls so dargestellt wurden, dass dies zur Durchsetzung deren eigenen, gegen den russischen Staat gerichteten Interessen missbraucht würde. Dem Vorhalten von demokratischen Werten und Prinzipien durch den Westen begegnete Putin zudem vermehrt mit Gegenvorwürfen, indem er auf aktuelle Problemlagen in westlichen Ländern hinwies und dem Westen dadurch Heuchelei vorwarf.

In der Milleniumsbotschaft listete Putin ursprüngliche und traditionelle Werte der Russen auf, welche als wichtige Basis für die Konsolidierung der Gesellschaft dienen, nicht ohne anzumerken, dass er gegen jegliche Wiedereinführung einer offiziellen Staatsideologie ist, da der soziale Einklang nicht erzwungen werden kann. (vgl. Sakwa 2008a: 322)

1) „*Patriotism*“ - Putin nannte es Stolz in Bezug auf das eigene Land, dessen Geschichte und Errungenschaften, jedoch ohne nationalistische oder imperialistische Tendenzen und Ambitionen.

2) „*The greatness of Russia*“ - Russland wird immer eine Großmacht sein, wobei die Macht heutzutage jedoch weniger über militärische Stärke gemessen wird, sondern vor allem über moderne Technologien und Wohlstand, aber auch über das Potenzial das eigene Land zu schützen sowie über die Durchsetzung der nationalen Interessen.

3) „*Statism*“ - Hier wurde die starke historische Rolle des Staates in Russland aufgegriffen, welcher von den Leuten als Quelle und Garant von Ordnung sowie als Hauptmotor für Veränderungen gesehen wird. Die USA oder England hätten ihrerseits eben die liberalen Werte fest verankert. Die Stärkung des Staates sei mit Demokratie und Rechtsstaat vereinbar, denn: „Strong state power in Russia is a democratic, law-based, workable federal state.“ (Sakwa 2008a: 324) Erreicht würde dieser Staat laut Putin über: effektive Regierungsinstitutionen; professionellere und verantwortungsbewusstere Staatsbeamte; einen verstärkten Kampf gegen Korruption und Kriminalität; die Schaffung jener Bedingungen, wodurch eine genuine Zivilgesellschaft entstehen kann, um die Staatsgewalt auszugleichen und diese zu kontrollieren; eine Stärkung der Judikative sowie bessere Zentrum-Regionen Beziehungen. (vgl. ebd. 324)

Vor allem der Punkt der Zivilgesellschaft widersprach den tatsächlichen Entwicklungen, da eine Kontrolle der Regierungsarbeit oder der Korruption in der Verwaltung durch NGOs oder Oppositionsparteien nicht im Sinne des Regimes war. Ein gewisser Anhaltspunkt für die tatsächlich durchgesetzte Lenkung des Staates folgte nur wenige Zeilen später: „I mean to make the Russian state an efficient co-ordinator of the country's economic and social forces that balances their interests, optimises the aims and parameters of social development and creates the conditions and mechanisms for their attainment“, denn Russlands heutige Situation „necessitates deeper state involvement in social and economic processes.“ (Sakwa 2008a: 326) Um wirklich eine Effektivitätssteigerung des Staates zu erlangen brauchte es jedoch vor allem ein funktionierendes System der Gegenseitigen Kontrollen auf Ebene der Gewalten, um so die Arbeit der Regierung verantwortbar zu machen.

Der kremlnahe Politologe Sergej Markow meinte, dass der Aufruf zur Stärkung des Staates bis Anfang der 2000er eine berechtigte Forderung war, dass dieselbe Forderung 2004 dann jedoch vor allem als eine Stärkung der Bürokratie, als Hinwendung zu Autokratie und als weitere Abwendung vom Westen zu verstehen war. (vgl. Markow, in: Gorzka & Schulze 2004: 278)

Putin klang in seiner Milleniumsbotschaft sehr eindeutig, was nicht-demokratische Systeme anbelangt: „History proves all dictatorships, all authoritarian forms of government are transient. Only democratic systems are lasting.“ (Sakwa 2008a: 324) Und noch deutlicher: „International experience suggests that the main threat to human rights and freedoms, to democracy as such, arises from the executive authority.“ (ebd. 325) Daher war sein erklärtes Ziel der Aufbau einer partnerschaftlichen Beziehung zwischen der Exekutive und der Zivilgesellschaft. Auch diese Aussagen standen der zunehmend autoritären Politik Putins gegenüber, bei welcher jegliche Einschränkungen gewisser demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien stets mit den besonderen Umständen erklärt werden konnten, welche noch auf Russland einwirkten.

Für Richard Sakwa war der Präsident demnach hin und hergerissen zwischen der „Diktatur des Gesetzes“ einerseits, also der absoluten Gültigkeit der Verfassung und der Gesetze in allen Regionen und für alle Institutionen und Menschen, was Sakwa als „*reconstitution*“ des Staates bezeichnete. Andererseits gab es ausreichend Anzeichen einer „*reconcentration*“ der Staatsmacht, belegt durch jene Politik, durch welche die Freiheitsrechte, die Rechtsstaatlichkeit oder das Prinzip des Pluralismus unterminiert und abgebaut wurden. Die Stärkung des Staates führte somit zu Konsolidierung des Regimes anstatt in Richtung eines liberalen Rechtsstaates. (vgl. Sakwa 2008a: 140)

Vor allem in Putins zweiter Amtszeit wurde immer deutlicher, dass die Konsolidierung der Staatsmacht über dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit stand. Als Rechtfertigung für dahingehende Maßnahmen galten Terroranschläge oder angebliche vom Westen verfolgte Versuche Russland zu schwächen. Das notwendige Selbstvertrauen zog man im Kreml aus den immer höher steigenden Rohstoffpreisen – vor allem für Öl und Gas. Der Kritik aus dem Westen bezüglich der mangelhaften Demokratiequalität wurde nun bewusst entgegengetreten. Das erste Mal erwähnte Wladislaw Surkow den Begriff der souveränen Demokratie öffentlich im Februar 2006 vor Aktivisten von Einiges Russland. Für Margareta Mommsen waren die Erfahrungen der „Orangen Revolution“ in der Ukraine auslösend für die Entwicklung dieses Konzepts, durch welches man Russland als selbstbestimmte Großmacht darstellen wollte, die keine Einmischungen oder demokratiepolitische Lektionen von außen duldet. Diese Grundzüge waren bereits in einer Geheimrede Surkows vor einem Wirtschaftsverband im Mai 2005 gegeben. Zur Bewahrung der Souveränität wurde bereits damals die Kontrolle über das „nationale Kapital“ genannt, womit die Bereiche der strategischen Kommunikation, das Finanzsystem, die Medien und die Ressourcen (Energie und Mineralien) gemeint waren. Er gab sogar zu, dass der Kampf für den „unabhängigen Staat“ einer weiteren Einschränkung der Demokratie bedarf, was Surkow mit dem herrschenden Gefühl der Angst erklärte. (vgl. Mommsen, in: Russland-Analysen Nr. 114, 20.10.2006: 2)

Diese Angst hatte man im Kreml wohl vor der eigenen Bevölkerung, da diese - vom Westen unterstützt - angeblich gegen das Regime aufgebracht werden sollte. Mit diesen Verschwörungstheorien, bei welchen dargestellt wurde, dass vor allem Oligarchen oder Liberale gegen den russischen Staat mit dem Westen zusammenarbeiten, sollte auch erreicht werden, dass sich die russische Elite im Angesicht dieser Bedrohung vereinigt. Die Anhänger der souveränen Demokratie innerhalb der Bevölkerung wiederum gaben ihren Widerstand gegen das illegale Vorgehen des Staates auf, da mit der Exklusion politischer Parteien und den Prozessen gegen bestimmte Wirtschaftsakteure Feinde von Russland betroffen waren, was das staatliche selektive Agieren gerechtfertigt erscheinen ließ. (vgl. Hudson, in: Casula & Perovic 2009: 195f.) Der Kreml operierte hier mit einem Freund- und Feindschema.

Wesentliches Element von Surkows Konzept ist, dass es keine universelle Form der Demokratie gibt, sondern spezifische Formen für jedes Land, welche die jeweilige Tradition, Kultur und Mentalität widerspiegeln. Mit der Selbstbezeichnung als souveräne Demokratie sollte auch endgültig Russlands Status als Demokratie klargestellt werden, weshalb sich weitere Diskussionen über angebliche Defekte erübrigen würden, da man einen eigenen

demokratischen Pfad beschreitet. Der Status als souveränes Land soll ausdrücken, dass Russland zudem nicht alle Elemente der westlichen Demokratietheorien zu übernehmen hat. Putin selbst distanzierte sich im September 2006 von dem Begriff, da Souveränität und Demokratie seiner Meinung nach auf unterschiedlichen konzeptuellen Ebenen operieren. (vgl. Sakwa 2008a: 135) Damit meinte der Präsident wohl eher nur die Begrifflichkeit selbst, denn die Grundpfeiler dieses Konzepts wurden speziell in Putins zweiter Amtszeit befolgt und galten im Prinzip auch als Programm von Einiges Russland. Durch diverse Aussagen Putins wurde im Laufe seiner Präsidentschaft seine Position aufgrund der zunehmenden Kritik aus dem Westen immer klarer: Russland ist einzigartig; es sind keine Standards von außen aufzuzwingen; und man könne den Zeitrahmen und die Bedingungen auf dem Weg zur Demokratisierung nur selbst bestimmen, um so deren Prinzipien am besten realisieren zu können.

Es war jedoch keine offizielle Staatsideologie, da Putin sich einer solchen immer verwehrt hatte und sich selbst als Pragmatiker gesehen hat. Eine Ideologie würde auch politisch zu sehr einschränken, wenn etwa Aktionen des Kremls plötzlich gegen deren Prinzipien verstoßen würden. Die souveräne Demokratie blieb ein wenig klares und eher loses Konzept mit vielen populären Standpunkten, die jedoch nie genau formuliert und als Dogma vorgegeben wurden. Bei Bedarf konnte man so, je nach Notwendigkeit, Teile herausgreifen oder auch wieder fallen lassen. (vgl. Hudson, in: Casula & Perovic 2009: 197)

Für Nicolas Hayoz stellte die souveräne Demokratie hauptsächlich ein Elitenkonstrukt dar, welches zur Machtabsicherung dieser Eliten sowie zur Kontrolle der Gesellschaft diene. Das Wort „souverän“ sollte allen Akteuren klar machen, dass der Kreml die zentralen Machtstellen kontrolliert, während „Demokratie“ den wahren Gehalt des Regimes verschleierte und zur Besänftigung beitragen sollte. Das Konzept konnte jeweils so ausgelegt werden wie es den Interessen der herrschenden Elite diene. Durch die Abschottung vor ausländischem Einfluss – politisch und wirtschaftlich –, wurden so auch die strategischen Wirtschaftsbereiche für das Regime gesichert. Durch die Kontrolle von Politik und Gesellschaft wiederum konnte der interne politische Wettbewerb gelenkt werden. Der Pluralismus wurde so weit eingeschränkt, dass die Machstrukturen aufrechterhalten werden konnten und, dass kein zu mächtiger Gegenspieler entstehen konnte. Der Kreml wusste ohnehin am besten, wieviel Demokratie die Gesellschaft verträgt. Von Vorteil war dabei, dass die Bevölkerung die Demokratie mit den negativen Erfahrungen der 1990er verbunden hat. Putin konnte nun sagen, dass Russland zwar eine Demokratie sei, jedoch eine der geordneten und stabilen Variante, ohne das freie Spiel der Kräfte und das Chaos. (vgl. Hayoz, in: Casula & Perovic 2009: 128ff.)

Die souveräne Demokratie wurde somit als Art von notwendigem Bindeglied zwischen der sowjetischen Autokratie bzw. zwischen Jelzins Anarchie und einer konsolidierten Demokratie dargestellt. Gleb Pawlowski, Berater des Leiters der Präsidentialadministration und zentraler Politstrategie Putins, meinte 2007 jedoch, dass die souveräne Demokratie kein Übergangsregime sei, sondern eine bewusst gewählte und dauerhafte Etappe. (vgl. Fleischmann 2010: 42)

4.3.1) Eine russische Identität

Victoria Hudson sah auch die Schaffung eines neuen offiziellen Russlandbildes als Element der souveränen Demokratie bzw. des hegemoniellen Diskurses des Kremls, bei welcher neben der (Re-)Interpretation von Gegenwart und Zukunft auch die Vergangenheit neu bewertet wurde und so auch notwendige politische Legitimität des Regimes hergestellt wurde. Ereignisse und Symbole wurden dabei von der Elite den Umständen nach angepasst und mit Hilfe der kontrollierten Massenmedien verbreitet. Viele Russe stimmten dem zu oder waren zumindest zufrieden damit, nach den Neunzigern wieder eine fixe Idee von Russland zur Verfügung zu haben. (vgl. Hudson, in: Casula & Perovic 2009: 194 & 269)

Putin griff etwa auf Symbole der Sowjetunion zurück, indem er Ende 2000 die Wiedereinführung der Melodie der sowjetischen Hymne durchsetzte und 2003 die Rote Flagge als Symbol der Russischen Armee sowie der Rote Stern als Emblem der Streitkräfte wieder Verwendung fanden. Damit sollte seine Präsidentschaft eher als Fortsetzung der Sowjetunion vor Gorbatschow gesehen werden, nicht von der für viele Russen schmachvollen Periode unter Gorbatschow und vor allem unter Jelzin. „Putin became the symbolic chain that linked Soviet times to the present day, healing or at least easing the trauma of the masses that had been caused by the changes under Yeltsin and the collapse of Soviet power”. (vgl. Gudkov, in: Casula & Perovic 2009: 174)

Unter Putin wurde die Einheit der russischen Geschichte betont, indem er das zaristische, das sowjetische sowie das heutige Russland miteinander verband. Vor allem aber die großen Leistungen der Sowjetära wurden zur Identitätsstiftung für die Russen eingesetzt. Als zentrales Element und ultimativer Bezugspunkt des neuen Russlands diene Putin der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“, wie die Kriegsteilnahme von 1941 bis 1945 in Russland bezeichnet wird. (vgl. Morozov, in: Casula & Perovic 2009: 219)

Besonders die Zeit unter Breschnew, in welcher das System zu stagnieren begann, wurde von Putin als „goldene Ära“ verklärt. Gorbatschow und Jelzin wurden hingegen als Verräter am Heimatland dargestellt, die nicht in der historischen Tradition Russlands stünden - sie waren

somit die „anderen“, nicht zugehörig zum „wir“ der wahren russischen Patrioten. Diese Geschichtsdarstellung hat sich in der Bevölkerung verhaftet und entsprach auch den Beliebtheitswerten historischer Führungsfiguren. (vgl. Morozov, in: Casula & Perovic 2009: 221) In der zweiten Jahreshälfte 2008 - nach Putin, aber beeinflusst durch dessen acht Jahre im Amt – lief sechs Monate lang eine Abstimmung über die populärste Persönlichkeit Russlands. Die Beteiligung war sehr hoch und das Ergebnis bemerkenswert, da Stalin den dritten Platz erreichen konnte. In Putins zweiter Amtszeit wurde die Geschichte Russlands so interpretiert, dass Stalin eine Rehabilitierung erfuhr, während hingegen die 1990er als eines von Russlands dunkelsten Kapiteln dargestellt wurde. Dadurch wurde indirekt auch die pluralistisch-demokratische Phase diskreditiert. (vgl. Dox 2008: 105)

Aber auch über die Änderungen bezüglich der staatlichen Feiertage setzte Putin symbolische Schritte. Der jeweils am 12. Dezember stattfindende Verfassungstag wurde unter Putin abgeschafft, womit die geringe Wertschätzung zur Verfassung und auch gegenüber der liberalen Idee demonstriert wurde. Auch der seit 1997 als „Tag der Eintracht und Versöhnung“ begangene 7. November wurde abgeschafft und nun am 4. November, dem „Tag der Nationalen Einheit“, der Smuta gedacht. An diesem Tag wurden 1612 polnische Besatzer aus dem Kreml vertrieben. Der neue Feiertag sollte den patriotischen Geist der Russen stärken, wurde aber vor allem dafür bekannt, dass seitdem Nationalisten diesen Tag nutzten, um ihre Märsche abzuhalten, womit letztlich nicht die Einheit sondern die Spaltung der Gesellschaft aufgezeigt wurde. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 28 / Sakwa 2008a: 221) Weiters wurde der „Tag des Sieges“ am 9. Mai (Sieg über Nazi-Deutschland) wieder zu einem zentralen Feiertag in Russland, jedoch nicht in einer kommunistischen Auslegung, sondern im Sinne von Patriotismus und der Verteidigung des Vaterlandes. (vgl. Mijnsen, in: Casula & Perovic 2009: 295ff.)

Mit der Etablierung des neuen Geschichtsbildes wurde bereits in den Schulen begonnen. Die Idee, Schulbücher im Sinne der Linie des Regimes umzuschreiben, tauchten bei Putin erstmals 2003 auf. “From that moment on, the Russian state tried to regain control over historical narratives.” (Kurilla, in: Casula & Perovic 2009: 276) Die generelle Linie war dabei eine von Revisionismus, Patriotismus sowie einer antiwestlichen Haltung, welche die Politik des Kreml widerspiegelte. Als erstes wurde vom Bildungsministerium ein Schulbuch zurückgezogen, in welchem zwei Vertreter der Opposition Putins Regime kritisch bewerteten. 2007 unterstützte Putin die Einführung eines neuen Schulbuches, dessen Inhalt mit der neuen „offiziellen“ Geschichtsschreibung übereinstimmte. Im Sommer 2007 sagte Putin, dass viele Schulbücher von aus dem Ausland bezahlten Leuten geschrieben wurden und bedauerte, dass

diese in Schulen und Universitäten verwendet werden. Niemand solle Russland Schuldgefühle einreden, und aus diesen Gründen brauchte es seiner Meinung nach neue Bücher, die vor allem der jungen Bevölkerung Stolz auf ihr Land vermitteln sollen. (vgl. Lucas 2008: 188) Im schließlich durchgesetzten neuen Buch stand folgender Satz: „Wir sehen, dass so gut wie jede bedeutsame Tat mit dem Namen und der Tätigkeit Präsident W. W. Putins verknüpft ist.“ (ebd. 205)

Schon früh in Putins Präsidentschaft gab es zudem ein offizielles staatliches Programm, als Versuch zur Lenkung der Zivilgesellschaft und mit dem Ziel der Wiedererstarkung des russischen Zentralstaates. Dieses wurde im Februar 2001 per Dekret Putins eingesetzt und war bis 2005 ausgelegt. Es ging dabei um die Förderung der patriotischen Erziehung der Bürger und sollte zur gesellschaftlichen Stabilität und Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes beitragen. Den Medien wurde dabei eine wichtige Rolle zugedacht, um gegen „Gleichgültigkeit, Individualismus, Zynismus und unmotivierte Aggression“ anzukämpfen. (vgl. Mangott 2002a: 280) Es war offen vom „staatlichen Einfluss auf die Propagierung des Patriotismus in den Massenmedien“ die Rede. Radio und Fernsehen sollen die „objektive Auslegung historischer und aktueller Ereignisse garantieren“ sowie der „Entstellung oder Fälschung der Geschichte des Vaterlands“ und der „Falsifikation der vaterländischen Geschichte“ entgegenzutreten. Neben den Medien sollten laut Dekret auch Wissenschaft, Bildung und Kultur den Patriotismus verbreiten, jedoch sollte der Staat dabei die Hauptfunktion inne haben: „Auf der Grundlage einer einheitlichen staatlichen Politik in Übereinstimmung mit der Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation“ wird der Staat die entsprechenden Maßnahmen treffen für die Ausbildung geistig-patriotischer Werte, Wissen und Treue gegenüber der Verfassungs- und Militärpflicht.“ Weiter gelte es die „geistig-moralische Einheit der Gesellschaft“ durch die „Renaissance der wahren geistigen Werte des russischen Volkes“ zu sichern. (Scherrer: 2001)

Jutta Scherrer bemängelte an diesem Dekret, dass an keiner Stelle von Bürger- oder Zivilgesellschaft die Rede war, da man im Kreml von den Bürgern auch keine aktive politische Beteiligung erwartete, sondern eine loyale Einstellung. Dem Kreml schien politische Bürgerbeteiligung demnach als Hinderlich beim von Putin verfolgten Staatsaufbau, während die propagierte Stabilität vor allem im Verhältnis der Macht zum Volk gesehen wurde. (vgl. ebd.) Dies entspricht der allgemeinen Politik der Entpolitisierung und Förderung politischer Passivität unter Putin. Zum Wohle der Nation habe die Bevölkerung den Interpretationen und der Weltanschauung der Staatsführung zu folgen.

4.4) Ordnung oder Stabilität

Wladimir Putin sah, aufgrund der negativen Erfahrungen unter Jelzin, politische und wirtschaftliche Stabilität als ein wichtiges Ziel seiner Präsidentschaft an. Diese Stabilität war jedoch, im Gegensatz zu gesetzmäßiger Ordnung, eine mitunter künstlich geschaffene. Unsichere Wahlergebnisse oder zensurfreie Medienberichterstattung etwa sind rechtmäßige Elemente, standen aber der vom Kreml gewünschten Stabilität entgegen. Diese ist laut Richard Sakwa somit stets ein eher kurzfristiges Ziel eines Regimes, wodurch jedoch die tatsächlichen Ursachen gesellschaftlicher Probleme ignoriert oder nur oberflächlich behandelt werden. Um stabilitätsgefährdende Elemente zu beseitigen wurde in Kauf genommen, dass die Verfassung verletzt wird oder Gesetze willkürlich und selektiv angewandt werden. Für die Durchsetzung von Stabilität wurde zudem vom unabhängig und informell agierenden Zentrum aus steuernd in die gesellschaftlichen Abläufe und in die verschiedenen Teilregime eingegriffen. Ein System der Ordnung hingegen wird durch die Verfassung und klare Gesetze eingehegt und läuft selbststeuernd - und damit effizienter - ab. Zur Umsetzung der Stabilitätspolitik setzte sich das Regime zu oft über die Verfassung hinweg oder unterminierte diese durch die Implementierung von nicht in der Verfassung stehenden Institutionen. Auch war die Macht der Exekutive kaum durch die Zivilgesellschaft oder durch das Parlament eingehegt. Würden in Russland das Regime und dessen Prozesse der Verfassung und den Gesetzen tatsächlich untergeordnet werden, wäre dies laut Richard Sakwa ebenso revolutionär wie die russische Unabhängigkeit 1991. (vgl. Sakwa, in: Smith 2008: 16ff.)

Regime wie jenes unter Putin erreichen Stabilität vor allem durch eine Kombination „of repression and the regime’s ability to accommodate different groups and their interests through rent distribution.“ (Hayoz, in: Casula & Perovic 2009: 125) In Russland fanden zudem Interventionen innerhalb der politischen Prozesse statt, um spontane soziale und politische Forderungen möglichst unterdrücken zu können, um so das Aufkommen potenzieller Gegenkräfte zu verhindern und auch, um den Status quo zu erhalten. Nur die nötigsten Reformen wurden unter Putin angegangen, was jedoch letztlich die Möglichkeiten minimiert hat, sich dynamisch und flexibel an die sich ändernden Umstände anzupassen. (vgl. Sakwa 2008a: 51 / Hayoz, in: Casula & Perovic 2009: 142)

Die unter Putin hergestellte Stabilität war eine Folge: der guten wirtschaftliche Lage; der diffusen Projektionen und Hoffnungen, welche in Putin gelegt wurden; der Entpolitisierung der Gesellschaft; der schwachen Opposition; der fortgesetzten Einschränkung von Freiheits-

und Beteiligungsrechten; und dem Kauf von Loyalität mit Geld. (vgl. Siegert, in: Osteuropa, Heft 4/2009: 28)

Dass sich auch die Bevölkerung Stabilität herbeisehnte, war für das Regime eine wichtige Legitimationsstütze. Die Ansprüche der Bevölkerung waren jedoch auch ziemlich niedrig, und so nannte Andrej Rjabow die Stabilität relativ labil, da sich die Erwartungshaltungen innerhalb der Gesellschaft schnell ändern können – das zeigte sich etwa beim Protest gegen die Sozialreformen Anfang 2005 oder zuletzt sehr deutlich nach den Dumawahlen 2011. Stabilitätsgefährdend war zudem auch die generelle Natur eines stark personalisierten und zentralisierten Systems wie jenes unter Putin. Solche Systeme besitzen nur eine scheinbare Stabilität, welche jedoch zumindest mittelfristig durchaus gegeben sein kann. Sie können aber auch - wie die Sowjetunion - relativ schnell zusammenbrechen, da die Anpassungsdynamik vor allem aufgrund eines mangelhaften Informationsflusses zwischen Staat und Gesellschaft eher gering ausgeprägt ist. Ungelöste Probleme können direkt auf den im Prinzip letztverantwortlichen Präsidenten zurückstrahlen. Zudem musste stets eine Gratwanderung gemeistert werden: jene zwischen Legitimierung des politischen Systems durch Wahlen und von Repression zur Absicherung der Macht. (vgl. Shevtsova, in: Stykow 2006: 287) Dieser Balanceakt war mit ein Grund dafür, dass sich unter Putin – mit Vorleistung Jelzins – eine „imitierte Demokratie“ entwickelt hat, wo die Institutionen einer Demokratie zwar vorhanden waren, deren Prozesse jedoch gesteuert und manipuliert wurden. Zum Überleben des Systems – und der Erhalt des Status quo war für viele der Profiteure in Putins Umfeld primär – wären in dieser Hinsicht weder ein offener Autoritarismus, noch eine konsolidierte Demokratie zielführend gewesen.

4.5) Putins Rezentralisierung - Reformen am föderalen System

Während unter Boris Jelzin eine umfassende und asymmetrische Dezentralisierung einsetzte, war Wladimir Putin von Anfang an darauf bedacht, diesen Trend ins Gegenteil umzukehren und den föderalistischen Aspekt Russlands einzuschränken, was jedoch nicht die beste Lösung der zu Beginn seiner Präsidentschaft durchaus bestehenden Probleme war. Die Rezentralisierung unter Putin war nicht weniger problematisch als die bisher bestehenden Tendenzen der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Heterogenisierung, denn diese „could be construed as an attack on the developed prerogatives of federal subjects.“ (Sakwa 2008a: 194) Unter Putin drohte nun eine zu starke Gegenbewegung zu den unter Jelzin einsetzenden Souveränitätsbestrebungen, wodurch die föderalen Prinzipien eingeschränkt

wurden, aber aufgrund von Russlands Größe und wegen der ökonomischen oder ethnischen Unterschiede zwischen den Regionen, „Russia cannot be managed efficiently from the center as a corporation.” (Zhuravskaya, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 60)

Die Probleme der Dezentralisierung in den Neunzigern waren vor allem: die Existenz autoritäre Regionalregime; eine mangelhafte Verantwortbarkeit regionaler Regierungen gegenüber Legislative, Judikative und Medien in deren Regionen; unsaubere Wahlen, welche durch administrative Ressourcen gewonnen wurden; ein intransparenter Umgang mit den regionalen Finanzmitteln; die Dominanz wenig liberaler Wirtschaftsakteure in der regionalen Politik aufgrund der schwachen politischen Institutionen; und Protektionismus zwischen den Regionen, was zum Entstehen regionaler Monopole und der Unterminierung des einheitlichen Wirtschaftsraums führte. (vgl. Zhuravskaya, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 64ff.) Der asymmetrische Föderalismus führte somit zu unterschiedlichen Rechtsräumen, wodurch das Verfassungsprinzip der gleichen Rechte für alle Staatsbürger nicht mehr gewährleistet war.

Es war somit die Einheit und Effektivität des Zentralstaates gefährdet, weshalb es durchaus notwendig war, gegenzusteuern. Eine Frage war nun, ob Putin eine gute Balance zwischen Rezentralisierung und ausreichender Autonomie der Föderationssubjekte finden würde. Mit der Unterstützung des Verfassungsgerichtshofes verfolgte Putin nun das Ziel, die Zentrum-Regionen Beziehungen anstatt der spontanen bilateralen Verträge auf die Basis der Verfassung zu stellen, wobei die Verfassung und föderale Gesetze ungehindert in allen Regionen gültig sein sollte.

Was waren nun die wesentlichen Reformen im föderativen Aufbau und den Beziehungen des Zentrums zu den Regionen?

1) Mit einem präsidientellen Dekret vom Mai 2000 wurde eine neue und in der Verfassung nicht vorgesehene Verwaltungsebene zwischen der Föderation und den Regionen eingeführt, durch welche Russland in sieben Föderale Bezirke eingeteilt wurde. Damit wurden die Regionen in die Vertikale der Macht eingereiht und in ihrer Autonomie geschwächt. Den Föderalen Bezirken stehen die sogenannten Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten vor, welche vom Präsidialamtsleiter vorgeschlagen und vom Präsidenten ernannt werden. Sie sind dem Präsidenten direkt unterstellt und so ist ihr Apparat der Präsidialadministration angesiedelt. Die Bevollmächtigten Vertreter wurden auch Mitglieder des Sicherheitsrats. (vgl. Schneider 2001: 77) In regelmäßigen Abständen gibt es Treffen der sieben Vertreter mit dem Präsidenten.

Durch den Bestellmodus der Vertreter Putins, sah Richard Sakwa die Prinzipien der regionalen Demokratie ausgehöhlt, da die föderale Exekutive die vom Volk direkt gewählten

Gouverneure kontrollieren konnte. (vgl. Sakwa 2008a: 196) Bedenklich war für Sakwa auch, dass diese neue Ebene per Dekret auf parakonstitutionellem Wege und nicht per parlamentarischen Gesetz oder einer Verfassungsänderung eingeführt wurde. (vgl. Sakwa 2008b: 269) Die sieben Bezirke wurden ziemlich genau entlang der sieben militärischen Verwaltungsbezirke gezogen. Passend dazu, kamen fünf der sieben damals ernannten Bevollmächtigten Vertreter aus dem Militär bzw. den Sicherheitsstrukturen. Für die Kontrolle der Regionen wurden sie daher wohl als die richtigen Leute gesehen. Zwei der fünf Bevollmächtigten Vertreter wurden 2003 und 2004 jedoch gegen Leute aus dem zivilen Bereich ausgetauscht. (vgl. Renz 2006: 909)

Ein Ziel der neuen Verwaltungsebenen war es, zur Homogenisierung des Rechtsraumes beizutragen. Als ihre konkreten Aufgaben festgelegt wurden: Kontrolle der Umsetzung der föderalen Regierungspolitik, des föderalen Rechts und der Personalpolitik des Präsidenten; Kontrolle der Einhaltung föderaler Gesetze; Organisation der Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Regionen; Koordination der föderalen Organe in den Regionen; Teilnahme an der Arbeit der regionalen Machtorgane (etwa Verwaltung, Parlamente, lokalen Selbstverwaltung); Überprüfung regionaler Rechtsakte die der föderalen Verfassung widersprechen. (vgl. Heinemann-Grüder, in: Mangott 2002b: 105) Die Vertreter entzogen den Gouverneuren auch die Kompetenz der Personalernennung beim regionalen staatlichen Fernsehen und Radio. Diese wurde nun von eigens eingerichteten Medienzentren übernommen. (vgl. ebd. 110)

Olga Kryschtanovskaja schrieb, dass die Bevollmächtigten Vertreter auch inoffizielle Sonderaufträge hatten, worunter die Überwachung administrativer Ressourcen bei Regionalwahlen fiel. Weiters nannte sie die Suche nach geeigneten Kandidaten für diese Wahlen, sowie administrative Hilfe, um die Wahlen zu gewinnen. Später, mit der Ernennung der Gouverneure durch den Präsidenten, kamen die Vertreter auch hier ins Spiel. (vgl. Kryschtanovskaja 2004: 130 / Sakwa 2008b: 267) Ein weiterer Teil ihres Aufgabenbereichs bestand auch in der Klärung der damals nur unzureichend abgesteckten Kompetenzverteilung zwischen Zentrum und Regionen. Jedoch waren die Vollmachten und Zuständigkeiten der Vertreter selbst auch nicht klar geregelt, was laut Andreas Heinemann-Grüder zwei Jahre nach Implementation des Gesetzes auch weiterhin der Fall war. Zudem gab es Koordinationsprobleme mit den Ministerien, und teilweise wiesen die Bevollmächtigten Vertreter keine fachliche Qualifikation auf. (vgl. Heinemann-Grüder, in: Mangott 2002b: 107ff.)

Im Endeffekt hatten die sieben neuen Bezirke eine größere Auswirkung auf die Dynamik der regionalen Politik als von der formell reinen Kontrollfunktion abzulesen war, denn die

politischen Ambitionen der Gouverneure, sich als nationale Spieler einzubringen, wurden gedämpft. Den Gouverneuren wurde zudem deren Kontrolle über die Chefs der Territorialverwaltungen aller Repressions- und Justizbehörden genommen (etwa Zoll, Gerichte und Staatsanwaltschaft). (Sakwa 2008b: 269f. / Kryschtanovskaja 2004: 156)

Durch die Abschaffung der Gouverneurswahlen 2005 sah Richard Sakwa die Rolle der Bevollmächtigten Vertreter nicht mehr als ganz zeitgemäß, da nun der Präsident durch die Ernennung der regionalen Exekutiven die Befolgung der politischen Vorgaben aus dem Kreml direkt absichern konnte. (vgl. Sakwa 2008a: 196)

2) Ein zweites zentrales Anliegen Putins war die Schwächung der Gouverneure, welche durch deren Ausscheiden aus dem Föderationsrat erlangt wurde. Im Mai 2000 arbeitete Putin zu diesem Zweck ein Dekret aus, durch welches seiner Ansicht nach die Staatlichkeit Russlands gestärkt werden sollte. (vgl. Sakwa 2008a: 197) Wie auch für die Mitglieder der Staatsduma, waren in der russischen Verfassung keine konkreten Bestimmungen für die Bestellung der Mitglieder des Föderationsrates festgeschrieben, womit keine Verfassungsänderungen notwendig waren. Diesen Spielraum hat Putin im Sinne der Machtabstärkung durchaus ausgenutzt. (vgl. Aron 2007: 238)

Das Gesetz wurde im August 2000 verabschiedet und sah vor, dass spätestens mit Jänner 2002 nicht mehr die Spitzen der regionalen Exekutiven und Legislativen selbst in der zweiten Kammer saßen, sondern jeweils ein Repräsentant dieser regionalen Exekutiven und Legislativen. Die Begründung Putins war, dass die Gouverneure nun ihre volle Kraft auf Probleme in ihren Regionen richten können und, dass im Föderationsrat nun ständige Mitglieder saßen – die bisherigen Amtsträger waren ja in die Politik ihrer Region eingebunden. Außerdem, so Putin, wurde die Gewaltenteilung dadurch verletzt, dass die regionalen Exekutivchefs in der Legislative saßen. (vgl. Schneider 2001: 86 / Kryschtanovskaja 2004: 131) Da jedoch die Gouverneure weiterhin ihre nominierten Vertreter für den Föderationsrat beeinflussen konnten, blieb die Problematik der in einer Hand liegenden legislativen und exekutiven Kompetenzen indirekt weiter bestehen. Auch war der Einfluss des Kremls auf den Bestellmodus der in den Föderationsrat gesandten Personen besonders in jenen Regionen gegeben, welche finanziell stark vom Zentrum abhängig waren. (vgl. Heinemann-Grüder, in: Mangott 2002b: 108) Vor allem mit der Ernennung der Gouverneure durch den Präsidenten, wurden die ohnehin schwachen *checks and balances* weiter gehemmt, da der Präsident nun mehr Einfluss auf die Bestellung der Abgeordneten des Oberhauses nehmen konnte. Dass mit dem Ende der Amtszeit eines Gouverneurs auch jene seines Vertreters im Föderationsrat

endet, war für Sakwa ein weiteres Problem hinsichtlich der Gewaltenteilung auf föderaler Ebene. (vgl. Skawa 2008b: 201)

Die Gouverneure waren gegen das neue Gesetz, da sie ihren Einfluss auf die föderale Politik gefährdet sahen. Zudem würden sie die parlamentarische Immunität verlieren, womit man im Kreml juristisch gegen unliebsame Regionalexekutiven vorgehen konnte. So stimmten zu Beginn nur 13 Abgeordnete für das Gesetz und 129 dagegen. Mit dem Kompromiss, dass die Senatoren ihre Amtszeit noch im Parlament aussitzen durften (bis Ende 2001, änderte sich das Stimmverhältnis – jetzt waren 188 dafür und nur 18 dagegen. (vgl. Schneider 2001: 88) Die Duma stimmte dieser Abwertung der zweiten Kammer ebenfalls mit großer Mehrheit zu.

Als weitere Entschädigung kann gewertet werden, dass ein Gesetz von Oktober 1999, durch welches die Amtszeiten der Gouverneure auf zwei Perioden beschränkt wurde, überarbeitet wurde. Noch vor in Kraft treten dieses Gesetzes wurde festgelegt, dass als die erste Amtszeit aller Gouverneure erst jene gezählt wurde, welche nach Oktober 1999 begonnen hatte. Damit wurde 69 Gouverneuren eine dritte und 17 Gouverneuren eine vierte Amtszeit ermöglicht. (vgl. Sakwa 2008b: 258 / Mommsen & Nußberger 2007: 38) Schließlich wurde den Gouverneuren mit dem weiter unten angeführten Staatsrat eine Ersatzinstitution gegeben.

Gerhard Mangott sah speziell zwei Probleme bezüglich der neuen Bestellmethode des Föderationsrates gegeben: 1) Die mit Artikel 98 der Verfassung einhergehende Immunität der Abgeordneten beider Kammern, was beispielsweise für (semi-)kriminelle Unternehmer Anreiz war sich nun auch im Föderationsrat einen Sitz zu erkaufen; 2) neben Unternehmern zogen nun auch ehemalige föderale Beamte in die zweite Kammer ein, welche jedoch oft aus Moskau oder St. Petersburg kamen – nicht aus den Regionen für die sie ins Parlament einzogen. (vgl. Mangott 2002a: 266f.) Auch Margareta Mommsen und Angelika Nußberger sahen, dadurch den Zweck der „Kammer der Regionen“ negiert. Der Föderationsrat legte seine Rolle der regionalen Interessensvertretung ab, und wurde zu einem Ort für kremlloyale Wirtschaftslobbyisten wurde, welche sich ihren Sitze erkauf haben. Dass Ende 2001 Sergei Mironow, ein enger Freund Putins, Vorsitzender des Föderationsrates wurde, bewerteten sie damit, dass dieser schließlich auch zu einem loyalen Teil der Institutionen innerhalb der präsidentiellen Vertikale geworden ist. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 38)

Für Richard Sakwa war das Hauptproblem, dass der Föderationsrat als Teil der Legislative eigentlich die Regierung und den Präsidenten kontrollieren sollte. Eine ernsthafte und kritische Erfüllung dieser Aufgaben erschien ihm jedoch angesichts der Reformen als fraglich - vor allem seitdem der Präsident die Gouverneure ernennen konnte. (vgl. Sakwa 2008b: 283) Durch die neue Zusammensetzung gingen nun schätzungsweise 75-80% der Ernennungen in

den Föderationsrat auf direkten oder indirekten Einfluss der Präsidentialverwaltung zurück. (vgl. Wiest, in: Osteuropa 1/Jänner 2004: 19) 2007 wurde schließlich ein Gesetz implementiert, welches für ein Föderationsratsmitglied eine zehnjährige Mindestaufenthaltsdauer in der entsendenden Region erforderlich machte, um den Bezug dieser zu ihren Regionen zu stärken. Jedoch wurde das Gesetz laut Sakwa nur graduell implementiert, und galt primär für die von den Parlamenten entsendeten Kandidaten. (vgl. Sakwa 2008b: 201)

3) Im September 2000 wurde per Dekret Putins der Staatsrat als Ersatzinstitution für die aus dem Föderationsrat ausscheidenden Gouverneure geschaffen. Es war eine parakonstitutionelle und somit in der Verfassung nicht vorgesehene Institution. Der Staatsrat - Vorsitzender ist der Präsident selbst - wurde jedoch mit einer rein beratenden Funktion ausgestattet, weshalb die Verfassung nicht geändert werden musste. Es ging darum, den Gouverneuren ein neues Forum für den direkten Zugang zum Präsidenten zu bieten. Eine Kompetenz der Mitglieder war es, über regionale und föderale Reformen zu beraten, was Sakwa jedoch als Vorrecht des Parlaments bezeichnete. (vgl. Sakwa 2008a: 197f.) Der Staatsrat soll zudem zur „Realisierung der Vollmachten des Staatsoberhauptes zu Fragen des koordinierten Funktionierens und des Zusammenwirkens der Staatsorgane“ beitragen. (Schneider 2001: 85) Damit ist wohl die Effizienzsteigerung und Straffung der präsidentiellen Machtvertikale gemeint.

Margareta Mommsen und Angelika Nußberger bezeichneten den Staatsrat wegen der aufwendigen Inszenierung der Treffen, bei welchen Putin öffentlichkeitswirksam seine politischen Vorhaben ankündigt und zur Diskussion stellt, ein „glanzvolles Forum präsidentieller Machtentfaltung“. (Mommsen & Nußberger 2007: 38)

4) Weiters konnte der Präsident mit Anfang 2001 die regionalen Exekutiven absetzen (sie haben, wie erwähnt, ihre Immunität verloren) und die regionalen Legislativen auflösen, wenn von diesen Gesetze verabschiedet wurden, welche der föderalen Verfassung oder föderalen Gesetzen widersprechen. Zur Bestätigung einer Absetzung eines Gouverneurs war jedoch ein Gerichtsbeschluss notwendig. Dass vom Volk gewählte Exekutiven nun vom Präsidenten abgesetzt werden konnten rief Kritik hervor, da hier in die föderale Gewaltenteilung als verletzt betrachtet wurde. Das Verfassungsgericht bestätigte das neue Gesetz jedoch. Die Kritik verstummte schließlich, seitdem der Präsident die Gouverneure mit 2005 selbst ernennen konnte. Für die Auflösung eines regionalen Parlaments muss ein zuständiges Gericht feststellen, dass föderale Normen oder die Rechte und Freiheiten der Bürger verletzt wurden, bzw. die Einheit und Sicherheit Russlands bedroht war. Ein Parlament hat sechs Monate Zeit, dem Gerichtsbeschluss nachzukommen, worauf eine Verwarnung ausgesprochen

wird, die bei Nichtbeachtung den Präsidenten ermächtigt, innerhalb eines Jahres ein Gesetz über die Auflösung des Regionalparlaments in die Staatsduma einzubringen.

Nur wenige Tage nach in Kraft treten des Gesetzes verlor bereits der erste Gouverneur - aufgrund schlechter Verwaltung und Politik - sein Amt. Jedoch wurde nicht der offizielle Prozess über die Gerichte durchgezogen. Sein Rücktritt wurde vielmehr durch Drohungen in Form von mehreren behördlichen Inspektionen bewirkt. (vgl. Sakwa 2008a: 198 / Schneider 2001: 166)

5) Mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichts von Juni 2000, wurden die Souveränitätserklärungen, welche die meisten Republiken abgeschlossen haben, für nicht verfassungskonform erklärt. Als Begründung wurde die nicht zu rechtfertigende Ungleichgewichtung gegenüber den restlichen Föderationssubjekten genannt, wodurch das föderale Gleichheitsprinzip verletzt wurde. (vgl. Sakwa 2008a: 198f.) Eine Ausnahme war die ethnische Republik Tatarstan, wo nach langen Verhandlungen, sowie nach unzähligen Überarbeitungen der alten Verfassung, im Jahr 2002 eine neue Version eingesetzt werden konnte. Sie garantierte weiterhin ausreichend Autonomierechte, solange Einiges Russland unterstützt würde und die Wahlergebnisse aus der Republik „angemessen“ waren. (vgl. Sakwa 2008b: 272)

6) Per Gesetz von 2003 wurde allen Regionen bis Mitte 2005 Zeit gegeben, um alle Gesetze in Übereinstimmung mit den föderalen Normen zu bringen. Hier gab es jedoch durchaus Widerstand von den Regionen, und im März 2006 musste Putin zugeben, dass erst zehn Regionen der Aufforderung voll nachgekommen sind. Wo weiter Widersprüche bestehen, so Putin, würden diese zu Einschnitten der Rechte und Freiheiten der Bürger führen. (vgl. Sakwa 2008a: 199)

7) Durch die Justizreform im Jahr 2000 wurden alle Gerichte nunmehr allein vom Zentrum finanziert, um so deren Abhängigkeit von der Finanzierung der regionalen Exekutiven zu beenden. Zudem wurde dem Obersten Gerichtshof erlaubt, über die Legalität oder Illegalität regionaler Verfassungen und Gesetze zu urteilen. (vgl. ebd. 200)

8) Ein weiteres Ziel Putins war es, die unter Jelzin bis 1998 geschlossenen bilateralen Verträge zu beseitigen. Seitdem gab es keine neuen Verträge und keine Verlängerung bestehender Verträge mehr. Einige Regionen haben von sich aus die Verträge zurückgezogen, und zwischen Dezember 2001 und Mai 2003 wurden weitere 33 beendet. Ein Gesetz von Juli 2003 gab den restlichen Föderationssubjekten zwei Jahre Zeit, um deren Verträge in Einklang mit der russischen Verfassung zu bringen. Da jedoch nirgends die Verträge verfassungskonform erneuert werden konnten, liefen sie alle im Juli 2005 aus. Zwei Ausnahmen gab es: Im Februar 2007 wurde, gegen starken Widerstand der Duma, der Vertrag

mit der seit 1991 am meisten nach Souveränität strebenden Republik, Tatarstan, erneuert. Von Souveränität war keine Rede mehr, jedoch blieben einige Ausnahmen erhalten, wie etwa eine de facto Kontrolle über die eigene Ölindustrie. Der Föderationsrat lehnte mit 93 zu 13 Stimmen ab, jedoch trat der Vertrag im Juli 2007 schließlich für zehn Jahre in Kraft. Tschetschenien war die zweite Ausnahme. Es gab lange Diskussionen um einen bilateralen Vertrag, welcher vom Republikspräsidenten Ramsan Kadyrow bei seiner Amtsübernahme im März 2007 jedoch in Abrede gestellt wurde. (vgl. Sakwa 2008a: 200f.) Für Kadyrows Loyalität gab es jedoch einige Zugeständnisse, wie hohe finanzielle Zuwendungen aus Moskau, eine breit ausgelegte Selbstverwaltung oder der gestattete Aufbau einer moderaten islamischen Identität. Vereinbar mit dem Verfassungsartikel bezüglich der Trennung von Staat und Religion sind etwa strikte Bekleidungsvorschriften für Frauen in staatlichen Einrichtungen jedoch nicht. Der Kreml brauchte in Tschetschenien einen loyalen Statthalter, und so unterstützte man ihn, „even though his rule was based on systematised violence and systematised corruption.“ (Sakwa 2008a: 236) Der Kreml musste also weiterhin gewisse Zugeständnisse machen, um sich der Loyalität vor Ort zu versichern. Der Staat war somit nicht stark genug, um die von Putin angestrebte Diktatur des Rechts, welches allumfassend gelten sollte, zu ermöglichen, und unterstützte im Sinne der Stabilität aktiv mitunter autoritäre Regime.

9) Mit dem zweiten Teil des neuen Steuerrechts vom Juli 2000, erlangte das Zentrum, auf Kosten der Regionen, den Großteil der Einnahmen aus den verschiedenen Steuern und Abgaben. Es ab somit auch bei der Einhebung und Verteilung der Steuern eine Zentralisierungstendenz. Statt einer Aufteilung der Einkommenssteuer von 50:50, stand das Verhältnis nun 70:30 für das Zentrum. In Folge gab es eine stärkere Umverteilungspolitik des Zentrums zur Förderung der ärmeren Regionen. Laut Sakwa wurde dabei größere Teile nach einem intransparenten Muster und somit wahrscheinlich willkürlich, verteilt. (vgl. Sakwa 2008a: 201f.)

10) Im Sinne der institutionellen Einheit der Föderationssubjekte wurden die unterschiedlichen regionalen Parlamentssysteme vereinheitlicht, wodurch - mit der Ausnahme Tschetscheniens – in allen Föderationssubjekten Einkammernsysteme durchgesetzt wurden. Zudem wurden die verschiedenen Regelungen für die Parlamentswahlen angeglichen. (vgl. Sakwa 2008a: 202)

11) Die wesentlichste und zugleich problematischste Reform am föderalen System Russlands stellte die Abschaffung der Regionalwahlen dar. Seit 1991 gab es das Gesetz für die direkte Wahl der regionalen Exekutivchefs, aber aufgrund von Moratorien konnte Jelzin diese Wahlen

in den meisten Föderationssubjekten bis 1996 verhindern. Jelzin ernannte die Gouverneure somit während dieser Zeit. Ab 1997 wurde jedoch in allen Regionen gewählt, und ab 2004 auch in den Republiken. Dagestan ist eine Ausnahme, denn dort gab es nie Präsidentenwahlen. (vgl. Golosov, in: Russland-Analysen Nr. 74, 30.09. 2005: 2)

Manche Gouverneure, welche mit den unsicheren Wahlprozessen nicht zurechtkamen, wären von sich aus bereit gewesen, zu einem System der zentralen Ernennung zurückzukehren. Zudem gab es schon früher Pläne, damals noch von der Partei Einheit, die Gouverneurswahlen abzuschaffen, als bei den Regionalwahlen 1999 und 2000 der Erfolg von kremltreuen Kandidaten trotz Putins Unterstützung eher bescheiden ausfiel. (vgl. Heinemann-Grüder, in: Mangott 2002b: 97) Umgesetzt wurden die Pläne jedoch erst einige Jahre später. Nur wenige Tage nach dem verheerenden Terroranschlag in Beslan im September 2004 schlug Putin das neue Bestellverfahren für die regionalen Exekutivchefs vor – problematisch alleine schon aufgrund der politisch-strategischen Ausnutzung der tragischen Ereignisse. Noch zwei Jahre zuvor plädierte Putin für die Beibehaltung der Direktwahlen, da dies die Verfassung so vorsähe. Nun sprach Putin aber von dem „unified system of executive power in the country“, welches er durch die Verfassung gedeckt sah. (Sakwa 2008b: 275) Schon im Dezember 2004 konnte der Präsident das entsprechende Gesetz dazu unterzeichnet, denn neben Einiges Russland stimmten diesem in der Duma auch die LDPR und Rodina zu. Anna Politkowskaja merkte an, dass es zwischen Absegnung des Parlaments und Unterzeichnung des Präsidenten kaum je so schnell ablief. Jedoch sollte das Gesetz bereits mit 1. Jänner 2005 in Kraft treten können. (vgl. Politkowskaja 2007: 272) Generell geschah die Abschaffung der Wahlen ohne großes Murren, weder unter den Gouverneuren, noch innerhalb der Bevölkerung. Speziell für jene Gouverneure, welche dem Ende ihrer Amtszeit entgegensahen, öffnete sich die Möglichkeit, weiterhin im Amt zu bleiben.

Putin konnte jedoch nicht klären, wie die, in Hinblick auf Beslan von ihm eingestandenen Probleme – etwa ein Versagen der Politik und der Terrorbekämpfung im Kaukasus – durch die Abschaffung der Regionalwahlen gelöst werden sollten. Immerhin hatte Putin bereits richtig analysiert, dass es tiefgehende sozioökonomische Defizite sind, welche die Menschen im Kaukasus in die Arme der Terroristen treiben. Statt hier anzusetzen, wurde jedoch die einfachere Lösung der direkteren Kontrolle und zusätzlichen Macht des Zentrums gewählt. (vgl. Dox 2008: 128f.)

Durch die nunmehr gegebene größere Abhängigkeit der Gouverneure vom Präsidenten sollte jedoch auch mehr Druck bezüglich der Rechtsangleichung in den Regionen gemacht werden können. Der ausgeprägte Rechtsnihilismus bei einigen der Regionaleliten sollte so

eingedämmt werden. Der Verfassungsgerichtshof, welcher ebenfalls mit Putin für die Harmonisierung des Rechtsraumes kämpfte, stand auf Seiten Putins, da es die gewählten Gouverneure waren, welche gegenüber dessen Urteilssprüchen am meisten Gleichgültigkeit zeitigten. (vgl. Sharlet, in: Smith 2008: 45ff.)

Der Prozess der Ernennung der Gouverneure wurde nun so festgeschrieben, dass der Präsident den regionalen Parlamenten einen Kandidaten für den Gouverneursposten - für fünf Jahre und ohne Begrenzung der Amtszeiten - vorschlägt. Der Präsident wählt diesen Kandidaten jedoch aus mindestens zwei Vorschlägen aus, welche von den Bevollmächtigten Vertreter stammen. Lehnt ein Parlament den Vorschlag des Präsidenten zweimal ab, kann der Präsident dieses nach einer einmonatigen Abkühlungsphase auflösen, und für ein halbes Jahr einen geschäftsführenden Gouverneur einsetzen. Der Fall einer Ablehnung eines vorgeschlagenen Kandidaten des Präsidenten trat unter Putin jedoch nicht ein. (vgl. Mangott 2009: 112)

Die Abschaffung der Wahlen löste Diskussionen darüber aus, ob das neue System noch ernsthaft mit den Prinzipien des Föderalismus vereinbar war. Von offizieller Seite wurde die Debatte vom Verfassungsgerichtshof im Dezember 2005 beendet, indem die Abschaffung der Wahlen als verfassungskonform beurteilt wurde. Laut Urteil wurden die Prinzipien von Föderalismus und Gewaltenteilung nicht verletzt. Jedoch wurde das Urteil dahingehend relativiert, dass die gegenwärtigen historischen Umstände erwähnt wurden, welche die Rezentralisierung anscheinend notwendig machten. (vgl. Sakwa 2008a: 203f.) Diese historischen Umstände waren wohl die sich im Norkaukasus ausbreitenden Konfliktgebiete, sowie die von Putin beklagte Schwäche des Zentralstaates.

Ende 2005 wurde versucht, dem System der Ernennung der Gouverneure mehr Legitimität zu verleihen. Nun konnte die Mehrheitspartei in Regionalparlamenten ebenfalls einen Kandidaten vorschlagen. Putin stellte dies als große Leistung dar. Er betonte, dass dieses System weit entfernt von sei, der Ernennung der Gouverneure durch Moskau zu entsprechen. Außerdem würde damit ermöglicht, dass jene Personen ernannt würden, welche einerseits ein Ohr für die regionalen, und andererseits ein Ohr für die nationalen Anliegen und Interessen haben. Das Problem an der Regelung war aber, dass innerhalb der regionalen Mehrheitspartei trotzdem die zentrale Führung das letzte Wort bei der Nominierung eines Kandidaten hatten. (vgl. Sakwa 2008a: 204) Im strikt vom Kreml kontrollierten Parteien- und Wahlsystem würde zudem, durch die Dominanz von Einiges Russland in den Regionen, keine Oppositionspartei zu der Gelegenheit kommen, einen alternativen Kandidaten aufzustellen.

Mit der Zeit zeigte sich, dass es durch die Ernennung der Gouverneure zu einer größeren Elitenkontinuität kam. „Es stellte sich heraus, dass alle jene Gouverneure das Vertrauen des Präsidenten besitzen, die die Fähigkeit bewiesen haben, ihre Regionen wenigstens mit minimaler Effizienz zu verwalten und dabei scharfe politische Konflikte mit einflussreichen regionalen Eliten zu vermeiden.“ (Golosov, in: Russland-Analysen Nr. 74, 30.09. 2005: 3) Grigorii Golosov sah damit also die Stabilisierung der Machtstrukturen in den Regionen als das wesentliche Ziel des Kremls an. Nach Abschaffung der Wahlen wurden bis 2007 50 Gouverneure im Amt bestätigt und 24 abgesetzt. „Das Zentrum versuchte [...] einen Großteil der früheren regionalen Eliten an der Macht zu halten, als Gegenleistung dafür, dass sie dem Zentrum bei föderalen Wahlen Stimmen brachten.“ (Gelman, in: Russland-Analysen Nr.191, 6.11.2009: 4) Durch eine Korrelation mit den Zahlen zum Wirtschaftswachstum in diesen Regionen konnte Ekaterina Zhuravskaya, wenn überhaupt, nur einen negativen Zusammenhang herauslesen. Eine Bestätigung im Amt durch Putin würde demnach nicht mit der jeweiligen wirtschaftlichen Leistung eines Gouverneurs zusammenhängen. Vielmehr wurden einige Gouverneure bestätigt, welche föderale Gesetze gebrochen haben oder, welche Mitglieder der lokalen Mafia waren. (vgl. Zhuravskaya, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 74) Als bestes Beispiel nannte sie den Präsidenten der Republik Kalmykien, welcher nach zwölf Jahren von Putin weiterhin den Segen bekam, obwohl es eine von Russlands ärmsten Regionen war, es die einzige Region war, welche Bankrott anmelden musste, wo föderale Zuschüsse systematisch vom Budget verschwanden und, wo die Wahlgesetze schwerwiegend missachtet wurden. Letzter Punkt war jedoch im Interesse des Kremls. Zhuravskaya nannte als weiteren Grund dafür, solche Exekutiven zu behalten, dass aus solchen Exekutivchefs keine machtpolitische Konkurrenz erwachsen kann. Außerdem würden dem Kreml bei solchen Fällen ausreichend Druckmittel zur Verfügung stehen, um sie in noch größere Abhängigkeit zu bringen und, um mehr Renten für das Zentrum abzweigen zu können. (vgl. Zhuravskaya 2010: 76) Putin war also vorsichtig dabei, die regionalen Clans nicht zu sehr gegen sich aufzubringen, denn er brauchte gehorsame Gouverneure für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Regionen und für die Erfüllung der geforderten Wahlergebnisse. (vgl. Cappelli, in: Hill & Cappelli 2010: 84)

Das demokratiepolitische Hauptproblem an der neuen Regelung war jedoch, dass die Autonomie der Föderationssubjekte deutlich eingeschränkt wurde und, dass dadurch die föderale Machtteilung eingeschränkt wurde. Die ernannten Regionalchefs hatten nun keine eigene Legitimationsbasis in der Bevölkerung und waren dieser gegenüber nicht mehr rechenschaftspflichtig und verantwortbar. Sie waren nun den Interessen des Präsidenten

gegenüber verantwortlich, da für den Verbleib in ihrem Amt viel eher die Erwartungen des Zentrums zu erfüllen sowie die Entscheidungen aus Moskau umzusetzen waren. „Appointed governors became little more than ordinary bureaucrats dependent not on the wishes of the electorate but on the federal executive.” (Sakwa 2008a: 204) Es ist jedoch fraglich, ob die vom Kreml als Begründung vorgegebene Effizienzsteigerung durch die hierarchische Lenkung aus dem Zentrum erfolgreich war und sein kann. Die Erhöhung der Loyalität gegenüber dem Kreml wurde durch die Ernennung der Gouverneure sicher erreicht. Jedoch war die Regionalpolitik nun nicht mehr so nahe am Bürger wie zuvor. Wenn aber wichtige Informationen aus der Gesellschaft nicht registriert werden, dann ist eine effiziente Politik schwerer möglich. (vgl. Zhuravskaya, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 69f.)

12) Eine weitere Maßnahme zur Zentralisierung des politischen Systems betrafen die Parteien- und Wahlrechtsgesetze. (siehe auch Kapitel 4.7). Durch diese Gesetze wurden beispielsweise Regionalparteien verboten, und den föderalen Parteien im Zentrum mehr Einfluss in der Regionalpolitik zu gegeben, um so die dort existierenden Machtstrukturen aufzulösen. Ein Ziel des Kremls war es somit, die enge Verbindung von Wirtschaft und Politik in den Regionen zu beenden, da hier vor allem die Unternehmen der Oligarchen und die von den Regionalregierungen kontrollierten Firmen ihren Einfluss ausbauen konnten. Laut Zhuravskaya änderte sich durch die Zentralisierung unter Putin jedoch nichts am Ausmaß des *state captures*, also der Einflussnahme der Wirtschaftsakteure auf die Politik. Es änderte sich bloß dahingehend, dass nun die großen Staatsunternehmen der föderalen Ebene die politisch mächtigsten Lobbyisten auf regionaler Ebene wurden. (vgl. Zhuravskaya, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 72f.)

Fazit: Von Anfang an war die Eingrenzung der Macht der regionalen Akteure ein zentrales Projekt von Putin. Neben der besseren Steuerbarkeit für das politische Zentrum erreichte Putin mit den Reformen vor allem auch, dass mit den regionalen Oberhäuptern jene Machtquelle auf Linie gebracht wurde, „[which] represented one of the most effective constitutional constraints on the powers of the Russian presidency and central state.” (Sakwa 2008a: 186) Für Gabriele Gorzka und Peter Schulze stellte die regionale Elite sogar die damals stärkste potenzielle Oppositionsgruppe dar. (vgl. Schulze, in: Gorzka & Schulze 2004: 153)

Im Juni 2000 sagte Putin noch, dass die historische Erfahrung die geringe Effektivität einer übermäßigen Zentralisierung gezeigt hätte. Die von Putin dabei angesprochene Selbstständigkeit der Regionen wurde mit den eben aufgezählten Reformen jedoch teilweise stark eingeschränkt. Reformen am föderalen System waren aufgrund einiger Defekte notwendig, aber Putins Tendenz ging zu sehr in Richtung von Zentralisierung, Deföderalisierung und

Homogenisierung des politischen Raumes - zugunsten des Kremls und zulasten regionaler Eigenständigkeit, der Opposition sowie der politischen Vielfalt.

4.6) Die Medienpolitik unter Putin

Putin ging schon sehr früh daran, die großen landesweit ausstrahlenden Fernsehsender in den staatlichen bzw. staatsnahen Bereich zu bringen. Wie das Parlament, die regionalen Exekutiven, die Oligarchen und die Oppositionsparteien, sollten auch die zentralen Massenmedien als alternative Machtzentren beseitigt werden und für die Machtvertikale eingespannt werden. Noch befanden sich wesentliche Fernsehstationen aber in den Händen der Oligarchen. Bei seiner ersten Rede zur Lage der Nation im Juli 2000 sagte Putin noch: „Censorship and interference with media activity is prohibited by law. The government strictly keeps to this principle.” (GlobalSecurity.org) In dieser Rede sagte er jedoch auch, dass die Abhängigkeit privater Medien von den Interessen ihrer Besitzer - den Oligarchen - geleitet werden, weshalb diese mitunter als Mittel der Massendesinformation zur Bekämpfung des Staates missbraucht werden, anstatt sich für Rede- und Pressefreiheit einzusetzen. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 47)

Wie bei anderen Thematiken auch, ließ Putin bezüglich der demokratischen Prinzipien freier Medien auch hier immer wieder seine liberale Seite erkennen. Auf einer Pressekonferenz nach seiner Wiederwahl 2004 sagte er, dass „wir [...] alles tun werden, um die Freiheit der Massenmedien zu sichern.“ Mit der Sicherung der Freiheit der Medien meinte Putin wohl stets nur die Bewahrung vor der Kontrolle durch unliebsame Oligarchen und sonstigen Geldgebern. Die ausgedehnte Kontrolle des Staates war ihm zufolge kein Eingriff in deren Freiheit. Am Weltzeitungskongress 2006 sprach Putin schließlich davon, dass erst durch freie Medien die Demokratie abgesichert, und nur durch deren Existenz die umfassende Korruption bekämpft werden kann. (vgl. ebd. 240) Zu dem Zeitpunkt war die Medienlandschaft jedoch bereits seit längerem durch einige Eingriffe des Staates auf Linie des Kremls gebracht worden.

Primär ging es Putin um die Oligarchen Wladimir Gussinski und Boris Beresowski, die mit ihren Sendern NTV und ORT großen Einfluss ausüben konnten, diesen jedoch vermehrt gegen Putin und seine Politik einsetzten. Putin wusste, wie wichtig das Fernsehen für seinen Wahlerfolg 2000 war, weshalb die russlandweiten Sender unter die Kontrolle des Kremls gebracht wurden. Somit übernahm oder schloss Putin innerhalb der ersten drei Jahre als Präsident alle privaten russlandweiten TV-Sender – ORT (heute Erster Kanal), NTV und TV-

6. Der ebenfalls überall in Russland zu empfangende Sender RTR (heute Rossija 1) war bereits seit 1991 in Staatsbesitz und war somit leicht auf Linie des Kremls zu bringen.

NTV, das erste Ziel, war Teil von Gussinskis Medienimperium Media-Most. Bereits bei den zwischen den zwei Elitenfraktionen hart umkämpften Wahlen 1999 befand sich der Sender auf der „falschen“ Seite. Zusätzlich missfiel Putin die Kritik am Krieg in Tschetschenien sowie die Recherchen zu den wahren Hintergründen der Bombenanschläge vor den Wahlen 1999. Nachdem im Mai 2000, vier Tage nach Putins Angelobung als Präsident, die Zentrale des Senders von der Steuerpolizei und dem FSB durchsucht wurden, wurde Gussinski im Juni wegen Steuerhinterziehung angeklagt und kam aufgrund von Fluchtgefahr einige Tage in Untersuchungshaft. Damals gab es zwischen Media-Most und Gazprom bereits einen Streit, bei welchem Gazprom Schulden von Media-Most einforderte. Am 20. Juli bot der russische Medienminister dem in Untersuchungshaft sitzenden Oligarchen nun an, ihn freizulassen, wenn er NTV an Gazprom verkauft. Der Preis wurde dabei von Gazprom bestimmt - Gussinski stimmte zu. Dieser erzwungene Verkauf wurde im Vertrag, den der Oligarch mit der Regierung schloss, als ausreichende Kompensation für die Schulden und als Zeichen der „aufrichtigen Reue“ gewertet. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 126f.) Im Gegenzug konnte Gussinski ins Exil gehen. Jedoch kam mit dieser zweifelhaften und offensichtlich politisch motivierten Aktion der Staatsmacht ein wichtiger russlandweiter Sender wieder unter die Kontrolle des Kremls. Mit NTV fiel zugleich auch der wichtigste Geldgeber von Jabloko aus. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 108f.) Im April 2001 übernahm Gazprom-Media schließlich die Mehrheit von NTV und installierte eine neue Führung im Sender. Als Eigentümer setzte Putin einen persönlichen Freund mit Verbindungen zu Gazprom ein. Zur gleichen Zeit wurden damals die Printmedien von Media-Most eingestellt (Itogi) bzw. der Chefredakteur gewechselt (Segodnja). Der neu eingesetzte Direktor des Senders wurde aber bereits Anfang 2003 wieder gefeuert, da er über die Terroraktion im Moskauer Nordost-Theater im Oktober 2002 zu kritisch berichtet hatte. (vgl. Sakwa 2008a: 152)

Beresowski und sein Sender ORT waren schon bald das nächste Ziel. Bei den Wahlen 1999 stand man noch ganz hinter Putin, immerhin galt Beresowski als einer der Förderer von Putins Aufstieg. Jedoch warf Beresowski dem Präsidenten den Umbau des Föderationsrates und die Stärkung der Machvertikale vor. Zudem solidarisierte er sich mit seinem scharfen Kontrahenten Gussinski, da er das Vorgehen des Staates gegen ihn als Willkürakt bezeichnete. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 45) Vor allem der Untergang des Atom-U-Bootes Kursk im August 2000 bot ausreichend Gelegenheit für Kritik an Putins politischer Handhabe im Katastrophenfall. Putin wurde als tatenlos im Urlaub verweilender Präsident dargestellt, der

sich nicht um das Schicksal der Soldaten und deren Angehörigen kümmert. Bereits einen Tag nachdem ORT in einer Sendung Putins Reaktion auf das Unglück negativ darstellte, konfiszierte die Polizei alle diesbezüglichen Bänder. Als Putin von dem Bericht erfuhr ließ er im Kreml wütend verkünden: „Von jetzt an kriegt jeder, der schreit, sofort eins auf den Deckel!“ (Tregubova 2007: 192) Öffentliche Kritik an seiner Person und seiner Politik sowie die Zurschaustellung der offensichtlichen Ratlosigkeit konnte Putin nur sehr schlecht vertragen. Angesichts seiner Geheimdienstausbildung scheint es wenig überraschend, wenn er damit, sowie mit der Durchleuchtung und Hinterfragung seiner Handlungen nicht umgehen konnte.

Auch Beresowski wurde somit zum Ziel der Staatsanwaltschaft. Als größter Anteilseigner an ORT wurde ihm Ende 2000 ein Ultimatum gemacht. Er sollte seine Aktienanteile verkaufen, oder er würde ein Schicksal wie Gussinski erleben. Schließlich flüchtete er aus Russland und fand in England Asyl. Sein Medienunternehmen und das Ölunternehmen Sibneft musste er an seinen Juniorpartner Roman Abramowitsch verkaufen, welcher eine loyale Linie zu Putin einnahm. Abramowitsch erwarb im Februar 2001 49% der Anteile von ORT. Der Staat hielt auch weiterhin 51% der Anteile, da ORT aus einem sowjetischen Sender hervorgegangen ist. (vgl. Dox 2007: 41)

Der Sender TV-6 gehörte, wie auch die Zeitungen Kommersant und Nesawissimaja Gazeta, ebenfalls zu Beresowskis Medienimperium. Als Gazprom NTV übernahm flüchteten unabhängige Journalisten flüchteten in Folge zu TV-6, welcher jedoch auch ins Visier des Kremls kam und im Jänner 2002, aufgrund eines verlorenen Prozesses, geschlossen wurde. Im Juni 2002 ging schließlich TV-S auf Empfang, wurde aber bereits ein Jahr später wegen finanzieller Probleme und durch Druck des Presseministeriums geschlossen.

Damit blieben ORT, RTR und NTV als die drei wesentlichen nationalen Sender über, zwei davon in Staatsbesitz (ORT und RTR), und NTV als Teil des mehrheitlich staatlichen Unternehmens Gazprom. Putin selbst hat jegliche persönliche Involvierung in die eben angeführten Aktionen abgestritten. In allen Fällen wurden die Gerichte eingesetzt, um etwa mit finanziellen Gründen eine Schließung bestimmter Sender zu bewirken. Somit hat die Justiz bei der Einschränkung der Meinungsfreiheit eine wichtige Rolle gespielt. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 48) Auch wurde die Verfassung bei Verstößen gegen die Medien bzw. die Medienfreiheit von der Justiz kaum im Sinne von Artikel 29 angewandt (Rede- und Medienfreiheit), womit diesen Fällen keine verfassungsrechtliche Dimension gegeben wurde. Dies hat die Position der Medien geschwächt, denn Medienunternehmen und deren Angestellte wurden nicht vor den willkürlichen und selektiven Übergriffen durch die

Staatsgewalt geschützt. Daher ist der Judikative eine Mitschuld beim staatlichen Vorgehen gegen einige Medien zu geben. (vgl. Krug, in: Smith 2008: 79f.)

Auf NTV gab es noch einige Zeit lang zwei kritische Talk-Shows, welche jedoch in einer zweiten Welle des Kremls gegen die Medien im Jahr 2004 der Zensur zum Opfer fielen. Im Juli traf es „Redefreiheit“, da diese Sendung live ausgestrahlt wurde und darin politische Diskussionen geführt wurden. Anna Politkowskaja nannte es die letzte politische Talkshow im russischen Fernsehen. Auch das Politmagazin „Neulich“ wurde eingestellt sowie deren Sendungschef gefeuert, da dort ein Interview mit der Witwe eines Terroristen ausgestrahlt wurde. (vgl. Dox 2008: 109 / Politkowskaja 2007: 199) 2004 wurde per Gesetz implementiert, dass Talk-Shows vor der Ausstrahlung aufgezeichnet werden müssen. Durch diese Zensurmaßnahme sollten unerwünschte Kommentare entfernt werden können. (vgl. Sakwa 2008a: 153)

Bereits im Mai 2002 wurden die Medien durch ein Gesetz – welches ein Jahr später noch verschärft wurde - in ihrem Freiraum innerhalb von Wahlkampfzeiten eingeschränkt. Durch Protest von 96 Dumaabgeordneten kam das Gesetz vor das Verfassungsgericht. Letztlich wurden aber nur Teile davon gestrichen. Vor allem die privaten Medien und die liberale Opposition hatte Befürchtungen, dass die neuen Regulierungen zu verstärkter Selbstzensur bei der Wahlkampfberichterstattung führen werden, um die nun als ungesetzlich definierte Agitation und Propaganda zu vermeiden. Das Gesetz verlangt, dass jede Information über eine Wahlkampagne objektiv und verifizierbar ist, die Gleichheit der Kandidaten beachtet und aufrechterhält und das Elektorat nicht in eine bestimmte Richtung zu lenken versucht. (vgl. BBC Monitoring: 2003)

Aitalina Azarova kritisierte, dass die Grenze zwischen medialer Agitation und neutraler Information durch die Journalisten oft nur sehr schwer zu ziehen ist. Im Sinne der Objektivität und Verifizierbarkeit der journalistischer Berichterstattung sind die folgenden im Gesetz als Elemente einer Wahlkampagne aufgelisteten Aktivitäten heikel: Aufrufe, um für oder gegen einen Kandidaten oder Kandidatenlisten zu stimmen und die Beschreibung möglicher Konsequenzen bei der Wahl eines Kandidaten oder eine Partei - diese Bestimmungen sah sie noch als relativ leicht interpretierbar an. Die Tür für willkürliche Handlungen wurde vielmehr bei folgenden Regelungen geöffnet: Die Äußerung von Präferenzen; Berichte mit einem großen Anteil persönlicher Informationen oder über die privaten Aktivitäten eines Kandidaten; Darstellungen eines Kandidaten die dazu dienen, einen positiven oder negativen Eindruck über diesen zu hinterlassen; sonstige Aktionen welche die Wähler dazu bewegen

können für oder gegen einen Kandidaten oder eine Partei zu stimmen. (vgl. Azarova, in: Meyer 2008: 256f.)

Mit dem Gesetz sollten Berichte über Wahlveranstaltungen zudem in separaten Informationsblöcken und ohne Kommentare ausgestrahlt werden. Die Journalisten waren freigestellt zu entscheiden, was erlaubte bzw. verbotene Kommentare sind, jedoch haben bei „nicht verifizierbaren“ Kommentaren die Gerichte die Letztentscheidung im Falle eines dadurch begangenen Gesetzbruches. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 49) Die Zentrale Wahlkommission kann im Falle von mindestens zwei Übertretungen eine Beschwerde an das Presseministerium schicken, um die betroffene Organisation bis zum Ende der Wahlen zu schließen. (vgl. BBC Monitoring, August 8, 2003)

Aitalina Azarova sowie Margareta Mommsen und Angelika Nußberger kritisierten am Gesetz, dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt wurde und, dass der Interpretationsraum für die Gerichte zu große Möglichkeit ließ um willkürlich politische Kommentare einzuschränken. Jede Information über eine Wahlkampagne könnte eine Untersuchung nach sich ziehen. Die potenziell illegalen nicht verifizierbaren Aussagen könnten unter anderem Wahlkampfversprechen von Oppositionsparteien sein, welche die Medien bloß wiedergeben. Das russische Verfassungsgericht hat die bedenklichen Regelungen in einer Entscheidung vom Oktober 2003 dennoch im Wesentlichen für verfassungsmäßig erklärt. Im Sommer 2006 folgte das verschärfte Extremismugesetz, durch welches Kritik an einem Amtsträger oder an der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration die Journalisten in das Extremismuseck rücken könnte. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 50f. / Azarova, in: Meyer 2008: 257) Der Kreml verteidigte das, da im Sinne der Redefreiheit und freier Wahlen ein Missbrauch der Wahlkampagnen verhindert werden soll, um so das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess wiederherzustellen. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission nannte das Gesetz notwendig, um die Medien davor zu schützen, dass sie zu Manipulationszwecken missbraucht werden. (vgl. BBC Monitoring, August 8, 2003)

Ende 2005 folgte der nächste Schlag gegen die Massenmedien. Diesmal war der unabhängige Sender Ren-TV betroffen, welcher in allen größeren Städten empfangen werden konnte. Der Sender wechselte Ende 2005 den Besitzer, unter anderem erwarben zwei Regierungsnahe Unternehmen insgesamt 70% der Aktien: Abros, ein Tochterunternehmen der Bank Rossiya, mit einer guten Verbindung zum Kreml, und das private Öl- und Gasunternehmen Surgutneftegas, welches oft in enge Verbindung mit Putin gebracht wurde. Vorstandsvorsitzender wurde der ehemalige Bevollmächtigte Vertreter des Nord-West Bezirks. (vgl.

Hutchings & Rulyova 2009: 9f. / Lucas: 110) Richard Sakwa nannte Ren-TV nur etwas weniger unterwürfig als die Hauptsender ORT, NTV und RTR. (vgl. Sakwa 2008b: 348)

Für die Kontrolle der Fernsehstationen in den Regionen war Russlands zweitgrößter Sender, RTR, wichtig. Dieser umfasste ein Netzwerk von 80 regionalen Radio- und Fernsehsendern, welche eine einheitliche Botschaft aus dem Kreml ausstrahlen. (vgl. Orttung, in: Russland-Analysen Nr.118, 17.11.2006: 3) “Regional media remains highly politicised, typically acting as the mouthpiece of the governor, but today less willing to criticise the central authorities.” (Sakwa 2008a: 154) Weniger kritisch deshalb, da Putin auch die Regionen auf Regierungslinie bringen konnte.

Aber auch nach außen hin sollte das Weltbild des Kremls im Fernsehen zu empfangen sein. Ende 2005 startete, auf Initiative des Kremls, der internationale und englischsprachige TV-Sender Russia Today, womit man sich unter anderem gegen die zunehmende Kritik westlicher Medien an Russland verteidigt wollte. Westliche Journalisten nannten den Sender ein Propagandainstrument des Kremls mit antiwestlicher Ausrichtung, wobei die prorussische Haltung von der Chefredakteuren offen zugegeben wurde. Russia Today „gives an unashamedly pro-Vladimir Putin view of the world, and says it seeks to correct the 'biased' western view offered by the BBC and CNN.” (Harding: 2009)

Der Fokus des Kremls lag auf dem Fernsehen als dem bei weitem einflussreichsten Massenmedium in Russland. Eine Umfrage vom August 2007 zeigte, dass 90% der Befragten das landesweite Fernsehen als wichtigstes Informationsmedium ansehen. Die russlandweiten Zeitungen wie Izvestija, Kommersant, Nezavissimaja Gazeta, Vedomosti, oder Novaja Gazeta nahmen Platz zwei ein. Keine der Zeitungen erreicht jedoch eine relevante Leserzahl, wobei Izvestija laut Angaben 2005 täglich etwa 230.000 Leser hatte und damit die größte russlandweite Zeitung war. (vgl. Mangott 2009: 130f.) Die Printmedien waren oft zu teuer für den durchschnittlichen Russen und die unabhängigen Zeitungen wurden hauptsächlich von den Eliten sowie den gut ausgebildeten Menschen gelesen. (vgl. Meyer, in: Meyer 2007: 99)

Aufgrund der zentralen Stellung des Fernsehens sollten über staatliche Kontrolle Putin und seine Politik propagiert werden, aber vor allem auch die wichtigsten Elemente der nationalen Identitätskonstruktion positiv dargestellt werden. Zudem sollte der politische Wettbewerb nicht durch politisierte und pluralistische Berichterstattung aufgeheizt werden. (vgl. Hutchings & Rulyova 2009: 216f.) Die womöglich größten unter Putin stattfindenden Proteste - gegen die Monetarisierung sozialer Vergünstigungen Anfang 2005 - wurden in den staatlichen Medien etwa dadurch entkräftet, dass Interviews mit Betroffenen geführt wurden, welche ob der Reformen ihre Zufriedenheit ausdrücken durften. Dadurch sollte dem breiten Unmut in der

Bevölkerung die potenzielle Ansteckungsgefahr genommen werden. Auch die Proteste gegen die Abschaffung der Gouverneurswahlen nach den Ereignissen von Beslan endeten fast ungehört, denn die Drohung des Kremls, darüber zu berichten, zeigte Wirkung. (Ostrow & Satarov et al. 2007: 117)

Mit den russlandweiten Sendern wurden auch alle wichtigen Nachrichtensendungen auf Regierungslinie gebracht. Gegen Ende 2006 nutzten die Sender ORT, NTV, RTR, und TV-Zentr 90% ihrer politischen Sendungen, um - meist positiv - über die Tätigkeit der Regierungsorgane zu berichten. Nur 4% der Sendezeit kamen der Opposition – bei negativer Darstellung – zugute. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 48) Der Kreml war dabei kein passiver Akteur, und so erhielten die Redakteure bei diesen Sendern „wöchentliche oder sogar tägliche Anweisungen vom Kreml über die 'einzuhaltende Richtung' bei der Berichterstattung über wichtige Themen.“ (Lucas 2008: 115) Im März 2006 urteilte das Moskauer „Zentrum für Journalismus in Extremsituationen“, dass die meisten der regelmäßig untersuchten Massenmedien „nicht als Forum für den Austausch von Meinungen, öffentliche Debatten, Konflikt, Untersuchungen und Kommentare“ dienen und können „die Öffentlichkeit so nicht mit einer informierten, analytischen und wohl überlegten Diskussion politischer Themen und der Regierungs- und Behördenarbeit versorgen.“ (Ortung, in: Russland-Analysen Nr.118, 17.11.2006: 3)

Mit Putins zweiter Amtszeit kamen auch vermehrt Zeitungen in den staatlichen Einflussbereich. Die Zensur wurde bei politisch unangenehmen Thematiken generell schärfer. Vor allem dann, wenn es zu Katastrophen wie etwa Geiselnahmen durch Terroristen kam. Vor allem die Rolle und das Vorgehen der Geheimdienste bei den diversen Terroraktionen in Russland wurden zu einem heißen Pflaster für die Medien. Bei der Geiselnahme in einem Moskauer Musicaltheater im Herbst 2002 wurden durch die Art und Weise der Geheimhaltung und Durchführung der Rettungsaktion große Zweifel hervorgerufen. Durch den von Putin sanktionierten Einsatz eines wenig bekannten Giftgases konnten selbst die Rettungskräfte welche sich vor Ort befanden nicht viel tun, um die damit in Berührung gekommenen und befreiten Geiseln zu retten. Insgesamt kamen etwa 130 der Geiseln ums Leben, aber Konsequenzen für oder Kritik an den Spezialeinheiten welche die Aktion durchgeführt hatten wurde nicht erlaubt. Ein weiterer unrühmlicher Aspekt war, dass auch bereits gefangen genommene Terroristen im Anschluss exekutiert wurden, sodass niemand als Zeuge für Nachforschungen zur Verfügung stand. (vgl. Tregubova 2007: 237f.)

Wie schon bei der Stürmung des Musicaltheaters 2002, gab es bei der Terroraktion in einer Schule im nordossetischen Beslan im September 2004 unzählige Tote Geiseln, jedoch wurden

die Fragen der Verantwortung und Angemessenheit der Vorgehensweise nicht gestellt, bzw. durften diese Fragen nicht gestellt werden. Eine Folge war ein jahrelanger und mühsamer Kampf von Angehörigen der Opfer für die Aufklärung der Geschehnisse. (vgl. Dox 2008: 127) Als Präventive Zensurmaßnahme vom Kreml wurden unliebsame Journalisten davon abgehalten nach Beslan zu kommen, wovon auch Anna Politkowskaja betroffen war. Sie wurde auf ihrem Flug nach Beslan vergiftet, obwohl sie sich aufgrund ihrer Beziehungen in Tschetschenien vermittelnd einzubringen versuchte. Dies wurde von Putin jedoch strikt abgelehnt. Ähnlich erging es dem Journalisten Andrei Babizki, thematisch ebenso im heiklen Bereich von Tschetschenien und Menschenrechtsverletzungen unterwegs. Er konnte vom Flughafenpersonal durch Gewalt am Abflug gehindert werden. (vgl. Tregubova 2007: 233ff.) Im Zuge von Beslan gab es eine direkte Einflussnahme des Kremls bei der Zeitung Izvestija, welche bei ihrer Berichterstattung die inoffiziellen Verbote übertrat. Die Zeitung stellte als einziges russlandweites Medienorgan die Geschehnisse mit Photos am Titelblatt offen dar. Außerdem wurden Fehler der russischen Eingreiftruppen kritisiert. Aufgrund von politischem Druck auf den Oligarchen Wladimir Potanin, zu dessen Medienunternehmen die Zeitung gehörte, wurde deren Herausgeber entfernt, woraufhin das Blatt auf die offizielle Linie des Kremls eingeschwenkt ist. Im Sommer 2005 kaufte Gazprom-Media dann 50,2% der Zeitung. (vgl. Hutchings & Rulyova 2009: 225) 2008 wurde sie jedoch an an Jurij Kowalcuk, den Vorstandsvorsitzenden der Bank Rossiya weiterverkauft, welche 2006 bereits über 30% der Anteile von Ren-TV erworben hatte. Die Zeitung Kommersant wiederum, ursprünglich in Beresowskis Besitz, wurde im August 2006 vom Leiter von Gazprom Invest gekauft. (vgl. Mangott 2009: 132f.) Auch Beresowskis Zeitung Nezavisimaya Gazeta wechselte den Besitzer, als sie im August 2005 von einem Assistenten des liberalen Wirtschaftsministers German Gref gekauft wurde. (vgl. Sakwa 2008a: 153)

Die neue Eigentümerstruktur half dabei, die Zeitungslandschaft vermehrt auf Regierungslinie zu bringen, aber viel bewirkten auch die Einschüchterung von und die Gewalt gegen Journalisten, da dies zu umfassender Selbstzensur führte. Putins “most vocal media critics have lost their jobs, have been harassed by the tax authorities or by sham lawsuits, or have been arrested.” (McFaul & Petrov, in: Journal of Democracy 15.3.2004: 24) Auch die unklare Gesetzeslage hinderte die Journalisten an ihrer Arbeit. Sabine Gladkov nannte hier eine widersprüchliche Regelung als gutes Beispiel dafür, dass angesichts der immer komplizierter werdenden Rechtslage und der immer ausgeklügelteren Mechanismen der Repression juristisches Know-How und Sicherheit in Vertragsfragen sehr wichtig für die Journalisten wurden. Beispielsweise ging es um die Pflicht aller Redaktionen zur Veröffentlichung von

Material, das von den Kandidaten im Rahmen ihrer Wahlwerbung geliefert wird. Dabei haben Medien keine Möglichkeit der Einflussnahme auf das zu veröffentlichte Material, sind für dessen Inhalt aber Verantwortlich. In beiden Fällen, Publizieren oder es Ablehnen, drohen jedoch harte Konsequenzen, da das weiter oben beschriebene Gesetz nicht verifizierbare Berichte strafbar machte (vgl. Gladkov, in: Russland-Analysen Nr.7, 28.11.2003: 4f.)

Trotz aller Einschränkungen baute der Kreml keine umfassend autoritäre Kontrolle in den Medien aus. Einerseits gab es dazu im ganzen Land eine viel zu große Anzahl von Zeitungen oder Fernseh- und Radiosendern. Andererseits wurden bewusst Freiheitsräume in den Medien belassen – etwa der russlandweit ausstrahlende Radiosender Echo Moskvyy, welcher immerhin zu 66% zu Gazprom-Media gehört -, um zumindest ansatzweise ein liberales Gesicht bewahren zu können und, um der Bevölkerung ein Ventil der Meinungsäußerung zu bieten. In der Zeitungslandschaft war die Nowaya Gazeta ein Beispiel für kritischen Journalismus unter Putin, ermöglicht durch deren größten Anteilseigner, Alexander Lebedew. Sie erscheint jedoch nur alle zwei Wochen mit einer Auflage von etwa 70.000 Stück - generell hatten die unabhängigen Medien das Problem einer ziemlich geringen Reichweite. Zudem kostete ihre kritische Haltung vier ihrer Journalisten seit 2001 das Leben – darunter Anna Politkowskaja.

Das Internet wiederum wurde keiner umfassenden Kontrolle unterworfen. Der Kreml versuchte es hier eher mit eigener Propaganda als mit der systematischen Schließungen von oppositionellen Seiten. Jedoch ist jeder russische Internetbetreiber verpflichtet, den Datenverkehr aller seiner Nutzer zu speichern und dem FSB auf eigene Kosten jederzeit den Zugriff auf diese Daten zu ermöglichen (vgl. Reitschuster 2006: 44)

Peter Krug bezeichnete Russlands Medienlandschaft als „*managed pluralism*“. Während kleinere Zeitungen und Radiosender sowie das Internet zu einer gewissen Meinungsvielfalt beitrugen, wurde der nationale Rundfunk strikteren Standards unterworfen. Durch meist indirekte und manchmal auch direkte Zensur wurde vom Kreml darauf geachtet, dass die Medien ihre Verantwortung verstehen. Die selektive Rechtsanwendung trug unter Putin dazu bei, dass der Grad an Selbstzensur und Fügsamkeit recht hoch war. Der Kreml setzte also vor allem auf vorseilenden Gehorsam und darauf, dass die Chefredakteure in deren eigenen Interessen auf ihre Angestellten „aufpassen“ würden und so die Grenzen einhalten. (vgl. Krug, in: Smith 2008: 82)

Richard Sakwa sah die Strategie des Kremls in der Medienpolitik ähnlich. “Putins's strategy was to set out the parameters of acceptable journalistic behaviour, but then to allow a degree of freedom within these approved limits.” (Sakwa 2008a: 153) Es gab also keine umfassende direkte Zensur - die journalistische Arbeit sollte sich durch abschreckende Beispiele wie

Beresowksi und Gussinski von selber an das vom Kreml gewünschte Verhalten anpassen. Nur wer nicht hören wollte, musste fühlen. Einerseits dadurch, dass gewissen Journalisten ihre Akkreditierungen - etwa um aus dem Kreml zu berichten - entzogen wurden, oder durch Druck auf Chefredakteure und Programmdirektoren. Einige Journalisten bezahlten ihre Arbeit in politisch brisanten Feldern auch mit ihrem Leben. Laut der „Glasnost Defense Foundation“ wurden zwischen Oktober 2000 und Oktober 2006 78 Journalisten ermordet. Davon wurde jedoch kein Fall aufgeklärt. Die „Reporter Ohne Grenzen“ nehmen nur jene Opfer in die Statistik auf, welche auch von staatlicher Stelle als Opfer ihrer Arbeit gelistet wurden. Deshalb kommt diese Organisation zwischen 2000 und 2008 auf „nur“ 30 ermordete Journalisten. Damit war Russland aber eines der gefährlichsten Länder der Welt. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 116) Auch wenn die unzähligen Morde an Journalisten wohl nicht per Befehl aus dem Kreml oder dessen Umfeld kamen, so wurde durch diesen doch zumindest ein gewisses Klima bereitet und aufrechterhalten, in welchem die journalistische Arbeit bei den politisch heikelsten Themen (vor allem Tschetschenien) lebensgefährlich wurde. Neben Journalisten war es auch für Politiker und sonstigen Aktivisten sehr gefährlich ernsthafte Nachforschung bei den für den Kreml prekären Thematiken anzustellen. Die unabhängige Kommission zur Untersuchung der Bombenanschläge, welche kurz vor den Wahlen 1999 Moskau und auch andere Orte erschütterten, war besonders unangenehm, da einer eventuellen Beteiligung des FSB nachgegangen werden sollte. Viel brisanter konnte eine Thematik für das Regime nicht sein, und so wurden zwei Mitglieder der Kommission ermordet, eine dritte Person wurde eingesperrt und ein vierter starb bei einem Autounfall. Zudem wurde ein Zeuge der Kommission eingesperrt bevor er aussagen konnte. (vgl. Zon 2008: 163)

Unter Putin wurden jedoch keine Journalisten wegen ihrer Arbeit eingesperrt und bekannte Kritiker Putins konnten ihre Bücher veröffentlichen. Elena Tregubova hatte bei ihrem Buch, *„Die Mutanten des Kreml – Mein Leben in Putins Reich“*, jedoch Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung. Sie erzählte darin auch, dass sie, als sie beim Kommersant arbeitete, ihre Zulassung verlor. Auf den Chefredakteur der Zeitung wurde, durch ständige Anrufe aus dem Kreml, bei welchen Beschwerden über ihre Artikel geäußert wurden, gezielter Druck ausgeübt. (vgl. Tregubova 2007: 138ff.)

Margareta Mommsen und Angelika Nußberger beschrieben die Situation für die Zeitungen so, dass es in diesen durchaus Kritik und Berichte über Skandale gab. Jedoch blieben solche Berichte aufgrund der Schwächung der politischen und zivilgesellschaftlichen Oppositionsgruppen meist ohne Resonanz in der Gesellschaft. Auch die erwähnte geringe Reichweite war ein Problem. Durch das Fernsehen wiederum war die

Kommunikationsfunktion von der Gesellschaft an die Politik nicht gegeben, da dieses als Verlautbarungskanal der Machthaber an das Volk galt. (Mommsen & Nußberger 2007: 50)

In einem Interview auf CBS vom Mai 2005 verteidigte Putin die Freiheit der Medien in seinem Land. „[There are] 3.200 TV and radio companies, and only ten percent of them are state companies. In Russia there are 46.000 newspapers and magazines. Even if the authorities at the federal or the regional level wanted to control all this mass media, it would be simply and practically impossible.“ (Leung: 2009) Es ist jedoch so, dass private Medienunternehmen nicht gleich eine kritisch-oppositionelle Haltung gegenüber dem Regime bedeuten, da durch die enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft oftmals die privaten Medienbesitzer keine harte oppositionelle Linie fahren. (vgl. Fleischmann 2010: 241)

Messung der Medienfreiheit: Die quantitative Messung mittels des „Index der Medienfreiheit“ von Freedom House hat unter Putin eine Verschlechterung der Situation festgestellt. Der Index misst zwischen 0 (am besten) und 100 (am schlechtesten) sowie in drei Kategorien: 0-30: frei, 31-60: teilweise frei, 61-100: nicht frei. Russland kam dabei zwischen 1999 und 2008 jährlich auf: 59 – 60 – 60 – 60 – 66 – 65 – 68 – 72 – 75 – 78. Seit 2003 wurde Russland somit bezüglich der Pressefreiheit als „nicht frei“ bewertet und hat sich dabei eher in Richtung der Länder Zentralasiens anstatt in Richtung Osteuropa bewegt.

Der „World Press Freedom Index“ der Reporter Ohne Grenzen reihte Russland: 2002 – als 121. von 139 untersuchten Staaten; 2003 – 148. von 166; 2004 – 140. von 167; 2005 - 138. von 167; 2006 - 147. von 168, 2007 - 144. von 169; 2008 – 141. von 173. Dabei schwankte Russland Punktemäßig um 50 herum, wobei die bestplatzierten Länder einen Wert gegen Null aufweisen. Ein Land wie Nordkorea hingegen über 100. Der Abstand zu Nordkorea war seit 2002 daher in etwa so groß wie jener zu den europäischen Musterländern.

Fazit: Die zwei Hauptgefahren für die Presse- und Meinungsfreiheit in Russland waren somit staatliche Kontrolle, der direkte und indirekte Druck des Kremls auf die Medien – die Leiter Journalistenunion erklärte 2006, dass jeden Monat ungefähr 10 Beschwerden von unter Druck gesetztem Journalisten ankamen - und fehlende Finanzierungsquellen für eine starke und unabhängige Medienlandschaft – besonders für die regionalen und lokalen Medien sowie in den ländlicheren Regionen. (vgl. Sakwa 2008a: 155 / Orttung, in: Russland-Analysen Nr.118, 17.11.2006: 5) Vor allem in der großteils privatisierten Zeitungslandschaft bestand das Problem, dass die Medien auf die Finanzierung durch Sponsoren angewiesen waren. Ein Beispiel für den Versuch der finanziellen Einflussnahme war etwa Druck auf Anzeigenkunden durch den Kreml bei der laut Edward Lucas einzig wirklich unabhängigen Wochenzeitung, der New Times. Aufgrund der Weigerung einer indirekten Aufforderung eines hohen Kreml-

funktionärs nachzukommen, verlor die Zeitung plötzlich alle Anzeigenkunden. (vgl. Lucas 2008: 112)

4.7) Die Parteien- und Wahlrechtsreformen

Besonders über die Gesetzgebung in diesen Bereichen konnte der Kreml den Pluralismus einschränken und die Ausformung des Parteiensystems so ziemlich steuern – sei es durch Schikanen bei einer Parteigründung oder durch Nichtzulassung bei Wahlen.

4.7.1) Das Parteiengesetz

In Russland gab es lange kein Parteiengesetz, weshalb für die politischen Parteien rechtlich keine klare Stellung gegeben war und sie auch nicht ausdrücklich als die primären Wahlsubjekte festgeschrieben waren. Im Juli 2001 wurde dann das großteils von der Zentralen Wahlkommission ausgearbeitete Parteiengesetz verabschiedet, welches neben der rechtlichen Klarstellung dem Zweck diene, dass fragmentierte Parteiensystem durch härtere Anforderungen zu straffen, was jedoch auch mit nicht unwesentlichen Restriktionen verbunden war.

Die wichtigsten Änderungen des neuen Parteiengesetzes waren: (vgl. Luchterhandt, in: Mangott 2002b: 46ff. / Sakwa 2008a: 104)

- 1) Parteien wurden als einzige Subjekte des Wahlrechts auf föderaler Ebene festgeschrieben.
- 2) Eine Anhebung der benötigten Mitgliederzahl: notwendig waren nun mindestens 10.000 Mitglieder, wobei in zumindest 45 Regionen nicht weniger als 100 Mitglieder und 50 Mitglieder in den restlichen Regionen die untersten Limits waren. Davor waren für Wahlvereinigungen nur 5.000 Mitglieder notwendig. Indirekt wurden damit reine Regionalparteien aus dem politischen System verbannt, was ganz im Sinne des Kremls hinsichtlich der Rezentralisierung und der Schwächung der Regionen lag. Durch diese Bestrebungen zur Homogenisierung der Parteienlandschaft ging jedoch auch die für Föderationen übliche politische Vielfalt verloren. Für eine Föderation sind Regionalparteien eigentlich nichts ungewöhnliches, jedoch war die bestehende Heterogenität der politischen Regime in den Regionen einem Konsolidierten föderalen Parteiensystem hinderlich, da eine vertikale Integration und landesweite Vertretung der meisten Zentrumsparteien erschwert wurde.
- 3) Es wurde eine verpflichtende Beteiligung an Wahlen aller drei Ebenen innerhalb eines gewissen Zeitraumes festgelegt.

4) Die staatliche Parteifinanzierung wurde überarbeitet, wobei Parteien, die unter zwei Prozent der Stimmen erhielten, die ihnen von den staatlichen Medien gratis zur Verfügung gestellte Zeit zurückerstatten müssen. Im Falle ausbleibender Bezahlung erfolgte die Disqualifikation für die nächsten Wahlen. Diese Regelung bedeutete mitunter folgenschwere Finanzierungsprobleme für Parteien unterhalb dieser Grenze.

5) Die Bildung von Parteien entlang konfessioneller und ethnischer Linien bzw. entlang von Berufsgruppen wurde verboten.

6) Alle Wahlvereinigungen mussten sich als Parteien umregistrieren (und Parteien mussten sich neu registrieren). Die folgende umfassende Deregistrierung von etwa drei Viertel der 199 formell gemeldeten Parteien und Vereinigungen sagte jedoch nicht allzuviel aus, da die meisten davon nur auf dem Papier bestanden. (vgl. Makarenko, in: Gorzka & Schulze 2004: 223)

7) Auch wichtige Rechte der Parteien wurden festgeschrieben: freie Verbreitung von Informationen was die Aktivität, Ansicht, und Ziele der Partei betrifft; das Organisieren und Abhalten von Treffen, Kundgebungen, Demonstrationen und Märschen; die gleichberechtigte Nutzung lokaler und föderaler Massenmedien.

Das Parteiengesetz wurde im Oktober 2004 überarbeitet, wobei die Bestimmungen restriktiver ausgelegt wurden, um kleine Parteien weiter zurückzudrängen und, um die Stellung der föderalen Parteien weiter zu stärken und deren Anzahl weiter zu reduzieren. Mit Anfang Jänner 2006 waren nun 50.000 Mitglieder die unterste Mitgliedergrenze, in den Regionen mit mehr als 500.00 Einwohnern brauchte es mindestens 500 Mitglieder (250 in den restlichen Regionen). Die Parteien müssen jedes Quartal Berichte über ihre Finanzen abliefern und, um registriert zu bleiben, müssen sie zumindest einmal alle fünf Jahre an Wahlen auf kommunaler, regionaler oder föderaler Ebene teilnehmen. (vgl. Sakwa 2008a: 104ff.)

Die politischen Parteien mussten sich zudem bis spätestens Anfang 2006 abermals registrieren lassen. Diesmal bei der seit 2005 im Justizministerium eingesetzten Föderalen Registrierungsbehörde. Zusätzlich zur Neuregistrierung musste jeweils ein Parteikongress einberufen werden, um das Parteienstatut auszuarbeiten. Ein Gründungskongress wählte das Führungspersonal sowie das Programm der Partei. Anschließend folgte die nationale Registrierung und die Registrierung der Regionalstrukturen durch die jeweiligen Abteilungen des Justizministeriums. Am Schluss bestätigte das Ministerium den Prozess. Mit Beginn 2006 war die Möglichkeit zur Registrierung vorüber, und von den 55 verliehenen Parteien nach der ersten Welle der Deregistrierungen, blieben jetzt nur 35 Parteien bestehen. Mitte Oktober 2008 waren in Russland schließlich nur noch 14 Parteien registriert.

Das Justizministerium beobachtete zudem nun die Tätigkeit der Parteien und legt im Falle eines Übertritts Beschwerde beim Obersten Gerichtshof ein, welcher über die Auflösung der Partei entscheidet. (vgl. Sakwa 2008b: 144) Die dadurch ermöglichte administrative Kontrolle bezüglich der Registrierung oder des Verbots von Parteien stellte das potenziell gefährlichste Instrument des Regimes dar, um das Parteiensystem nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Immerhin hatte Putin bereits sehr früh konkrete Vorstellungen vom optimalen russischen Parteiensystem. Auf dem Gründungskongress von Einheit im Februar 2000 sagte er, „dass es Zwei- und Dreiparteiensysteme, allenfalls noch Vierparteiensysteme sind, die funktionieren.“ (Fleischmann 2010: 56f.) Mit den Parteien- und Wahlrechtsgesetzen schien dem Kreml dieses Ziel vor Augen zu schweben.

4.7.2) Die Wahlrechtsgesetze

Das Gesetz „Über grundlegende Garantien der Wahlrechte und des Rechts der Teilnahme an einem Referendum der Bürger der Russischen Föderation“ vom Juli 2002 wurde ebenfalls hauptsächlich von der Zentralen Wahlkommission ausgearbeitet. Die Präsidialadministration nahm letzte Änderungen daran vor. In Kraft traten die Änderungen im Juli 2003 und somit noch vor dem nächsten Wahlzyklus. (vgl. Sakwa 2008b: 109) Andere wichtige Änderung wurden im neuen Gesetz „Über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation“ vom Mai 2005 vorgenommen. Beide wurden in Putins Amtszeit häufig novelliert, was die Tendenz des Regimes zeigte, durch diese Reformen die politische Zusammensetzung im Zentrum und in den Regionen nach den eigenen Vorstellungen zu formen. „Following every election cycle the electoral legislation has been overhauled [which has] inhibited the routinisation of electoral conduct and voter expectations.“ (Sakwa 2008a: 109)

Politische Blöcke wurden im Gesetz von 2002 auf drei Mitglieder beschränkt, wovon eines eine politische Partei sein musste. Was die Verweigerung der Registrierung bzw. die Disqualifizierung von Kandidaten für Wahlen betrifft gab es striktere Regelungen. Eine Registrierung konnten jetzt nur Gerichte aufheben - davor konnten dies auch die Wahlkommissionen. Die Disqualifizierung einer Partei muss nun fünf Tage vor der Wahl geschehen, da es vor allem in den bei Wahlen in den Regionen immer wieder zu willkürlichen politischen Aktionen in letzter Minute kam. Um diese weiter zu reduzieren, wurde die Zusammensetzung der Wahlkommissionen dahingehend reformiert, dass die Zentrale Wahlkommission nun zwei Mitglieder sowie den Vorsitzenden der regionalen Abteilungen besetzt. Putin wollte hier vor allem den Einfluss der Regionalregierungen auf die

Zusammensetzung der Wahlkommissionen reduzieren. Für Richard Sakwa wurde hier aber das angebliche Ziel der Demokratisierung durch Zentralisierung verfehlt, da es von letzterem zwar mehr, von ersterem aber weniger gab. (vgl. Sakwa 2008a: 110)

Ab Ende 2003 wurden die Föderationssubjekte verpflichtet bei Parlamentswahlen mindestens 50% der Sitze über Parteilisten wählen zu lassen. Der Grund dafür war, dass Parteien in den meist nach dem Mehrheitswahlprinzip über Einzelwahlkreise bestellten Regionalparlamenten im politischen Prozess nur eine sehr geringe Rolle spielten. Immer weniger Gouverneure oder Abgeordnete hatten eine Parteimitgliedschaft und das Big Business hielt verstärkt Einzug in die Parlamente - ein Trend der in den ersten Jahren unter Putin eher noch zunahm. Sogar Parteimitglieder ließen sich oft als unabhängige Kandidaten aufstellen. Mit dem Gesetz sollte nun die Zentrumsparteien in den Regionen als Gegengewicht zu den Gouverneuren gestärkt werden, da die regionalen Exekutiven die meist als unabhängige Kandidaten gewählten Abgeordneten als loyale Basis hinter sich stehen hatten. Deshalb gab es von dieser Seite auch Protest gegen das neue Gesetz, welchem sich die Gouverneure schließlich jedoch fügten. Eine Folge der Reform war, dass die loyalen Gruppierungen der Gouverneure in den Regionalparlamenten Fraktionen von Einiges Russland zu bilden begannen, auch viele der Gouverneure selbst traten der Partei bei. (vgl. Makarenko, in: Gorzka & Schulze 2004: 225) Somit brachte das Gesetz im Endeffekt vor allem der Kremlpartei eine breite Repräsentanz in den Regionen und eine Schwächung der Netzwerke zwischen regionalen Exekutiven und der Wirtschaft. Vor allem seit die Gouverneure mit 2005 ernannt anstatt gewählt wurden, war als Loyalitätsbeweis, um im Amt zu bleiben oder ein Amt zu erhalten, der Beitritt zu Einiges Russland wichtig.

Als Reaktion auf den Terroranschlag in Beslan im September 2004 wurden, neben der Abschaffung der Regionalwahlen im Mai 2005, auf Druck der Präsidentialadministration weitere und teilweise umstrittene Wahlrechtsänderungen verabschiedet. Für die Dumawahlen auf Föderationsebene wurden die Einzelwahlkreise abgeschafft und das Wahlsystem somit auf ein reines Verhältniswahlrecht über Parteilisten umgestellt. Erklärt wurde dies schwammig mit der dadurch entstehenden größeren Einheit des Landes, auch als Maßnahme im Kampf gegen den Terrorismus selbst. Viel mehr sollte der regionale Machtblock weiter beschnitten werden, da die Gouverneure üblicherweise Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten für Einzelwahlkreise nahmen. (vgl. Sakwa 2008b: 259) Gerd Meyer erwähnte jedoch den teilweise sehr intransparenten Nominierungsprozess in den Einzelwahlkreisen. Die Kandidaten brauchten Sponsoren, um die auf 150.000 bis 200.000\$ geschätzten Sitze kaufen zu können. Dafür sprangen Regionalpolitiker oder Vertreter der Wirtschaft ein und von

staatlicher Seite gab es kaum Kontrollen oder Sanktionen. (vgl. Meyer, in: Meyer 2007: 102) Obwohl reine Verhältniswahlsysteme in westlichen Ländern üblich sind, kritisierte Leon Aron die Umstellung, da die Parteimitgliedschaft in Russland nur sehr gering war, wegen der größeren Anfälligkeit für administrative Einflussnahme bei diesem Wahlsystem und, weil die Bevölkerung die Einzelwahlkreise bevorzugte. (vgl. Aron 2007: 238f.) Einzelne Kandidaten konnten weiterhin antreten, nun jedoch direkt gegen die Parteilisten, was die Sache sehr aussichtslos machte, da sie, um gewählt zu werden, mehr Stimmen als die Parteien brauchen. Im Prinzip können somit keine unabhängigen Kandidaten mehr einziehen. Für Anna Politkowskaja war hiermit klar, dass die Wahlen „absolut planbar und prognostizierbar“ gemacht wurden. (Politkowskaja 2007: 184)

Die Sperrklausel für den Einzug in die Duma wurde im Zuge dieser Gesetzesüberarbeitung zudem von 5 auf 7% erhöht, was es den schwachen liberalen Parteien - Angesichts deren abnehmenden Tendenz - fast unmöglich machte erneut in die Duma einziehen zu können. Weiters gingen staatliche Parteisubventionen nur noch an Parteien, welche über 4% der Wählerstimmen (zuvor 3%) erreichen konnten, diese wurden jedoch um das Zehnfache erhöht. Auch wurde die Bildung von politischen Blöcken verboten. Wahlblöcke lösten sich nach Wahlen jedoch oft wieder auf, wobei deren Abgeordneten die Mandate behielten. “[Blocs] did not then act as a cohesive entity in legislative assemblies.” (Sakwa 2008a: 119) Dennoch, durch die Verhinderung eines Zusammenschlusses mehrerer kleiner Parteien und durch die schwerer zu erlangenden Subventionen wurde es vor allem für neue Parteien härter sich zu etablieren und zu konsolidieren, während die bereits in der Duma sitzenden Parteien mehr staatliches Geld erhielten. Dazu trug auch bei, dass sich nur die Parteien außerhalb der Duma für Wahlen registrieren müssen sowie um einen Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Auch dadurch wurden die etablierten Parteien bevorzugt. Die Registrierung von Parteien bzw. Kandidaten wurde dadurch erschwert, dass eine Registrierung nicht mehr mit Unterschriften und/oder einer Anzahlung erfolgen konnten. Es durfte nun nur ein Weg gewählt werden, wodurch eine doppelte Absicherung verhindert wurde. Obendrein wurde die Wahlkaution auf zwei Millionen Dollar erhöht und der Prozentsatz der nachweislich gefälschten Unterschriften wurde von 25% auf höchstens 5% herabgesetzt, was es den staatlichen Behörden erneut leichter machte bestimmte Parteien oder Kandidaten aus den Wahlen zu drängen. (vgl. Azarova, in: Meyer 2007: 248ff.)

Außerdem wurde die Begrenzung der Anzahl der fliegenden Wahlurnen aufgehoben. Diese Urnen waren bisher die Hauptquelle für Manipulationen bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen, da sie außerhalb von Wahllokalen - somit ohne Beobachter - gefüllt

werden konnten. (vgl. Poltkowskaja 2007: 363f.) Gesellschaftliche Organisationen konnten zudem keine Wahlbeobachter mehr entsenden, und eine Untersuchung der Wahlen in den Wahlstationen war jetzt nur Beobachtern von an den Wahlen teilnehmenden Parteien möglich - somit keinen unabhängigen Kandidaten. Welche internationalen Wahlbeobachter zugelassen werden, wurde nun von der Präsidentialadministration entschieden. Nur durch deren Einladung dürfen diese ihrer Arbeit nachgehen. Wie im Kapitel über die Medienpolitik bereits angeführt, gab es nun auch jene Regelung durch welche Medien strafrechtlich belangt werden können, wenn diese falsche oder fehlerhafte Informationen während einer Wahlkampagne bringen. (Sakwa 2008b: 166f.)

Durch dieses Gesetz wurden aber auch die Parteien dadurch eingeschränkt, dass an einer Wahl teilnehmende Parteien die von den TV-Stationen zur Verfügung gestellte Sendezeit nicht für Propaganda verwenden sollen. Verhindert werden soll: 1) gegen das Wählen bestimmter Parteien aufzurufen; 2) bei einem Einzug einer Partei oder gewisser Kandidaten in das Parlament mögliche daraus resultierende negative Folgen darzustellen; 3) gezielt Parteien oder Kandidaten negativ darzustellen; 4) durch gestreute Informationen bei Wählern negative Einstellungen bezüglich bestimmter Parteien oder Kandidaten hervorzurufen. (vgl. Saari 2010: 104f.) Davon war auch Einiges Russland betroffen, aber mittlerweile waren wohl der Schutz der eigenen Partei und deren Politik wichtiger als Attacken gegen die anderen Parteien. Ohnehin würde dies von den staatlichen Medien übernommen werden, unabhängig von der Sendezeit für Einiges Russland selbst. Notwendig waren harte Diffamierungskampagnen in dem stark regulierten und Kontrollierten politischen Umfeld ohnehin nicht mehr. Dennoch zeigte diese generelle Abschirmung vor Kritik von der Opposition, dass das Regime sich durch erhebliche Eingriffe in das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit weiter abgeschottet hat. Von den Wahlen als Konfrontation zwischen verschiedenen Positionen konnte nun kaum noch gesprochen werden.

Im Juli 2006 wurde dann die Wahloption „Gegen alle“ abgeschafft, obwohl der Verfassungsgerichtshof zuvor eine gegensätzliche Entscheidung dazu abgegeben hatte. Jedoch riet 2003 sogar die OSZE dazu, diese Option zu beseitigen, aber alle Oppositionsparteien beklagten diese weitere Reduzierung der Wahlmöglichkeiten. (vgl. Sakwa 2008b: 168 / Sakwa 2008a: 121) Mit bis zu 20% „Gegen alle“ in den Regionen und einem knappen theoretischen Einzug bei den Dumwahlen 2003 wurde diese Wahlmöglichkeit für das Regime mehr und mehr zu einem sichtbaren Zeichen der Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit. Diese Wähler sollten in den Augen des Kremls wohl eher zu Hause bleiben, als dieses Zeichen zu setzen.

Im November 2006 wurde dann auch die Mindestwahlbeteiligung auf allen Ebenen beseitigt (50% auf nationaler, 25% auf regionaler und 20% auf lokaler Ebene). Es war offensichtlich ein weiteres Element der Machtabersicherung, um sich gegen die wachsende Passivität der Bevölkerung zu rüsten, schadete jedoch der Legitimität der Wahlen. Für den Kreml galt die in den Regionen oftmals sehr geringe Wahlbeteiligung als ein Zeichen des Protests der Bevölkerung. (vgl. Sakwa 2008b: 168) Damals wurden zudem Pläne ausgearbeitet, um Wahlen für Bürgermeister in den Hauptstädten der Regionen abzuschaffen, was im Laufe der Jahre teilweise umgesetzt wurde. „In an attempt to strengthen the 'power vertical', the ruling party eliminated direct mayoral elections in around 20 regional capitals during the last year alone [2010, Anm.]” (Petrov: 2011)

Fazit: Die Parteien waren unter Putin durch vermehrte Regulierungen und die sich dadurch öffnenden Möglichkeiten der administrativen Willkür immer mehr von staatlichen Behörden wie der Zentralen Wahlkommission oder der Registrierungsbehörde abhängig, die ihrerseits unter dem Einfluss des Kremls standen. „Die Mitglieder der Wahlkommission sind mehrheitlich Personen, die auf die eine oder andere Weise von der Verwaltung abhängig sind. Obwohl das Gesetz die Unabhängigkeit der Wahlkommissionen von der Exekutive deklariert, sind die Kommissionen real stark von dieser abhängig und in vielen Fällen schlichtweg ein Anhängsel der Exekutive.“ (Ljubarew, in: Russland-Analysen Nr. 227, 21.10.2011: 10)

Putins Reformen haben dabei geholfen, dem instabilen und sich ständig ändernden Parteiensystem eine gewisse Stabilität zu verleihen, aber durch die Dominanz der hauptsächlich als Instrument der Machthaber dienenden Kremlpartei sowie aufgrund des Fehlens einer genuinen Opposition in der Duma durch die immer stärkere Einschränkung des politischen Wettbewerbs, überwogen die negativen Aspekte der Reformen deutlich. Die somit unter Putin stattfindende formelle Konsolidierung und Stabilisierung des Parteiensystems (weniger, dafür russlandweite Parteien) war Folge der künstlichen Eingriffe des Kremls anstatt eines natürlichen Ausleseprozesses durch einen genuinen Wettbewerb und die offene Konkurrenz zwischen verschiedenen Ideologien und Programmen. Der durch die stets strikter gefassten Bestimmungen für die Entstehung und Registrierung von Parteien enger werdende Spielraum für Oppositionsparteien, spiegelte die Interessen des Kremls wieder, während in der Duma Einiges Russland und die anderen Loyalen Parteien nur noch einer geschwächten kommunistischen Parteien als echte Opposition gegenüberstanden. (vgl. Azarova, in: Meyer 2007: 247ff.)

4.8) Das Parteiensystem

Begründet wurden die eben erwähnten Reformmaßnahmen unter anderem damit, dass diese zu einer Stärkung des Parteiensystems führen sollten. Dies kann mit Sicherheit für Einiges Russland eingewandt werden, nicht jedoch für die demokratische Opposition, welche mit der Zeit immer geringere Chancen hatte, in die Duma einzuziehen. Für Richard Sakwa blieb die Rolle der Parteien im politischen System zudem weiterhin unklar, da Parteien weiterhin nicht die Regierung bildeten, deren Personal somit nicht der Elitenrekrutierung diene und dadurch auch der Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen durch die Parteien kaum nachgegangen werden konnte. (vgl. Sakwa 2008a: 103)

Andrej Meleshevich sah das Parteiensystem unter Putin ähnlich negativ wie jenes unter Jelzin: 1) Die Wählerströme blieben zwischen den Wahlen - jedoch mit abnehmender Tendenz - ziemlich instabil; 2) kurz vor den Wahlen gegründete Parteien verdrängten angestammte Parteien aus der Duma - 1999 gingen 45% und 2003 46% an kurz zuvor gegründete Parteien bzw. Wahlkoalitionen (etwa OVR, Einheit oder Heimat/Rodina); 3) die Rolle der Parteien als Rekrutierungsquelle für hohe Staatsämter war weiterhin gering, da unter Putin die Tradition der Expertenkabinette fortgesetzt wurde; 4) administrative Parteien und Wahlkoalitionen ohne klar regulierte Mitgliedschaft dominierten das politische Feld - anstatt reine und in der Gesellschaft verankerte Mitgliederparteien; 5) der geringe Anreiz einer Parteimitgliedschaft, da bei Wahlen oft parteilose Kandidaten auf die Listen gesetzt wurden - neben den administrativen Parteien galt dies etwa auch für die KPRF, welche 2003 etwa ein Viertel deren Liste für Businessleute außerhalb der Partei reservierte. (vgl. Meleshevich 2007: 44 & 103ff.)

Aber auch die unter Putin weiter ausgebaut Dominanz des Präsidenten schwächte die Parteien, da der politische Wettbewerb sich hauptsächlich auf diesen fokussierte. Die Arbeit der Parteien war dadurch sowie aufgrund des schwachen Parlaments von geringerer Bedeutung. In den Regionen war die Stellung der Parteien vor den Parteien- und Wahlrechtsreformen oft noch geringer. Auch gab es nur wenige „echte“ Parteien mit klarer Programmatik – etwa die KPRF und Jabloko. Neben den administrativen Parteien gab es auch auf Führungspersonlichkeiten ausgerichtete Protoparteien, welche nicht als Organisationen der Interessensartikulation zwischen Staat und Gesellschaft fungierten, sondern eigenen Interessen nachgingen. Dazu kamen die Schwäche potenziell ernsthafter Oppositionsparteien und der Druck des Kremls auf diese. (vgl. Luchterhandt, in: Mangott 2002b: 43f.)

Parteien repräsentierten kaum soziale oder wirtschaftliche Interessenslagen innerhalb der Bevölkerung und konnten so ihre klassische Rolle als Transmissionsriemen zwischen Staat

und Gesellschaft nicht ausüben. Für Richard Sakwa waren sie eher Mittel zur Kommunikation innerhalb der Elite, da Putin vor allem nicht die notwendige Autonomie von Parlament und Parteien herstellen konnte. (vgl. Sakwa 2008b: 466). Gabriele Gorzka sah dies ähnlich, denn für sie waren russische Parteien „bislang Instrumente zur Durchsetzung von Machtgruppen und ihrer Interessen.“ (Gorzka, in: Gorzka & Schulze 2004: 11) Alexander Kynew erklärte diesen Umstand so, dass sich durch die Aussichtslosigkeit der Parteien bezüglich der Durchsetzung der eigenen Programme der Wettbewerb weg von diesen Programmen und hin zu Parlamentsposten und Mandaten gewandelt hat, während die eigentliche ideologische Auseinandersetzung zur Imitation verkommen ist. Dies wiederum nährte das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Parteien weiter. (vgl. Kynew, in: Russland-Analysen Nr. 227, 21.10.2011: 4)

a) Die „Parteien der Macht“: Die bis dato erfolgreichste Partei aus diesem Segment - bezüglich der Wahlergebnisse oder der hegemonielle Stellung in den Regionen - ist Einiges Russland. Die Partei entstand Ende 2001 aus der Fusion der Konkurrenten der Wahlen 1999 – Einheit und OVR. Petra Stykow bezeichnete sie als hybride Programm-Projekt-Partei zur Sicherung neopatrimonialer klientelistischer Beziehungen. Die typische Rückkoppelungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft kann eine solche Partei nur sehr bedingt wahrnehmen, und so sollte sie für Putin vor allem breite Unterstützung in der Gesellschaft sammeln, was durch die bewusst vage gehaltene Programmatik erreicht wurde, da so ein weites Spektrum der Bevölkerung angesprochen werden konnte. (vgl. Stykow 2006: 226) „Programmatisch folgen alle diese Parteien der amorphen Ideologie des 'Zentrismus', welche die patriotische Sammlung um den Präsidenten als Garant des Staates, die kulturell-zivilisatorische Spezifik Russlands und die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Konsensbildung betont.“ (Stykow, in: Russland-Analysen Nr.115, 27.10.2006: 3) Die Interessensartikulation bestimmter Bevölkerungssteile ist somit nicht die zentrale Funktion dieser Partei, sondern vielmehr „die Repräsentation und Legitimation der Staatsmacht im parteipolitisch-parlamentarischen Raum“, sowie die Funktion als politisches Einflussinstrument für die Exekutive. (ebd. 228)

Bereits der Name der Partei sollte die neue unter Putin hergestellte Einigkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft andeuten, durch welche gemeinsam - unter Führung Putins - die Stärkung des Staates im Sinne von Patriotismus und Nationalismus erreicht werden sollte. Jedoch kam Einiges Russland fast gänzlich ohne Ideologie aus und Putin weigerte, sich trotz seiner Spitzenkandidatur bei den Wahlen 2007, ihr beizutreten. (vgl. Stykow 2006: 227f.) Dennoch trat Putin damals auf dem Gründungsparteitag der Partei auf. In seiner Rede stellte

er deren Bildung als die Repräsentation gesellschaftlicher Vereinigungsprozesse dar und nannte sie die künftige Mehrheitspartei, welche das Ende der Phase der radikalisierten Politik beenden würde, in welcher die Durchsetzung egoistischer Einzelinteressen dominierte. Diese Politik habe das staatliche System geschwächt. (vgl. Stykow, in: Russland-Analysen Nr.115, 27.10.2006: 3) Putin beschwor somit einen in der Gesellschaft verankerten Konsens und sprach von der Notwendigkeit einer gezügelten politischen Konkurrenz.

Die andere Seite der Symbolik des Parteinamens ist jene, dass nicht nur eine Einheit geschaffen wird, sondern auch eine Exklusion jener impliziert ist, welche sich gegen ein einiges Russland stellen. Werden die Staatsinteressen vom Regime selbst definiert und werden nur diese als legitim angesehen, kommt es in autoritären Systemen bzw. defekten Demokratien zur Unterdrückung der „anderen“ oder „falschen“ Interessen der Opposition, welchen ein staatsgefährdenden Charakter angehängt wird. (vgl. Stykow 2006: 249)

Einiges Russland hat die KPRF längst als größte Mitgliedspartei abgelöst und weit überflügelt. Im März 2006 wurden eine Millionen Mitglieder verkündet und als Putin mit Ausscheiden aus dem Präsidentenamt die Parteiführung von Boris Gryslow übernahm, zählte die Partei bereits fast zwei Millionen Mitglieder. Die KPRF hatte zu diesem Zeitpunkt nur noch 180.000 Mitglieder. Mit der wachsenden Bedeutung der Partei traten immer mehr regionale Exekutivchefs bei, darunter auch Gouverneure die ursprünglich von der KPRF kamen. Ende 2006 waren bereits 65 Gouverneure Mitglieder von Einiges Russland, in ebensovielen Regionen stellte die Partei die Mehrheit. (vgl. Sakwa 2008a: 106f.) Vor allem seit die Gouverneure seit 2005 vom Präsident ernannt wurden, war ein Beitritt zu dieser Partei durchaus ratsam, weshalb Einiges Russland in den Regionen immer dominanter wurde. Die Entstehung unabhängiger Machtzentren wurde dadurch weiter erschwert. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 107)

Diese Dominanz in den Regionen war weniger mit Sicht auf die regionalen Wahlergebnisse zu erkennen, sondern vor allem mit Blick auf die Stärke der jeweiligen Parlamentsfraktionen. Ende 2010 war ersichtlich, „dass die Fraktionen der Partei 'Einiges Russland' in allen Regionalparlamenten außer dem von Sankt Petersburg die Mehrheit der Abgeordneten stellen. Damit dominiert diese Partei trotz ihrer nicht immer beeindruckenden Listenergebnisse mit nur einer Ausnahme alle regionalen Legislativen Russlands.“ (Chepikova, in: Russland-Analysen Nr.211, 03.12.2010: 14) Nur in 21 Regionen hatte die Partei zu dieser Zeit weniger als zwei Drittel der Stimmen und in 37 Regionen sogar über drei Viertel. In 62 Regionen lag die Gesetzgebung damit allein in den Händen dieser Partei. (vgl. Ebd. 14) Jedoch setzte mit dem Anwachsen der Partei ein Trend ein, welcher dazu führte, dass sich durch die Strategie

der Aufnahme all jener Politiker, welche bei vorherigen Wahlen - mitunter für andere Parteien - erfolgreich waren, die Zusammensetzung stets heterogener gestaltete. Alexander Kynew sah in den Regionen „Parteien in den Parteien“ entstehen während sich in der Dumafraktion verschiedene Unterfraktionen herausbildeten. Die mitunter in Konflikt stehenden Interessensgruppen führten zu offenen Konflikten unter den Mitgliedern. Die her-gestellte Dominanz von Einiges Russland konnte somit nicht die Konflikte der Fraktionen entlang der Regionen beseitigen. (vgl. Kynew, in: Russland-Analysen Nr. 229, 18.11.2011: 6f.)

Thomas Remington definierte Einiges Russland nicht als Programmpartei, sondern als Mechanismus, um für die eigenen Mitglieder Renten zu extrahieren bzw. um Patronage für ihre Anhänger bieten zu können. „United Russia, using its enormous majority in parliament, gave the president unchecked power to control the state, but in return received the right to use its power over regulatory and distributive legislation to reward its supporters and ensure its perpetuation in power.“ (Remington 2008: 985)

Einiges Russland konnte jedoch nicht als Regierungspartei bezeichnet werden, da die Regierung weiterhin nicht aus der Mehrheitspartei geformt wurde. Parteimitgliedschaft wurde jedoch vor allem für eine politische oder bürokratische Karriere wichtig. Deshalb stand die Wählerbasis vor allem „für den gesellschaftlichen Status quo, für Sicherheit, und bestenfalls für inkrementale Reformschritte“, mit dem einzig klaren Ziel „die Teilhabe an der Macht zu sichern und zu verteidigen.“ (Schulze, in: Gorzka & Schulze 2004: 148) Richard Sakwa nannte Einiges Russland somit keine „*party in power*“, sondern eine „*party of power*“. Wladislaw Surkow, welcher die Partei in der Präsidentialadministration konzipiert hatte, warnte Einiges Russland jedoch mit Blick auf Putins mögliches Ausscheiden aus der Politik nach dessen Abtritt als Präsident davor, nicht zu einer dominanten Regimepartei zu werden. Auch Putin stand einer solchen Entwicklung ambivalent gegenüber, denn beiden war die bisher geringe Lebensdauer dieses Parteitypus bekannt. Diese hing sehr vom Verbleib des Führungspersonals in hohen Staatsämtern ab. Deshalb, so der Plan, sollte sie sich in eine voll entwickelte Programmpartei wandeln – gerade auch um für die nächsten zehn bis 15 Jahre die zentrale Partei zu bleiben. (vgl. Sakwa 2008b: 148f.)

Jedoch sollte die Partei keine zu eigenständige und monopolistische Machtpartei werden. Deshalb wurde im Oktober 2006, von den Silowiki in der Präsidentialadministration, eine zweite Partei, Gerechtes Russland, als link-zentristisches Gegenstück zu Einiges Russland initiiert. Sie entstand aus dem Zusammenschluss von Rodina, der „Russischen Partei des Lebens“ sowie der „Partei der Pensionäre“ - 2007 und 2008 schlossen sich drei weitere kleine Parteien an - und wurde vom Vorsitzenden des Föderationsrates, Sergei Mironow, angeführt. Dieser

kündigte nach der Parteigründung seine grundsätzliche Unterstützung für Putins an. Gerechtes Russland sollte den Kommunisten, aber auch der LDPR linke und nationalistische Wähler abspenstig machen. Diese Zielsetzung gab es bereits zuvor, als kurz vor den Wahlen 2003 mit Rodina ein vom Kreml forciertes links-nationalistisches und eher loses Wahlbündnis geschaffen worden war. Gerechtes Russland konnte jedoch nicht den Platz der zweitstärksten Partei hinter Einiges Russland einnehmen. Diese blieb die KPRF bei den Dumawahlen 2007 sowie bei den meisten Regionalwahlen, obwohl Gerechtes Russland mit über 400.00 Mitgliedern mehr als dreimal so viele Mitglieder wie die KPRF hatte. Im Mai 2007 schlug Mironow sogar die Vereinigung seiner Partei mit der KPRF vor, doch die KPRF verweigerte sich diesem Plan. (Chapman: 2009)

Laut Petra Stykow entstand schon bald vielmehr eine gewisse intraelitäre Konkurrenz zwischen den administrativen Parteien selbst. Sie bezeichnete Gerechtes Russland als attraktiv für jene Mitglieder von Einiges Russland, welche Putins Politik zwar unterstützten, in der riesigen Partei jedoch unzufrieden waren und sich in der neuen Partei durch einen geringeren Wettbewerb eher einen Listenplatz erwarteten. Die zwei Parteien konkurrierten demnach um personelle und administrative Ressourcen, wobei die Dynamik der Konkurrenz sich verselbstständigen könnte, da die Partei eigene ambitionierte Politiker und Netzwerke mit eigenen Interessen hat. Diese Entwicklung zeigte sich später unter Dmitri Medwedew, als Gerechtes Russland ein verstärkt oppositionelles Auftreten an den Tag legte. (vgl. Stykow, in: Russland-Analysen Nr.127, 23.02.2007: 4f.)

Gerechtes Russland hatte es schwer, sich als halbwegs gleichberechtigte Partei neben Einiges Russland zu positionieren, da Putin die Partei eher ignorierte, während er Einiges Russland die Unterstützung aussprach und bei den Wahlen 2007 die Partei als Spitzenkandidat anführte. „[Die] Ausstrahlungs- und Mobilisierungskraft [der Partei] hängt nahezu vollständig vom Wohlwollen des Präsidenten ab“, weshalb dessen Unterstützungserklärung einen notwendigen Mobilisierungsschub für die Wähler brachte. (Schulze, in: Gorzka & Schulze 2004: 148) Gerechtes Russland konnte davon jedoch nicht profitieren und brachte sie zudem in die schwierige Lage zwischen Unterstützung für Putin und Wettbewerb mit Einiges Russland. Bei den Regionalwahlen im März 2007 wurde die Partei dann sogar gezielt durch den Kreml geschwächt, da sie versucht hatte, populäre Politiker für sich zu gewinnen. Von Seiten des Kremls wurde Druck ausgeübt, um dies zu verhindern. Zudem wurden starke Kandidaten von den Regionallisten von Gerechtes Russland gestrichen. Einige regionale Politiker, die der Partei bereits beigetreten waren setzten sich dann von ihr ab. (vgl. Gelman, Russland-Analysen Nr.149, 16.11.2007: 3f.)

Kurz soll auch das Phänomen der als Jugendvorfeldorganisation von Einiges Russland zu wertenden Bewegung „Naschi“ (die Unsrigen) angesprochen werden. Deren Entstehen im März 2005 war ebenfalls vom Kreml initiiert - Wladislaw Surkow hat sie in der Präsidentialadministration aufgebaut -, und wie die Partei stand auch Naschi absolut loyal zu Putin. In ihrem Programm schrieb sie sich als demokratische, antifaschistische und antioligarchische Bewegung fest, wobei Oligarchen, Nazis, Antisemiten und Liberale als „vaterlandsfeindliche Koalition“ vermengt und auf eine Ebene gestellt wurden. Naschi war nur eine von mehreren regierungsfreundlichen Jugendbewegungen, welche unter Putin entstanden sind, doch sie war die erfolgreichste von ihnen. In drei Jahren wuchs die Mitgliederzahl auf 120.000 an, was angesichts einer politisch eher apathischen Jugend ziemlich viel war. (vgl. Heller, in: Russland-Analysen Nr.168, 11.7.2008: 2)

Wie Putins Reformen zur Stärkung der Zentralmacht oder der eingeengte Bewegungsraum für die Zivilgesellschaft, war auch die Gründung von Naschi eine direkte Reaktion auf die politischen Umwälzungen in der Ukraine, wo vor allem die jungen Ukrainer eine treibende Kraft waren. Das Aufkommen einer solchen Stimmung sollte in Russland unbedingt unterbunden werden. Ein kremlnaher Polittechnologe, welcher die Ideologie für Naschi mit ausgearbeitet hatte, erklärte die Notwendigkeit deren Gründung damit, dass Organisationen wie diese „[e]in sehr wirksames Mittel gegen die orangefarbene Pest sind.“ (Politkowskaja 2007: 432) Laut Ulrich Schmidt war das Kalkül des Kremls zudem, dass Naschi zur Keimzelle einer loyalen Grundstimmung in der Gesellschaft werden sollte, welche sich durch unkritischen Patriotismus und einer ebensolchen Befolgung des Regierungskurses auszeichnet. (vgl. Schmid, in: Osteuropa Heft 5/2006: 18)

Wie schon bei Einiges Russland suggeriert auch hier der Name, dass jeder der nicht für „uns“ ist gegen Russland steht. Darunter fallen vor allem jene, die wie in der Ukraine ein westliches Demokratiemodell einführen wollen – dies jedoch, so der Kreml, würde von diesen Akteuren zur bewussten Schwächung Russlands führen. Die offiziellen Kundgebungen der Organisation beschrieb Anna Politkowskaja als aggressiv und böse. Von der Präsidentialadministration wären zudem vorbestrafte und gewaltbereite Fußballfans bereitgestellt worden, um etwa Mitglieder der Nationalbolschewisten zu verprügeln und einzuschüchtern, wobei keine Verfahren gegen die Schläger eingeleitet wurden. (vgl. Politkowskaja 2007: 326f. & 414)

Vom Kreml wurden Naschi einerseits ausreichend Geldmittel zur Verfügung gestellt, aber auch staatliche Unternehmen wie Gazprom wurden zur Finanzierung Naschis ermutigt. Immer wieder wurde der Kontakt zwischen Naschi und der politischen Elite gesucht und aufbereitet. Es gab jährliche Sommerlager, auf denen Polittechnologien des Kremls oder

höchste Regierungsmitglieder auftauchten und Vorträge hielten. Auch mit Putin selbst gab es einige Treffen. So etwa im Sommer 2005 als er 20 sogenannte Kommissare von Naschi in seiner Datscha empfing. Im Mai 2006 lud er zu einem Treffen ein, wo er Vertretern der Gruppe nahelegte sich für eine „vom Patriotismus durchtränkte Zivilgesellschaft“ einzusetzen. (Mommsen & Nußberger 2007: 62)

Die Langlebigkeit und die Möglichkeit der Aufrechterhaltung solcher Organisationen als weitere künstliche Legitimitätsstützen waren jedoch fraglich. Schon frühere Jugendorganisationen verschwanden recht schnell, und auch die administrativen Parteien hielten sich bisher zum größten Teil nur eine recht kurze Zeit. Den Grund dafür sahen Mommsen und Nußberger darin, dass es keine dieser administrativen Kreationen schaffte „die erforderliche politische Legitimität und Stabilität“ für das politische System herzustellen. (Mommsen & Nußberger 2007: 63)

Zudem war Naschi vor allem eine spontane Reaktion auf einen konkreten Anlassfall – die Umwälzung in der Ukraine. Für Regina Heller war mit 2008, bedingt durch die in der russischen Elite reduzierte Panik vor einem Übergreifen der revolutionären Umstürze – vor allem nach den erfolgreichen Wahlen 2007 und 2008 –, sichtbar, dass Naschi in ihrem Handlungspotenzial bewusst eingeschränkt wurde. Das Regime war stabil und so konnte man die oft aggressiv auftretende Organisation an die kürzere Leine nehmen, indem etwa striktere Kontrollen bei der Zuweisung finanzieller Mittel eingeführt wurden. (vgl. Heller, in: Russland-Analysen Nr.168, 11.7.2008: 4)

b) Die vorgetäuschte Opposition: Die seit 1993 stets in der Duma vertretenen LDPR, welche weiterhin auf deren Führungsperson, Wladimir Schirinowski, zugeschnitten war, spielte für den Kreml eine Art Blitzableiter für den Frust in der Bevölkerung und sollte so die Proteststimmen auffangen. Diese Stimmen wurden so der echten Opposition entzogen, was deshalb auch regimestabilisierend wirkte, da die Partei bei den wichtigen Abstimmungen immer auf Seiten der Regierung stand. Vom Kreml gab es daher wohl Interesse an deren fortgesetzter Präsenz in der Duma. (vgl. Mangott 2009: 119f.) Daneben gab es solche „Täuschungsprojekte“ des Kremls auch, um die liberale Opposition zu spalten bzw. um den Wählern eine liberalere - letztendlich jedoch regimetreue - Auswahl zu bieten. Galina Michaleva sah vor den Wahlen 2007 einige solcher kleinere Parteien gegeben: die „Demokratischen Partei Russlands“, „Bürgerkraft“, „Zivile Kraft“ und die „Patrioten Russlands“. (vgl. Michaleva, in: Russland-Analysen Nr.145, 19.10.2007: 11)

c) Die „echte“ Opposition: Hier sind, wie schon für die Neunziger, vor allem die KPRF, Jabloko und SPS zu nennen. Diese Parteien, so Michaleva, besaßen „eine ideologische

Grundlage, eine reale Mitgliederbasis und eine starke Stammwählerschaft". (vgl. ebd. 11) Die Probleme der beiden liberalen Parteien vergrößerten sich jedoch seit 2000; teils aus eigenem Verschulden und zum Teil durch den immer enger werdenden Spielraum, welcher ihnen vom Regime gegeben wurde. Der SPS schadete vor allem ihre fünfköpfige Führungsriege. Darunter, aus dem eher Putinloyalen Lager, Anatoli Tschubais und, als schärfere Kritiker, Boris Nemtsov oder Irina Chakamada. Lilia Shevtsova nannte Tschubais den inoffiziellen Führer der Partei, welcher sich jedoch durch seinen langjährigen Posten als Vorsitzender der halbstaatlichen Elektrizitätsmonopolisten zwangsweise im Griff des Kremls befand. Als zentrale Figur der Privatisierungen in den Neunzigern war seine Beliebtheit unter den Russen jedoch relativ gering. Die loyale Stellung der Partei dem Regime gegenüber wurde für sie dann erneut sichtbar, als SPS bei den Regionalwahlen 2006 und 2007 eine ansonsten nicht garantierte konstante Medienberichterstattung erhielt. (vgl. Shevtsova 2007: 115f.)

Für die Wähler klangen die Namen dieser Oligarchen und Ökonomen zu sehr nach den Neunzigern und verbanden sie daher mit den wenig geliebten Marktreformen. Zudem wurde die parteitaktische Nähe zu Putin bei den Wahlen 1999 von vielen liberalen Wählern nicht akzeptiert. 2003 konnten nur noch ein paar Mandate über Einzelwahlkreise gerettet werden. Jabloko erging es ähnlich und nach den Wahlen 2007 waren liberale Parteien auf ein paar Regionen und dort auf die größeren Städte beschränkt. Im Dezember 2005 gelang dann bei den Regionalwahlen in Moskau der letzte Wahlerfolg für Jabloko, jedoch in einem Wahlbündnis mit SPS. Die Möglichkeit ein Bündnis zu schließen wurde etwas später durch eine Reform jedoch beendet, eine generelle Vereinigung der Kräfte scheiterte auf beiden Seiten am Führungspersonal und aufgrund inhaltlicher Konflikte. Die liberalen Parteien scheiterten unter anderem auch daran, dass sie nur wenige Hochburgen vorzuweisen hatten und kaum in ländlichere Gegenden vorgedrungen sind. (vgl. Mangott 2009: 124) Dort, wo diese Parteien potenziell Erfolge haben hätten können, griff das Regime lenkend ein. Im Oktober 2006 wurde Jabloko bei den Wahlen in Karelien wegen Bedenken gegen das Statut ausgeschlossen, obwohl dieses immerhin beim Justizministerium angemeldet wurde. Das Oberste Gericht hat diese Entscheidung jedoch bestätigt. (vgl. Michaleva, in: Russland-Analysen Nr. 115, 27.10.2006: 13) Bei den Regionalwahlen im März 2007 wurden die Jabloko-Kandidaten in St. Petersburg von den Wahlzetteln gestrichen, es wäre hier die aussichtsreichste Wahl für die Partei gewesen. (vgl. Lucas 2008: 116) Im Gegensatz zu Tschubais übten die zwei Führungsfiguren von Jabloko stets scharfe Kritik an Putins Regime, welches sie etwa als „brutales autoritäres System" bezeichneten. (Fleischmann 2010: 70)

SPS löste sich im Oktober 2008 auf und ging mit zwei anderen kleinen Parteien zu einer neuen, jedoch kremloyalen liberalen Partei zusammen (Rechte Sache). Von der alten Führungsriege wechselte jedoch nur Tschubais herüber. Garri Kasparow bezeichnete sie als scheinliberale Partei unter der Duldung Putins. (vgl. Mangott 2009: 126) Leonid Gosman, welcher zwei Monate vor der Selbstauflösung von SPS deren Vorsitzender wurde, sagte, es sei „unter dem bestehenden totalitären Regime unmöglich, eine Partei zu gründen ohne mit der Obrigkeit zu kooperieren.“ (Orttung, in: Russland-Analysen Nr.172, 31.10.2008: 10)

Andere liberale Parteien konnten nicht in die Fußstapfen von Jabloko oder SPS treten, welche zumindest 1999 passable Wahlergebnisse erzielen konnten und in der Duma vertreten waren. Im April 2005 trat etwa Wladimir Ryschkow der Republikanischen Partei als deren neuer Vorsitzender bei, aber im März 2007 wurde die Partei aufgrund angeblicher nicht eingehaltener Mindeststandards aufgelöst und konnte somit nicht an den Wahlen 2007 teilnehmen. Für eine etwaige Erholung der liberalen Kräfte sah Gerhard Mangott zu Beginn von Medwedews Amtszeit, aufgrund der kaum zur Verfügung stehenden und weniger werdenden finanziellen Mittel, keine gute Aussichten. Seit 2003 gab es unter einem Stimmenanteil von 3% kein Geld aus der Staatskasse mehr und kostenlose Werbung gab es nun nur für Parteien über 2% - Jabloko und SPS lagen seit 2007 jeweils bei etwa 1%. Zudem hat die Lust der Wirtschaftsakteure nachgelassen, sich mit der finanziellen Unterstützung liberaler Parteien unbeliebt zu machen. (vgl. Mangott 2009: 125f.)

Auch wiederholte Bündnisse verschiedenster oppositioneller Gruppierungen als potenzielles Gegengewicht zur Dominanz der Kremlparteien scheiterten und kamen nicht wirklich vom Fleck. Garri Kasparow war führend an der losen Koalition „Andere Russland“ beteiligt. Sie entstand im Juli 2006 und beherbergte sehr heterogene Gruppen wie etwa Kasparows „Vereinigte Bürgerfront“ (diese trat bereits 2007 wieder aus), die linksnationalistischen Nationalbolschewisten, die „Volksdemokratische Union“ des ehemaligen Premiers Kasjanow, oder die marxistische „Rote Jugendavantgarde“. Genau diese extreme Heterogenität der Gruppen musste jedoch zu deren Scheitern beitragen. 2007 gab es von ihnen unter dem Namen „Märsche der Andersdenkenden“ Demonstrationen, die jedoch von der Polizei jedoch mitunter brutal aufgelöst wurden. Auch die Ziele gemeinsam bei den Wahlen 2007 und 2008 anzutreten bzw. einen Kandidaten aufzustellen wurden nicht erreicht. (vgl. Mangott 2009: 128)

Bereits das erste große Treffen des Anderen Russland im Rahmen des G8-Gipfels in St. Petersburg im Sommer 2006 zeigte die Schwierigkeiten, unter den stark divergierenden oppositionellen Kräften eine gemeinsame Front zu bilden, denn in letzter Minuten sprangen

die Kommunisten und einige kleinere demokratische Parteien ab. Dennoch handelte der Kreml, um diese nicht genehmigte Opposition zu bekämpfen - vor allem da zu dem Treffen vom Anderen Russland Vertreter der westlichen Regierungen eingeladen wurden, was Putin alles andere als gutheißen konnte, da vereinte Kritik von westlichen Regierungen mit russischen NGOs für den Kreml eine rote Linie darstellte. Die Führer des Bündnisses wurden im Mai 2007 von der Anreise zum EU-Russland-Gipfel in Samara abgehalten. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 182f.) Vor den Dumawahlen im Dezember 2008 gingen in Moskau und St. Petersburg Mitglieder der Gruppierung auf die Straße, dabei wurden einige ihrer Politiker kurzfristig festgenommen – darunter Kasparow und Boris Nemzow.

4.9) Duma- und Präsidentenwahlen

Angesichts der Reformen im Bereich des Parteien und der Wahlgesetze sollen im Folgenden die Parlaments- und Präsidentenwahlen zwischen 2000 und 2008 analysiert werden. Dabei ist eine Verminderung der Demokratiequalität der Wahlen festzustellen, indem durch Exklusion ungewollter Parteien die Opposition zum Kreml einen stets aussichtsloseren Kampf führte. Zudem nahm der Gebrauch administrativer Ressourcen durch den Kreml zu, womit Einiges Russland bzw. Putin bei den jeweiligen Wahlen, mit teils gravierenden Fälschungen und Manipulationen, ein Sieg garantiert wurde. Zumindest konnte man über die abgehaltenen Wahlen ein Mindestmaß an demokratiepolitischer Legitimität aufbauen und repräsentieren. Wahlen waren somit für das Regime weiterhin notwendig.

Mikhail Myagkov, Peter Ordeshook, und Dimitri Shakin kamen in ihrem Buch *“The Forensics of Election Fraud - Russia and Ukraine”* (2009) zu dem Urteil, dass das Ausmaß von Wahlbetrug unter Putin stark zugenommen hat. Die schmutzigsten Wahlen waren dabei 2004 sowie 2007 gegeben. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 25ff.) Ein deutliches Anzeichen für diese Zunahme ist die Anzahl der Republiksbezirke mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 90%. 2003 waren dies 14%, 2004 bereits 33% und 2007 schließlich 39% der Bezirke. In den Regionen waren die entsprechenden Anteile 0.4%, 3% und 2%. Die Autoren konnten in den Regionen generell für alle Wahlen von 1995 bis 2003 erwartbare Beteiligungen festmachen, während in zunehmend mehreren der ethnischen Republiken - beginnend bereits bei Jelzins Wiederwahl 1996 in Tatarstan oder Dagestan - künstlich nach oben geschraubte Zahlen von bis zu 100% Wahlbeteiligung und 100% der Stimmen für Einiges Russland festzustellen waren. Jedoch wendeten sie ein, dass einzelne Extremfälle nicht automatisch auf den Manipulationsgrad der gesamten Wahlen schließen lassen sollten,

da es in den Regionen weniger problematische Zahlen gab. (vgl. ebd. 84 / 126) Mit den Wahlen sollte unter anderem die Kompetenz und Loyalität der Regionalchefs getestet werden - jedoch nicht in demokratisch-legitimatorischer Hinsicht, sondern im Sinne des Machterhalts und des Status quo. Dies hat sich anscheinend verstärkt, seitdem die Regionalexekutiven seit 2005 nicht mehr gewählt wurden, sondern vom Präsidenten ernannt werden. „[T]he Kremlin almost certainly sees elections as a way of monitoring and controlling regional bosses, elites and bureaucrats.” (ebd. 136)

Eine Ursache für die großen Defekte im Teilregime der Wahlen, war die fehlende Unabhängigkeit der Zentralen Wahlkommission vom Kreml. Vor allem deren Bestellvorgang ist problematisch. Sie besteht aus 15 Mitgliedern, wobei jeweils fünf vom Präsidenten, der Duma und dem Föderationsrat ernannt werden. Unter Putin waren aber Duma und Föderationsrat keine kritischen Institutionen mehr, womit der Einfluss des Kremls auf die gesamte Zusammensetzung sehr groß war. Neben der Registrierung von Kandidaten und Wahllisten kontrolliert die Kommission auch die Einhaltung der Wahlgesetzgebung, wobei wichtige Teile dieser sehr ungenau formuliert wurden und daher einen Interpretationsraum eröffneten. (vgl. Siegert, in: Russland-Analysen Nr.8, 5.12.2003: 3) Wladimir Tschurow, seit März 2007 Vorsitzender der Kommission, sagte im Angesicht der speziell in seiner Amtszeit ansteigenden Verstöße gegen die Prinzipien freier und fairer Wahlen, dass es keine ernsthaften Verletzungen der Wahlregeln gab. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 137) Für die zukünftigen Wahlen in Russland waren das keine guten Aussichten.

Generell konnte der zunehmende Einsatz von administrativen Ressourcen - die einseitige Nutzung staatlicher Mittel und Behörden zugunsten der Herrschenden - registriert werden. Diese wurden nicht nur eingesetzt, um die Regimepartei oder den Regimekandidaten zu unterstützen, sondern auch, um andere Kandidaten zu behindern bzw. gänzlich aus dem Rennen zu drängen. In einem Bericht von „Transparency International Russia“ aus 2004 wurden diese Ressourcen in sechs Kategorien geteilt: (vgl. Saari 2010: 98f.)

1) Zwangsmittel: der Einsatz diverser Kontrollbehörden sowie der Justiz und Geheimdienste. Diese sollen die Opposition einschüchtern, behindern oder gar beseitigen. Es gab aber auch Druck von Unternehmensbossen oder hochrangigen Bürokraten auf deren Angestellten, welche so deren Wahlverhalten beeinflussten. (vgl. Meyer, in: Meyer 2007: 99)

2) Regulative Maßnahmen: etwa Verweigerung der Registrierung.

3) Legislative Ressourcen: Verabschiedung von Gesetzen zur gezielten Absicherung des Regimes. Neben den Wahlen- und Parteiengesetzen waren das zum Beispiel auch die Finanzierungsregeln der Wahlkampagnen. Diese schätzte Aitalina Azarova so ein, dass jeder

ernstlich engagierter Kandidat die formellen Regulierungen offen oder verdeckt bricht. „These violations make virtually all candidates vulnerable to the selective use of sanctions by the authorities.” (Azarova, in: Meyer 2008: 258)

4) Institutionelle Ressourcen: Bereitstellung staatlicher Einrichtungen und notwendiger technischer Ausrüstung sowie Nutzung einflussreicher personeller Netzwerke.

5) Finanzielle Ressourcen: Nutzung staatlicher Finanzmittel für die eigene Wahlkampagne oder für den Kauf von Stimmen.

6) Medien: Staatliche Medien als Instrument der Exekutive.

4.9.1) Präsidentenwahlen 2000

Putin führte für die Wahlen im März 2000 keine richtige Wahlkampagne. Er veröffentlichte kein Programm, nahm an keinen Debatten mit anderen Kandidaten im Fernsehen teil und es wurden keine Wahlveranstaltungen organisiert. Er präsentierte sich bereits als Präsident, um sich so von den Gegenkandidaten abzuheben. In den loyalen Medien war Putin ohnehin ständig präsent und wurde als Retter der Nation dargestellt. So konnte das Fehlen offizieller Wahlkampfauftritte ausgeglichen werden. Putin profitierte auch davon, dass jeder ihm sehen konnte, was er wollte. „The relative uniformity of Putin's support across Russia reflected the success of his strategy of appealing to all classes, social forces and ends of the political spectrum.” (Sakwa 2008a: 34)

Im Februar 2000 sagte Putin ganz offen, dass die Veröffentlichung des Programms warten kann, da es ansonsten direkt von den politischen Gegnern auseinandergerissen würde. (vgl. Sakwa 2008a: 31) Diese antipolitische Haltung war auch Teil seiner Strategie der Entpolitisierung der Gesellschaft und des politischen Raums – im Gegensatz zu einem harten pluralistischen Wettbewerb zwischen politischen Ansichten, den Putin jedoch ablehnte. Seine erste Pressekonferenz gab Putin erst am Wahlabend. Dabei sagte er, dass er Wahlkampagnen für ein viel zu unehrliches Geschäft hält, da zu viel versprochen werden muss – was er selbst nie tun würde. (vgl. Sakwa 2008a: 34f.)

Trotz des sicheren Sieges für Putin gab es laut Gerhard Mangott zwei Unsicherheitsfaktoren. Zum einen musste man eine Wahlbeteiligung von mindestens 50% erreichen (es wurden 69%), wovon angesichts des scheinbar gesicherten Sieges Putins und des wenig spannenden Wahlkampfs nicht unbedingt ausgegangen werden konnte. Zum anderen sollte Putin die absolute Mehrheit gleich im ersten Wahlkampf gewinnen, um sich den Spielraum gegenüber dem Jelzin-Clan durch eine klare direkte Legitimation aus dem Volk zu vergrößern. (vgl. Mangott 2002a: 234)

Der Einsatz der administrativen Ressourcen und die Manipulationen wären angesichts von Putins Beliebtheit nicht zwingend nötig gewesen. Für Sinikukka Saari zeigte sich deshalb auch, dass Wahlbetrug eine bereits institutionalisierte Praktik in Russland war. Eine alternative Auswertung des Wahlergebnisses zeigte Putin bei einem hohen 40%-Wert anstatt bei den erreichten 52,9%. Durch die Manipulationen ersparte sich Putin anscheinend doch eine Stichwahl gegen den Kandidaten der KPRF – Gennadi Zjuganow. Dieser, wie auch die Kandidaten der LDPR und von Jabloko sprachen deshalb von Wahlbetrug. (vgl. Saari 2010: 94f.) Dafür, dass eine Stichwahl nur durch Wahlmanipulation verhindert werden konnte spricht auch, dass in der letzten Stunde vor Schließung der Wahllokale etwa 24 Millionen Stimmen abgegeben wurden, was nach David Kotz und Fred Weir ein nichtbewältigbarer Andrang gewesen wäre. (vgl. Kotz & Weir 2007: 275) Im Vergleich zu den Wahlen 1999 gab es 2000 außerdem plötzlich um die 1,3 Millionen Wähler mehr. Jeder 18-jährige Russe wird automatisch in das Wahlregister aufgenommen, somit wäre im Angesicht der düsteren demographischen Lage innerhalb weniger Monate ein riesiger Zuwachs notwendig gewesen. Die Zentrale Wahlkommission sprach ihrerseits von 550.000 zusätzlichen Neuwählern, weigerte sich aber die Protokolle zu veröffentlichen. (vgl. Fish 2005: 39f.)

Alleine die Republik Dagestan bot damals Anlass genug für eine Reklamation der Wahlen. Die unterste Ebene der Wahlkommission ist jene auf der Bezirksebene. Nach der Auszählung und dem Ausfüllen der Wahlprotokolle hätten die jeweiligen Ergebnisse laut Gesetz direkt öffentlich gemacht werden müssen. Als die Moscow Times die Protokolle von Dagestan einsehen wollte, wurden diese der Zeitung nur von 245 der 1.550 Wahlstationen zugänglich gemacht. Durch einen Vergleich dieses kleinen Teils mit dem offiziellen zusammenfassenden Protokoll der nächsthöheren Ebene der Wahlkommission, konnte die Zeitung feststellen, dass auf diesem Wege etwa 87.000 Stimmen für Putin hinzuaddiert wurden. Die Zentrale Wahlkommission und die zuständigen Gerichte erwiesen sich als wenig hilfreich bei der Aufklärung dieser Umstände. Generell wurden die Protokolle der etwa 95.000 Wahlbezirke zu oft nicht direkt veröffentlicht – obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben war. In Dagestan stieg zudem die Wahlbeteiligung innerhalb von zwei Stunden enorm an, was Steven Fish auf die allgemein angewandte Taktik der „Geisterwähler“ zurückführte. (vgl. Saari 2010: 95 / Fish 2005: 34ff.) Laut Vorsitzendem der „Kommission der Staatsduma zur Kontrolle der Wahlen“ lag die Wahlbeteiligung in der Hauptstadt von Dagestan bei 110%, wobei etwa 55.000 für Putin gefälschte Stimmen aufgetaucht seien. (vgl. Schneider 2001: 65)

Wie schon 1999 listeten die europäischen Organisationen zwar die Defizite des Wahlprozesses auf, sahen die Wahlen aber trotzdem als weiteres Zeichen der Konsolidierung

der Demokratie. Zumindest waren diese Urteile Ausdruck einer gewissen Hoffnung, und durch den Glauben an Putins positive Worte über Demokratie abgemildert. Der Europarat erkannte beim Wahlergebnis “the free will of the Russian people”, und die OSZE „a benchmark in the ongoing evolution [to a] representative democracy.” (Saari 2010: 96)

4.9.2) Dumawahlen 2003

Wie schon 1999 gab es auch bei den Wahlen im. Dezember 2003 erneut recht starke Wählerbewegungen zwischen den Parteien. Insgesamt traten 18 Parteien und 5 Wahlblöcke an. Für den Erfolg des Kremls war wichtig, dass es nun mit Einiges Russland nur eine administrative Partei gab, wodurch die föderalen und regionalen Eliten nicht wie 1999 zwischen Einheit und OVR gespalten waren. Jene Regionalpolitiker, welche vier Jahre zuvor OVR gegründet hatten, waren nun zuverlässige Anhänger der Putin-Partei. Zudem waren die zentralen russischen TV-Sender auf Linie des Kremls gebracht worden.

Einiges Russland erhielt zwar 37,5% der Stimmen, aber in absoluten Wählerstimmen waren es etwas weniger als 1999 für Einheit und OVR zusammen. Jedoch kam man mit den Kandidaten aus den Einzelwahlkreisen auf insgesamt 223 Sitze und somit knapp die Hälfte, da 23% der abgegebenen Stimmen an Parteien gingen, die nicht in die Duma einziehen konnten. Damit gab es für die etwa gleiche Anzahl an Stimmen mehr Sitze. (vgl. Meleshevich 2007: 190) In den nächsten Wochen konnten zudem insgesamt 64 der 70 in den Einzelwahlkreisen gewählten unabhängigen Abgeordneten für die eigene Fraktion gewonnen werden. Weiters konnten auch die Abgeordneten der kremlnahen Volkspartei Russlands und sogar einzelnen Kandidaten von SPS und Jabloko aufgesogen werden. Damit gab es, wie schon nach 1999, wieder eine beeindruckende Vergrößerung der Fraktion der Kremlpartei. Diesmal reichte es sogar für eine verfassungsändernde Mehrheit (mindestens 300 Sitze). (vgl. Ryschkow, in: Gorzka & Schulze 2004: 210)

Einiges Russland hatte kein wirkliches Programm, sondern warb mit der vollen Unterstützung des Präsidenten. Putin selbst wollte jedoch weiterhin keiner Partei beitreten und somit Präsident “aller Russen” bleiben. Im Widerspruch zu einem neuen Gesetz, trat er Ende September auf dem Parteikongress von Einiges Russland auf und drückte seine Präferenz und Unterstützung für die Partei aus. Die KPRF legte bei der Zentralen Wahlkommission wegen Putins Wahlwerbung Beschwerden ein, jedoch fanden die Mitglieder der Kommission den Ausweg, dass Putin an einem arbeitsfreien Tag als Privatperson diesen Auftritt absolvierte, zudem habe er sich nur an die Partei gewandt, nicht an das gesamte Volk. (vgl. Mommsen, in: Gorzka & Schulze 2004: 198)

Ähnlich der Verweigerung von Wahlkampfauftritten von Putin selbst, trat kein hoher Vertreter von Einiges Russland in Fernsehdiskussionen auf. Zudem ließen sich 29 Gouverneure zwar auf die Liste der Partei setzen, traten jedoch ihr Mandat nicht an. Es waren reine Loyalitätsbekundungen und Unterstützungserklärungen, um der Partei Stimmen zu verschaffen. (vgl. Kryschtanovskaja 2004: 140) “Wichtigstes Mittel, um die Loyalität der Regionen vor der Wahl zu sichern, war die Einbeziehung der Gouverneure in die Partei 'Einiges Russland'. Dies führte dazu, dass der gesamte Staatsapparat in den Dienst der 'Partei der Macht' gestellt wurde und sich in eine große Wahlkampfmaschine verwandelte”. (Gelman, in: Russland-Analysen Nr.149, 16.11.2007: 2)

Die KPRF wurde stimmmäßig halbiert und kam auf magere 12,6%. Dass die Partei so schlecht abgeschnitten hat lag vor allem an den Medien, in welchen sie – wie OVR 1999 - ignoriert oder scharf attackiert wurde –, sowie auch an der neuen Wahlkoalition Rodina, welche aus 30 nationalistischen und sozialistischen Kräften bestand und damals noch finanzielle und mediale Unterstützung vom Kreml erhielt. Dieses Konstrukt sollte die gemäßigten Nationalisten binden und gezielt zur Schwächung der KPRF beitragen, aber auch Einiges Russland zog viele KPRF-Wähler an. Rodina war bei ihrer Aufgabe ziemlich erfolgreich, denn sie erreichte aus dem Stand 9% der Stimmen. Ihre fremdenfeindlichen, antisemitischen, antiwestlichen und antioligarchischen Positionen schienen in der Bevölkerung Anklang zu finden, doch dem Kreml wurde die zunehmend eigenständige Verhaltensweise schon bald zu viel, weshalb man daran ging, die eigene Kreation wieder zu zerlegen. (vgl. Dox 2008: 95)

Die liberalen Parteien SPS (4%) und Jabloko (4,3%) konnten die 5%-Hürde jeweils knapp nicht nehmen. Die SPS verlor in etwa die Hälfte der Stimmen was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass es im Gegensatz zu 1999 keine Kooperation mit Putin gab. Richard Sakwa meinte, dass Putin diese Partei sich selbst überließ, da mit Tschubais ausreichend finanzielle Mittel für einen gelungenen Wahlkampf gegeben sein mussten. Zudem schien der Kreml Jabloko in den letzten Wochen mit verstärkter TV-Präsenz zu helfen, was aber nicht reichte. Putin rief Jabloko-Chef Jawlinski am Wahlabend sogar an, und gratulierte ihm zu seinem vermeintlichen Einzug in die Duma. (vgl. Sakwa 2008a: 113) Dies würde bedeuten, dass Putin zumindest eine der Parteien gerne im Parlament gesehen hätte und die Parteien am ehesten durch eigene Fehler Verluste hinnehmen mussten. Georg Dox meinte hingegen, dass man im Kreml genau auf das schließlich eingetretene Ergebnis hingearbeitet hatte. Einiges Russland, die KPRF, die LDPR und Rodina sollten in die Duma einziehen, die zwei liberalen Parteien SPS und Jabloko jedoch sollten an der 5%-Hürde scheitern. (vgl. Dox 2008: 89) Die

Putin-loyalen Proteststimmen konnten nach den Vorstellungen des Kremls für die LDPR und Rodina abgegeben werden, während mit der schwächer werdenden KPRF eine systemstabilisierende Oppositionskraft zur Auswahl stand.

Abseits externer Einflüsse durch den Kreml haben die KPRF und die liberalen Parteien laut Wladimir Ryschkow dadurch an Attraktivität verloren, dass stets dieselben Parteiführer in den Sesseln klebten, dass wenig neue mobilisierende Ideen eingebracht wurden und, dass diese Parteien generell zu stark mit den Neunzigern in Verbindung gebracht wurden. (vgl. Ryschkow, in: Gorzka & Schulze 2004: 211) Zudem gab es mit der Verhaftung Chodorkowskis kurz vor den Wahlen plötzlich ein gut einsetzbares Wahlkampfthema für Einiges Russland, da sie von der starken antioligarchische Stimmung profitieren konnte. Die KPRF sowie Jabloko und SPS waren jedoch diskreditiert, da sie von Chodorkowski Geld erhalten hatten.

Die neue Dominanz der Kremlpartei wurde auch in den internen Strukturen der Duma sichtbar, denn alle 29 Dumaausschüsse, ein Großteil deren Stellvertreter sowie der Posten des Sprechers der Duma gingen an Einiges Russland. (vgl. Kryschtanovskaja 2004: 142) Sprecher der Duma wurde Boris Gryslow, welcher zugleich Vorsitzender von Einiges Russland war. Der Chef der stärksten Partei wurde in Russland somit Dumasprecher anstatt Regierungschef. Durch diese vorherrschende Stellung und den Umstand, dass die liberalen Parteien in der Legislative bis auf eine Handvoll unabhängiger Abgeordneter nicht mehr vertreten waren, war die neue Duma nun vom Kreml auf Linie gebracht und als Institution in die Machtvertikale Putins eingegliedert. Sie ist damit „zu einer Machtloyalen Institution mutiert.“ (Gorzka, in: Gorzka & Schulze 2004: 11) Daran änderten auch die 52 Sitze der Kommunisten nichts.

Für den Kreml gab es durch die Wahlen jedoch auch besorgniserregende Tendenzen, welche das scheinbar gute Ergebnis für Einiges Russland geschmälert haben. Die Wahlbeteiligung fiel auf etwa 55%, und mit 4,7% wurde der höchste Wert der „Gegen alle“ stimmenden Wähler erreicht - in drei Einzelwahlkreisen erreichte diese Option sogar die meisten Stimmen. Diese Zeichen des Protests hätten für die Legitimationsbasis gefährlich werden können. Deshalb wurden sie bis zu den Wahlen 2007 auch gestrichen. Weiters gingen etwa 25% der Stimmen an Parteien, welche den Einzug nicht schafften, was der Repräsentativität und der Legitimität des Systems ebenfalls schadete. Im Lichte dieser Umstände erschien die für 2007 durchgesetzte Anhebung der Sperrklausel auf 7% sehr bedenklich, da theoretisch noch mehr Stimmen an Parteien gehen würden, welche den Einzug nicht schaffen. (Makarenko, in: Gorzka & Schulze 2004: 231f. / Sakwa 2008a: 111)

Die administrativen Ressourcen waren bei den Wahlen 2003 nun konsolidiert, da die Exekutive voll hinter Einiges Russland stand, da sich fast 30 Gouverneure auf deren Liste befanden, die zentralen Fernsehkanäle für die Kremlpartei und scharf gegen die KPRF propagierten und selbst linke Regionalexekutiven vermehrt für Einiges Russland gewonnen werden konnten, womit die rote Fraktion auf dieser Ebene ziemlich geschwächt wurde – ersichtlich an den wenigen Direktmandaten der KPRF. (Makarenko, in: Gorzka & Schulze 2004: 230f.)

Folgende Missstände durch den Gebrauch administrativer Mittel wurden aufgedeckt: unerwartete Steuer- oder Brandschutzinspektionen auf den Grundstücken der Oppositionsparteien; willkürliche Disqualifizierung von Kandidaten auf rechtlich dubioser Basis; Missbrauch der Medien zwecks Diffamierung der Opposition; Bedrohung von Kandidaten; kooptierte Wahlkommissionen; Stimmenfälschung. (vgl. Saari 2010: 98) Außerdem gab es auf lokaler Ebene Erpressungen um Gegenkandidaten von Einiges Russland aus dem Bewerb zu drängen und in Tschetschenien gab es, immerhin von der Zentralen Wahlkommission bestätigt, 10% mehr Stimmen als eingetragene Wähler. (vgl. Politkowskaja 2007: 15)

Nach eigenständigen Auswertungen der Ergebnisse, etwa von der KPRF, kam man auf etwas andere Zahlen als jene, die von der Wahlkommission angegeben wurden. Jabloko wäre demnach auf 6% statt 4,3% gekommen und hätte damit den Einzug in die Duma geschafft. Für Einiges Russland wurden nicht die 37% sondern nur 33% berechnet. (vgl. Saari 2010: 99) Eine Nachwahlumfrage zeigte, jedoch dass die Leute mit dem Ergebnis zufrieden waren, obwohl die Manipulationen zur Kenntnis genommen wurden. Die Bewahrung der Stabilität war das wichtigste Anliegen der Wähler, weshalb die demokratiepolitisch mangelhaften Wahlen durchaus hingenommen wurden. (Makarenko, in: Gorzka & Schulze 2004: 237)

Die OSZE bewertete die Wahlen mit “free but not fair”. Internationale Rechtsstandards wurden nicht eingehalten und die staatlichen Medien hätten die propräsidentiellen Parteien zu sehr bevorzugt, wodurch ein unfaires Klima für die anderen Parteien und Kandidaten gegeben war. Die Taktik der 29 regionalen Exekutiven als Stimmenmagneten zu dienen, ohne Absicht die Mandate anzunehmen, sah man als “direct and blatant deception of voters.” Damit ergab sich für die OSZE das allgemeine Bild “of regression in the democratisation process in Russia.” (Sakwa 2008a: 114) Als zentralen Faktor für zukünftige Wahlen bräuchte es die Unabhängigkeit der zentralen russischen Medien. (vgl. ebd. 114)

4.9.3) Präsidentenwahlen 2004

Für Mikhail Myagkov, Peter Ordeshook und Dimitri Shakin waren die Wahlen 2004 bezüglich des Grades an Wahlfälschung die bis dato schmutzigsten. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 116) Michael McFaul und Nikolai Petrov sahen es ähnlich: “The state, not the people, played the central role in determining winners and losers in the 2003-2004 electoral cycle.” (McFaul & Petrov, in: Journal of Democracy, 15.3.2004: 29)

Wie bereits 2000 führte Putin für die Wahlen am 14. März keine richtige Wahlkampagne, hielt keinen einzigen Wahlkampfauftritt ab und nahm auch nicht an Diskussionen im Fernsehen teil, womit sich Putin als Präsidenten über seine Gegenkandidaten stellte, welche nur von einer direkten Konfrontation an Statur gewinnen hätten können. “By not engaging in debate with his opponents he reinforced their marginalisation and rendered their candidature and policy proposals irrelevant.” (Sakwa 2008a: 116)

Putin brauchte keine klassische Wahlkampagne zu führen, denn als seine Aktionen und Reisen im Land wurden in den mittlerweile vom Staat kontrollierten nationalen TV-Sendern als einzige riesige Wahlwerbung für den Präsidenten verwendet. Putin versprach bei all seinen Auftritten in den Regionen und vor den Kameras jedem, der um Geld bittenden, Unterstützung. Während Putin in diesen Medien den bei weitem größte Teil der Sendezeit erhielt und dabei ausschließlich positiv dargestellt wurde, richtete sich die staatliche Medienkampagne diesmal gegen Sergei Glasjew, den Kandidaten von Rodina. Der Kandidat der KPRF hingegen wurde etwas unterstützt, um Glasjew nicht den zweiten Platz zu ermöglichen. (vgl. Saari 2010: 100)

Um in den kontrollierten und deshalb wenig aufregenden Wahlkampf für die notwendige Mobilisierung der Wähler zu sorgen, entließ Putin öffentlichkeitswirksam, also live im Fernsehen, die gesamte Regierung – ohne wirkliche Erklärung dafür. Einige der Minister erfuhren davon erst in jenem Moment. Die kremltreuen Medien stellten es als Optimierung der Regierung dar. In anderen Ländern bildet sich eine neue Regierung eigentlich nach Parlamentswahlen, oder nachdem ein neuer Präsident gewählt wurde. Putin hingegen wechselte den Regierungschef jedoch zwei Wochen vor den Wahlen und damit vor dem Ende dessen Amtsperiode.

Neben der Mobilisierung der Bevölkerung war diesmal ein Problem, dass durch den Protest gegen die manipulierten Wahlen von 2003 die Gegenkandidaten auszugehen drohten. Eine Kandidatur wurde von der Opposition ohnehin als aussichtslos gesehen. Es konnten jedoch “Freiwillige” gefunden werden, womit es fünf Gegenkandidaten zu Putin gab, was die Legitimation der Wahlen erhöhen sollte. Als ein Gegenkandidat fand sich Sergei Mironow,

Sprecher des Föderationsrates und Vorsitzender der Partei des Lebens, welche später in der administrativen Partei Geeintes Russland aufgehen sollte. Mironow trat zwar anscheinend gegen Putin an, stellte jedoch klar, dass er für Putin ist und rief sogar dazu auf, für Putin zu stimmen. “Wenn ein Führer, dem man vertraut, in die Schlacht zieht, darf man ihn nicht alleine lassen.” (Lucas 2008: 118) Er war somit ganz offensichtlich nur ein Platzhalter, um den Wahlen einen pluralistischen Anstrich zu verleihen.

Die KPRF unterstützte diesmal einen wenig bekannten Politiker der Agrarpartei. Dieser wollte bereits aus dem Rennen ausscheiden, wurde jedoch von der Wahlkommission am Stimmzettel belassen. Auch die LDPR schickte als Zeichen des Protests einen weithin unbekannten Kandidaten ins Rennen. Womöglich war dies die größte Form an Protest, da man einen generellen Wahlboykott nicht riskieren wollte. Aus der SPS trat Irina Chakamada an, wurde aber wegen unterschiedlicher Meinungen bezüglich der Teilnahm an den Wahlen von ihrer eigenen Partei nicht unterstützt, da man sie als die einzige echte Gegenkandidatin zu Putin sah und die Wahlen somit boykottierte. Die links-nationalistische Rodina schickte mit Sergei Glasjew immerhin eine ihrer zwei Führungspersonen ins Rennen. Es war Dmitri Rogosin, welcher jedoch auch seine Unterstützung für Putin bekundete. (vgl. Dox 2007: 99f. / Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 121)

Das Bekannteste oppositionelle “Opfer” der Wahlen war der scharfe Putin-Kritiker Iwan Rybkin. Neben seiner Kritik machte ihn seine Mitgliedschaft in der kleinen liberalen Partei von Boris Beresowski höchst suspekt, obwohl er nach den Wahlumfragen kaum Aussicht auf Erfolg hatte. Die Zentrale Wahlkommission ließ Iwan Rybkin zuerst wegen angeblicher 26% gefälschter Stimmen nicht zur Wahl zu – die Grenze dafür lag bei 25%. Rybkin verschwand dann Anfang Februar plötzlich, wurde aber inzwischen doch als Kandidat zugelassen als der Anteil gefälschter Stimmen auf 21% revidiert wurde. Der Kreml benötigte nun wohl doch einen weiteren seriösen Gegenkandidaten. Als Rybkin wieder auftauchte zog er seine Kandidatur jedoch von sich aus zurück. (vgl. Poltkowskaja 2007: 119ff.)

Gregori Jawlinski rief seinerseits zum Wahlboykott auf, um die Beteiligung unter die notwendigen 50% zu drücken. Dies wurde im Kreml wohl als realistische Gefahr gesehen, weshalb Putin jene, die dem Boykott folgten, als Feiglinge und Verlierer bezeichnete. Auch dadurch gab es wieder einen Impuls die Mindestwahlbeteiligung zu streichen. (vgl. Sakwa 2008b: 180) Die Wahlbeteiligung betrug schließlich 64,4%, wobei Putin 71.3% der Stimmen auf sich vereinen konnte Damit lag er weit vor dem Kandidaten der KPRF mit 13,7% und Glasjew mit 4%. Dass für Putins sicheren Sieg keine illegalen Maßnahmen notwendig gewesen wären, zeigte noch stärker als 2000, wie automatisch und selbstverständlich der

Staatsapparat in Bewegung geriet, um das Resultat möglichst gut aussehen zu lassen. (vgl. Saari 2010: 101)

Gegenüber den Wahlen 2000 gab es eine deutliche Zunahme an Stimmen für Putin, welche jedoch nicht gleichmäßig über alle Wahlbezirke verteilt war, sondern stark auf die Republiken und in diesen eher auf die ländlichen Gegenden konzentriert war. Hier half wohl die Zentrale Wahlkommission mit, um Putin einen eindrucksvollen Sieg zu beschern und, um die Wahlbeteiligung sicher über 50% zu hieven. Auffällig war, dass bei geringerer Wahlbeteiligung als 1999 speziell in den Republiken die Wahlbeteiligung stark anstieg. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 87)

Ein Bezirk in der Republik Tatarstan etwa wies in 33 der 44 Wahlstationen eine Wahlbeteiligung von 100% auf, wobei in 24 davon Putin all Stimmen erhielt. 2004 kamen nun auch die Republiken Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Nordossetien und Tschetschenien zu jenem Kreis der Republiken hinzu, in welchem mehr als 90% der Wahlbeteiligten zur Wahl schritten. In Dagestan waren es 94% und in Inguschetien 98%. Vor allem für Tschetschenien, wo damals noch der Krieg gegen die islamistischen Rebellen lief, wirkt eine solch hohe Wahlbeteiligung kaum realistisch. Dass vor allem die Republiken mit diesen Zahlen aufwarten konnten lag daran, dass deren Präsidenten eine stärkere administrative Kontrolle ausüben konnten als die Gouverneure in den Regionen. 2004 wurde aber anscheinend auch Moskau nicht von der künstlich erhöhten Wahlbeteiligung ausgenommen, da einige Wahlbezirke der Hauptstadt, im Gegensatz zu den nur etwa drei Monate davor abgehaltenen Dumawahlen, ein deutlicher Anstieg der Wahlbeteiligung zu erkennen war. Von diesen zusätzlichen Stimmen gingen alle an Putin, so wie generell Putin oder Einiges Russland von solchen Stimmen überproportional profitierten. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 122ff.) Die drei Autoren kamen deshalb zu dem generellen Schluss für die Wahlen 2004, “that essentially every member of the electorate who failed to vote in 2003 but voted in 2004 marked their ballot for Putin.” (ebd. 109)

Sind diese Manipulationen Anzeichen für einen vom Zentrum organisierten Betrug, oder bloß Loyalitätsbeweise von übereifrigen Gouverneuren, welche das beste Ergebnis liefern wollten? Zumindest standen die regionalen Exekutiven 2004 geschlossen hinter Putin, was noch 1999 und 2000 nicht der Fall war, da der Sieger damals nicht so klar war. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 82ff.) Im Endeffekt spielt beides eine Rolle. Durch den vom Kreml ausgesandten Druck auf die Republiken und Regionen kam es zu teilweise übertriebenen Loyalitätsbekundungen, durch welche das vom Zentrum geforderte “korrekte” Ergebnis übererfüllt wurde.

Wie sahen die Reaktionen in Europa aus? Der Vorstehende der Wahlbeobachter urteilte über die Wahlen: “essential elements of the OSCE commitments and the Council of Europe standard for democratic elections, such as vibrant political discourse and meaningful pluralism, were lacking.” (Fish 2005: 81) Die OSZE beurteilte die Wahlen wie schon 2003 als “nicht frei” und “nicht fair”. Der Europarat sah jedoch nur einen verlangsamten Fortschritt in Richtung Demokratie - anstatt dem eigentlich geschehenen Rückschritt. Es wurde wohl noch immer eine Resthoffnung in das politische System Putins gesetzt. Von beiden Seiten wurde nun aber zumindest die Bereitschaft Russlands hinterfragt, zu westlichen Wahlstandards zu wechseln. Freedom House drückte sich in der Beurteilung der Wahlen klarer aus: “Russians cannot change their government democratically.” (Ostrow & Satarov et al. 2007: 112)

Die schärfere Tonlage von europäischer Seite rief nun zunehmend ebensolche Reaktionen in Russland hervor. Die OSZE etwa wurde jetzt unter anderem von Außenminister Sergei Lawrow als westliches Instrument der politischen Beeinflussung gesehen, weshalb man kein Vertrauen mehr in sie habe. Im April 2005 sagte der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, dass neben den Standards der OSZE auch jene der GUS bei der Bewertung der Wahlen einfließen sollten. (vgl. Saari 2010: 100ff.) Wenn die Anzeichen davor schon nicht ausreichten, um von der Vorstellung abzuweichen, Russland befinde sich weiterhin auf dem Weg der Konsolidierung der Demokratie, dann sollte diese nun öffentliche Infragestellung der europäischen Werte ausreichend Anlass dazu geben. Für jede Kritik an Russlands Defiziten bei Wahlen und sonstigen demokratischen Prinzipien wurde von nun an mit einem Gegenangriff reagiert.

4.9.4) Dumawahlen 2007

Bei den Wahlen am 2. Dezember 2007 galten erstmals zuvor getroffene wichtige Regelungen. Es wurden nun alle 450 Sitze über Parteilisten gewählt, die Sperrklausel betrug nun 7% anstatt 5%, es konnten sich keine Parteiblöcke mehr bilden, die Option “Gegen alle” war nicht mehr gegeben und auch die Mindestbeteiligung bei Wahlen fiel weg. Einiges Russland sollte diesmal von sich aus eine Zweidrittelmehrheit erlangen – nach 2003 gelang dies erst durch Fraktionsübertritte; diese Option war nun gesetzlich nicht mehr gegeben -, um notfalls die Verfassung ändern zu können sowie Putins Nachfolger kontrollieren zu können. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 117) Zu diesem Zwecke wurde unter anderem die Sperrklausel angehoben, da weniger Parteien in der Duma mehr Sitze bedeuteten - die 37% von 2003 hätten nicht ausgereicht.

Für 2007 stand wieder eine neue administrative Partei bereit – die im Oktober 2006 gegründete Partei Gerechtes Russland. Im Kreml dachte man womöglich, dass sich die links-nationalistischen Stimmen aus der Bevölkerung in der neuen Partei bündeln würden, um im Endeffekt ein klassisches Zweiparteiensystem nach US-Zuschnitt zu erzielen. Den Boden für die Neugründung bereitete eine unerwartete Kritik Surkows am bestehenden System. „Meiner Meinung nach ist es die größte Schwäche des gegenwärtigen politischen Systems, dass dieses auf der Ressource einer einzigen Person und auf nur einer Partei fußt“, und außerdem würde das Fehlen einer zweiten größeren Partei als klarer Alternative das gesamte System in seiner Stabilität gefährden. (Mommsen & Nußberger 2007: 59) Putin äußerte sich dann auch dahingehend, dass er diese neue “sozialdemokratische” Partei begrüße, und, dass er den politischen Wettstreit zwischen Einiges Russland und Gerechtes Russland für “richtig und prinzipiell” hält. (Fleischmann 2010: 67)

Der Fokus lag dennoch auf Einiges Russland. Um das Ergebnis für die Partei zu verbessern, kündigte Putin etwa zwei Monate vor den Wahlen seine Spitzenkandidatur für Einiges Russland an – trat der Partei jedoch trotzdem nicht bei. Um das Gewicht seiner Person noch stärker einzubringen, erklärte Putin die Wahlen als Referendum über seine eigene politische Zukunft, denn im Mai 2008 würde ja seine zweite Amtszeit enden. (vgl. Saari 2010: 106) Jede Stimme für die Partei wurde somit eine für Putin selbst, eine Legitimation für seine weitere politische Karriere nach dem Ende seiner Amtsperiode sowie auch für das von ihm errichtete System. Es sollte eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit für Einiges Russland erzielt werden. Dies zeigte sich durch die “Anweisung der Präsidialverwaltung an die Gouverneure in den Regionen, am Wahltag eine Beteiligung von mindestens 70% der Wähler sowie ein Abstimmungsergebnis zu sichern, das den Stimmenanteil Putins bei der Präsidentschaftswahl von 2004 (71 %) mindestens erreicht.” (Stykow, in: Russland-Analysen Nr.151, 30.11.2007: 3)

Obwohl Putin als Spitzenkandidat Einiges Russland nicht beigetreten ist, war er der einzige Name auf der föderalen Liste der Partei. Die Strategie der Partei war es somit voll auf die Popularität des Präsidenten zu setzen. Dementsprechend lautete der Titel des Wahlprogramms von Einiges Russland: “Putin's Plan: a worthy future for a great country”. (White & McAllister, in: Hill & Cappelli 2010: 154) Zudem legte Putin nach den Wahlen sein Mandat zurück, da er nie beabsichtigt hatte als Abgeordneter ins Parlament einzuziehen. Neben Putin spielten, wie auch schon 2003, andere Politiker diese demokratiepolitisch bedenkliche Rolle als Zugpferde für die Partei. Etwa ein Drittel der 315 auf der Liste von Einiges Russland

gewählten Personen (Gouverneure, Minister, Bürgermeister) nahmen ihre Mandate nicht an, welche unbekannten Personen überlassen wurden. (vgl. Fleischmann 2010: 34)

Um den Wahlkampf interessant zu machen, gab es etwa drei Monate vor den Wahlen, wie schon kurz vor den Präsidentenwahlen 2004, einen Umbau in der Regierung. Ein farbloser Premier wurde gegen einen anderen getauscht und der liberale Wirtschaftsminister German Gref musste gehen. Putin änderte dadurch nicht viel, „[a]ber er simulierte Bewegung und gab der Gesellschaft das Signal: Achtung, der Wahlkampf hat begonnen.“ (Dox 2008: 180)

Politische Debatten wurden im Fernsehen nur zu ungünstigen Sendezeiten ausgestrahlt, wodurch die Parteien das Fernsehen als am weitesten reichendes und populärstes Massenmedium nur beschränkt dazu nutzen konnten, ihre Programme zu den Menschen zu tragen. Einiges Russland nahm an TV-Debatten wieder nicht teil, wurde in den staatlichen Medien jedoch sehr positiv dargestellt. In den Nachrichtensendungen dieser Medien wurde ausführlich über Putins Aktivitäten berichtet. (vgl. Dox 2007: 193)

Das Wahlergebnis sah folgendermaßen aus: Bei einer Wahlbeteiligung von 64% (+8%) erhielt Einiges Russland 64,3%, die KPRF 11,57%, die LDPR 8,14% und die neue administrative Partei Geeintes Russland 7,74% der Stimmen. Gemeinsam kamen sie auf etwa 92% aller abgegebenen Stimmen – ein zuvor nicht erreichter Wert – jedoch waren im Vergleich zu früher auch viel weniger Parteien zu den Wahlen zugelassen. Anstatt 18 Parteien und 5 Wahlblöcken im Jahr 2003 waren es nun bloß 11 Parteien. Dies zeigte, „that registration according to the tough new rules was an effective way of eliminating some of the regime's irritants.“ (Sakwa 2008a: 105f.)

Georg Dox meinte, dass für Einiges Russland 70% angepeilt wurden und, dass dies trotz massiver Fälschung verfehlt wurde, denn in den Großstädten kam die Partei nur auf knapp über 50% der Stimmen. (vgl. Dox 2008: 34) In Moskau oder St. Petersburg erhielt Putin noch 68% bzw. 75% der Stimmen, weshalb die Mobilisierung Putins für Einiges Russland nicht den vom Kreml gewünschten Erfolg hatte. Andrej Illarionow, Putins ehemaliger Wirtschaftsberater und heute ein Kritiker des Regimes, sagte, dass der Kreml schockiert gewesen sei: „Putin bekam weniger Stimmen als vor vier Jahren und weniger als vor acht Jahren (bei seiner ersten Präsidentschaftswahl), insbesondere, wenn man das Ausmaß von Wahlfälschungen und den Druck auf andere Parteien berücksichtigt.“ (Schröder, in: Russland-Analysen Nr.152, 07.12.2007: 18)

Dennoch: Einiges Russland erreichte 92 Sitze mehr als 2003 und kam nun auf 315, womit die angestrebte zweidrittel Mehrheit erreicht wurde. Zusammen mit Geeintes Russland (nicht sehr erfolgreiche 38 Sitze) hatte man sogar eine Dreiviertelmehrheit erhalten. Ähnlich wie nach

2003 waren nur die 57 Sitze der KPRF als echte Opposition zu werten, diesmal fehlten jedoch einzelne liberale Abgeordnete gänzlich.

SPS und Jabloko fielen auf 1% bzw. 1,6% der Stimmen. Auch zusammengerechnet wäre es das jeweils schlechteste Ergebnis für diese Parteien. Jabloko hatte in Dagestan sogar einen hohen Funktionär als Todesopfer zu beklagen. Die Registrierung wurde unter anderem Ryschkows “Republikanische Partei Russlands” sowie Michail Kasjanows “Partei Russische Volksdemokratische Union” verweigert. Das waren Parteien, die prinzipielle Kritik am System übten und sich nicht mit dem Regime arrangieren wollten. Die Republikanische Partei wurde im März 2007 zudem aufgelöst, was in einem Urteilsspruch des EuGMHR 2011 als unrechtmäßig erklärt wurde. Das Problem war, dass das Justizministerium sich an den Obersten Gerichtshof mit einer Beschwerde wandte, da die Mitgliederzahl der Partei den benötigten Anforderungen nicht mehr entsprach. Dies kam dadurch zustande, dass einige regionale Ableger der Partei zuvor verboten worden waren und dadurch bei der erneuten Zählung – die Partei hatte ja bereits genug Mitglieder bei ihrer Erstregistrierung – die Bedingungen nicht mehr erfüllt werden konnten. (vgl. Kynew, in: Russland-Analysen Nr. 227, 21.10.2011: 4f.)

Ex-Premier Kasjanow war er wegen seiner Bekanntheit in der Bevölkerung vom Kreml umso gefürchteter. Bereits Anfang 2005 sagte er, dass sich Russland auf einem falschen Weg befindet, „[which] negatively affects the economic and social development”. (vgl. Aron 2007: 247) Er wurde kurz nach seiner Ankündigung im Jahr 2005, an den nächsten Präsidentenwahlen teilnehmen zu wollen, von der Staatsanwaltschaft einer illegalen Transaktion beschuldigt. Als er 2006 die Demokratische Partei neu beleben wollte, kaufte der Kreml diese einfach auf. Die Registrierung seiner eigenen neuen Partei wurde ihm verwehrt. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 188) Dadurch wurde gezeigt, wie aussichtslos die Bemühungen der bekannten und potenziell erfolgreichen Oppositionspolitiker waren, unter Putin eine gegen das Regime gerichtete Position zu beziehen und mit eigenen Parteien oder als Präsidentschaftskandidaten bei den Wahlen anzutreten. Putin stellte diese Politiker immer wieder als Art Agenten des Westens dar, um sie in den Augen der patriotischen Russen zu denunzieren. (vgl. Dox 2008: 194) Die demokratischen Gegenkräfte wurden somit schon im Laufe des Wahlkampfes an einem Einzug in die Duma gehindert.

Bei den Wahlen 2007 waren laut Myagkov, Ordenshook und Shakin nun neben den “normalen” Methoden der Manipulation, wie Hürden bei der Registrierung, Einschüchterungen der Wähler oder limitierter Medienzugang, vor allem die explizit kriminellen Fälschungsmethoden gegeben – *Ballot stuffing* (das Anfüllen der Wahlboxen mit

Stimmen für einen Kandidaten oder eine Partei) sowie schwerwiegende Fälschungen bei der offiziellen Stimmauszählung. Wie schon bei vorangegangenen Wahlen fragten sich die Autoren, ob der Kreml die Regionalpolitiker in ihrem Wettbewerb um die besten Ergebnisse unter dem Einsatz stets härterer Maßnahmen nicht mehr kontrollieren konnte, oder, ob dem Kreml Kritik aus dem Westen ohnehin nicht mehr allzu sehr interessierte, da nichts gegen die illegalen Praktiken der Exekutiven in den Föderationssubjekten unternommen wurde. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 118)

Bereits bei den vorangegangenen Wahlen in der vom Krieg schwer gezeichneten Republik Tschetschenien gab es eine sehr hohe Wahlbeteiligung. Dieses stieg nun jedoch von den 92% in 2004 auf ganze 99,2%. Demnach hätten nur etwa 3.000 Tschetschenen nicht gewählt – alleine die Zahl der Vermissten in der vom Krieg gezeichneten Republik waren aber höher. Von den abgegebenen Stimmen bekam Einiges Russland zudem ganze 99,3%, welche Tschetscheniens Präsident Kadyrow aber nicht überraschten. Er hatte zuvor öffentlich versprochen 100% der Stimmen für Putin, sprich für Einiges Russland, abzugeben. (Kilner: 2007)

In Inguschetien blieb es bei einer Wahlbeteiligung von 98%. Diesmal gab es jedoch eine Homepage, auf welcher Unterschriften von Nichtwählern gesammelt wurden, um die Wahlfälschung aufzuzeigen. Ende 2007 haben sich bereits 36% als Nichtwähler deklariert. Im August 2008 wurde der Gründer dieser Homepage erschossen. In der Republik Karatschai-Tscherkessien gab es in allen 15 Wahlstationen 100% Beteiligung und auch jeweils 100% für Einiges Russland. Es musste auch abseits dieser Extrembeispiele eine verbreitete Manipulation geben, denn Einiges Russland kam von 37% auf 64% der Stimmen (ein Anwachsen von 22,7 auf 44,7 Millionen Wähler), während die anderen drei einziehenden Parteien in etwa die gleiche Wähleranzahl von 2003 aufweisen konnten (die Wähler von Rodina gelten dabei als jene von Geeintes Russland). Einiges Russland hat demnach von fast allen im Jahr 2003 teilnehmenden Parteien Stimmen dazugewonnen. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 125f.)

Bei der Zunahme der Manipulationen und Fälschungen spielte wohl auch die neue Führung der Zentralen Wahlkommission eine Rolle, Wladimir Tschurow. Sein Vorgänger, Alexander Weschnjakow (März 1999 bis März 2007) wurde von Putin wohl auch deshalb in dieser Position wie etwa die Abschaffung der Mindestwahlbeteiligung oder neue Möglichkeiten der Behörden um Registrierungen zu verweigern kritisiert hatte, da dies den Weg für politische Eingriffe und Manipulationen der Wahlen geöffnet hätte. (vgl. Saari 2010: 148) Sein Nachfolger wurde Wladimir Tschurow, welcher vier Jahre Abgeordneter der LDPR war und in

den Neunzigern mit Putin zusammen in der Stadtregierung in St. Petersburg saß. Kurz nach seiner Wahl gab er in einem Kommersant-Interview seine Sicht der Dinge zum Besten. Für ihn sei demnach das oberste Gesetz, das Putin immer Recht hat. (Der Spiegel: 2011) Tschurow, macht den Parteien außerdem zur Bedingung, sich nicht gegenseitig zu kritisieren, da sie sonst von den Listen gestrichen würden. (vgl. Fleischmann 2010: 34) Für den Posten als Chef der obersten Kontrollbehörde von Wahlen, war dies eine durchaus bemerkenswerte Aussage.

2007 wurde das Klima auch für die internationalen Wahlbeobachter um einiges härter. Die OSZE-Beobachter mussten für diese Wahlen, wie die anderen Missionen auch, sehr restriktive Vorgaben akzeptieren. Von den russischen Behörden wurden zuerst die Einladungen und danach die Visavergaben immer wieder verzögert. Der Europarat und die Parlamentarische Versammlung der OSZE schickten nach einer Vereinbarung schließlich viel zu kleine und nur kurzfristige Missionen. Ihre gemeinsame Stellungnahme fiel sehr negativ aus: die Wahlen waren “not fair and failed to meet many OSCE and Council of Europe commitments and standards for democratic elections [, and] the merging of the state and a political party is an abuse of power”. (Saari 2010: 106)

4.9.5) Präsidentenwahlen 2008

Die Wahlen fanden am 2. März 2008 statt. Das vom Kreml ausgegebene Skript für die Wahlen war, dass Dmitri Medwedew mit einem deutlichen Ergebnis als Nachfolger Putins gekrönt werden sollte. Dies gelang mit den erreichten 70,3% der Stimmen auch. Umfragen des Lewada-Zentrums vor den Wahlen zeigten, dass etwa die Hälfte der Befragten glaubte, dass nur Putin und die Präsidentialadministration entscheiden, wer Präsident wird. Nur 20% sahen diese Entscheidung hauptsächlich beim Wähler liegend. (vgl. Gudkow, in: Osteuropa Heft 1/2008: 3)

Myagkov, Ordenshook und Shakin waren der Meinung, dass sich im Vergleich zu 2007 bezüglich Manipulation und Fälschung nicht viel getan hat. Deshalb klangen für sie jene Berichte durchaus realistisch, in welchen Medwedew zehn Millionen falsche Stimmen zugeschrieben wurden. Aber auch jene Vermutungen klangen recht plausibel, dass Medwedews Ergebnis nicht besser als Putins 71,3% von 2004 sein sollte. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 137) Dies wäre demnach um ziemlich genau einen Prozentpunkt erreicht worden.

Wie auch Putin zuvor, befand Medwedew es für nicht angemessen, gegen die anderen Kandidaten in TV-Konfrontationen anzutreten. Erneut war dies wegen der Berichterstattung

der loyalen und staatlichen Medien nicht notwendig. NTV etwa berichtete 17 Mal so viel über Medwedew wie über alle anderen drei Kandidaten zusammen. Immerhin gehörte der Sender Gazprom Media, und Medwedew war jahrelang Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom. (vgl. Mangott 2009: 147) Kanal Eins (ORT) wurde ebenfalls deshalb kritisiert, dass der überwiegende Anteil der Berichterstattung auf Medwedew fiel. Gennadi Zjuganow, erneut für die Kommunisten im Feld, schaltete die Justiz ein. Ein Bezirksgericht in Moskau urteilte daraufhin, dass die Rechte des Kandidaten Gennadi Zjuganow nicht verletzt wurden, da das Wahlgesetz den Begriff von "Gleichheit der Kandidaten in Wahlkampfzeiten in den Massenmedien" nicht definiert. Vom Ersten Kanal selbst kam das Statement, dass die anderen Wahlkämpfe und Kandidaten einfach nicht interessant genug seien. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 6f.)

Direkt nach den Wahlen 2007 gab Putin öffentlich bekannt, Medwedew als seinen Nachfolger sehen zu wollen. Diese Unterstützungserklärung sicherte Medwedew bereits damals den Wahlsieg. Kurz darauf wurde Medwedew dann zum offiziellen Kandidaten von Einiges Russland gewählt, erhielt aber auch die Unterstützung von Gerechtes Russland. Die wichtige Botschaft die es auszustrahlen galt war, dass Medwedew Putins Weg fortsetzen werde. Um ein angemessenes Wahlergebnis sicherzustellen, nahm Putin Medwedews Angebot an, unter ihm Premierminister zu werden. Die Bedingung war, dass dessen Ergebnis deutlich genug ausfallen müsse. (vgl. Saari 2010: 106f.) Den Wählern wurde klargemacht, dass man mit einer Stimme für Medwedew weiterhin Putin im Zentrum der Macht sehen werde.

Neben Medwedew gab es die üblichen gestatteten Gegenkandidaten von der KPRF und der LDPR. Deren Protest von 2004 – das Vorschicken unbekannter Ersatzleute – war trotz Verschlechterung der Situation nun nicht mehr gegeben. Wie einige im Westen vermuteten, stand zur Hebung der Legitimität der Wahlen auch ein liberales Gesicht auf dem Wahlzettel. Es war Andrei Bogdanow. Er wurde zugelassen, nachdem die Zentrale Wahlkommission nur etwa 440.000 der zwei Millionen benötigten Unterschriften kontrolliert hatte. Ob wirklich zwei Millionen Unterstützungserklärungen gesammelt werden konnten ist angesichts des Ergebnisses seiner Partei bei den Dumawahlen 2007 (etwa 90.000 Stimmen) fraglich. Der Kreml brauchte jedoch noch Gegenkandidaten. Bogdanow war immerhin zwei Jahre in Einiges Russland und war zu unpopulär, um wirklich gefährlich zu werden. (vgl. Fleischmann 2010: 83f.) Er bekam schließlich auf etwa 970.000 Stimmen (1.3%), womit weniger als die Hälfte jener, welche angeblich für seine Kandidatur unterzeichnet haben, ihn auch tatsächlich wählten.

So gesehen war der Kommunist Zjuganow wohl die härteste Opposition zu Medwedew. Die Partei SPS nominierte Boris Nemtsov, der Ende 2007 auch registriert wurde, jedoch zog er kurz darauf seine Kandidatur zurück, um seine Stimmen dem ehemaligen Premier Michail Kasjanow zu ermöglichen, welchem aber wegen angeblich zu vieler gefälschter Stimmen die Registrierung verweigert wurde. Anti-System-Kräfte wie Kasjanow oder der in England lebende Sowjet-Dissidenten Wladimir Bukovskii, unterstützt von Jawlinski, konnten somit von den Wahlen ausgeschlossen werden.

Wladimir Ryschkow entschied sich schließlich dazu, doch nicht anzutreten. Er erklärte, dass die Kandidatur ohne Mitgliedschaft in einer Dumapartei nunmehr kaum zu meistern sei. Er nannte als Gründe einen materiellen Zensus (die Organisation einer ausreichenden Unterschriften innerhalb eines Monats aus mindestens 50 Regionen kostet mehrere Hundert Millionen Rubel) sowie einen administrativen Zensus (selbst bei Überwindung dieser Hürde können die Beamten mit beliebigen Vorwürfen eine nicht gewollte Kandidatur stoppen.) Aus eigener Erfahrung wisse er, dass es bei einem verdeckten Verbot vom Kreml nicht möglich ist, Räumlichkeiten für das Sammeln von Unterschriften zu finden. Den Sammlern der Unterschriften würde unter anderem auch mit polizeilicher Verfolgung gedroht. Deshalb, so sein Urteil, können nur vom Kreml zugelassene Parteien sowie die Präsidentialadministration ungehindert Präsidentschaftskandidaten aufstellen. (vgl. Ryschkow, in: Russland-Analysen Nr.154, 21.12.2007: 11)

2008 war die Anzahl der Wahlbezirke mit einer Wahlbeteiligung von 100% abermals sehr groß. Und wieder stachen vor allem die Kaukasusrepubliken mit Beteiligungszahlen sowie abgegebenen Stimmen für den Kremlkandidaten von ca. 90% hervor, während der Durchschnitt bei den Regionen sonst bei jeweils etwa 65-70% lag. Bedenklich an den Wahlen war auch, dass jenes Subkomitee der Zentralen Wahlkommission, welches die Stimmauszählung kontrollierte, nur aus Mitgliedern von Einiges Russland bestand. (vgl. Myagkov & Ordeshook & Shakin 2009: 7 / 128)

Aufgrund der strikten Regulierungen, welche eine angemessene Durchführung der Aufsicht verhinderte, gab es wieder keine Beobachtermissionen der OSZE. Auch die EU-Ratspräsidentschaft stand diesmal voll hinter der Entscheidung. (vgl. Saari 2010: 107) Die OSZE wurde von Russland weiterhin als politisierte Institutionen der Interessendurchsetzung des Westens gesehen. Schließlich nahm eine 22-Mann Beobachtungsgruppe der Parlamentarischen Versammlung des Europarats teil. Sie urteilte, dass die Wahlen eher den Charakter eines Plebiszits über Putins Amtszeit hatten, jedoch wurde Medwedew ein solides Mandat von einer Mehrheit der Russen gegeben. Kritisiert wurden Medwedews verweigerte

Teilnahme an Debatten, der beschwerliche Weg der Registrierung für unabhängige Kandidaten und die ungleiche Medienberichterstattung. Michael McFaul drückte sich klarer aus und meinte, dass es sich hierbei um die am wenigsten kompetitiven Wahlen seit Ende der Sowjetunion handelte. (vgl. Nichol, Russia's March 2008 Presidential Election Outcome and Implications, 2008: 3)

Fazit: Mit Fortdauer von Putins Präsidentschaft wich nicht mehr nur die Praxis der Wahlen mehr und mehr von der Norm ab, sondern auch die Wahlgesetzgebung wurde tendenziell restriktiver, bis schließlich auch die westliche bzw. europäische Norm über freie und faire Wahlen selbst offen in Frage gestellt wurde. Saari gab hier auch Europa und den europäischen Organisationen die Schuld, da die eigenen Prinzipien verraten wurden und bis 2003 offensichtlich manipulierte Wahlen gutgeheißen wurden, wodurch sich Russland in seinem Vorgehen bestärkt sehen konnte. Als man sich in Europa auf eine härtere Gangart einigte, war es Russland bereits relativ egal, was man zu kritisieren hatte. (vgl. Saar 2010: 109ff.)

Die pseudodemokratischen Wahlen und die daraus gewonnene Legitimität sollten die weiteren autoritären oder antipluralistischen Maßnahmen des Regimes ermöglichen. Mit der Kontrolle des Kremls über die Gouverneure in den Regionen konnte eine ziemlich erfolgreiche Maschinerie zur Manipulation der Wahlen aufgebaut werden. Dem Ziel der Machtabsicherung bei vorgeblich kompetitiven Wahlen halfen auch die gelenkten Medien sowie die staatlichen Behörden, welche die strikter gefassten Gesetze selektiv und im Interesse des Regimes auslegen konnten. Die Zentrale Wahlkommission wurde für Alexander Kynew zu einem „Wahlministerium“ und zu einem festen Bestandteil der Machtvertikale. Als Beweis für seine Aussage führte er an, dass die Anfang 2011 neu besetzte Kommission immerhin zehn Mitglieder aufwies, welche praktisch Kandidaten der Präsidentialadministration oder von Einiges Russland waren. (vgl. Kynew, in: Russland-Analysen Nr. 229, 18.11.2011: 13f.)

Die Wahlen unter Putin erfüllten nicht den Zweck des politischen Wettbewerbs und der Interessenaggregation innerhalb der Gesellschaft. „Dementsprechend präsentierten sich die politischen Parteien immer weniger als Träger gesellschaftlicher Interessen, sondern als Schöpfung der Bürokratie mit staatlicher Aufgabenstellung.“ (Mommsen, in: Gorzka & Schulze 2004: 189) Auch der Zweck den Zugang zur politischen Macht zu regeln wurde verfehlt. Dieser Zugang wurde in einem engen Kreis um Putin vorentschieden. Vor allem die Regierungswechsel kurz vor den Dumawahlen 2003 und 2007 zeigten, wie wenig Einfluss Parteien bei der Elitenrekrutierung spielten. Politik und Wahlen in Russland waren für Saari

schon lange eine geschlossene Elitenangelegenheit, ohne Involvierung der Gesellschaft. (vgl. Saari 2010: 108)

4.10) Die kontrollierte Staatsduma

Mit der Umgestaltung des Föderationsrates konnte Putin die zweite Kammer des Parlaments als Vetoakteur neutralisieren – eine Rolle, welche sie noch unter Jelzin inne hatte, aber auch die Staatsduma wurde in die Vertikale der Macht eingereiht. Im Endeffekt waren beiden Kammern loyale Abstimmungsmaschinen für Gesetzesvorlagen, welche oft vom Präsidenten oder der Präsidialadministration ins Parlament eingebracht wurden.

Durch die Präsidialadministration konnte nach den Wahlen 1999, und viel stärker nach jenen 2003, eine Abwanderung unabhängiger Kandidaten zur Fraktion von Einheit bzw. Einiges Russland organisiert werden. Die eigentlichen Wahlergebnisse und die daraus resultierenden Sitzverteilungen konnten so umgestaltet werden, dass im Endeffekt für den Kreml eine ausreichende Mehrheit in der Duma gegeben war. Auch waren die in der Duma vertretenen Oppositionsparteien mehrheitlich kremloyal eingestellt. Die Ausübung der Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive war von einem solchen Parlament nicht mehr zu erwarten. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 39) “Mit der Verdrängung der oppositionellen Parteien von der politischen Bühne wurde die Duma ausgehöhlt und zu einer Versammlung von Lobbyisten, Klienten der Regierungspartei und der dem Kreml zuarbeitenden 'Opposition' gemacht, welche die Interessen der Staatsmacht legalisiert.” (Gudkow, in: Osteuropa Heft 1/2008: 4)

Da das Parlament, im Gegensatz zu dessen harten oppositionellen Stellung unter Jelzin, vor allem mit den Wahlen 2003 auf Linie gebracht wurde, benötigte Putin sein Veto gegen parlamentarische Gesetzesbeschlüsse viel seltener. Dadurch musste auch nicht mehr mit Dekreten regiert werden. “[W]ith Putin enjoying a working majority after December 1999, his reforms proceeded not by decree but through an enormous body of legislative activity.” (Sakwa 2008a: 123) Dennoch nutzte auch Putin durchaus präsidientielle Dekrete, wobei diese laut Aitalina Azarova oft im geheimen verabschiedet sowie nicht veröffentlicht wurden. (vgl. Azarova, in: Meyer 2007: 238)

Die vom Präsidenten unterzeichneten Gesetzesbeschlüsse stiegen stark an – von 61% in der ersten Duma (1993-95), auf 74% in der zweiten Duma und auf immerhin 95% in der dritten Duma (1999-2003). Laut Richard Sakwa wurde diese Quote seitdem gehalten. Die Qualität der von der Duma verabschiedeten Gesetze nahm dabei jedoch ab, da es die vom Regime aufgestellte Agenda abzusegnen galt. Dadurch wurden die von außen eingebrachten Gesetze

meist ohne langwierige Debatten verabschiedet. Eine der zentralen Rollen der Duma, als Initiator von Gesetzen, nahm dementsprechend ab. Die Gesetzesvorlagen kamen oft aus der Präsidialadministration, welche keinerlei demokratische Verantwortbarkeit oder Legitimität besitzt. Die benötigten Mehrheiten waren durch die Dominanz von Einiges Russland gegeben, dazu gesellten sich die Parteien Rodina, LDPR oder Gerechtes Russland, womit parlamentarische Debatten zur Kompromissfindung keine politische Notwendigkeit mehr waren, da die stabile und große Mehrheit ohnehin alleine entscheiden konnte. (vgl. Sakwa 2008b: 195ff.)

Auch Joel Ostrow, Georgiy Satarov und Irina Chakamada sahen die Duma unter Putin ihrer Gesetzgebungsfunktion nicht nachkommen. Gesetze wurden von außen mehr oder weniger fertig eingebracht, um von den loyalen Abgeordneten ratifiziert zu werden. Auch die Funktionen der Kontrolle und Rechenschaftslegung der exekutiven Handlungen sahen sie nicht erfüllt. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 108)

Die Duma von 1999 bis 2003 überließ größtenteils Präsident und Regierung die Gesetzesinitiative, 80% der in erster Lesung angenommenen Gesetze stammten von der Exekutive. Durch die Abnahme der Diskussionen in der Duma brachten die Abgeordneten somit auch kaum ihre Expertise bei der Verabschiedung der Gesetze ein, wodurch oft mangelhafte Gesetze beschlossen wurden, welche danach gleich einer Korrektur unterzogen werden mussten. (vgl. Makarenko, in: Gorzka & Schulze 2004: 219) Dazu passte die Aussage des langjährigen Dumavorsitzenden Boris Gryslow, welcher 2005 meinte: “[parliament] is no place for political discussions”. (vgl. Morokov, in: Casula & Perovic 2009: 224) Damit wurde das politische Verständnis des Regimes aufgezeigt, nach welchem politische Diskussionen und Debatten unerwünscht sind – vor allem wenn diese von der politischen Opposition anregt werden. Dem entspricht die weitgehende Entpolitisierung der Gesellschaft und der politischen Sphäre, denn in den Augen des Kreml war parteipolitischer Wettstreit nur in ziemlich engen Bahnen verträglich für das Land. Da der Kreml bzw. Putin und Einiges Russland ohnehin den richtigen Weg für Russland wussten und vorgaben, bedurfte es folglich auch keiner alternativer Ansichten.

Das Gesetz zur Monetarisierung von Sozialleistungen für Kriegsinvaliden oder Pensionisten Anfang 2005 war ein gutes Beispiel für ein schlecht vorbereitetes Gesetz. Der sich direkt als Reaktion auf das Gesetz landesweit bildende Protest – durch die Reform kam es zu Verteuerungen für die davon betroffenen Schichten - ließ den Kreml zurückrudern, wodurch einige Regelungen letztlich nicht umgesetzt wurden. Immerhin war man im Kreml sehr auf die öffentliche Meinung der breiten Masse bedacht, weshalb nicht etwa versucht wurde, das

Gesetz mit Gewalt durchzubringen. Für Jens Siegert war dies ein Anzeichen dafür, dass Proteste und Unmutsäußerungen geduldet wurden, solange sie nicht zu politisch und nicht machtfähig waren. (vgl. Siegert, in: Osteuropa Heft 9/September 2006: 44)

Die Bevölkerung hatte folglich auch kaum positive Meinungen über die Duma. Umfragen aus dem Jahr 2007 zeigten, dass nur 27% die Duma billigten, während sie von 52% missbilligt wurde. Nur 5% der Abgeordneten würden sich für die Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung einsetzen. 44% der Befragten meinten, dass Habgier das Hauptmotiv für eine Kandidatur entscheidend sei. (vgl. Lucas 2008: 126) Das Bild der käuflichen Mandatare schien sich auch in der Reaktion auf einen Konflikt zwischen einem Abgeordneten von Einiges Russland mit der Präsidentialadministration zu bestätigen. Dieser Abgeordnete schrieb einen Brief an Boris Gyslow und wendete sich sogar an das Verfassungsgericht. Sein Anliegen war der Umgang der Administration mit seiner Partei, denn als sich ein hochrangiger Beamter der Administration mit 15 Abgeordneten der Partei traf, kritisierten diese die oft fehlerhaften Gesetzesvorlagen, welche sie von außen erhielten. Als Antwort bekamen sie zu hören, dass sie so abstimmen sollen wie es vorgegeben war. Zudem seien sie keine richtigen Volksvertreter, da ihre Mandate nur durch die Präsidentialadministration ermöglicht wurden und deshalb stünden sie in der Schuld des Kremls. (vgl. Mommsen & Nußberger 200: 42) Die Rangordnung innerhalb von Putins System wurde dabei klargestellt. Im Sinne der Machtvertikale erhält das Parlament die im Umfeld des Präsidenten ausgearbeiteten Gesetzestexte und hat diese abzusegnen. Als Gegenleistung erhalten die Mandatare Zugang zur Macht.

Wladislaw Surkow, der hohe Posten in der Präsidentialadministration inne hatte und als Putins Chef-Ideologe galt, äußerte in einem Interview im September 2004 eine gewisse Geringschätzung des Parlaments, als er auf die kürzlich zuvor angekündigte Gesellschaftskammer angesprochen wurde. Dabei sah er das ständige Schielen auf die Wahlen als Grundproblem der Legislative sowie die parlamentarischen Debatten stets von einem Grad an Populismus geprägt, womit die Arbeit im Parlament bei dem in Russland ziemlich geringen politischen Niveau – so Surkow selbst – oft zur Farce gerät. Die Mitglieder der Kammer würden jedoch viel weniger von der politischen Konjunktur abhängen, wodurch ihre Arbeit objektiver sei. Korrekturen möglicher Fehler des Regimes wären deshalb in der Kammer besser aufgehoben. (Ocharkowa: 2004) Bei dieser Aussage zeigte sich das geringe Verständnis bezüglich einer pluralistischen Legislative als Ort des Konfliktes verschiedener Ideologien und der Repräsentation der politischen Strömungen aus der Gesellschaft.

Die laut Verfassung durchaus gegebenen Veto- und Gesetzgebungskompetenzen des Parlaments waren angesichts der großen Kremlmehrheit in der Duma sowie angesichts des loyalen Föderationsrates keine notwendigen legislativen Werkzeuge. Die Verfassung gab dem Parlament zudem keine expliziten Untersuchungskompetenzen zur Kontrolle der Exekutive gegeben. Der Artikel 101 spricht von Anhörungen. Mit einem Gesetz aus 1997 gab es für die Duma jedoch die Möglichkeit zur Prüfung und Untersuchung der Regierung, indem etwa Regierungsmitglieder von Dumaabgeordneten für Anfragen vorgeladen werden konnten (Interpellation). (vgl. Azarova, in: Meyer 2007: 240) Ende 2005 gab es dann ein spezielles Gesetz, womit dem Parlament ein Recht auf Kontrollen und Untersuchungen eingeräumt wurde. Jedoch wurde auch dieses Gesetz im Umfeld des Präsidenten ausgearbeitet und wurde dementsprechend restriktiv gehalten. "Parliamentary inquiries are to be limited to cases of 'especially flagrant or mass violations of human rights and of natural or technological disasters', wording that could be construed to bar nearly any inquiry." (Tsyppkin, in: Journal of Democracy 17.3.2006: 78f.) Die nach Beslan eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Vorfälle wäre dadurch wohl nicht mehr gestattet worden. Weiters blieben dem Kontrollbereich die Aktivitäten des Präsidenten entzogen, sowie jene Fälle, welche bereits gerichtlich verfolgt werden. Michail Tsyppkin befürchtete dabei, dass die exekutivhörige Justiz mit der Eröffnung eines Scheinverfahrens jegliche parlamentarische Anfrage unterbinden kann. Für die Einsetzung einer Untersuchungskommission bräuchte es aber ohnehin eine -angesichts der Mehrheitsverhältnisse - kaum zu erreichende Mehrheit in beiden Kammern. (vgl. ebd. 79)

Die Dominanz der Kremlpartei Einiges Russland begann sich auch in deren internen Struktur der Duma zu manifestieren. Dies vor allem nach dem großen Wahlerfolg von Einiges Russland 2003. Die Partei übernahm in allen 29 Komitees die Vorsitzführung und beendete damit das alte System der proportionalen Aufteilung. Die Partei war gegen den ursprünglichen Plan einer Quotenregelung, um anderen Parteien einige Vorsitze zu ermöglichen. Als Begründung galten Aussagen von der Opposition, welche angeblich zu sehr an deren Verantwortlichkeit zweifeln ließen. Der Dumarat, welcher die Agenda setzt, wurde zudem nicht mehr von Repräsentanten aus jeder Dumapartei zusammengesetzt, sondern vom Dumasprecher und seinen Stellvertretern. Der Dumasprecher, Boris Gryslow, war Mitglied bei Einiges Russland, und so erhielt die Kremlpartei hier um einiges mehr Gewicht - acht der elf Sitze, sowie sieben der zehn stellvertretenden Posten. (vgl. Sakwa 2008b: 194)

Was die Finanzierung der eigenen internen Abläufe oder die Vergütung der Abgeordneten und Mitglieder der Duma betrifft, regelt dies nicht das Parlament selbst. Stattdessen ist es eine Behörde in der Präsidialadministration, welche über Dinge wie Wohnungen in Moskau,

spezielle medizinische Dienstleistungen und ähnlichen Zulagen entscheidet. Dadurch ermöglicht sich eine administrative Option, um die Kooperation der Abgeordneten zu erkaufen. "Such circumstances help explain why the parliament does little to check corruption in executive-branch agencies." (Fish 2005: 242 / vgl. Shlapentokh, in: Hill & Cappelli 2010: 53)

Wie auch unter Jelzin und in der Verfassung vorgeschrieben bildete sich unter Putin die Regierung nicht aus der Dumamehrheit heraus, was das bekannte demokratiepolitische Problem der fehlenden Verantwortbarkeit der Regierungspolitik betraf, da keine Parteien für die schlechte Politik der Regierung direkt verantwortlich gemacht werden kann. Putin "sees government as a closed preserve, to be managed by nonparty technocrats, bureaucrats, and insiders unconnected to the realm of party and mass politics. This disassociation of cabinets and governmental policy making from the legislature hinders the democratic principles of inclusion and contestation and terribly cramps parliamentary responsibility." (Colton & Skach, in: Journal of Democracy 16.3.2005: 121)

Jedoch gab es 2003 einen kurzen Ansatz Putins, zu einem parlamentarischen System zu wechseln. Im Mai 2003 erklärte er, dass es unter der Bedingung eines entsprechenden Ergebnisses bei den Dumwahlen Ende 2003 möglich wäre, die nächste Regierung auf Basis der parlamentarischen Mehrheit (eine Koalition der Opposition wäre damit ermöglicht worden) zu bilden. Der Kreml hatte bereits ein Gesetz vorbereitet, aber der Plan wurde schließlich doch verworfen, als eine Gruppe um Putin herum, vor allem Silowiki, aber auch einige Liberale, den Präsidenten vor diesem Schritt warnte, da so die Oligarchen wieder an die Macht kommen könnten. Immerhin war bekannt, dass Chodorkowski Abgeordnete verschiedener Parteien bezahlte und Interesse an der Politik zeigte. Anfang 2006 schloss Putin dahingehende Pläne für die damaligen politischen Umstände Russlands dann aus, da seiner Meinung nach die Staatlichkeit und der Föderalismus noch im Begriff der Konsolidierung sowie keine stabilen nationalen Parteien vorhanden waren. Aus diesem Grund musste es eine starke Präsidialmacht geben. Eine Regierung auf Basis der Parlamentsmehrheit wäre angesichts dessen unverantwortlich. (vgl. Sakwa 2008a: 128)

4.11) Putin und die Zivilgesellschaft

Auch im Bereich der Zivilgesellschaft – damit sind hier vor allem NGOs gemeint - wurde der Bewegungsraum für kritische Organisationen im Sinne der „gelenkten Demokratie“ stets enger. Noch in seiner Millenniumsbotschaft, sah Putin als ein Ziel des Staates das „Schaffen

von Bedingungen, die die Konsolidierung einer echten Zivilgesellschaft im Land fördern, die ein Gegengewicht zur Staatsmacht bildet und sie kontrolliert. [...] Die weltweite Erfahrung zeigt, dass die größte Gefahr für die Rechte und Freiheiten des Menschen und der Demokratie an sich von der ausführenden Gewalt ausgeht. [...] Ich persönlich messe dem Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen der Exekutivgewalt und der zivilen Gesellschaft sowie der Entwicklung der Institutionen und Strukturen der letzteren erstrangige Bedeutung bei.“ (vgl. Bister, in: Mangott 2002b: 117) Wie auch in anderen Bereichen sollte von Putins oftmals sehr liberal klingenden Aussagen letztendlich nicht allzuviel übrig bleiben. Anstatt einer „echten“ Zivilgesellschaft wurde im Sinne des Kremls versucht eine künstlich von oben geschaffene Zivilgesellschaft als wenig regimekritisches Feigenblatt sowie als Versuch der Untermauerung der demokratischen und gesellschaftlichen Legitimität aufzubauen.

Bereits zu Beginn von Putins Amtszeit wurden einige staatliche Behörden, die mit NGOs zusammengearbeitet hatten, entmachtet oder aufgelöst. Betroffen war die Umweltbehörde, welche ins Ministerium für natürliche Ressourcen überführt wurde – hier wurde klar, dass umwelttechnische Bedenken keinen Platz hatten. Der Aufsichtsbehörde für Nuklearanlagen erging es ähnlich, ihr wurden zentrale Befugnisse entzogen. Auch die mit NGOs in Kontakt stehende Migrationsbehörde wurde geschlossen. (vgl. Bister, in: Mangott 2002b: 134)

Im Juni 2001 gab es ein Treffen Putins mit den Vertretern von 30 ausgesuchten, jedoch unpolitischen und weniger relevanten NGOs, bei welchem Putin das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft als „Konsens und gemeinsame Arbeit“ definierte. (Mommsen & Nußberger 2007: 178) Dabei zeigte sich bereits jener in den Köpfen der Putin-Elite sitzende Ansatz, dass die „gute“ und patriotische Zivilgesellschaft im Sinne von Ordnung und Stabilität mit dem Staat zusammen-zuarbeiten hat, wohingegen jene NGOs, welche Bürgerrechtsverletzungen und ähnliches aufdecken, gegen den Staat operieren und diesen zu schwächen versuchen. Das korrekte Verhalten wäre demnach eine Kooperation mit den staatlichen Institutionen und Behörden unter dem Primat des Staates.

Im November 2001 folgte im Kreml das Bürgerforum, welches mit mehreren Tausend Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen abgehalten wurde. Das offizielle Ziel “[was a] serious discussion of paths of development for civil society in Russia and its relationship with state power”. (Sakwa 2008a: 168) In Putins Rede vor dem Forum sagte dieser, dass sich die Zivilgesellschaft in Russland zwar erst zu formen beginnt, dass diese aber ihre eigene Grundlage aufbauen solle. Es wäre zudem gefährlich, diese von oben zu errichten. (vgl. ebd. 168)

Ursprünglich sollten die vom Kreml gerne als problematisch gesehenen NGOs - üblicherweise jene aus dem Menschenrechts- und Umweltbereich – nicht am Forum teilnehmen. Vor allem jene NGOs, welche sich Ende 2000 zu einem Diskussionsforum zusammengeschlossen haben (etwa Memorial und die Moskauer Helsinki Gruppe), wurden zu umgehen versucht. Jedoch konnten sie aufgrund ihrer internationalen Vernetzung und Bekanntheit Druck auf den Kreml ausüben, da bei deren Nichtteilnahme das Bürgerforum als offensichtliche Täuschungsaktion zu werten gewesen wäre. In Verhandlungen der Präsidialadministration mit diesen Organisationen wurden schließlich die Forderungen letzterer erfüllt. Somit wurden auch kontroversielle Thematiken im Forum angesprochen und am Ende veröffentlichten alle Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse mit konkreten Zielen. Die Befürchtungen bezüglich der Lenkung der Zivilgesellschaft und der Einteilung in “gute” und “schlechte” Organisationen durch den Kreml hat sich in Folge etwas gelegt. (vgl. Bister, in: Mangott 2002b: 155ff.)

Als Folge des Treffens gab es in einigen Regionen Initiativen und eine Fortführung des Dialogs, aber für Klaus-Helge Donath war das Fazit nach mehr als zwei Jahren folgendes: „Das angepriesene Kooperationsangebot des Staates wurde erwartungsgemäß nicht mit Leben gefüllt, [und] der Staat signalisierte den NGOs im Anschluss, dass sie bei der Erarbeitung von gesellschaftlich wichtigen Entscheidungen nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt werden können.“ (Donath, in: Gorzka & Schulze 2004: 294) Laut Susanne Lang, Alexandra Härtel und Michael Bürsch blieben die Konsultationen von damals überwiegend folgenlos. Es gab bis 2003 zwar noch zwei weitere Konferenzen, jedoch blieben neben den Kontakten und Gesprächen die strukturellen Fortschritte aus. (vgl. Lang & Härtel & Bürsch 2010: 12)

2005 gab es schließlich den institutionalisierten Versuch der Einbindung der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sinne der Staatsmacht. Durch ein im April verabschiedetes Gesetz sollte die Gesellschaftskammer als offizielles Repräsentationsorgan der Zivilgesellschaft eingesetzt werden. Im Jänner 2006 nahm die neue Institution schließlich ihre Arbeit auf. Sie besteht aus 126 Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die ersten 42 Mitglieder wählte Putin selbst aus. Diese wiederum wählten die nächsten 42 Leute aus einer Liste aus, welche russlandweit tätige gesellschaftliche Organisationen zusammengestellt haben. Die bisher gewählten 84 Mitglieder wählten schließlich weitere 42 gesellschaftliche Vertreter aus, nun jedoch von Organisationen aus dem regionalen und lokalen Raum. Eine kritische Website deckte auf, dass hier die Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten in den sieben Föderalbezirken den jeweiligen Konferenzen der gesellschaftlichen Organisationen fertige Kandidatenlisten zur Abstimmung vorlegten. Diesem Vorwurf

entsprach auch die Zusammensetzung des so gewählten letzten Drittels, denn es waren viele Beamte, Lobbyisten und Wirtschaftsführer darunter. Generell zählte Elke Fein 30 Personen mit direkten Verbindungen zu staatlichen Einrichtungen und sah eine absolute Mehrheit der Mitglieder der Kammer als loyal zum Kreml an. (vgl. Fein, in: Russland-Analysen Nr.87, 27.01.2006: 2ff.)

Das Zusammenwirken zwischen den Bürgern und dem Staat sollte durch die Kammer auf allen staatlichen Ebenen verbessert werden. Neben der Vertretung ihrer Positionen gegenüber dem Staat sollte sie gesellschaftliche Kontrolle über die Exekutive und die Justiz ausüben sowie die Unabhängigkeit und Objektivität der Medien sichern. Ihre weiteren Aufgaben sind: Kontrolle von Gesetzesentwürfen und der Arbeit des Parlaments; nicht-bindende Empfehlungen zu innen-politischen Themen an das Parlament oder die Regierung; Bewertung der Gesetzgebung; Ansuchen für Nachforschungen bei möglichen Gesetzesübertretungen. (vgl. Sakwa 2008a: 170) An diesen eigentlich umfassend klingenden Aufgaben kritisierte Elke Fein, dass die Mittel und Kompetenzen der Kammer nicht im entsprechenden Ausmaß dazu gegeben sind, da die Beschlüsse der rein konsultativen Kammer nur Empfehlungen ohne Entscheidungskompetenz sind. Außerdem sind es die Regierung und der Präsident, welche über die Art und Weise der Teilnahme der Kammermitglieder an Regierungssitzungen entscheiden. Ein weiterer Punkt ist, dass die gewährten Rechte der Kontrolle der staatlichen Gewalten durch die Kammer eigentlich natürliche Rechte einer Zivilgesellschaft sind, womit hier die Gefahr besteht, dass diese bürgerlichen Rechte von der kontrollierbaren Kammer monopolisiert werden, während unabhängigen und eigenständigen NGOs diese Rechte abgesprochen werden könnten. Bei der Eröffnungsfeier erklärte Putin den ausgewählten Vertretern schließlich, dass diese sich des unpolitischen Charakters ihres Mandats bewusst sein sollen. (vgl. Fein, in: Russland-Analysen Nr.87, 27.01.2006: 3f.) Unter unpolitisch verstand er objektive Berichterstattung über die Zustände in der Gesellschaft, wobei „objektiv“ wohl für zahm und nicht regimekritisierend stand.

Von Seiten der kremlkritischen NGOs und aus dem Westen kamen negative Bewertungen der neuen Kammer. Memorial schloss im Februar 2005 eine Teilnahme aus, da aufgrund des Versuches, den Dialog Staat-Gesellschaft in einem Organ zu konzentrieren, nur eine Imitation eines echten Dialogs sein könne und, dass der Staat in dieser ohnehin nur mit sich selbst diskutieren würde. Die Vertreter der NGOs, von denen viele sich nicht für die Gesellschaftskammer einspannen lassen wollten, befürchteten, dass in dieser über alle Fragen der Gesellschaft beraten werden soll, wobei jedoch zwei Problematiken gegeben sind. Einerseits würde die Zivilgesellschaft in einen gehörten Teil (die Mitglieder der Kammer) und

in einen ungehörten Teil (die restliche Bevölkerung) gespalten werden, und andererseits würden durch die künstliche Beschränkung auf gewissen Themen einige relevante Bereiche ausgeschlossen. Kritisiert wurde die Kammer auch als ein weiterer Schritt der Gleichschaltung der Zivilgesellschaft. Durch die Reduzierung auf die für den Kreml wenig heiklen Themen fielen zudem jene Themen zur Diskussion weg, welche die Bürger besonders betreffen würden. Andere Stimmen standen der Kammer eher neutral gegenüber, oder sahen ihr Vorhandensein besser als nichts. (vgl. Lang & Härtel & Bürsch 2010: 13)

Für Elke Fein stellte sich die Gesellschaftskammer "insgesamt als ein quasi-korporatives Gremium dar, das an essentiellen, nachdrücklich artikulierten Interessen und Forderungen namhafter gesellschaftlicher Organisationen vorbei entstand, und dessen auf die Regierung hin ausgerichtete Konstruktionsprinzipien [der Leiter des Apparates der Kammer wird von der Regierung ernannt, die Geschäftsordnung wird anscheinend von der Präsidialadministration geschrieben] es recht eindeutig als Element der präsidentialen Machtvertikale ausweisen." (Fein, in: Russland-Analysen Nr.87, 27.01.2006: 3)

Für politisch wenig sensible Themen wurde der Kammer aufgrund der Arbeit einzelner Mitglieder durchaus wertvolle Arbeit attestiert. Diesbezüglich wurde sie als gutes Forum der Problemlösung gesehen. Ein Erfolg der Kammer war zum Beispiel, dass diese in Kooperation mit der Organisation der Soldatenmütter einen besonders schweren Fall der Misshandlung eines Rekruten in der Armee vor Gericht brachte, und dieses in Russland weitgehend tabuisierte Thema größere Aufmerksamkeit erhielt. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 183f.) Für Mommsen und Nußberger rückte jedoch die Interaktionsform, dass sich die Bürger mit Anfragen und Beschwerden an die Kammer wenden, diese in die Position von Bittstellern, was jedoch nichts mit einer aktiven und selbstständigen Partizipation einer eben solchen Zivilgesellschaft zu tun hat. (vgl. ebd. 45)

Richard Sakwa sah in der Kammer eine parakonstitutionelle Institution mit dem Problem der kaum gegebenen demokratischen Verantwortbarkeit gegeben. Für Sakwa war die Kammer eine Art unpolitisches Parlament, da deren Mitglieder auf die verschiedenen Dumakomitees aufgeteilt wurden und dadurch an der frühen Ausarbeitung von Gesetzen mitwirkten. Dadurch werde aber die Rolle des Parlaments als primärer Schauplatz der Artikulation und Verlautbarung des öffentlichen Interesses unterminiert. Auch würde durch die neue Institution die Entstehung einer sich selbstregulierenden Gesellschaftsordnung sowie einer lebendigen Zivilgesellschaft erschwert werden. Jedoch sollte für den Präsidenten wohl ein neuer Kanal geschaffen werden, welcher an den offiziellen staatlichen Institutionen vorbeiläuft, um die Kammer als Instrument gegen das Parlament oder die Bürokratie einsetzen zu können.

Dadurch könnte sich Putin laut Sakwa mehr Autonomie vom Regime verschaffen und sich so auch Legitimation innerhalb der Gesellschaft sichern, indem er als „guter Zar“ die von der Kammer vorgetragenen Probleme löst. (vgl. Sakwa 2008a: 172f.) Gerd Meyer erwähnte diesbezüglich, dass der Erfolg der Kammer nicht auf deren formellen Prozeduren basiert, sondern auf der selektiven Akzeptanz der von der Kammer erwähnten Probleme durch den Präsidenten. Mit den angesprochenen Missständen würden jedoch so umgegangen, dass für das Regime nie ernsthafte Konsequenzen zu ziehen sind. (vgl. Meyer, in: Meyer 2007: 104)

Neben der Gesellschaftskammer wurde unter Putin noch eine zweite Institution in diesem Bereich eingesetzt. Der “Rat zur Mitwirkung an der Entwicklung von Instituten der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation” (auch Pamfilowa-Rat genannt - nach dessen Vorsitzender Ella Pamfilowa) wurde per Dekret Putins in November 2004 eingesetzt. Ziel ist es, den Dialog und die Kooperation zwischen NGOs und den Regierungsbehörden zu fördern, die Verbesserung der Regierungspolitik, um die Rechte und Freiheiten der Menschen zu garantieren, und die Förderung der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Institutionen. Lang, Härtel und Bürsch nannten den Rat den womöglich wichtigsten Kommunikationskanal aus der Zivilgesellschaft in den Kreml. (vgl. Lang & Härtel & Bürsch 2010: 12f.)

Die Gründung dieser Institutionen oder das Abhalten von Kongressen waren relativ positive Zeichen einer Respektierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Jedoch gab bei der Politik des Kremls bereits seit Ende 2003 einen Richtungswechsel, und so fand „[d]ie vorsichtige Annäherung zwischen Staat und Zivilgesellschaft [...] ein Ende.“ Auslösende Ereignisse dafür waren: die Verhaftung Chodorkowskis, wodurch in Folge auch seine für die Zivilgesellschaft so wichtige Stiftung Offenes Russland aufgelöst wurde; die Terroranschläge in einem Moskauer Theater sowie in einer Schule in Beslan; aber vor allem auch die Orangene Revolution in der Ukraine Ende 2004. Dadurch wuchsen die Bedenken des Kremls gegen die NGOs - speziell deren ausländischen Finanzierungsquellen - stark an. (vgl. Lang & Härtel & Bürsch 2010: 12)

Schon im März 2004 passierte ein Gesetz die Duma, welches laut Galina Michaleva jenen Artikel der Verfassung verletzte, welcher Streiks und Demonstrationen als Bürgerrecht gewährt. Putin nahm aufgrund scharfer Kritik an dem Gesetz zwar Korrekturen vor, um die negativsten Aspekte zu beseitigen, aber trotzdem blieben ihrer Meinung nach problematische Bestimmungen weiter bestehen. Etwa die langen Anmeldefristen von zehn bis 15 Tagen für öffentliche Demonstrationen oder Versammlungen, was eine schnelle Reaktion der Zivilgesellschaft auf akute Themen verhinderte. Es wurde zudem, mit Blick auf NGOs aus

dem Umweltbereich, ein Demonstrationsverbot vor umweltschädlichen Unternehmen verboten. Auch die Residenz des Präsidenten galt als verbotene Zone. Zudem sah Michaleva dem Begriff "Versammlung" im Gesetz zu vage definiert, um den Beamten Spielraum zu geben – eine bekannte Strategie unter Putin. (vgl. Michaleva, in: Russland-Analysen Nr. 24, 30.04.2004: 2)

2005 und 2006 wurden beispielsweise die Proteste der Nationalbolschewisten unterdrückt. Als nächstes kamen die Aktionen des Anderen Russland auf. Ende 2006 wurde ihr Marsch in Moskau verboten, jedoch durften sie sich auf einem Platz versammeln, auf welchem schließlich 2000 Protestierende einem Vierfachen Polizeiaufgebot gegenüberstanden. Ihre Protestaktionen im März und April 2007 wurden erneut gewaltsam aufgelöst. Putin blieb bei diesen Einsätzen der Sicherheitskräfte leise, und gab ihnen somit freie Hand gegen die Protestierenden. Der Kreml musste hart vorgehen, so Lilia Shevtsova, denn immerhin wurde der Westen wieder recht offen als Initiator der Proteste dargestellt. (vgl. Shevtsova 2007: 275ff.)

Um die oppositionellen Aktionen des Anderen Russland zu unterbinden wurde auch etwa die Einreise nach Moskau und St. Petersburg eingeschränkt. Innerhalb der Städte konnte man sich nicht mehr frei bewegen und Hunderte Teilnehmer, darunter Journalisten, wurden festgenommen und mitunter geschlagen. Garri Kasparow, einer der Organisatoren, wurde zwei Monate später wegen dem Marschieren in einer großen Gruppe und der Ausrufung von regierungsfeindlichen Parolen verurteilt. Zudem wurden über 50.000 Exemplare einer Sonderausgabe einer oppositionellen Zeitung mit Artikeln über diese Proteste von den Behörden konfisziert. Ein Protestmarsch in Nischni Nowgorod wurde ebenfalls durch diverse Schikanen (etwa Drohanrufe an die Organisatoren oder Verhaftungen von Flugzettelverteilern) und durch überproportionale Polizeipräsenz wirksam entkräftet. Der Marsch wurde für illegal erklärt, sollte laut dessen Anhängern aber trotzdem stattfinden, woraufhin die Organisatoren des Marsches sowie Journalisten Anrufe erhielten. Sie wurden dabei vor einer Teilnahme gewarnt. Am Ende standen 200 Leute einer 3000 Mann starken bewaffneten Einheit des Innenministeriums gegenüber, woraufhin es ein Leichtes war, gezielt Teilnehmer herauszugreifen und zu verhaften. (vgl. Lucas 2008: 107f.)

Der Kreml verschärfte seine Gangart gegen die Zivilgesellschaft weiter. So hielt Putin bereits im Juli 2005 eine Rede gegen NGOs und deren ausländischen Geldgeber. Die Erinnerungen an die Revolutionen in Georgien und der Ukraine waren noch frisch, und so wuchs jene Paranoia im Kreml, dass durch die Aktivitäten ausländischer Organisationen in Russland ebenfalls ein Umsturz geplant wäre. Diese Töne waren immer lauter zu hören, und so erklärte

auch Nikolai Patruschew, Chef des FSB, dass es für die Tätigkeit der NGOs gesetzliche Regulierungen braucht, "bevor die Welle der Orangen", durch welche eben jene Geldströme aus dem Ausland erfassen werden sollten, welche den russischen Organisationen zukamen. Dadurch wollte der Kreml die ausländische Finanzierung politischer Aktivitäten in Russland kontrollieren. Um sich ihre Unabhängigkeit vom Staat zu bewahren, haben die mit heiklen Themen beschäftigten NGOs wie jenen der Menschenrechte – und hier speziell Tschetschenien – eine andere Finanzierungsquelle als den Staat gesucht, und diese im westlichen Fonds oder internationalen Organisationen gefunden. In einer von Anita Bister erwähnten Studie wurden etwa 90% der NGOs im Menschenrechtsbereich als von westlicher Finanzierung abhängig gesehen. (vgl. Bister, in: Mangott 2002b: 138)

Ende November 2005 wurde der Gesetzesentwurf in der ersten Lesung der Duma mit 370 gegen 18 Stimmen angenommen, woraufhin weltweiter Protest laut wurde. Wohl auch wegen Russlands damaliger Vorsitzführung im Europarat reagierte der Kreml recht schnell mit der Streichung der grössten Verletzungen des internationalen und russischen Rechts, wobei neue Formulierungen ähnlich bedenklich waren. Im April 2006 trat das Gesetz schließlich in Kraft. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 179f.) Wird in Russland ein Gesetz verabschiedet muss dieses umgehend veröffentlicht werden. Im Falle des neuen NGO-Gesetzes wurde dies jedoch verzögert, da dem Regime klar gewesen sein dürfte, dass im In- und Ausland viel Kritik an dem sehr strikt formulierten Gesetz aufkommen würde. (vgl. Ostrow & Satorov et al. 2007: 122)

Die Vertretungen nicht-russischer NGOs mussten nun bis Oktober 2006 bei der Föderalen Registrierungsbehörde vorstellig werden. Russische nicht-kommerzielle Organisationen mussten dies seit den 1990ern auch, Vereine jedoch nicht. Da vielen NGOs nicht klar war, ob sie als Verein oder nicht-kommerzielle Organisation galten, gab es bereits hier bürokratisch-rechtliche Unklarheiten. Mit einer Eintragung in das Register der Registrierungsbehörde wurde die Berechtigung dazu gegeben, in Russland tätig zu sein. Neben der Registrierung war zudem genaue Auskunft über die Finanzströme aller russischen und ausländischen NGOs zu geben, da dem Kreml vor allem die Geldflüsse aus dem Ausland ein Dorn im Auge waren. Zudem gab es nun Strafen und Sanktionen, welche bis zu Gerichtsklagen gehen können, wenn die geforderten Informationen nicht abgegeben werden. Werden Verstöße festgestellt, droht erst im Wiederholungsfall die Auflösung; außer der Verstoß wird als "grob" klassifiziert oder es handelt sich um eine ausländische NGO, denn dann reicht bereits die erste Verwarnung. Die Auflösung von Abteilungen ausländischer NGOs ist möglich wenn diese die "sovereignty, independence, territorial integrity, national unity and originality, cultural heritage and national

interests” von Russland bedrohen. (Sakwa 2008a: 174) Mit diesen vagen Definition wurde der behördlichen Willkür durch diese neuen legalen Druckmittel wieder ein Interpretationsspielraum gegeben. Alleine im Jahr 2007 erhielten von etwa 13.000 kontrollierten NGOs 90% eine Verwarnung. (vgl. Lang & Härtel & Bürsch 2010: 18)

Die finanziellen Vorschriften sowie die detaillierten Anzeige- und Berichtspflichten über die Aktivitäten der NGOs belasteten die Arbeit der NGO. Zudem waren auch hier ausländische NGOs durch härtere und häufigere Kontrollen schlechter gestellt. (vgl. Nußberger & Schmidt, in: Russland-Analysen Nr.138, 15.06.2007: 3) NGOs können etwa dazu aufgefordert werden, ihre gesamte Korrespondenz mit anderen Organisationen oder Einzelpersonen offenzulegen. Auch können detaillierte Haushaltspläne verlangt werden, in welchen die NGOs ihre geplanten Aktivitäten aufschlüsseln. Abweichungen von einem vorgelegten Plan müssen erklärt werden. Die NGOs befinden sich praktisch in ständiger Gefahr von den Behörden mit Vorwürfen konfrontiert zu werden. Humans Right Watch sowie Amnesty International mussten beispielsweise kurzfristig ihre Arbeit einstellen. (vgl. Lucas 2008: 131) Sogar das respektierte Komitee der Soldatenmütter wurde mit einer existenzgefährdenden Klage konfrontiert, wobei jedoch internationaler Aufschrei die Organisation retten konnte. (vgl. Ostrow & Satorov et al. 2007: 122)

Ende 2005 meinte Putin, dass neue NGO-Gesetz sei notwendig, um “das politische System vor Einwirkungen von außen und die Gesellschaft und die Bürger vor der weiteren Ausbreitung terroristischer und menschenverachtender Ideologien zu schützen, die unter dem einen oder anderen Aushängeschild wirken.” (vgl. ebd. 18) Es wurde somit in den Raum gestellt, dass NGOs mitunter terroristische Organisationen finanzieren. Zudem würden ausländische Kräfte über NGOs versuchen die Politik in Russland zu beeinflussen. Edward Lucas stellte die ungemütliche Situation für Organisationen mit ausländischen Geldgebern so dar: “Jede Gruppe, die Geld aus einer ausländischen Quelle angenommen hat, muss befürchten, der Spionage und des Hochverrats angeklagt zu werden.“ (Lucas 2008: 134) Jedoch waren viele der NGOs fast ausschließlich von ausländischer Finanzierung abhängig, ein Spendenwesen fehlte und Unternehmen mussten sich wegen ihrer Abhängigkeit von politischen Instanzen im Zentrum und den Regionen gut überlegen, welche NGOs man unterstützt. Aufgrund vermehrter bürokratischer Hürden zog sich 2003 bereits der größte westliche Geldgeber teilweise aus Russland zurück – die Soros Foundation. (vgl. Donath, in: Gorzka & Schulze 2004: 297)

Wie erwähnt, war ein Problem des neuen Registrierungsprozesses dessen unklare Bestimmungen, da nie gänzlich klar war, welche Anforderungen (Dokumente, Informationen)

von der Registrierungsbehörde verlangt wurden. Jens Siegert urteilte angesichts der vielen bürokratischen Hürden und Absurditäten, hervorgerufen durch strikt wörtliche Auslegung der Anforderungen, dass eher die Bürokraten der Registrierungsbehörde als die NGOs selbst überfordert waren. Etwa einen Monat vor Ende der Frist wurden die Anforderungen gelockert, wobei Siegert vermutete, dass dies auf Wink von oben geschah. Das Hauptziel des neuen Gesetzes, die Registrierung und Kontrolle der ausländischen NGOs, war erreicht. Nun sollten aber, auch um den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, möglichst viele NGOs registriert werden. (vgl. Siegert, in: Russland-Analysen Nr.115, 27.10.2006: 15f.) Mit Stand Juni 2007 existierten in Russland 221 Filialen und Vertretungen ausländischer NGOs; in 17 Fällen wurde die Eintragung abgelehnt und 5 Anträge befanden sich in Begutachtung. (vgl. Nußberger & Schmidt, in: Russland-Analysen Nr.138, 15.06.2007: 3) Damit wurden die Befürchtungen im Westen von massenweiser Verweigerung der Registrierung nicht so deutlich belegt, jedoch hatten einige prominente westliche NGOs Schwierigkeiten, womit die russischen Behörden ihre potenzielle Macht ausdrückten. (vgl. Sakwa 2008a: 175)

Geschlossen wurde etwa 2006 das Russische Zentrum für Menschenrechte wegen angeblicher mangelhafter Berichte der Aktivitäten der letzten fünf Jahre. Die Arbeit des Centre for International Legal Defence, welches Russen mit Klagen gegen ihr Land in Straßburg unterstützt, musste eingestellt werden, als nach Ermittlungen der Steuerpolizei aufgrund nicht gezahlter Steuern die Konten gesperrt wurden. Die Gesellschaft für russisch-tschetschenische Freundschaft (ein besonders gefährliches Terrain) wurde geschlossen, nachdem dessen Vorsitzender wegen Aufhetzung zum Rassenhass verurteilt wurde – passender Weise gab es durch das neue Extremismusgesetz eine Bestimmung, durch welches eine Organisation geschlossen werden konnte, wenn sie von einem Straftäter geleitet wird - dieses Gesetz führte auch zur Schließung von Chodorkowskis Stiftung Offenes Russland im März 2006. Die Educated Media Foundation wurde wegen eines normalerweise nicht geahndeten geringfügigen Delikts in die Pleite geschickt – sie bildete seit 1996 etwa 15.000 Journalisten aus. (vgl. Lucas 2008: 131ff.) Klar ersichtlich wurde dabei, dass es NGOs in den politischen Bereichen um einiges schwerer gemacht wurde. Es war aber auch ein Ziel des Gesetzes, eine Entpolitisierung der NGOs zu bewirken.

Richard Sakwa erwähnte, dass die Regulierung der Aktivitäten der NGOs auch in anderen Ländern üblich ist, dass das russische Gesetz jedoch nicht die wichtigen Prinzipien der Transparenz sowie der Absicherung vor dessen willkürlicher Auslegung erfüllt, womit die Registrierung oder Schließung einer NGO keiner eindeutigen Gesetzgebung unterlag. Außerdem wurde durch die bürokratischen Anforderungen sowie durch den erschwerten

Zugang zu ausländischer Finanzierung die Gründung neuer NGOs erschwert. (vgl. Sakwa 2008a: 174f.)

Lang, Härtel und Bürsch zogen als Fazit, dass sich etwa drei Jahre nach Implementierung des Gesetzes in der Praxis speziell diese großen Kontrollmöglichkeiten der Behörden negativ ausgewirkt haben. Die strenge Gesetzeslage selbst war weniger entscheidend als die Auslegung im Einzelfall. Zu diesen Schikanen kam die teure Angelegenheit der Registrierung einer NGO hinzu, wofür eine Gebühr von mindestens 2000 Rubel verlangt wird. Summiert mit den anderen notwendigen Ausgaben für juristische und buchhalterische Expertise wurde eine NGO-Gründung auch zu einer gewissen finanziellen Hürde. Selbst Dmitri Medwedew meinte 2009, dass durch die neuen Bestimmungen die feindselige Haltung der Bürokratie gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen weiter bestärkt wurde. Die Kontrollen der NGOs wurden von den Behörden verstärkt danach ausgerichtet Rechtsverstöße aufzuspüren, um in Folge ein Verbot bewirken zu können – dies verstanden sie auch als ihre politische Aufgabe. Von staatlicher Seite wurden die NGOs durch die Änderungen von 2005/06 somit zunehmend als potenzielle Gefahr für Russlands Sicherheit gewertet. (vgl. Lang & Härtel & Bürsch 2010: 18)

Mit dem NGO-Gesetz gab es somit neben den bestehenden Hürden für oppositionelle Parteien nun auch schärfere Bestimmungen für gesellschaftliche Organisationen. Anfang Juli 2006 verabschiedete die Duma zudem ein Gesetz, welches den Begriff „Extremismus“ neu definierte und kriminalisierte. Die Tatbestände, welche nun unter diese Anklage fallen konnten, wurden dabei ausgedehnt. Beispielsweise wurden das Herstellen und die Verbreitung von „extremistischem“ Material verboten. Auch die „Verleumdung eines Amtsträgers der Russischen Föderation“, die „Behinderung gesetzlicher Aktivitäten staatlicher Organisationen“ und die „Demütigung des Nationalstolzes“ fielen nun unter diesen Tatbestand. (vgl. Lucas 2008: 109) Durch das Gesetz konnte auch eine Partei von den Wahlen ausgeschlossen werden, wenn eines oder mehrere ihrer Mitglieder wegen Extremismus verurteilt wurde. (vgl. Sakwa 2008b: 168)

2007 wurde das Gesetz novelliert und noch strikter ausgelegt. Extremisten waren nun auch Kriminelle, welche durch „politischen, ideologischen oder sozialen Hass“ angetrieben werden. Jeder unter dem Verdacht des Extremismus ist von der Kandidatur für öffentliche Ämter ausgeschlossen. Generell könnten durch den breiten und vage definierten Tatbestand des Begriffs die politischen und gesellschaftlichen Oppositionskräfte in ihren normalen, gegen das Regime gerichteten Aktivitäten, diese Tatbestände erfüllen. Auch die über diese Aktionen berichtenden Medien könnten sich mitschuldig machen, wobei diese bei der zweiten

Verletzung des Gesetzes ihre Lizenz verlieren würden. Das Informieren der Bevölkerung sowie das Anprangern und Kritisieren der Regierungspolitik wurden durch dieses Gesetz abermals erschwert, die Meinungsfreiheit weiter eingeschränkt. Alleine in zwei Monaten des Jahres 2007 erhielt der kritische Radiosender Echo Moskau aufgrund des neuen Gesetzes 15 Briefe von der Staatsanwaltschaft. Und auch Jablokos Unterorganisation in Krasnodar wurde des Extremismus bezichtigt. (vgl. Lucas 2008: 109f.)

Fazit: Durch die härtere Gesetzeslage konnten die russischen Machthaber nun neben dem politischen auch den zivilgesellschaftlichen Bereich besser Überwachen und regimekritische Bewegungen oder Protestaktionen wenn nötig unterbinden. Die Versuche des Kremls, die Zivilgesellschaft in das Projekt des Staatsaufbaus unter Putin einzuordnen wurden von Kritikern im In- und Ausland kritisiert, denn es war der Versuch der Lenkung der Zivilgesellschaft – diese hätte jedoch dadurch am besten unterstützt werden können, dass diese autonom, also vom Staat unabhängig ihre Ziele verfolgen kann. Obwohl Putin selbst die Notwendigkeit einer unabhängigen Zivilgesellschaft immer wieder betont hat, gab es dennoch die klare Tendenz, jene NGOs schlechter zu stellen, welche aus dem Ausland finanziert wurden, sowie jene, die in den für die Staatsmacht heiklen Themen aktiv waren. Dies zeige sich durch Umfragen, in welchen sich ein großer Teil der NGOs in ihrer Arbeit durch den Staat eingeschränkt sah, während viele regelmäßig mit diesem zusammenarbeiten. Zudem sind die meisten Bestimmungen des neuen Gesetzes nur dann erfüllbar, wenn die jeweiligen Behörden keine Einwände gegen eine Organisation haben. (König & Männel, in: Russland-Analysen Nr.181, 24.04.2009: 4f.)

Generell wurden mit komplizierten oder vage formulierten Gesetzen rechtliche Unklarheiten und ein bürokratischer Aufwand geschaffen, was der Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten nicht dienlich war. “Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in der russischen Gesellschaftsordnung ist bis heute nicht endgültig geklärt. Wie viel Autonomie den NGOs eingeräumt werden sollte, welche gesellschaftliche Rolle bzw. Funktionen sie übernehmen sollen oder können, ist bisher nicht wirklich geklärt.“ (König & Männel, in: Russland-Analysen Nr.181, 24.04.2009: 4)

Somit konnte die Zivilgesellschaft unter Putin nicht dahingehend einspringen, die vom Regime kooptierten oder ausgeschalteten Kontrollinstanzen – Judikative, Legislative, Medien, Parteien – zu ersetzen, um die Interessen der Gesellschaft gegen die staatliche Willkür zu verteidigen. Der Entstehung solcher möglicher Kräfte – etwa durch das Andere Russland, wurde vom Kreml erfolgreich verhindert. Wie in der politischen Sphäre sollte der hegemonialen Staatsführung auch hier keine starke und autonome Opposition erwachsen.

4.12) Das Justizsystem

Ein effizienter und funktionierender liberaler Rechtsstaat ist ein wesentliches Element einer konsolidierten Demokratie. Ein solcher garantiert den Schutz des Einzelnen bzw. von Gruppen vor der Willkür des Staates und ermöglicht zudem die Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive. Für Richard Sakwa bedeutet der Rechtsstaat dann auch die Verantwortbarkeit des Staates vor der Bevölkerung: "Democracy is fundamentally about controlling government." (Sakwa, in: Smith 2008: 1)

Wladimir Putin proklamierte zwar ursprünglich die "Diktatur des Gesetzes" als eines seiner Ziele, jedoch nicht in der Hinsicht, dass er sein Amt, die Regierung oder die Präsidialadministration der Justiz gegenüber Verantwortbar gemacht hätte. Nach dem Verständnis von Putin bedeutete dieses Prinzip nicht, "dass sich die Exekutive den abstrakten Werten einer unabhängigen Justiz unterwirft, sondern dass die Exekutive ungehindert gesetzliche Sanktionen gegen ihre Gegner verhängt." (Lucas 2008: 213) Die eigentliche der Diktatur des Rechts im Sinne der allumfassenden Rechtsgültigkeit konnte einerseits wegen Putin selbst nicht verwirklicht werden, da die Politik des Regimes zur Konsolidierung der Macht zu oft auf antikonstitutionelle Methoden zurückgegriffen hat. Andererseits war das russische Justizwesen – belastet durch die Zeit in der Sowjetunion – durch unzureichende strukturelle Reformen weiterhin politisch hörig und korrupt. Für die breite Bevölkerung war durch das kulturelle sowjetisches Erbe zudem ein genereller Rechtsnihilismus gegeben. Diese Defekte konnte Putin während seiner achtjährigen Amtszeit nicht beheben, und so musste auch sein Nachfolger, Dmitri Medwedew, noch klagen "[that] no European country can boast of such universal disregard for the law." (vgl. Frye, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 79)

Jedoch hat man ähnlich kritische Aussagen bei einigen Gelegenheiten auch schon von Putin gehört, wirkliche Konsequenzen hatten die jeweiligen Einsichten aber kaum. Die unter Putin umgesetzten Reformen im Justizbereich waren meist technischer Natur, und trotz einiger Verbesserungen waren dies Angesichts der großen strukturellen Probleme eher nur Details. Eines der strukturellen Probleme war, dass für eine strikte Rechtsbefolgung auch umfassende politische Reformen notwendig wären (vor allem im Ausbau der *checks and balances*). In dieser Hinsicht ist somit nicht viel geschehen, da das Regime von dahingehenden Maßnahmen in seiner Machtstellung betroffen gewesen wäre. (vgl. ebd. 79f.)

Die angesprochenen technischen Reformen wurden vor allem dadurch ermöglicht, dass nun ausreichend Geld zur Verfügung stand, um einige notwendige Maßnahmen finanzieren zu können. 2002 gab es eine neue Strafprozessordnung und 2003 eine neue Zivilprozessordnung.

„While far from ideal, these new procedural codes helped to establish formal, legal rules to the game.” (Frye, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 82) Richard Sakwa nannte die Strafprozessordnung ein Kernelement der Reformen am Justizsystem, sowie einen wichtigen Schritt in Richtung eines Rechtsstaates, denn unter anderem wurden die Rechte der Angeklagten gestärkt, so wie auch die Stellung der Gerichte gegenüber den Staatsanwälten. (vgl. Sakwa 2008a: 156)

Die Staatsanwälte hatten davor zu starke Vollmachten bezüglich Beschlagnahmung, Arrest oder unlimitierter Untersuchungshaft. Sprachen Gerichten Urteile, welche der Staatsanwaltschaft missfielen, konnten sie zudem immer wieder Überprüfungen und somit ein erneutes Verfahren fordern, um das gewünschte - wahrscheinlich politisch vorgegebene - Urteil zu erreichen. Auch aus diesem Grund blieb die Verurteilungsrate in Russland, wie schon in der Sowjetunion, bei 99%. Mit der Einführung der Geschworenengerichte in allen Regionen ab 2003 – in neun Regionen gab es diese bereits seit 1993; Tschetschenien folgte erst 2010 –, sollte die Freispruchrate von unter einem Prozent erhöht werden (Westeuropa: 15%, USA: 25%). Die Staatsanwälte gaben den von ihnen abhängigen Richtern eine sehr strikte Linie bezüglich den Freisprüchen vor, was eben von den meisten Richtern, aufgrund deren mangelhaften Verständnisses von Rechtsstaatlichkeit, befolgt wurde. (vgl. Sakwa 2008a: 156 / Thaman, in: Smith 2008: 155) Unter Medwedew wurden die Geschworenengerichte für einige politisch sensible Fälle, wie etwa Landesverrat, jedoch wieder abgeschafft. Gerade in diesem Bereich hat das Regime jedoch seine eigenen Interessen, womit hier wohl politische Interventionen erleichtert werden sollten.

Was den Erfolg der Geschworenengerichte anbelangt gab es geteilte Meinungen. Einige kritisieren die oft nur aus Rentnern, Hausfrauen und Arbeitslosen bestehenden Geschworenenbänke, welche ein leichtes Ziel für Bestechungsgelder seien. Zudem wurden oftmals zu milde Urteile der Geschworenengerichte wegen angeblicher oder realer Verfahrensfehler vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Dies schwächte das Argument der Menschenrechtler etwas ab, welche den positiven Effekt betonten, dass in diesen Gerichten die Freispruchquote bei etwa 15% lag. Aber es wurden Fälle publik, wo die Geschworenen ohne Rechtsgrundlage ausgewechselt wurden. Generell gab es Kritik bezüglich der intransparenten und fehlerhaften Bestellvorgängen der Geschworenen. Für Putins Menschenrechtsbeauftragten, Wladimir Lukin, war vor allem jene Option, auch Militärangehörige, Staatsdiener und Staatsanwälte als Geschworene einzuberufen, problematisch. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 102ff.)

Stephen Thaman sah die Aufhebung der Freisprüche durch den Obersten Gerichtshof als größte Problematik an, da die gewonnene Unabhängigkeit der Geschworenengerichte stark reduziert wurde. Seine Vermutung war, dass der Oberste Gerichtshof, aufgrund des steilen Anstiegs der Kriminalität seit der Einsetzung der ersten Geschworenengerichte, mutmaßliche Mörder nicht freilassen wolle, und so lieber von der Schuld eines Angeklagten ausgegangen wurde. In den USA und England wäre ein solcher Einspruch einer höheren Instanz gegen ein Gerichtsurteil nicht möglich, in einigen europäischen Ländern jedoch schon. (vgl. Thaman, in: Smith 2008: 154ff.) Für Thaman standen somit zu viele Faktoren gegen die eigentlichen Funktionen der Geschworenengerichte. Der wesentliche Grund dabei war ein Justizsystem, „that still in many ways functions as it did in Soviet times, with lower court judges taking orders from their superiors.“ (Thaman, in: Smith 2008: 177) Daher wurde einem wirklich unabhängigen Jurysystem unter Putin wohl nicht zur Durchsetzung verholfen, da sonst die Korruption und Inkompetenz des Justizsystems aufgedeckt würde. Thaman befürchtete im Falle der Geschworenengerichte somit eher ein weiteres Beispiel eines formell implementierten demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzips, welches jedoch den eigentlichen Zweck nicht erfüllt, nach außen aber das Bild eines demokratischen Fortschritts erlaubt. (vgl. ebd. 177)

Wie gesehen, konnte die Staatsanwaltschaft trotz aller Reformen am Justizsystem weiterhin Protest gegen angeblich rechtswidrige Urteile einlegen - auch bei rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren. Vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHMR) wurde dies als nicht im Einklang mit den Prinzipien eines fairen Verfahrens angeprangert. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 85) Mommsen und Nußberger nannten die Staatsanwälte „die uniformierten Kontrolleure, die im Namen des Staates über die Durchsetzung des Rechts in allen Sach- und Lebenslagen wachen.“ (Mommsen & Nußberger 2007: 113) Sie empfangen Befehle von oben und geben diese weiter an die Richter, welche sich mehrheitlich diesem Spiel fügen. Edward Lucas bezeichnete sie als das „nicht reformierte stalinistische Relikt“, sowie als den „Motor der staatlichen Illegalität.“ (Lucas 2008: 127f.) Die Staatsanwaltschaft übernimmt in brisanten Fällen mitunter die Aufgabe der Sperrung von Bankkonten um Geschäftsleute die Basis zu entziehen, sie schüchtert Zeugen und Richter ein, aber auch die Anwälte der Opfer und Gegner des Kremls, wie etwa der Verteidiger der Familie Politkowskaja, oder jene Anwälte, die es schaffen, Fälle vor ein internationales Gericht zu bringen. (vgl. Lucas 2008: 128) Anfang 2001 sagte der damalige Generalstaatsanwalt Ustinow sogar offen, dass diese Institution das „Instrument des Willens und der Entscheidung des russländischen Präsidenten“ sei. (vgl. Mangott 2002a: 196ff.)

Ein weiterer Aspekt der Justizreform war die Bereitstellung umfangreicherer Finanzmittel für die Gerichte und die Finanzierung der Gerichte aller Ebenen alleinig aus dem Föderalbudget. Die Bezahlung der Richter steigerte sich etwa um das Vierfache, wodurch deren Unabhängigkeit erhöht werden und die Korruptionsanfälligkeit reduziert werden sollte. Weiters wurde die Anzahl der Richter von 17.000 auf etwa 20.000 aufgestockt. (vgl. Frye, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 83 / Sakwa 2008a: 156) Mit der neuen Strafprozessordnung haben zudem die Dumaabgeordneten ihre Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung verloren, denn für viele Kriminelle war dieses Privileg ein Grund, um sich ein Mandat zu erkaufen. Oft wurden bei gewählten Abgeordneten Ermittlungen gegen diese eingestellt. (vgl. Sakwa 2008b: 94)

Auch wenn die Reformen im Justizbereich in die richtige Richtung gingen, so blieben zu viele hemmende Faktoren und tiefgehende Probleme weiter bestehen. Vor allem die schlechte Ausbildung – wobei klar war, dass sich der Grad an Professionalität nur langsam ändern würde; die allgegenwärtige Korruption und Politisierung der Justiz; sowie das tiefe Misstrauen der Russen in das eigene Rechtssystem als Folge davon. In einer Umfrage von 2004 waren 69% der Befragten überzeugt davon, dass Richter Bestechungsgelder annehmen. Zwei Drittel sahen neben der Auslegung des Rechts auch „andere Umstände“ bei deren Urteilsfindung gegeben, und nur jeder Sechzehnte hatte eine grundsätzlich positive Meinung von Richtern. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 83)

Die Unabhängigkeit der Judikative ist bereits durch die verfassungsrechtlichen Ernennungskompetenzen des Präsidenten stark eingeschränkt. Anstatt direkt vom Kreml an die Richter wurde über die Ebene der Vorsitzenden der Gerichte politisch Einfluss genommen. Der Präsident selbst ernennt diese für sechs Jahre (bis 2001 auf Lebenszeit ernannt), wobei die Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl gegeben ist. Da der Präsident über diese entscheidet, ist für die Vorsitzenden eine loyale und gehorsame Linie gegenüber dem Kreml von Vorteil. Die Vorsitzenden der Gerichte müssen laut Gesetz keine Richter sein, und so wurde ein ehemaliger stellvertretender Generaldirektor von Gazprom-Media an die Spitze des Obersten Wirtschaftsgerichts gewählt. Im März 2005 schrieb eine Richterin einen Brief an Putin, und deutete einen Zusammenhang zwischen dieser Ernennung und einer Reihe von Fällen an, die damals aufgrund der vom Kreml unterstützten Expansion Gazproms liefen. Für Mommsen und Nußberger war ein weiteres Problem, dass junge Richter zu Beginn ihrer Laufbahn nur befristet für drei Jahre eingestellt werden, was deren formelle Unabhängigkeit weiter einschränkt, da so der Druck auf sie wächst, von oben kommenden Vorgaben zu

folgen. (Mommsen & Nußberger 2007: 105ff.) Edward Lucas kritisierte diesbezüglich, dass immer wieder unabhängige Richter entlassen wurden. (vgl. Lucas 2008: 127)

Speziell der Verfassungsgerichtshof fiel als zentrales Kontrollorgan weg, und wurde in seiner Aufgabe kompromittiert, da eine grundsätzlich kritische Haltung zur Macht notwendig ist. Dessen stärkere Stellung in den späten 1990er ging laut Mommsen und Nußberger in einem generell stets kritikloseren System verloren. Vor allem bei der Absetzung der Gouverneurswahlen zeigte sich die Fügung der 19 Verfassungsrichter. Sie lehnten es mit 17 zu 2 Stimmen ab, dass Gesetz für verfassungswidrig zu erklären. Aufgrund der Ernennung der regionalen Exekutiven durch den Präsidenten wurden jedoch die *checks and balances* verletzt, da damit nun auch die Zusammensetzung des Föderationsrates indirekt vom Präsidenten gesteuert wurde, und dieser wiederum hat die Kompetenz die vom Präsident vorgeschlagenen Höchstrichter zu ernennen. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 123) Alexei Trochev erwähnte zudem das Problem der mangelhaften Umsetzung der Urteile des Verfassungsgerichtshofes. Die Urteile bedeuteten oft finanzielle Lasten für die Administrationen der verschiedenen Regierungsebenen, weswegen die Kompensationen oft lange verzögert und die Urteile selektiv umgesetzt wurden. Hier fehlte ein effektiver Staatsapparat, um den Urteilen des Gerichts zur Durchsetzung zu verhelfen, um so letztlich die normativen Prinzipien des Rechtsstaates zu festigen. (vgl. Trochev, in: Smith 2008: 70ff.)

An Putin gerichtete Kritik bezüglich des negativen Zustandes des Justizwesens hatte entweder ein folgenloses Eingeständnis zu Folge oder wurde ignoriert. Im März 2005 haben wütende Bürger der fernöstlichen Region Chabarowsk einen Brief an Putin geschrieben, in welchem sie den Zustand der Gerichte in ihrer Region beklagten. Beanstandet wurde die Verletzung grundlegender verfahrensrechtlicher Vorschriften, die Verfälschung von Protokollen und Unterlagen, die primär die Interessen der Bürokratie vertretenden Richter oder die zur Regeln gewordenen bestellten gerichtlichen Entscheidungen, eine Reaktion blieb jedoch aus. (vgl. Poltkowskaja 2007: 337f.)

Für Sakwa blieb der Zustand des Rechtsstaates trotz der Reformmaßnahmen in diesem Bereich wackelig, denn “[the] criminal justice system only fitfully protects the civil rights of the accused, the economic rights of corporate actors or the human rights of citizens.” (Sakwa 2008b: 75) Das Recht des Einzelnen zählte gegenüber den Interessen des Regimes weiterhin zu wenig. Es galt demnach das Prinzip des „*rule by law*“, anstelle des „*rule of law*“, denn unter Putin schien der Staat selbst die höchste Quelle des Gesetzes zu sein, anstatt dass dieser durch darüberstehendes Verfassungsrecht eingehegt wurde. (vgl. ebd. 80)

Angesichts des politisch instrumentalisierten Gerichts und einer justiziellen Willkür suchten, in rasant ansteigender Anzahl seit Russlands Beitritt 1998, immer mehr Russen den Weg zum EuGHMR. Von etwa 200 Beschwerden im Jahr 2000 stieg die Zahl auf ca. 10.000, mit über 100 Urteilen im Jahr 2006. Umgerechnet auf die Bevölkerungsdichte lag Russland dabei etwa auf Niveau der Türkei oder Rumäniens. In fast allen zur Entscheidung zugelassenen Fällen wurde Russland verurteilt. Unter anderem wegen: überlangen Verfahren, der Nichtvollstreckung von Urteilen, nicht ausreichend begründeten Inhaftierungen, wegen Folter und Verletzung des Rechts auf Leben (vor allem aufgrund des Tschetschenienkriegs), der Missachtung grundlegender Vorschriften zum Schutz vor gesundheitsschädlichen Umwelteinflüssen, oder der Verletzung des Rechts auf Eigentum aus. Die Umsetzung der Urteile obliegt jedoch den russischen Instanzen, aber Trochev beschien Putin hier, dass es meist recht schnell zu Kompensationszahlungen für die Geschädigten kam. (vgl. Trochev, in: Smith 2008: 76) Neben dem positiven Effekt, dass russische Bürger mehr und mehr diesen Instanzenweg beschritten haben, gab es durchaus auch Ansätze im russischen Justizwesen, die Normen der Konvention des EuGHMR bei der Rechtsprechung zu berücksichtigen. Das Potenzial wäre formell vorhanden, denn immerhin sind in der russischen Verfassung die Menschenrechte umfassender als in den meisten europäischen Verfassungen festgeschrieben. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 172ff.)

Fazit: Mommsen und Nußberger sahen das fortbestehende Grundproblem des Justizwesens unter Putin darin, dass trotz diverser Reformen und Normierungen in diesem Bereich hinter der aufgeputzten Fassade „informelle Traditionen“ weiterwirkten – vor allem die Beeinflussung durch die Exekutive - und sich dauerhaft zu halten schienen. (Mommsen & Nußberger 2007: 105)

Für Gordon Smith waren die Fortschritte seit 1993, in Anbetracht der großen Probleme seit damals, durchaus positiv und in mancher Hinsicht sogar beeindruckend. Jedoch waren auch noch genug Baustellen offen. Smith strich etwa die positiven Entwicklungen der steigenden Professionalität in den meisten Bereichen der Rechtsprechung sowie die Empfänglichkeit und zunehmende Akzeptanz der russischen Richter für internationale Rechtsnormen hervor. Andere Autoren des Buches *„Russia and its Constitution - Promise and Political Reality“* (2008) waren aufgrund der diversen Einschränkungen liberaler und demokratischer Prinzipien hinsichtlich der Verfassungsgültigkeit vielmehr enttäuscht. (vgl. Smith, in: Smith 2008: 190ff.) Von einem sehr geringen Level ausgehend gab es wohl bemerkenswerte Fortschritte, jedoch waren die Staatsgewalt, und informelle Teile dieser, immer noch nicht dem Recht unterworfen. Zu oft wurde das Recht als Waffe bzw. Instrument im Sinne des Regimes

missbraucht. „In cases that were of concern to the authorities, the judicial system became prey to political interference.” (Sakwa 2008a: 158) Die Unterminierung des Rechtsstaates wurde vom Regime dabei indirekt mit den Zielen von Sicherheit und Stabilität gerechtfertigt, die Verfassung wurde diesen Zielen somit untergeordnet. (vgl. Sakwa, in: Smith 2008: 16)

Für Hans van Zon nutzte das Putin-Regime das Gesetz somit auch dazu, um die vom Kreml gewünschte Ordnung innerhalb des Systems zu bewahren, indem unter anderem jene vom Gesetz bestraft wurden, die sich nicht an die neuen Regeln hielten. In der Wirtschaft etwa führte eine teils widersprüchliche Gesetzeslage dazu, dass kaum ein Wirtschaftsakteur alle Gesetze einhalten konnte. Dadurch stand der Staatsanwaltschaft und den staatlichen Behörden ausreichend nutzbares Kompromat als Druckmittel gegen bestimmte Businessleute zur Verfügung. Putins Ziel der Stärkung des Staates verringerte so die Vorhersagbarkeit und Sicherheit des Rechtssystems für die verschiedenen Akteure. (vgl. Zon 2008: 133f.)

Timothy Fry stellte dar, dass es neben den erwähnten technischen Aspekten zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit (etwa besser Ausbildung der Richter) auch eine politische Dimension braucht, um die Durchsetzung der Herrschaft des Rechts zu gewährleisten. Der Rechtsstaat muss dabei von bestimmten Institutionen gestützt werden - freien Medien, einer unabhängigen Opposition und Zivilgesellschaft sowie deren ungehinderte Möglichkeit zur Kontrolle der Politik sowie zum Schutz der Bürger. (vgl. Frye, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 79f.) Bei einem stark zentralisierten System mit gleichzeitig schwach ausgeprägten *checks and balances*, wie bei Putins Russland, ist jedoch das Problem gegeben, dass die wahren Entscheidungszentren diesen Kontrollen sowie dem Rechtsstaat selbst, entzogen sind.

Zudem ist für einen effektiven Rechtsstaat eine breite Kenntnis und Akzeptanz bezüglich ungeschriebener verfassungsmäßiger Prinzipien - dem „Geist der Verfassung” - notwendig, welcher die Verhaltensmuster von Eliten und Gesellschaft prägt. „To be effective, unwritten constitutional principles must permeate the everyday workings of high-level officials and street-level bureaucrats.” (Trochev, in: Smith 2008: 53) Diesen längerfristigen Prozess hätte die politische Elite durch ihre wichtige Vorbildwirkung unterstützen müssen, indem sie sich etwa dem Rechtsstaat selber unterordnet. Hier konnte kein Vertrauen in den Rechtsstaat aufgebaut werden. Auch dadurch nicht, dass bewusst Gesetze implementiert wurden – zu sehen bei den Wahlgesetzen oder dem NGO-Gesetz -, welche den Behörden eine gewisse Willkür und damit eine Erleichterung der selektiven Vorgehensweise ermöglichte. Klare Regeln und Gesetze sah bereits das Verfassungsgericht nach einem Urteil im Jahre 1999 als zentralen Aspekt eines Rechtsstaates. „Vague and ambiguous legal rules open the door for

discretion by the executive authority, and, inevitably result in arbitrariness and violations of equality and the supremacy of law.” (Trochev, in: Smith 2008: 61)

Eine „Verselbstständigung der Rechtsordnung gegenüber politischen Machtansprüchen“, „die Bindung an die Verfassung als die ranghöchste Norm“, sowie der garantierte Rechtsschutz des Einzelnen gegenüber dem Staat – laut Nohlen zentrale Aspekte des Rechtsstaates - wurde unter Putin so immer wieder verletzt. (vgl. Nohlen 2002: 425 & 541)

4.12.1) Bekannte Gerichtsfälle

1) *Michail Chodorkowski*: Chodorkowski wurde als Vorstandsvorsitzender des Ölundnehmens Jukos am 25. Oktober 2003 vom FSB verhaftet und wegen Betruges, Steuerhinterziehung, Veruntreuung und Vollstreckungsvereitelung angeklagt. Putins Beteuerungen, der Prozess gegen Chodorkowski habe rein rechtliche Ursachen, und es bestehe kein Interesse an der Zerschlagung von Jukos, waren bereits damals kaum glaubwürdig. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 138) Chodorkowski war beim Suchen von – damals gesetzlich ermöglichten - Steuerschlupflöchern keine Ausnahme, und wäre rechtlich gleiches Maß angelegt worden, hätten aufgrund der gesetzlichen Unklarheiten in den Neunzigern alle Unternehmen Schwierigkeiten mit der Justiz bekommen können.

Nach außen wurde die Aktion von Putin als “Säuberungsaktion” dargestellt - Steuerhinterzieher sollten ihre gerechte Strafe bekommen. Jukos wurde vom russischen Finanzamt kurz vor der Verhaftung Chodorkowskis sogar noch als bester Steuerzahler der Landes bezeichnet, doch im nächsten Moment wurden \$30 Mrd. an Steuernachzahlungen eingefordert. Jukos bezahlte, aber die Behörden konfrontierten Jukos nach Erfüllung der Zahlungen mit stets erhöhten Forderungen und nicht zu erfüllenden Fristen. (vgl. Lucas 2008: 89) Dass Jukos den geforderten Betrag über einige Jahre zurückzahlen hätte können und auch gezahlt hätte, passte den Kremlstrategen nicht. Durch Beschlagnahmung der Jukos-Konten, Verhinderung der Ölexporte und Verhaftung des leitenden Managements, sollte die Zahlungsunfähigkeit erzwungen werden. (vgl. Tregubova 2007: 196ff.) Die Begleichung der Schulden wurde auch über den Verkauf der zentralen Produktionseinheiten von Jukos (wie Juganskneftegas) erwirkt, was rechtlich verboten war, da dem Unternehmen die Grundlage für weitere Rückzahlungen genommen wurde.

Im Mai 2005 endete der Prozess mit jeweils neun Jahren Haft wegen vorgeblichen Betrugs, Steuerhinterziehung, Veruntreuung und Vollstreckungsvereitelung. Das gesamte Urteil war eine exakte Übernahme der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 129) Damit wurde wieder gezeigt, wie die Staatsanwaltschaft im Auftrag des

Staates, über die Beeinflussung der Justiz und durch die Manipulation der gerichtlichen Verfahren, als Instrument zur Interessensdurchsetzung missbraucht wurde.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat als Reaktion eine Resolution zu den illegalen Vorgängen der Justiz gegen die Mitarbeiter von Jukos verfasst. Das selektive Vorgehen, die unzähligen Verfahrensfehler, sowie die offen rechtswidrigen Aktionen der staatlichen Behörden wurden umfassend aufgelistet. Zusammenfassend wurde ein „abgestimmter Angriff des Staates“ festgestellt. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 142) Auch knappe drei Jahre unter dem liberaleren Juristen Medwedew haben an einer solchen justiziellen Praxis wenig geändert. Das Ende 2010 getroffene zweite Strafurteil gegen Chodorkowski übertraf „das erste bei weitem an Widersprüchlichkeit, Willkür und Bössartigkeit. Es ist ein weiteres, bestürzendes Dokument von Rechtsnihilismus und auch von Zynismus der russischen Justiz, weil es den willkürlichen Umgang mit dem Gesetz und die böswillige Verdrehung des Rechts kaum noch verschleiert.“ (Luchterhandt, in: Russland-Analysen Nr.214, 11.02.2011: 5)

2) *Die Prozesse gegen Grigori Pasko, Igor Sutyagin und Walentin Danilow*: Mit dem Militärjournalisten Grigori Pasko und den zwei Wissenschaftlern Igor Sutyagin und Walentin Danilow gab drei relativ bekannt gewordene und beispielhafte Fälle von Gerichtsverfahren, bei welchen die Beschuldigten wegen angeblicher feindlicher Spionage zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Das Grundproblem war eine weit gefasste Definition des Vergehens des Verrats von Staatsgeheimnissen. Die Gesellschaftskammer sah darin einen zu breiten Spielraum für die Auslegung des Gesetzes durch die staatlichen Behörden gegeben. Bei allen vier Fällen war die rechtliche Basis der Strafverfolgung nicht gegeben und es kam jeweils zur groben Verletzung der Prinzipien eines fairen Verfahrens. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 144)

Grigori Pasko veröffentlichte als Journalist kritische Berichte über Umweltprobleme, welche von der russischen Pazifikflotte verursacht wurden. Dabei arbeitete er mit japanischen Medien zusammen, da Japan von ökologisch davon betroffen war. Er wurde bereits Ende November 1997 wegen dem Vorwurf der Militärsplionage verhaftet. Nach zwanzig Monaten Untersuchungshaft wurde er von diesem Vorwurf freigesprochen, jedoch für ein nicht in der Anklage erwähntes Vergehen zu drei Jahren Lagerhaft verurteilt. Nach einer Berufung Paskos gab es Ende 2001 ein erneutes Urteil – es wurde jedoch noch härter gefasst: nun gab es vier Jahre verschärfte Lagerhaft, diesmal wegen Staatsverrats. 2002 wurden diverse Beschwerden gegen das Verfahren endgültig abgewiesen. Im Westen setzte man sich für Pasko ein, welcher Anfang 2003 auf Bewährung entlassen wurde. Die Verletzungen eines fairen Verfahrens waren

unter anderem: Das Urteil beruhte auf nicht mehr gültigem und zudem geheimen Recht; zentrale Zeugen der Verteidigung wurden nicht gehört; der Verteidigung wurden wichtige Dokumente nicht zugänglich gemacht; das zentrale Beweismittel der Verteidigung wurde nicht zugelassen; es gab Mängel bei Hausdurchsuchungen und Unterschriften wurden gefälscht. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 145ff.)

Der Atomphysiker **Igor Sutjagin** wurde ebenfalls wegen angeblichem Staatsverrat verhaftet. Er soll Staatsgeheimnissen an das Ausland weitergegeben haben, aber all diese Informationen stammten aus frei verfügbaren Quellen. Für Anna Politkowskaja war sein Prozess ein typisch sowjetisches Gerichtsverfahren, wo die Verurteilung von Anfang an feststand (FSB-Chef Patruschew sagte bereits vor dem Urteil, dass Sutjagin schuldig war) und, dass die Richter auf Anweisung von oben arbeiteten. Das Geschworenengericht brachte hier kaum etwas, da die Geschworenen laut Politkowskaja in Sutjagin genau den Feind sahen, als welcher er vom FSB präsentiert wurde. (vgl. Politkowskaja 2007: 168f.) Amnesty International stufte Sutjagin in Folge als „politischen Gefangenen“ ein. Der Prozess wurde erneut kritisiert, weil die Jury und die Richter mehrfach, ohne Begründung und unter Verletzung der Strafprozessordnung ausgewechselt wurden, wegen einer mehr als vierjährigen Untersuchungshaft und wegen Behinderung der Arbeit der Verteidigung. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 147f.) Er wurde 2004 zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt und 2010 von Medwedew begnadigt.

Auch **Walentin Danilow**, ein Physiker, wurde wegen Staatsverrat, zu 14 Jahren Lagerhaft mit strengem Regime, verurteilt. Er hatte öffentlich weithin bekanntes Wissen in einem Gutachten für eine chinesische Firma inkludiert. Hier sprach die Jury ihn in allen Anklagepunkten frei, jedoch hob das Oberste Gericht das Urteil wegen fadenscheiniger Verfahrensfehler auf. Im zweiten Verfahren konnte Danilow schließlich schuldig gesprochen werden – was von Anfang an offensichtlich das Ziel war. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 149)

Zu nennen wäre auch der Fall des Rechtsanwaltes **Michail Trepaschkin**, welcher die Bomben-anschläge in Moskau von 1999 untersuchte. Im Oktober 2003 wurde er festgenommen und im April 2005 von einem Gericht wegen Hochverrats zu fünf Jahren Strafkolonie verurteilt. Etwa vier Monate später wurde er auf Bewährung freigelassen, jedoch drei Wochen danach wieder inhaftiert, als er die Fortführung seiner Untersuchungen ankündigte. Bis Ende November 2007 blieb er in Haft.

Richard Sakwa vermutete hinter diesen und auch hinter weiteren ähnlichen Fällen, wie bereits im Vorgehen gegen die Oligarchen oder gegen die Medien, durchaus jene Taktik des Kremls, dass Exempel statuiert wurden, um dadurch eine Warnung auszusprechen. (vgl. Sakwa 2008a: 160)

4.13) Putins Wirtschaftspolitik

Es soll hier ein Überblick über die Reformen und politischen Einflussnahmen im Bereich der Wirtschaft gegeben werden. Dabei zeigt sich, dass nach einigen liberalen Maßnahmen in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft die Wirtschaft, wie auch die Politik, stärker durch den Kreml gelenkt wurde. Zudem soll der negative Einfluss des Staates auf die Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft aufgezeigt werden. Dadurch wurde letztendlich auch die Entstehung einer breiten Mittelschicht gehemmt, welche als zentraler Motor für eine Politik der Liberalisierung und Modernisierung dient. Ganz im Gegensatz zu den unter Putin bedienten Politikern und Bürokraten, welche den Status quo befürwortet haben. Das Augenmerk der Politik unter Putin schien somit verstärkt die Versorgung der eigenen Klientel mit lukrativen Posten in der Wirtschaft zu sein.

Russland hatte unter Putin eine Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem. Jedoch gab es auch hier Defekte, denn der Kreml griff öfters im Eigeninteresse in die Wirtschaft ein, wodurch etwa die Eigentums- und Vertragsrechte nicht gesichert waren - für Wolfgang Merkel sind dies Grundprinzipien einer Marktwirtschaft.

4.13.1) Wirtschaftsentwicklung

Durch die Finanzkrise konnte Russland im August 1998 seine Auslandsschulden nicht mehr bezahlen. Als Folge wurde der Rubel abgewertet, die Verbraucherpreise stiegen im September steil an und Banken brachen zusammen. Mit ein Grund für den erneuten Schock, den Russlands Wirtschaft erlitt, war der Ölpreis, welcher wegen Überproduktion den niedrigsten Stand seit Ende der 1970er erreicht hatte. Auch der folgende Aufschwung ab 1999, war zu einem großen Teil durch den steigenden Ölpreis zu erklären, und zeigte Russlands enorme Abhängigkeit von Öl und Gas, welche auch unter Putin nicht beendet werden konnte.

Die wirtschaftliche Erholung ab 1999, und das dadurch einsetzende Wachstum des BIP konnten jedoch nicht als dauerhaft angesehen werden, denn die Hauptgründe dafür lagen in spezifischen und konjunkturbedingten Umständen. Neben dem erst langsam, dann schnell steigenden Ölpreis, war die wirtschaftliche Erholung der starken Rubelabwertung zu verdanken. Dadurch kam es zu Importsubstitutionseffekten, durch welche die heimischen billigen Produkte den nun verteuerten Importen vorgezogen wurden, was zu einer Produktionssteigerung führte. Ein weiterer Effekt war, dass billiger exportiert werden konnte. (vgl. Mangott 2009: 85f.)

Das Wirtschaftswachstum setzte somit schon ein, bevor Putin im August 1999 Premierminister wurde. Dennoch wurde die positive Entwicklung mit der Person Putin verbunden, was ein wichtiger Startvorteil für Putin war. Durch diesen Aufschwung wurden jedoch auch die weiter bestehenden strukturellen Defizite, die mit für den Produktionseinbruch der 1990er verantwortlich waren, überdeckt.

Es folgten zehn Jahre des Wirtschaftswachstums und seit 1999 stiegen die Einkommen und Löhne um das Zweieinhalb- bis Dreifache. 1999 betrug das Einkommen durchschnittlich 65\$ und 2007 lag es bei etwa 540\$. Jedoch ist dies auch dem steilen Einkommenanstieg der reichsten Russen zu verdanken. (vgl. Lucas 2008: 152) Bezüglich des pro-Kopf Einkommens stand Russland 2010 mit 18.000–19.000\$ um Platz 50 herum, wobei die Plätze davor entweder von konsolidierten Demokratien oder von den reichen arabischen Ölstaaten belegt wurden. Die Arbeitslosigkeit halbierte sich in diesem Zeitraum von 13 auf 6,3%, und der Anteil der Menschen unter der offiziellen Armutsgrenze (welche jedoch modifiziert wurde) sank von 29% auf 13%. (vgl. Guriev & Tsyvinski, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 12)

Zwischen 1999 und 2008 gab es ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 6,7% im Jahr. Zwischen 2000 und 2007 wuchs die Wirtschaftsleistung um 72%. Anstatt der ständigen Defizite gab es nun Budgetüberschüsse. Großen Anteil daran hatte der mitunter stark steigende Ölpreis, welcher zu Beginn von Putins Amtszeit 12,50\$ pro Fass betrug und im Juli 2008 bei 145\$ stand. Da die Gaspreise an jene des Öls gekoppelt sind - mit leichter zeitlicher Verzögerung -, stiegen dementsprechend auch die Exporterlöse von Russlands zweitem zentralem Rohstoff. Dadurch stiegen die Gold- und Hartwährungsreserven der Zentralbank von etwa 11 Mrd.\$ im Jahr 1999 auf knappe 600 Mrd.\$ im Sommer 2008. (vgl. Mangott 2009: 84ff.) Das gesamte Wirtschaftswachstum seit 1999 wurde von Experten zu etwa einem Drittel bis zu einer Hälfte mit dem steigenden Ölpreis in Verbindung gebracht, wobei die Bedeutung des Ölpreises unter Putin eher noch zugenommen hat. (vgl. Treisman, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 55f.)

Neben dem geerbten Wirtschaftsaufschwung halfen auch einige von Putins Reformen zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Finanzlage: **1)** Mit der Steuerreform, ermöglicht durch das neue Kräfteverhältnis in der Duma und die Flut an Einnahmen aus dem Rohstoffsektor, wurde Anfang 2001 eine Flat-Tax von 13% eingeführt, die Körperschaftssteuer wurde von 24% auf 20% gesenkt, und mit Beginn 2005 sank die Mehrwertsteuer von 20 auf 18% sowie die Sozialsteuer von 35,6 auf 26%. Diese Maßnahmen hatten den Effekt, dass die Steuermoral, vor allem von Unternehmen, anstieg. Trotz niedrigerer Steuersätze und der Schließung von Steuerschlupflöchern konnten so mehr Einnahmen erzielt werden. (vgl.

Mangott 2009: 87) **2)** Das nach dem Finanzcrash 1998 zusammengebrochene Bankensystem wurde auf stabilere Beine gestellt. **3)** Durch eine pragmatische Wirtschaftspolitik wurden die Zinssätze gesenkt, was Investitionen und den Privatkonsum angekurbelt hat. (vgl. Guriev & Tsyvinski, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 14f.) **4)** Eine weitere positive Maßnahme war Anfang 2004 die Einrichtung des Stabilitätsfonds. Aufgrund der enormen Einnahmen durch den Rohstoffexport, wurde der Wirtschaft ein Teil des Geldes entzogen und im Fonds angelegt, um die Inflation zu senken. Vor allem aber sollte für Krisenzeiten gespart werden. **5)** Durch die unerwartet hohen Einnahmen ab 2000 legte man im Kreml Wert auf rasche Schuldentrückzahlung ans Ausland. So konnte man 2005 die Schulden beim IMF und dem „Pariser Klub“ tilgen. Die Hartwährungsschulden konnten seit Putins Amtsantritt von knapp 100 Mrd.\$ auf etwa 40 Mrd.\$ Ende 2008 gesenkt werden. Im Gegensatz zu diesen positiven Zahlen stiegen jedoch die Auslandsschulden der im großen Umfang expandierenden russischen privaten und staatlichen Unternehmen sowie Banken bis Oktober 2008 auf enorme 512 Mrd.\$, wobei Gazprom und Rosneft zu den größten Schuldnern gehörten. (vgl. Mangott 2009: 92f.)

4.13.2) Nicht gelöste Strukturprobleme

Die finanzielle Lage sah zu Ende von Putins Amtszeit durch die niedrigen Staatsschulden, den mittlerweile riesigen Währungsreserven und dem hohen Ölpreis sehr gut aus, aber gravierende Strukturdefizite in der Wirtschaft blieben bestehen, welche die immer wieder erwähnte Modernisierung und die Effizienzsteigerung hemmten und weiterhin hemmen würden. Es folgt eine Liste mit den dringenden Problemen der russischen Wirtschaft.

1) Die Inflation blieb stets zu hoch und stieg 2007 und 2008 wieder über 10%. Sie konnte zwar von knapp 23% im Jahr 2000 auf 8,5% im Jahr 2006 gedrückt werden, 2008 lag sie jedoch wieder bei 13,3%. Dadurch wurden die steigenden Einkommen der ärmeren Schichten zu einem größeren Teil wieder negiert. (vgl. Zon 2008: 65 / Mangott 2009: 94)

2) Eine Diversifizierung der Wirtschaft hin zu einer moderneren Dienstleistungsstruktur blieb aus. Das Wirtschaftswachstum wurde durch wenige Sektoren angetrieben. 2006 lag der Anteil der High-Tech Exporte an den gefertigten Produkten bei 9%, wobei der Durchschnittswert für Länder der niedrigen und mittleren Einkommensklasse 20% waren. China erreichte sogar 30%. (vgl. Zon 2009: 134) Auch wenn Putin eine Diversifizierung der Wirtschaft schon früh in seiner Präsidentschaft forderte, so änderte sich daran kaum etwas. Unter anderem deshalb, weil der große und sehr profitable Rohstoffsektor die meisten Investitionen angezogen hat, wodurch die restlichen Sektoren vernachlässigt wurden. (vgl. Fish 2005: 258f.)

3) Die Reduzierung der Abhängigkeit von den Rohstoffexporten konnte somit nicht durchgesetzt werden. Diese Abhängigkeit betrifft vor allem auch die wenig reformierten und oft überlasteten sozialen Sicherungssysteme, deren Stabilität stark von den sprudelnden Einnahmen abhängig war. Durch längerfristig niedrige Ölpreise würde somit wohl ein gewisser Anteil der Bevölkerung wieder in die Armut zurückfallen. (vgl. Mangott 2009: 213) Da generell Verbesserungen unter Putin, größtenteils durch die enormen Einnahmen aus dem Rohstoffexport ermöglicht (etwa zeitgerechte Lohn- und Pensionszahlungen, die drastische Schuldenreduktion), würde ein mittel- bis langfristig niedriger Ölpreis gefährden. Es gab eine gewisse Einigkeit bei Experten, dass „mittelfristig der Roh- und Grundstoffsektor nicht der Motor für ein relativ hohes Wachstum der russländischen Wirtschaft sein kann.“ (Clement, in: Osteuropa Heft 5/2006: 27)

Im Jahr 2006 machten die Öl- und Gasindustrie 55% der Exporteinnahmen aus. Die Energieproduktion Russlands machte etwa 16-20% des BIP aus und 2007 betrug der Anteil der Energieexporte 61% der Gesamtexporte. (vgl. Sakwa 2008a: 243 / Mangott 2009: 87) Durch die steigende Preise für Öl und Gas stieg auch der Anteil dieser Sektoren am BIP Russlands. Generell basierte das Wirtschaftswachstum zu stark auf den wachsenden Einnahmen des Rohstoffexports. Laut Weltbank konnten alleine für 2003 3% des Wachstums von insgesamt 7,2% mit diesen Einnahmen erklärt werden. Ohne diesen Faktor schätzte die Weltbank damals das größtmögliche Wachstum der russischen Wirtschaft auf 4-5% ein. (vgl. Brüggmann, in: Gorzka & Schulze 2004: 54f.)

Problematisch an der Preisentwicklung von Öl und Gas ist, dass durch einen ausreichend hohen Ölpreis die Dringlichkeit für tiefgreifende Reformen nicht mehr wahrgenommen wird. Ein Ölpreis von 70-80\$ pro Fass wäre laut Daniel Treisman ausreichend für das Regime, um sich ohne große Strukturreformen längerfristig halten zu können. (vgl. Treisman, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 57) Das daraus resultierende Ausbleiben der Reformen führt laut Anders Aslund zu „continued pervasive corruption, little diversification or innovation, and low economic growth.“ (Aslung & Guriev & Kuchin, in: Aslund & Guriev et al. 2010: viii)

Wenn von Russlands zu großer Rohstoffabhängigkeit gesprochen wird, fällt oft der Begriff „*Dutch Disease*“. Dieser besagt, dass diese Abhängigkeit auf Kosten der Diversifizierung der Wirtschaft geht und, dass vor allem der Produktionssektor darunter leidet. Durch die Aufwertung der Währung aufgrund der Exporterlöse, werden Warenimporte immer günstiger, was sich negativ auf die heimische Produktion auswirkt. Außerdem würde der Energiesektor einen Großteil der Investitionen anziehen. Mit wenigen Ausnahmen demokratischer und

bereits industrialisierter Staaten, brachte der Rohstoffreichtum meist solche negativen Konsequenzen mit sich - auch für die demokratischen Institutionen sowie für die breite Masse der Bevölkerung, welche vom Geldregen oft wenig profitiert. „[W]henever petroleum and gas industries begin to dominate a country's economy, democratic institutions often seem to weaken if not collapse.“ (Goldman 2008: 13)

4) Durch die weiter bestehende niedrige Produktivität (die Löhne stiegen schneller als die Produktivität) konnte sich Russlands Wettbewerbsfähigkeit nicht verbessern. 2006 sagte German Gref, dass die bisherigen Wachstumsmotoren (hohe Energiepreise, ungenützte Kapazitäten und ein relativ niedriger Rubel) erschöpft seien, und es für weiterhin hohes Wachstum eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie eine Diversifizierung der Wirtschaft bräuchte. (vgl. Sakwa 2008a: 246) Russlands Produktivität lag auch nach Putins Präsidentschaft bei nur 36% jener der USA und bei 72% von jener Chinas. (vgl. Aven, in: Aslund & Guriev et al. 2010: xii)

5) Der geringe Wettbewerb in einigen wichtigen Sektoren schadete der Wirtschaft ebenfalls. Finanzminister Kudrin sagte im März 2007, dass dies Russlands größtes Problem sein, denn dadurch leide die Innovation. (vgl. Zon 2009: 136) Im März 2003 sagte der damalige Premier Kasjanow, dass neben der Ölindustrie kaum kompetitive Industriesektoren bestehen würden und, dass die russische Wirtschaft im Wesentlichen als Monokultur zu sehen sei. (vgl. Schulze, in: Gorzka & Schulze 2004: 157) Die von Kasjanow gelobte Ölindustrie wurde jedoch kurz darauf – vor allem mit der Zerschlagung von Jukos – wieder stärker unter staatliche Kontrolle gebracht. Hierbei ging es vor allem um die Vorgehensweise des Kremls bei der Verstaatlichung, und um die Verunsicherung privater Investoren. Weniger bedeutend war, dass der Staat im Endeffekt seinen Anteil von 15% an der Erdölproduktion auf 40% steigern konnte – eine nicht besonders hohe Quote -, da international gesehen staatliche Öl- und Gaskonzerne einen Anteil von 85% an der weltweiten Produktion aufweisen. (vgl. Pleines, in: Russland-Analysen Nr.170, 3.10.2008: 12)

2007 etwa war die Hälfte der russischen Unternehmen von Konkurrenz mit importierten Waren ausgenommen, und nur ein Drittel hatte andere russische Unternehmen als Konkurrenz, da sie hauptsächlich ihren regionalen Markt bedienten. Im Jahr 2000 produzierten 1.200 Unternehmen 80% des BIP, wobei dieser Wert 2006 bereits von weniger als 500 Unternehmen erreicht wurde. (vgl. Sakwa 2008b: 312f.)

6) Es gab auch eine weit hinter den entwickelten Ländern zurückliegende Energieeffizienz. Der hohe Grad an Verschwendung war ein Grund dafür. Dies vor allem aufgrund der veralteten Infrastruktur, wegen des Abfackelns von Unmengen an Gas als Nebenprodukt der

Ölgewinnung und, wegen dem subventionierten Gaspreis im Inland, wodurch kein Anreiz zur Effizienzsteigerungen gegeben wurde. Der pro-Kopf Verbrauch an Energie war etwa dreieinhalb Mal höher als in China, um das Zwei- bis Dreifache höher als in jedem anderen industrialisierten Land und doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt. Laut einer Weltbankstudie aus 2008 wären in diesem Bereich riesige Einsparungen möglich, Eine Maßnahme dagegen war die schrittweise Anhebung des Gaspreises für Haushalte, jedoch aus Furcht vor den Wählern erst nach den Wahlen 2007 und 2008 und, wegen der folgenden Krise, nicht so hoch wie ursprünglich geplant. (vgl. Charap & Safanov, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 138f.)

7) Zu viel staatliche Intervention in der Wirtschaft sowie Kontrolle über die strategischen Sektoren brachten Inkompetenz und geringere Effizienz mit sich. 2007 sah Lilia Shevtsova die Grenzen des Erreichbaren für den in Russland entstandenen bürokratischen Kapitalismus gekommen, in welchem auf ineffiziente staatliche Monopole gesetzt wurde, welche dem Wettbewerb abträglich waren und zu Stagnation führen würden. (vgl. Shevtsova 2007: 124) Kurzfristig können die unter Putin aufgebauten staatlichen Riesen die Marktmacht und Entwicklung fördern, langfristig führen sie aber aufgrund ihrer Monopolstellungen zu Wachstums- und Effizienzverlusten sowie erhöhten Preisen. Anders Aslund kritisierte deren Förderung, „[because] they breed corruption, monopolies, and subsidies, and if they dominate a country, neither democracy nor market reform can be maintained.“ (vgl. Aslund 2007: 8)

Wladimir Milow, ein ehemaliger Energieminister in Russland, malte düstere Prognose an die Wand. Durch stagnierende Produktion und steigenden Bedarf würde nach einer eher optimistischen Schätzung die gesamte Gasproduktion von Gazprom 2020 für den russischen Markt benötigt werden. Zwischen 2000 und 2006 gab Gazprom jedoch um einiges mehr für den Kauf von Unternehmen (Erdöl, Medien) aus, als für die Erschließung neuer Felder. Die Produktionszahlen wurden durch den Aufkauf kleinerer Unternehmen aufgebessert. (vgl. Lucas 2008: 316ff.) “In reality, Gazprom's own production has long been in decline, but it keeps its production constant by taking over the assets of independent producers.” (Aslund, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 153ff.) Seit Ende der 1990er Jahre ging Gazproms Anteil an der Gasproduktion langsam aber stetig zurück – von 94% im Jahr 1998 auf 79% im Jahr 2009. Durch die stetig steigenden Gaspreise wurden zudem das ungefähr gleichbleibende Exportvolumen zwischen 2000 und 2008 überdeckt. Auch bei der Ölproduktion gab es nach kontinuierlicher Steigerung seit 1999 im Jahr 2008 erstmals einen leichten Rückgang. Auch hier hätten Investitionen in neue Felder verstärkt werden müssen. (vgl. Mangott 2009: 187f.)

Anders Aslund nannte Russlands zweitgrößtes und privates Gasunternehmen, Novatek, welches Gas um einiges billiger als Gazprom produzierte. (vgl. Aslund, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 162) Neben dem größtenteils von Gazprom produzierten Gas, welches teurer als jenes der privaten Konkurrenz ist, war auch der Bau von Pipelines aufgrund des staatlichen Monopols um einiges teurer als international üblich. Die kleinen unabhängigen Gasproduzenten konnten zudem ihre Produktion - im Unterschied zu Gazprom - und trotz Gazproms Pipelinemonopol sowie den bürokratischen Hürden, ausweiten. (vgl. Pleines, in: Russland-Analysen Nr.170, 03.10.2007: 13 / Goldman 2008: 197)

Keith Crane und Artur Usanov stellten in der Branche der Hochtechnologie die Sektoren der Luftfahrt-, Rüstungs- und Nuklearindustrie auf die eine Seite. Hier hat der Staat durch seine Politik bewusst versucht Konkurrenz zu vermeiden und deshalb den Aufbau von monopolistischen und staatlich kontrollierten „*national champions*“ gefördert. In der Rüstungsindustrie etwa hat dies jedoch zu ineffizienten Strukturen und zu höheren Preisen geführt. Dem stellten die Autoren die zwei erfolgreichsten Sektoren der Branche – die Software- und IT-Industrie - gegenüber, welche beide eng in die Weltwirtschaft integriert waren, im globalen Wettbewerb standen - ohne Protektionsmaßnahmen Russlands -, sowie nur geringen Regulierungen und Einmischungen durch den Staat unterworfen waren. Für Crane und Usanov wäre somit internationale Einbindung anstatt Isolierung das Erfolgsrezept der Wirtschaft. (vgl. Crane & Usanov, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 118f.)

Für Gazprom, Russlands halbstaatliches aber am offensivsten vom Regime eingesetztes Unternehmen, schlug Aslund folgende Reformmaßnahmen vor: a) Die Trennung Gazproms vom Staat und eine Auswechslung des Managements für Leute aus der Privatwirtschaft. b) Alle Unternehmensbereiche, die nicht zum Gasgeschäft gehören, sollten verkauft werden. Auch sollten Produktion, Transport und Verkauf nicht in einem Unternehmen vereint sein. c) Lizenzen für Gasfelder sollten in offenen Auktionen verkauft werden. d) Das Pipelinennetz sollte für andere Nutzer geöffnet werden. e) Ein Ende der Preissubventionen im Inland, sowie der Steuervorteile für Gazprom in der Ölproduktion. (vgl. Aslund, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 166f.)

8) Ein für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) nicht allzu attraktives Umfeld war ein weiteres strukturelles Problem. Der Anteil dieser Betriebe an der Wirtschaftsleistung beträgt in den USA 60% und in Japan 74%. Gegen Ende von Putins zweiter Amtszeit lag dieser Wert für Russland bei nur 17%. (vgl. Lucas 2008: 160) Obwohl KMUs unter Putin über 90% aller Unternehmen ausmachten, war deren Anzahl mit etwa einer Million viermal geringer als in

Polen, wobei jedoch Russlands teilweise sehr dünne Besiedelung dazu betrug, denn für die großen Städte sind westliche Standards gegeben. (vgl. Sakwa 2008a: 246)

Um das Wachstum der KMUs zu fördern wurde das Geschäftsklima in Putins erster Amtszeit durch Erleichterungen bei Registrierungs- und Lizenzierungsprozessen sowie durch reduzierte Inspektionen durch die verschiedensten – oft korrupten Behörden - verbessert. Den bürokratischen Hürden wurden klare Grenzen gesetzt und so waren nun 90% der Geschäftstätigkeiten die zuvor einer Lizenz bedurften davon befreit. (vgl. Stykow 2006: 73) Doch blieb der Druck durch die Bürokratie, durch Inspektionen und durch die Korruption weiter bestehen und hemmte deren Wachstum, da diese Unternehmen besonders von der Korruption betroffen sind. Richard Sakwa kritisierte die regulierte Privatwirtschaft ebenfalls: “Although over three-quarters of the Russian economy had been privatised, bureaucratic pressure in direct or indirect forms (including outright illegal ones) meant that the state still effectively managed at least three-quarter of economic life.” (Sakwa 2008a: 257)

9) Der geringe Investitionsgrad im Inland wie aus dem Ausland verstärkte die strukturelle Schwäche der Wirtschaft. Im Inland steuerte das Bankensystem nicht die notwendige Investitionsmenge an die Unternehmen bei. (vgl. Connolly, in: Russland-Analysen Nr.187 11.09.2009: 7) Russland blieb zudem wenig interessant für ausländische Direktinvestitionen (*Foreign Direct Investment* - FDI) außerhalb des Energiesektors, da aufgrund der Bürokratie und der schlechten Infrastruktur Russland, im Gegensatz zu China oder Indien, als Produktionsstandort für den Export wenig einladend wirkte. (vgl. Lucas 2008: 162) Im Jahr 2005 gingen ganze 90% des FDI in rohstoff- und energiebezogene Sektoren. Auslandsinvestitionen machten zudem nur etwa 3% des BIP aus, wobei eine Quote von 5-6% generell als notwendig für die Modernisierung und die Ankurbelung der Wirtschaft angesehen wird. (vgl. Shevtsova 2007: 120) Das FDI stieg zwar seit 2002 an, jedoch von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau.

In seiner Rede vor der Föderalversammlung 2006 gestand Putin dann auch ein, dass „ein Großteil der in der russischen Industrie genutzten technologischen Ausrüstungen dem Spitzenniveau nicht nur um Jahre, sondern um Jahrzehnte hinterher hinke“. (Fleischmann 2010: 201) Vor allem die Infrastruktur brauchte dringend Investitionen. Nur etwa 30% der Industrieanlagen entsprachen westliche Standards, während 28% fast unbrauchbar waren. (vgl. Rahr 2009: 155) Jedoch: „[w]ith economic reform incomplete, the investment capacity of the economy was limited, as was its ability to absorb investment.“ (Sakwa 2008a: 245)

Im Mai 2008 – als einer der letzten Amtshandlungen Putins – unterzeichnete der Präsident ein Gesetz durch welches die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen klarer gestaltet

wurden. Dabei wurden in 42 strategische Sektoren Restriktionen für ausländische Investoren festgelegt. In diesen Sektoren können diese Investoren nun maximal eine Beteiligung von 50% erlangen, bzw. 25% bei ausländischen staatlichen Unternehmen. Sonderregeln gelten für Unternehmen, die bedeutsame Vorkommen von Bodenschätzen abbauen (hier sind die Grenzen 10% bzw. 5% ausländische Beteiligung). Investitionen in den strategischen Sektoren benötigen die vorherige Zustimmung einer Regierungskommission unter dem Vorsitz des Regierungschefs. Entscheidungen der Behörden müssen jedoch nicht begründet werden, weshalb rechtliche Überprüfungen einer Entscheidung nicht zwingend waren, womit das Ziel eines klaren Rechtsrahmens nur bedingt erreicht wurde. (vgl. Stoljarskij & Wedde, in: Russland-Analysen Nr.166, 13.06.2008: 13f.)

Problematisch war an dem Gesetz weiters, dass neben strategischen Sektoren wie der Rüstungs- und Atomindustrie - sowie Bereichen, die durch das Gesetz über die natürlichen Monopole abgedeckt sind (etwa der Öl-, Gas- und Schienentransport) -, auch üblicherweise nicht als strategisch angesehene Sektoren wie etwa Fernsehen und Radio inkludiert wurden. Andere Länder schützen gewisse Industriebereiche ebenso vor zu umfangreicher ausländischer Beteiligung. Kritisch zu beurteilen war am neuen Gesetz aber „eine besonders hohe Zahl an geschützten Branchen und unklaren Bestimmungen über Kriterien und den Umfang der Kontrolle.“ (Rahr 2009: 200)

10) Der bürokratische Staatskapitalismus, welcher unter Putin entstand, unterschied sich in wesentlichen Grundzügen nicht vom oligarchischen System unter Jelzin. Nun hatte jedoch die Politik das Primat über die Wirtschaft erlangt, während unter Jelzin die Oligarchen die Politik beeinflussen konnten. Nun ließ sich zudem die politische Macht in wirtschaftliche Kontrolle umsetzen, anstatt wirtschaftlicher Kontrolle in politischen Einfluss. (vgl. Aron 2007: 206) Weiterhin gab es die fehlende Trennlinie zwischen Staat und Wirtschaft wodurch die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt wurde. “The new capitalism in Russia is embedded in a semi-feudal political order that furthers rent-seeking rather than productive activity.” (Zon 2008: 146) Die Wirtschaftselite nannte Olga Kryschtanovskaja “eine abgekapselte Personengruppe, die mit Genehmigung des Staates riesige Kapitalien und ganze Industriebranchen kontrolliert.” (Kryschtanovskaja 2004: 198)

11) Aufgrund von Gesetzeslücken, von Korruption in Gerichten sowie Rechtsschutzorganen und wegen deren Rolle als Instrumente zur Druckausübung anstatt des Schaffens eines Ordnungsrahmens, herrschte für Wirtschaftstreibende oftmals eine geringe Rechtssicherheit, was vor allem im Bezug auf den Schutz des Privateigentum problematisch war. Jukos war

dabei nur der bekannteste unzähliger Fälle von feindlichen Übernahmen privater Unternehmen. (vgl. Tschepurenko, in: Russland-Analysen Nr.130, 16.03.2007)

Wegen dieser mangelhaften Rechtssicherheit konnte Putin sein Russland nur bedingt mit Ländern wie Japan oder Südkorea vergleichen, wo ein starker Staat durch interventionistische Politik beim Wirtschaftsaufschwung half, wo jedoch durch klare Regeln und einen effektiveren Rechtsstaat genügend Vertrauen für die Wirtschaftsakteure aufgebaut werden konnte. (vgl. Zon 2008: 133ff.) Zudem war laut Petra Stykow in diesen Ländern eine rationale Bürokratie gegeben. Solange „der Staat nach der Logik der bürokratischen Rationalität funktioniert, kann er von den sozialen Netzwerken nicht gefesselt und kolonisiert werden.“ (vgl. Stykow, in: Osteuropa Heft 9/September 2006: 39)

12) Es gab trotz einiger von Putin angekündigter Kampagnen kaum Erfolge gegen die systemimmanente Korruption. Larry Diamond und Leonardo Morlino gaben als zentralen Aspekt eines demokratischen Systems einen effizienten Rechtsstaat an. Eine Bedingung für einen effizienten und demokratisch operierenden Rechtsstaat ist dabei unter anderem ein geringer Grad an Korruption, da durch diese das Gleichheitsprinzip des Rechtsstaates verletzt wird, wenn kein Gleicher Zugang zur Justiz mehr gegeben ist. In der Wirtschaft wirkt sich Korruption sehr schädlich auf die Effizienz aus, da mitunter weniger effiziente Unternehmen durch illegale Handlungen eine bevorzugte Behandlung durch die Behörden erfahren. (vgl. Domínguez und Jones, in: Domínguez 2007: 15 / vgl. Merkel & Puhle et al. 2003: 271) Systemimmanente Korruption führt somit dazu, „dass die offiziell geltenden demokratischen Spielregeln in der politischen und gesellschaftlichen Realität kein Geltungsmonopol haben, sondern mit anderen Regelsystemen konkurrieren.“ (Merkel & Puhle et al. 2006: 322)

Auch die Offenheit eines politischen Systems leidet dadurch. So wundert es auch nicht, dass Russlands politisches System wenig zugänglich für Transparenz und unabhängige Kontrollinstanzen war. Trotzdem prangerte Putin die umfassende Korruption immer wieder an, musste dabei aber eine der größeren Niederlagen seiner Amtszeit eingestehen. Beispielsweise bei seiner Rede vor der Föderal-versammlung im Mai 2006: “Despite all the efforts we have made, we still have not managed to remove one of the greatest obstacles facing our development, that of corruption.” (Sakwa 2008a: 164)

Die von Putin angesprochenen Anstrengungen waren nur Ansatzweise gegeben, da kein systematisches und anhaltendes Vorgehen gegen zu erkennen war. Vor den Wahlen 2003 und 2004 startete er eine Kampagne zur Bekämpfung der Korruption, was von Richard Sakwa jedoch als opportunistisches Wahlkampfmanöver gewertet wurde. Vor allem deshalb, da nach den Wahlen kaum mehr davon zu hören war. Auch die Antikorruptionskampagne nach Putins

Rede von 2006 galt bei Kritikern als symbolische bzw. oberflächliche Aktion zur Profilierung des Regimes. Von den Säuberungen waren einige hochrangige Bedienstete des FSB oder der Staatsanwaltschaft betroffen, wobei laut Lilia Shevtsova die meisten davon anderswo einen anderen Posten erhielten. Putins eigentlicher Lösungsansatz zur Bekämpfung der Korruption war vor allem die Erhöhung von Gehältern der Staatsbediensteten, um die Anreize der Geldannahme zu minimieren, jedoch beschied Sakwa auch dieser Strategie nur wenig Erfolg. (vgl. Sakwa 2008a: 165 / Shevtsova 2007: 60) Antikorruptionskampagnen und Lohnerhöhungen konnten keine umfassende Besserung bewirken, da sie nur an der Oberfläche kratzten: "[T]he growth of bureaucracy and corruption was inherent in the Putin administration's manner of governing, undermining the separation of powers and creating an wholly dependent institutional structure, while fostering state capitalism and monopolism in the economy and a bloated security apparatus." (Sakwa 2008a: 164)

Es war vor allem die stetig anwachsende Bürokratie, die sich ihre Pfründe nicht nehmen lassen wollte. Auch aus diesem Grund konnte trotz aller schöner Worte Putins keine Patentlösung gefunden werden. Trotz Aufdeckung zahlreicher Fehlverhalten in der Bürokratie gestand Generalstaatsanwalt Juri Tschaika 2006 ein, dass dies nicht ausreiche, da es auf der unteren Ebene der staatlichen Strukturen sowie im Rechtsschutz- und Justizwesen noch zu viele Korrupte Beamte gibt. (vgl. Schmidt, in: Russland-Analysen Nr.120, 1.12.2006: 3) Vor allem auch die Korruption im Justizwesen schadete der Effizienz und der Legitimität des politischen Systems. Valeri Sorkin, einer der Richter am Verfassungsgericht, drückte die negativen Zustände offen aus: „Die Bestechlichkeit an Gerichten bildet einen der größten Korruptionsmärkte in Russland.“ (Lucas 2008: 127)

Neben der Bürokratie als Hauptquelle konnte sich die Korruption innerhalb des geschlossenen politischen Systems vor allem aufgrund fehlender Kontrollmechanismen in der Zivilgesellschaft bzw. wegen der schwachen Opposition im Parlament sicher ausbreiten – somit trug Putin durch seine Reformen der Schwächung dieser Kontrollinstanzen selbst zu der von ihm beklagten Entwicklung bei. Ein Anheben der Löhne und gelegentliches Entfernen korrupten Personals waren angesichts eines kaum funktionierenden Systems der Rechenschaftspflicht der Exekutive nur Scheinlösungen. Die Korruption wuchs auch mit der von Putin geförderten Ausdehnung des Staates in der Wirtschaft, “[because the] expansion of a state not based on the rule of law makes corruption inevitable.” (Shevtsova 2007: 122)

Ein klarer Schnitt bei der endemischen Korruption war somit nicht ohne den eindeutigen Willen des Kremls möglich, wobei das Regime hier gegen sich selbst hätte vorgehen müssen. Dadurch aber hätte es die eigene Machtposition ziemlich sicher verloren. Putin wusste laut

Shevtsova, “that a real battle against corruption might shake the Russian system to its foundations.” (Shevtsova 2007: 61) Die Korruption musste auch geduldet werden, um sich etwa weiterhin der Loyalität der Bürokratie zu versichern, da man auf diese angewiesen war. Jedoch sprach Putin den “Feind” offen an. In einer Sitzung des Staatsrates im Februar 2008 nannte Putin den Staatsapparat ein „hochgradig verbürokratisiertes und korruptiertes System, das nicht für positive Veränderungen, und erst recht nicht für eine dynamische Entwicklung motiviert ist.“ (Fleischmann 2010: 53) Solchen klaren Worten folgten aber nicht die entsprechenden Aktionen. Die wahrscheinlichste Lösung für das Korruptionsproblem wäre demnach ein Regimewechsel.

Der international bekannteste Indikator für den Korruptionsgrad ist der "Corruption Perception Index" (CPI) von Transparency International. Russland nahm bei diesem 2008 den 147. Platz ein (von 180 untersuchten Ländern), und stand damit weit hinter den in der BRIC-Kategorie eingestuften zentralen Entwicklungsländern: China (72.), Brasilien (80.), und Indien (85.). Russland befand sich vielmehr in der Region von Ländern wie Bangladesch, Kenia oder der Elfenbeinküste, müsste jedoch, was den allgemeinen Entwicklungs- und Ausbildungsgrad der Bevölkerung betraf, einiges weiter vorne zu finden sein. Zwischen 1999 und 2008 war nie eine akzeptable Platzierung möglich. Die jeweiligen Ergebnisse waren folgende (0 = am korruptesten; 10 = am saubersten): 1999 – 2.4; 2000 – 2.1; 2001 – 2.3; 2002 – 2.7; 2003 – 2.7; 2004 – 2.8; 2005 – 2.4, 2006 – 2.5; 2007 – 2.3; 2008 – 2.1. Somit ging die Entwicklung nach einer geringen Verbesserung seit 2005 wieder leicht abwärts, wobei bei diesem Index aufgrund der Erhebungsmethode nur bedingt eine Vergleichbarkeit der Werte möglich ist.

Die aufgelisteten Strukturdefizite der russischen Wirtschaft zeigten sich auch stets im “Economic Freedom Index” der Heritage Foundation und des Wall Street Journals. Hier bewegte sich Russland seit 2000 im Bereich von 50 bis 53 Punkten (von 0 bis 100, 100 = am besten), wobei bis 2004 ein leichter Anstieg, danach jedoch wieder ein gewisser Abstieg zu verzeichnen war. Das Ergebnis setzt sich aus den Werten der zehn Teilbereiche zusammen, wobei ein Endergebnis von 0 bis 49,5 die unterste Kategorie und somit eine unterdrückte (“*repressed*”) Wirtschaft darstellt. Unter Putin befand sich Russland demnach stets nur knapp darüber, wobei Länder mit einem Wert von 50 bis 59,5 als “*mostly unfree*” gelten. Im Bericht für 2008, dem letzten Jahr von Putins Präsidentschaft, lag Russland insgesamt bei 49,9 Punkten. Am schlechtesten schnitt das Land beim Korruptionsgrad (25), den Eigentumsrechten (30) und der Investitionsfreiheit (30) ab. Die höchsten Werte wurden in den

Bereichen der Steuerbelastung (79,2) und der Höhe der Staatsausgaben im Vergleich zum BIP (69,5) erreicht.

Das Fazit des Economic Freedom Index für 2011 hätte auch für die Amtszeit Putins Gültigkeit gehabt: “[P]rospects for sustained long-term diversification and growth remain dim. An increasingly statist approach to economic management adds to the cost of investment and mutes private-sector dynamism. Pervasive corruption and limited respect for property rights hinder the development of economic activity that is free from government control or influence. Macroeconomic instability is a drag on economic growth.” (Heritage.org)

Die beiden russische Ökonomen, Sergei Guriev und Aleh Tsyvinski, boten ob dieser Problemlage Lösungsvorschläge an und stützten sich dabei auf das eigentlich von der Regierung abgesegnete Reformprogramm des früheren Wirtschaftsministers German Gref aus dem Jahre 2000, von welchem jedoch die meisten Punkte nie umgesetzt wurden. Würde dies geschehen, sahen die beiden die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass sich dadurch auch das politische System ändern würde. Ihrer Meinung nach werden liberale Reformen dadurch wahrscheinlicher, dass mehr Leute und Akteure ein genuines Interesse an diesen haben – dazu bräuchte es eine größere Anzahl privater kleiner und mittlerer Unternehmer - ermöglicht durch ein weniger reguliertes System - sowie vermehrte Privatisierungen für eine höhere Anzahl privater Anteilseigner. Die großen unter Putin geschaffenen staatlichen Unternehmen sollten reformiert oder privatisiert werden, da sich deren Monopolstellungen negativ auswirken. Das Investitionsklima muss zudem durch größere Rechtssicherheit verbessert werden. Nichts zu unternehmen, was laut den beiden Autoren die innerhalb der Elite favorisierte Option war, würde Russland nach der Krise 2008 jedoch nur sehr schlecht auf einen weiteren Einbruch vorbereiten. Ohne Krise wäre eine längerfristige Stagnation wahrscheinlich. (vgl. Guriev & Tsyvinski, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 34ff.) Eine tiefgehende Liberalisierung der Wirtschaft hätte somit genau jenen Pluralismus und jene Autonomie der Wirtschaftsakteure gebracht, der die Position des Kremls geschwächt hätte.

4.13.3) Gazprom als Instrument des Kremls

Noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde 1989 das sowjetische Gasministerium in den staatlichen Konzern Gazprom überführt. Das Unternehmen erhielt ein Monopol in den Bereichen Transport und Export von Erdgas. In den 1990er Jahren wurde Gazprom teilprivatisiert, aber der Staat behielt formal die Kontrolle über das Unternehmen. Das Management konnte sich jedoch Freiräume schaffen, welche es mitunter dafür nutzte, sich auf

Kosten des Unternehmens zu bereichern. Unter Putin wurde deshalb die staatliche Kontrolle über dieses wichtige Unternehmen wieder hergestellt.

Bereits 2003 nannte Putin Gazprom offen "einen mächtigen Hebel zur Einflussnahme auf den Rest der Welt". (Follath & Schepp: 2007) Um 2005 herum startete der Kreml die Umsetzung der Vision von Russland als Energiesupermacht. Dabei wurden den Nachbarländern die großzügigen Gassubventionen selektiv entzogen und je höher die Preise stiegen, desto selbstbewusster agierte Russland auf der internationalen Bühne und desto eher wurde diese selektive Energiepolitik betrieben. (vgl. Goldman 2008: 3ff.) Im Zuge der Konflikte um die Gaspreise mit der Ukraine und Weißrussland beteuerte Gazprom wiederholt, dass man ein zuverlässiger Partner sei, die Verträge einhalte und, dass die Politik die Entscheidungen Gazproms nicht beeinflusse. Jedoch kam es von Seiten Russlands zu Lieferstopps, was zu Lieferausfällen in Teilen Europas führte. Die Begründung Gazproms war, dass sich beiden Länder weigerten den üblichen Weltmarktpreis zu zahlen, was jedoch andere Nachbarländer Russlands ebenfalls nicht taten. So waren wohl politische Gründe mit verantwortlich. Bei der Ukraine war die Anhebung der Preise offensichtlich eine Folge auf die Orangene Revolution. Im Jahr 2007 gab Georgien - welches schlechte Beziehungen zu Russland hatte - dem Druck von Seiten Russlands nach und bezahlte nun nahezu den üblichen Marktpreis. Bereits ein Jahr davor verlangte Russland die Kontrolle über die georgischen Pipelines – dies lehnte Georgien jedoch ab. Moldawien und Armenien hingegen gaben dem Druck nach und verkauften Gazprom Kontrollanteile an deren Transportnetzen. (vgl. Goldman 2008: 150) “[G]aining control over pipeline access to other producers of gas as well as to Gazprom customers has been a major goal of Gazprom and Russia.” (Goldman 2008: 152) Insgesamt zeigt die Abstufung der Preise, die die Nachbarländer zahlen mussten, wie freundschaftlich man im Kreml diesen Ländern gegenüberstand, denn nach den Erhöhungen zahlte Weißrussland etwa immer noch weniger als Georgien. Aslund meinte deshalb, dass weder die alten noch die neuen Preise nach irgendeinem objektiven Standard festgesetzt wurden. (vgl. Aslund, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 231) Die Anhebung der Preise war jedoch prinzipiell gerechtfertigt, da die Länder um einiges weniger zahlten als etwa in Westeuropa, aber die Art und Weise der Durchsetzung war problematisch, da diese intransparent war und mittels Druck durch den Gashebel Russlands erzwungen wurde. Wie sehr der Kreml in die Unternehmenspolitik einzugreifen gewohnt war zeigte sich darin, dass Putin und Medwedew bei den großen Gasdeals selbst mit am Verhandlungstisch saßen. (vgl. Aslund, in: Aslund & Guriev et al. 2010: 159)

Durch die Struktur der Gasmärkte, welche im Unterschied zu den Ölmärkten in Bezug auf den Transport viel eher auf regionalen Handel beschränkt sind (Pipelines als Transportmittel), konnte Russland hier seine regionale Vormachtstellung mittels politischer Instrumentalisierung Gazproms nutzen und ausbauen. Bei der Ukraine und Belarus - den zentralen Transitländern nach Europa - wollte der Kreml die größtmögliche Kontrolle über die Transitstrecken erlangen. Die Schulden dieser Länder sollten dabei in Anteile an deren Infrastruktur umgewandelt werden. Bezüglich der anderen Gasproduzenten in Zentralasien wurde versucht deren eigenen Zugang zu neuen Märkten zu verhindern. (vgl. Grätz, in: Russland-Analysen Nr.217, 25.03.2011: 12) Russlands spielte hier sein Monopol über die Transportwege im postsowjetischen Raum aus, von welchen die zentralasiatischen Staaten abhängig waren. Diese Länder hatten keinen eigenen Zugang zu den europäischen Märkten und mussten dafür Gazproms gesetzliches Pipelinemonopol in Russland nutzen. Russland nutzte dieses Transportmonopol dahingehend aus, dass man deren Gas sehr billig importierte und teuer weiterverkaufte. Russland braucht deren Produktion, um die steigende Nachfrage in Inland sowie jene der EU decken zu können. (vgl. Rahr 2009: 216)

Auch die Ölleitungen gehörten alle – mit einer Ausnahme, bei welcher Russland auch beteiligt war – einem staatlichen Unternehmen - Transneft. Gerhard Mangott stellte jedoch klar, dass die wirtschaftlichen Interessen in der Energiepolitik meist im Vordergrund standen. Bei der engen Verflechtung aus Wirtschaft und Politik waren diese Interessen aber stets auch politische. (vgl. Mangott 2009: 189) Und mit dem steigenden Gaspreisen und dem dadurch wachsenden Kapitalwert von Gazprom, stieg auch das Selbstbewusstsein im Kreml. Dass Putin dieses Unternehmen dafür brauchte, um Russlands Stärke zu demonstrieren, ließ Aussagen von Gazprom zweifelhaft erscheinen, durch welche bestritten wurde, dass man Befehle aus dem Kreml erhalte. (vgl. Goldman 2008: 141ff.)

Boris Nemtsov kritisierte 2008, dass 11 der 18 Vorstandsmitglieder Gazproms bereits aus Putins Bekanntenkreis in St. Petersburg kamen, dass bei diesem Bestellverfahren offensichtlich nicht das Können entscheidend war, dass dadurch bereits große wirtschaftliche Einbußen zu verzeichnen waren, dass Putin bis 2010 einen niedrigeren Steuersatz für das Unternehmen durchgesetzt hat und, dass die Gasförderung 2007 auf das Niveau von 1999 gefallen ist. (vgl. Fleischmann 2010: 217f.)

Aber nicht nur die ehemaligen Sowjetstaaten spürten den Druck des Kremls. Für westliche Energieunternehmen, die an Produktionsstätten in Russland beteiligt waren, war die Rechtssicherheit nicht mehr garantiert. „A contract commitment with state-controlled enterprises in Russia has never been a guarantee of performance nor a deterrent to arbitrary

behavior by Russian entities. That was true in the Soviet era and it again became common under Putin.“ (Goldman 2008: 49) Den in den 1990ern geschlossenen „*production-sharing agreements*“ (PSAs) stand man bereits damals reserviert gegenüber, aber aufgrund der sinkenden Ölproduktion, wegen schwer zugänglichen Ölfeldern und aufgrund fehlenden Investitionskapitals musste man zwangsweise ausländische Beteiligungen an Bord holen. Dem nun unter Putin wieder viel selbstbewussteren Kreml missfiel dieser Umstand jedoch. “Jedes einzelne der vom Westen finanzierten Öl- und Gasprojekte, die in den neunziger Jahren entwickelt wurden, ist ganz oder teilweise eine Beute des Kreml und seiner Verbündeten geworden.” (Lucas 2008: 169)

Shell etwa operierte das Gasfeld Sachalin II, welches das einzige PSA gänzlich ohne russischen Partner war. Von Seiten des Kremls wurde Shell aufgrund angeblicher Umweltschäden auf 30 Mrd.\$ verklagt und, unter diesem Druck, schließlich Gazprom als Partner aufgezwungen. Im Juli 2005 vereinbarte man, dass Shell seinen 55%-Anteil in etwa halbiert. Gazprom konnte sich in Folge mit 50% plus einen Anteil ziemlich deutlich unter dem Wert in das Förderprojekt einkaufen. (vgl. Goldman 2008: 129f.) Man wollte im Kreml verhindern, dass ein ausländisches Unternehmen die alleinige Kontrolle über eine russische Produktionsstätten und somit auch deren Ressourcen hatte.

Im Jahr 2004 sprach Putin davon, dass die alten PSAs Kolonialverträgen entsprächen und beschuldigte jene scharf, die 2003 die Fusion aus TNK und BP zugelassen haben. Das russisch-britischen Unternehmen TNK/BP war somit ein weiteres Ziel. BP stieg bei der Fusion mit einem Anteil von 50% bei TNK ein. Putin wurde darüber erst informiert, als die zentralen Bedingungen bereits feststanden. Und da BP das Management von TNK übernahm und so eine Kontrolle über russische Ressourcen erhielt, war Putin darüber wenig begeistert. Gazprom versuchte 2007 ein von TNK/BP operierte Gasfeld in Sibirien zu erwerben. Ein Druckmittel bzw. Argument Gazproms war, dass BP nicht die versprochene Menge an Gas liefern konnte, was stimmte, da Gazprom selber BP den Transport mittels dessen Pipelinemonopols nicht gestattet hatte. (vgl. Goldman 2008: 126ff.) Aus Angst heraus, gänzlich aus dem Projekt gedrängt zu werden, vereinbarte man schließlich einen Verkauf von ausreichend Anteilen, um Gazprom eine Kontrollmehrheit zu geben. Jedoch konnten sich trotz jahrelanger Verhandlungen beide Seiten auf keinen Preis einigen und der Deal platzte. Letztendlich gewann Gazprom Anfang 2011 bei einer Auktion die Kontrolle über das Gasfeld, indem es jene Firma kaufte, die die Lizenz für das Feld hielt. Diese Firma wurde von TNK/BP ein Jahr zuvor in Insolvenz geschickt, um durch den anschließenden Verkauf noch möglichst viel der für das Feld getätigten Investitionen hereinbringen. (Belton: 2011)

Diese vom Kreml forcierten Aktionen machten klar, dass Investitionen in Russland aufgrund der mangelhaften Rechtslage mit einem Risiko behaftet waren. Davon waren eben auch Eigentums- und Vertragsrechte betroffen. Verfügungsrechte blieben unter Putin somit unsicher und waren einer möglichen Revision stets zugänglich. Gazprom war dabei ein Instrument, welches der Kreml nutzte. (vgl. Stykow 2006: 78)

4.13.4) Der Staat in der Wirtschaft

Das *state capturing* durch die Oligarchen unter Jelzin wurde von Putin von Beginn an bekämpft, da der Staat im Angesicht der politisch einflussreichen Oligarchen seine Autonomie wiedererlangen und die Kontrolle gewinnen sollte. Nun stieg jedoch der Staat in der Wirtschaft ein. Die Wirtschaft sollte somit für Putins „kollektive[s] Projekt der nationalen Entwicklung“ eingespannt werden. (Stykow 2006: 139) Der Staat gab jetzt den Ton an und setzte die Regeln fest.

In seiner ersten Rede vor der Föderalversammlung im Juni 2000 sprach Putin von einem Machtvakuum der späten Jelzin-Jahre, durch welches es zu einem „Abfangen der Staatsfunktionen durch private Korporationen und Clans“ gekommen ist – gemeint waren die Oligarchen. (Dox 2008: 39) Außerdem meinte Putin, dass der Staat aus der engen Umklammerung mit der Wirtschaft gelöst werden müsse, weshalb er zu Wirtschaftsakteuren einen gleichmäßigen Abstand wahren wollte. Diese angekündigte Äquidistanz wurde in den folgenden Jahren jedoch kaum erreicht, da etwa strafrechtlich selektiv gegen gewisse Vertreter des Big Business vorgegangen wurde. Putin gab 2000 zudem das Wahlversprechen ab, dass die Oligarchen als Klasse eliminiert würden, was ebenfalls nicht eingehalten wurde. Neben der Vertreibung einiger von ihnen, um damit ein Exempel zu statuieren, konnte die Mehrheit ihr Vermögen behalten. (vgl. Kotz & Weir 2007: 277)

Bereits Ende Juli 2000 gab es ein geheime Treffen Putins mit den Repräsentanten der 21 größten Unternehmen, bei welchem eine Art Pakt geschlossen wurde. Putin versprach keine Revisionen der Privatisierungen nach 1991 vorzunehmen, erwartete im Gegenzug jedoch das Heraushalten der Wirtschaft aus der Politik, sowie den Verzicht von Einflussstrategien der Oligarchen. Als Druckmittel hatte Putin durch die Silowiki immerhin ausreichend Kompromat in der Hinterhand, um jeden der Anwesenden in Gefängnis stecken zu können. Beresowski und Gussinski waren zu diesem Treffen bereits nicht eingeladen, denn sie hatten sich nicht an die Regeln gehalten. “The right to property in Russia is entirely conditional upon the property owner's loyalty to the Russian government.” (Piontkovsky: 2009) Sich ruhig und loyal zur Staatsmacht zu verhalten brachte somit große Vorteile und erlaubt weiterhin enorme

Reichtümer. Der Oligarch Oleg Deripaska war ein Idealbeispiel eines loyalen Oligarchen, denn 2007 meinte er: “[I]f the government says we have to give it up [sein Unternehmen, Rusal, Anm.], we will do it. I do not distinguish myself from the state. I have no interests different from that of the state”. (Tennery: 2011)

Generell zeigte sich beim strafrechtlichen Vorgehen des Kremls gegen einige Oligarchen, dass es nicht um eine umfassende Aufarbeitung der Verbrechen und der Korruption der 1990er ging, sondern um eine weitere Absicherung der Macht, sowie um den Einstieg der Silowiki in die Wirtschaft. Vor allem nach der Verhaftung Michail Chodorkowskis am Ende von Putins erster Amtszeit stieg die Anzahl von Ministern und hochrangigen Mitgliedern der Präsidialadministration in den höchsten Posten staatlicher oder staatsnaher Unternehmen der als strategisch angesehenen Sektoren – vor allem Rohstoffe und Energie, Militär und Transport. (vgl. Kryschtanovskaja, in: Hill & Cappelli 2010: 127) Marshall Goldman und Richard Sakwa sahen das Ausmaß der Verflechtungen als russischen Spezialfall an. Goldman meinte, “it is hard to find any other country in the world where so many senior government officials can simultaneously hold such lucrative business positions.” (Goldman 2008: 196) Und Sakwa strich folgendes hervor: “No other country in the world allows state or government members to be members of corporate boards, [but] Putin insisted that this ensured that state interests were observed and was perfectly normal.” (Sakwa 2008a: 167) Ob mit dieser Politik die Staatsinteressen tatsächlich am besten befolgt wurden war fraglich, sicher war jedoch, dass diese Art der Ämterkombinationen den Beamten und Politikern als Belohnung galt, denn sie sicherten „nicht nur die Kontrolle der Administration über die staatlichen und halbstaatlichen Konzerne, sie verschafften den Amtsinhabern auch den Zugriff auf Ressourcen und ein beachtliches Zusatzeinkommen.“ (Schröder, in: Russland-Analysen Nr. 202, 05.06.2010: 13) Im Gegenzug sicherte sich Putin deren Loyalität.

Hochrangige Silowiki waren stark in der Wirtschaft vertreten: Sergei Iwanow war unter Putin Verteidigungsminister sowie Erster Stellvertretender Premier und wurde 2006 zudem Vorsitzender des Aufsichtsrates beim neuen staatlich kontrollierten Flugzeughersteller OAK. Igor Setschin wurde stellvertretender Präsidialamtsleiter und 2004 Aufsichtsratsvorsitzender von Rosneft. Sergei Naryschkin kannte Putin aus dem KGB und aus St. Petersburg. Seit 2004 war er Vorstandsmitglied von Russlands größtem Schiffbauunternehmen Sowkomflot und Stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Rosneft. Er war seit 2004 auch in der Regierung und wurde 2007 zum Stellvertretenden Regierungschef ernannt. Wiktor Iwanow war führender Kremlpolitiker und wurde 2002 Mitglied des Aufsichtsrates des staatlichen Rüstungsunternehmens Almaz Antej. 2004 folgte der Vorsitz des Aufsichtsrates der

staatlichen Aeroflot. Wladimir Jakunin, ein ehemaliger KGB-Agent, wurde Chef des Eisenbahnmonopols. Sergej Tschemesow, in den 1980ern wie Putin in der DDR stationiert, wurde 2004 zum Generaldirektor des staatlichen Monopolisten für Rüstungsexporte ernannt. Alexej Gromow, aufgrund seiner Stationen in den 1980ern laut Edward Lucas vermutlich aus dem KGB, wurde Aufsichtsratsvorsitzender des Senders ORT. (vgl. Lucas 2008: 70f.)

Neben den Silowiki waren in staatlichen Unternehmen vor allem folgende Personen erwähnenswert: Dmitri Medwedew war von 2000 bis 2008 mit einer kurzen Unterbrechung Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom und zugleich Leiter der Präsidialverwaltung, bzw. später Erster Stellvertretender Premier. Als Putin im Mai 2008 ins Amt des Premierministers wechselte, machte er den bisherigen Regierungschef Wiktor Subkow zu seinem Stellvertreter, welcher im Juni 2008 zudem Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom wurde – somit bekleidete Subkow beide Posten, die zuvor Medwedew inne hatte. Es schien zu einer im russischen System üblichen Ämtersymbiose zu werden. Wladislaw Surkow wurde 2004 Stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung sowie Aufsichtsratsvorsitzender von Transnefteprodukt. Igor Schuwalow war Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration, Putins Berater und auch Mitglied des Aufsichtsrates der Russischen Eisenbahnen. Zudem war er Aufsichtsratsvorsitzender von Sowkomflot. Sergej Prichodkow war erst Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration, danach Außenpolitischer Berater des Präsidenten (ebenfalls in der Administration) sowie Aufsichtsratsvorsitzender des staatlichen russischen Nuklearenergieproduzenten TVEL. Aleksei Kudrin war langjähriger Finanzminister und zugleich auch im Aufsichtsrat einer der größten russischen Banken (Vneshtorgbank) sowie des weltweit zweitgrößten Diamantenförderunternehmens, Alrosa. German Gref war seit 1999 Aufsichtsratsmitglied von Gazprom und wurde 2000 zum Wirtschaftsminister ernannt. Neben diesen Fällen gab es, so Richard Sakwa, noch unzählige andere Beispiele für die engen Beziehungen zwischen Politik, Staat und Wirtschaft. (vgl. Sakwa 2008a: 351)

2007 hatten bereits acht Führungsbeamte der Präsidialadministration und zwölf Minister Aufsichtsratsposten in großen Konzernen inne. “The ten or fifteen individuals who rule Russia [...] also *own* Russia through their direct or indirect control of most of the country's oil and gas companies.“ (Piontkovsky: 2009)

4.13.5) Renationalisierungen

In seiner Dissertation von 1997 zeigte Putin Einsicht, dass ausländische Investitionen im Energie- und Rohstoffsektor dringend benötigt wurden. Jedoch sollte es im Endeffekt stets der Staat sein, der die Aktivitäten der Unternehmen in diesen Sektoren regelt. Für diese Aufgabe

geeignet sah er die sogenannten „*national champions*“, also die staatlich kontrollierten oder im staatsnahen Umfeld befindlichen Riesen in den strategischen Bereichen. Diese sah Putin als am besten geeignet, um im Weltmarkt zu bestehen und Russlands Wirtschaft zu modernisieren. Putin erklärte in seiner Arbeit, dass es das Ziel der Rohstoffindustrie sein müsse, die geopolitische Bedeutung Russlands zu steigern. Russlands Souveränität und Sicherheit stehen dabei an oberster Stelle. (vgl. Sakwa 2008a: 12f. / Lucas 2008: 282) Als Präsident sollte er dann diese Ansichten auch in die Tat umsetzen.

Gazprom war das erste Ziel. Im Juni 2000 entfernte Putin Wiktor Tschernomyrdin als Aufsichtsratsvorsitzenden, nachdem dieser erst vor einem Jahr ernannt worden war. Als dessen Nachfolger ernannte er Dmitri Medwedew. Im Mai 2001 folgte der nächste Schritt, als Putin den langjährigen Vorstandsvorsitzenden Rem Viakhirev verdrängen konnte. Ihm folgte Alexei Miller, wie Medwedew ein alter Bekannter Putins aus der St. Petersburger Stadtregierung. Mitte 2005 brachte Putin zustande, dass das staatliche Unternehmen Rosneft knappe 11% von Gazprom aufkaufte, wodurch der Staat direkt oder indirekt nun knapp über 50% der Anteile hielt. Vor allem sollte die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass eine ausländische Gruppe der größte Einzelanteilseigner von Gazprom wird. (Goldman 2008: 83ff.)

Rosneft ist ein anderes Beispiel für einen *national champion*. Das Unternehmen war immer mehrheitlich im Staatsbesitz und wurde durch die Übernahme von Jukos zu einem der drei größten Ölunternehmen in Russland. Diese gezielt vom Kreml bzw. den Silowiki geförderte Übernahme - Igor Setschin wurde in Folge Aufsichtsratsvorsitzender von Rosneft – erregte damals im In- und Ausland große Aufregung, da man den Startschuss für umfassende Renationalisierungen gekommen sah, was sich zu einem bestimmten Grad auch bewahrheitet hat.

Es folgt ein kurzer Überblick über die staatliche Vorgehensweise gegen Russlands damals erfolgreichstes und zweitgrößtes Erdölunternehmen, Jukos. Die Silowiki in der Präsidialadministration setzten sich hier gegen die liberalen Kräfte in der Regierung durch. Neben der verstärkten Präsenz des Staates im Ölsektor wurde Putin mit dem Vorstandsvorsitzenden von Jukos, Michail Chodorkowski, auch gleich den politisch aktivsten Oligarchen los. Seit Ende der 1990er ging Chodorkowski als einer der wenigen den Weg der Transparenz, um Jukos zu einem internationalen Akteur zu machen. Er holte westliches Know-How und Personal in das Unternehmen und hatte Pläne, Jukos als Lieferanten für den US-Markt aufzubauen. Damals war bereits eine Fusion von Jukos mit Sibneft im Gange, welche der Kreml jedoch verhindern wollte. Der daraus entstehende größte russische Ölkonzern, mit einem Produktionsanteil von etwa 30%, hätte nach Chodorkowskis Plänen

amerikanische Unternehmen als Partner gehabt und so fürchtete man im Kreml – angesichts der Bedeutung der Öleinnahmen für den Staatshaushalt - einen Souveränitätsverlust für die Politik. Zudem wollte Chodorkowski mit China einen Liefervertrag über 21 Jahre unterzeichnen. Die dafür geplante private Ölpipeline hätte jedoch das staatliche Transportmonopol untergraben. (vgl. Goldman 2008: 107ff. / Erler, in: Gorzka & Schulze 2004: 313)

Diese Vorhaben zeigten eine wirtschaftspolitische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, die man im Kreml alles andere als gerne gesehen hat. Auch seine im Februar 2003 live im Fernsehen geübte Kritik an Putin war kontraproduktiv. Chodorkowski warf dem Präsidenten die wuchernde Bürokratie und Korruption vor, welche einer modernen und innovativen Wirtschaft schaden würden. Chodorkowskis Schicksal wurde dann wohl durch seine politischen Aktivitäten besiegelt. Er kaufte nach Schätzungen Goldmans etwa 100 Dumasitze von Jabloko und von SPS, aber auch Abgeordnete der KPRF. Gerade aber die KPRF galt es in den Augen des Kremls zu schwächen. Obendrein gab es für Einiges Russland kein Geld. Mit dem Kauf der Abgeordneten wollte Chodorkowski seine Interessen durchsetzen, was etwa dadurch gelang, dass eine geplante Steuererhöhung sowie höhere Umweltstandards für Ölfirmen verhindert werden konnten. (vgl. Goldman 2008: 111ff.) Durch die politischen Ambitionen des Oligarchen stellte ein Manifest aus dem Umfeld des Kremls dessen Aktionen öffentlich als geplanten Akt des Regimesturzes dar. Auch Chodorkowskis Stiftung Offenes Russland war dem Kreml ein Dorn im Auge, da ohne Konsultation mit dem Kreml verschiedene Projekte und Organisationen unterstützt wurden, welche dem Kreml anscheinend nicht passten.

Als Folge all dieser Tätigkeiten, „virtually all those around Putin regarded Chodorkowski's actions as an affront to the state's authority and agreed that it was necessary to crush Chodorkowski as soon as possible“. (Goldman 2008: 115) Es ging somit um die Klarstellung, dass nun die Politik das Primat über die Wirtschaft hat. Chodorkowski hatte genug Anzeichen bekommen, um sich noch rechtzeitig abzusetzen und im Ausland in Sicherheit zu bringen. Doch er steuerte bewusst auf eine Konfrontation zu. Neben den bekannten Fällen von Beresowski und Gussinski, wurden auch noch viele andere Geschäftsleute genötigt, zum Schutz des eigenen Lebens das Land zu verlassen. „[M]ore than a hundred very rich individuals were forced into emigration.“ (Kryschtanovskaja, in: Hill & Cappelli 2010: 118)

Aus all diesen Gründen erschien es dem Kreml opportun Chodorkowski zu verhaften. Dies geschah im Oktober 2003. Nur wenige Tage nach seiner Verhaftung trat Alexander Woloschin als Leiter der Präsidialadministration zurück, da er gegen das Vordringen der Silowiki erfolglos blieb. (vgl. ebd. 137) Die anderen Oligarchen blieben jedoch weitgehend ruhig, denn

dass Chodorkowski für Steuerhinterziehung angeklagt wurde musste diesen klar machen, dass die Aktion politisch motiviert war und somit eine generelle Warnung darstellte. Und mit der Staatsanwaltschaft in der Hinterhand konnte der Kreml jeden der damals wirtschaftlich aktiven Unternehmer strafrechtlich verfolgen. (vgl. Tregubova 2007: 205f.)

Neben der selektiven Vorgehensweise gegen Chodorkowski und dem rechtsstaatlich sehr bedenklichen Prozess gegen ihn, war auch die Aufteilung von Jukos, welche nach seiner Verhaftung erfolgte, einem Rechtsstaat unwürdig. Rosneft sollte nun in den Besitz der Produktivsten Anlagen von Jukos kommen. Dazu organisierte Rosneft selbst eine Auktion, in welcher die zuvor von Jukos abgetrennten Vermögenswerte veräußert wurden. Da es als Folge der *loans-for-shares* Privatisierungen mittlerweile jene Regel gab, dass mindestens zwei Bieter für eine Auktion benötigt wurden, sprang TNK/BP als Scheininteressent helfend ein. Auch wurde eine, eigens zwei Wochen zuvor geschaffene Firma, in die Auktion eingebunden. Diese konnte Juganskneftgas, den Ölfördernden Teil von Jukos, erwerben. Dieser Spielzug sollte jedoch nur den Weg zu Rosneft verschleiern, da Rosneft diese unbekannte Firma aufgekauft hat. (vgl. Goldman 2008: 121f.)

Jukos wurde über ständig erhöhte Steuernachforderungen gezielt in den Bankrott getrieben. Von Seite der Behörden wurde alles unternommen, um Jukos an der Rückzahlung seiner Schulden zu hindern. Die Forderungen an das Unternehmen stiegen in solche Bereiche, dass sie sogar höher als sämtliche Jahreseinnahmen von Jukos waren. Im August 2006 erklärte das Schiedsgericht in Moskau Jukos schließlich für Bankrott. Andrei Illarionow bezeichnete die Zerschlagung von Jukos als "Schwindel des Jahres", welcher von absolut unqualifizierten Personen durchgeführt wurde. (vgl. Mommsen & Nußberger 2007: 70) Auch 2007 wurden noch Jukos-Anteile verkauft, stets über Absprachen und mit Zustimmung des Kremls. Als jedoch die Ölfirma Russneft ohne Genehmigung des Kremls einige Vermögenswerte von Jukos erworben hatte, wurde vom Staat Druck ausgeübt, um dessen Besitzer zum Verkauf seines Unternehmens zu zwingen. Nach öffentlichem Protest gegen die Belästigung der Behörden gab er plötzlich an, freiwillig verkaufen zu wollen, und flüchtete ins Ausland. Zuvor war sein Sohn in einem ungeklärten Autounfall ums Leben gekommen. (vgl. Lucas 2008: 91)

Neben Jukos - jedoch weit geräuschloser - wurde auch das private Ölunternehmen Sibneft in den staatsnahen Bereich überführt, als Gazprom im Oktober 2005 die Anteile von Roman Abramowitsch abgekauft hat. Gazprom hatte mit Sibneft (seit 2006 Gazprom Neft) nun auch einen Fuß im Ölgeschäft. (vgl. Rahr 2009: 150) Der Verkauf geschah, nachdem Abramowitsch angedacht hatte, Anteile von Sibneft an eine ausländische Firma zu verkaufen.

Als Folge wurde die Steuerpolizei vorbeigeschickt, um Steuerrückzahlungen einzufordern. (vgl. Goldman 2008: 123)

Neben dem Energiesektor wurden auch in den Bereichen der Rüstung, Banken sowie der Flugzeug-, Auto- und Schiffskonstruktion der staatliche Einfluss ausgeweitet. Kleinere Firmen wurden dabei dem jeweils vom Kreml forcierten monopolartigen Konglomerat einverleibt. Im Luftfahrtsektor etwa konnte fast die gesamte Industrie in einem neuen Konglomerat vereinigt werden. Die Zusammenlegung aller nationalen - militärischen wie zivilen - Luftfahrtunternehmen, geschah auf Basis eines von Putin im Februar 2007 unterzeichneten Dekrets. Der Staat sicherte sich einen Anteil von 75% an dem Unternehmen. (vgl. Rahr 2009: 204 / Lucas 2008: 160)

Auch die sich lang hinziehende Planung und schließliche Durchführung der Privatisierung des staatlichen Beinahemonopols von UES im Elektrizitätssektor war laut Heiko Pleines im Prinzip nur eine Teilprivatisierung, da die zerschlagenen Teilstücke des Unternehmens zum einem großen Teil von Gazprom aufgekauft wurden. (vgl. Pleines, in: Russland-Analysen Nr.170, 03.10.2008: 20f.)

Generell war die Konzentration von Wirtschaftsmacht in den Händen von höchsten Mitgliedern von Regierung und Verwaltung sehr groß. Sieben hohe Regierungsmitglieder kontrollierten 2005 etwa 40% des russischen BIP. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 121) Diese Zahl wurde Anfang 2008 von Vedemosti, eine angesehenen Wirtschaftszeitung, bestätigt. Die "politischen und persönlichen Freunde" Putins, welche an der Spitze von Unternehmen stehen, würden zusammengekommen etwa 40% der russischen Wirtschaft kontrollieren. Diese neue bürokratische Oligarchie war im Unterschied zu den Oligarchen der 1990er jedoch eine abgeschlossene Elitenfraktion, wohingegen damals ausreichend Geld die einzige Bedingung war. (vgl. Aron, in: Journal of Democracy, April 2009: 66)

Wegen dem forcierten Ausbau des staatlichen Einflusses in den strategischen Sektoren, trat Putins liberaler Wirtschaftsberater Andrei Illarionow Ende 2005 zurück. Als ein Beispiel für die negativen Auswirkungen dieser Politik, stellte er Rosnefts Übernahme des Hauptölfeldes von Jukos dar, was zu fallender Produktion und sinkenden Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Kosten geführt habe. Sein Fazit damals: "[T]here is no place for economic freedom in the new model; its main principle is selectivity and discrimination." (Sakwa 2008a: 259)

Vor allem die Art und Weise der Wiedererlangung der Kontrolle der Administration über einige Unternehmen war problematisch, denn man bewegte sich dabei oft außerhalb der legalen Richtlinien. Verschlimmert wurde dies dadurch, dass in Russland die Unabhängigkeit

der Gerichte nicht gegeben war, um solche Konflikte angemessen zu regeln. (vgl. Goldman 2008: 133ff.) Statt unabhängiger Gerichte waren es Putin und seine Administration, welche mit Hilfe des Innenministeriums, des FSB und der Generalstaatsanwaltschaft ihre Interessen durchsetzten. Von einer rein unpolitischen Aufarbeitung der Verbrechen der Neunziger konnte keine Rede sein. (vgl. Sakwa 2008a: 149)

Fazit: Obwohl einige liberalen Wirtschaftsreformen durchgeführt wurden (Steuern, Regulierungen), war Putin kein liberaler Wirtschaftspolitiker, denn er hat dem Staat zu viel Kontrolle über zentrale Sektoren gegeben, vom Staat unabhängige Wirtschaftsakteure nicht gefördert oder vertrieben und die Eigentums- und Vertragssicherheit zu oft missachtet. (vgl. Ostrow & Satarov et al. 2007: 112) Außerdem haben die seit 2003 stockenden Reformen die Position der Privatwirtschaft gegenüber der von da an vom Kreml durch Privilegien, Subventionen oder Protektionismus geförderten und geschützten staatlichen sowie staatsnahen Wirtschaft geschwächt. (vgl. Lucas 2008: 158)

Für Hans-Henning Schröder stellte sich deshalb die Frage, wer angesichts der Verschränkung von Politik, Bürokratie und Wirtschaft als Basis für eine Modernisierungspolitik dienen sollte. „Kaum eine der Elitengruppen wird bereit sein, ihre Partikularinteressen zugunsten einer Konsolidierung der Gesamtsituation zurückzustellen. Ohne umfassende Reformen wird Russland aber technologisch und wirtschaftlich endgültig den Anschluss an die internationale Entwicklung verlieren.“ (Schröder, in: Russland-Analysen Nr.202, 05.06.2010: 14) Das Problem an der bürokratisch-staatlichen Wirtschaftspolitik war unter anderem die Bedienung von Partikularinteressen, welche im Sinne des Regimes und dessen Stabilität waren. Die Interessen und Entscheidungen der Eliten standen dabei oft der nationalen Entwicklungsstrategie entgegen oder wurden vor diese gestellt. Auch aus diesem Grund konnten die weiter bestehenden Strukturprobleme nicht gelöst werden.

4.14) Die Nachfolgeregelung

Für die Konsolidierung einer Demokratie ist ein offener und demokratischer Machtwechsel eine wichtige Bedingung und hat auch eine starke symbolische Wirkung. Bereits durch Jelzins Amtsübergabe an Putin war der Konsolidierung hier jedoch ein starker Dämpfer versetzt worden. Die Vorbildwirkung eines Machtwechsel auf zukünftige Nachfolgeregelungen schien sich zu bewahrheiten, denn Putin wählte einen ähnlichen Weg wie Jelzin zuvor. Somit war auch hier die Nachfolgeregelung früh in Putins zweiter Amtszeit eine entscheidende Frage. An der Person des Präsidenten hing ein ganzes informelles und über persönliche Beziehungen

aufgebautes Netzwerk in Politik, Bürokratie und Wirtschaft, dessen Mitglieder Putin weiterhin im klar stärksten Amt des politischen Systems sehen wollten, damit auch deren eigenen Position garantiert bzw. geschützt blieb. Dmitri Trenin sprach in diesem Zusammenhang davon, dass Russland weitgehend von den selben Leuten regiert wird, die es auch besitzen. Diesen Umstand galt es zu bewahren. (vgl. Trenin 2007: 10)

Doch für einige Zeit herrschte in Russland eher Ahnungslosigkeit, denn niemand wusste, wie Putin in dieser Sache tatsächlich entscheiden würde. Es gab mehrere Szenarien und Alternativen. Sergei Mironow, der Putin-loyale Vorsitzende des Föderationsrates, forderte indirekt eine unbestimmte Fortdauer von Putins Präsidentschaft, indem er mittels einer Verfassungsänderung eine Amtszeit von sieben Jahren sowie mehrmalige Wiederwahlen wünschte. Auch die Silowiki hätten diesen Weg wohl präferiert. Doch nicht einmal Putin selbst konnte sich dafür begeistern, da Russland endgültig nicht mehr als Demokratie bezeichnet hätte werden können und, weil die demokratische Restlegitimität nicht haltbar gewesen wäre. Dumapäsident Boris Gyslow, ebenfalls enger Verbündeter Putins, suchte seinerseits nach einem Namen für eine eventuell neu zu schaffende Funktion für Putin - in der Art eines "Nationalen Führers". (vgl. Dox 2008: 176ff.)

Eine Umfrage des Lewada-Zentrums fand im März 2007 heraus, dass sich 66% der Bevölkerung zugunsten einer Fortsetzung von Putins Präsidentschaft aussprachen, während nur 21% dagegen waren. Als die Leute 2006 zum ersten Mal mit der Idee einer dritten Amtszeit konfrontiert wurden, waren die Menschen dieser Idee gegenüber größtenteils noch negativ eingestellt, aber durch mediale Unterstützung und aufgrund des Näherrückens des Wahltermins, waren mehr und mehr Leute im Angesicht der Unsicherheit von der sicheren Variante überzeugt, das Bekannten dem Unbekannten vorzuziehen. (vgl. Shevtsova 2007: 92)

Für Putin selbst kam also eine direkte Fortsetzung seiner Präsidentschaft nicht in Frage. Aber als eine der wahrscheinlichsten Optionen galt schon damals jene Variante, dass Putin nach einer Unterbrechung, welche nicht einmal die vollen vier Jahre hätte dauern müssen, für zumindest eine weitere Amtszeit in das Präsidentenamt zurückkehren würde und für die Übergangszeit einen blassen und schwachen Statthalter einsetzt. Dadurch würde die Verfassung nicht gebrochen werden, das Ausland und die Opposition könnte keine scharfe Kritik üben und Putin würde in der Zwischenzeit ohnehin weiter im politischen Zentrum, wenn nicht gar das Zentrum bleiben.

Die verschiedenen Fraktionen hinter Putin wurden ob der Unsicherheit nervös und aus diesem Grund wirkte Putin im Hintergrund herum, um einen für alle Fraktionen zufriedenstellenden Kandidaten aufbieten zu können. Es musste jemand aus seinem nahen Umkreis sein, der

ebenso Teil des Systems ist, jedoch keine starke Hausmacht aufweist und somit lenkbar ist. Die Fortführung des Systems sollte auch ihm das zentrale Anliegen sein. (vgl. Kryschtanovskaja, in: Hill & Cappelli 2010: 129f.) Zudem musste er das von Putin aufgebaute Gleichgewicht zwischen den Gruppen weiter ausbalancieren.

Letztlich spitzte sich der Kampf auf Dmitri Medwedew und Sergei Iwanow zu. Beide erhielten im November 2005 neue Posten in der Regierung. Medwedew wurde Erster Stellvertretender Premierminister und Iwanow wurde Stellvertretender Premierminister mit der Zuständigkeit für die Koordination aller Nachrichtendienste. Mit ihnen waren die zwei recht unterschiedlichen Lager Putins repräsentiert – die Liberalen und die Silowiki -, obwohl Gerhard Mangott Iwanow trotz Ausbildung im KGB eher als Einzelgänger denn als strammen Silowiki einstufte. (vgl. Mangott 2009: 140) Angeblich hat sich Putin aber bereits recht früh für Medwedew entschieden. Gelegenheit sich im Volk beliebt zu machen erhielt er durch die Einsetzung als Vorsitzender des Rates für die "Nationalen Projekte". Ihm wurde für 2006 und 2007 viel Geld zur Verfügung gestellt, um in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnungswesen und Agrarindustrie deutliche Verbesserungen zu bewirken. Mit Hilfe der staatlichen Medien und der Anzapfung der vollgefüllten Staatskasse wurde Medwedew die Möglichkeit gegeben öffentlichkeitswirksam seine Beliebtheitswerte steigern. (vgl. Rahr 2009: 158)

Im Hintergrund gab es wegen der weiter bestehenden Unklarheit eine erhöhte Nervosität, was zu Kämpfen zwischen den Fraktionen führte, die manchmal auch an die Öffentlichkeit drangen. Vor allem die Silowiki hatten vom System Putin profitiert und wollten demnach den Status quo unbedingt erhalten. (vgl. Dox 2008: 185) Die Abhängigkeit dieses politischen Systems von einem Mann wurde dabei wieder offenbart. Ein solches System ist jedoch ob solcher regimegefährdenden Übergangszeiten nie wirklich als Stabil anzusehen. Ein Führungswechsel in einer konsolidierten Demokratie hingegen "does not signal any changes in the principles by which society and the state are ordered. (Shevtsova 2007: 83)

Unterstützt durch die relativ erfolgreichen Dumawahlen 2007 konnte Putin seine Entscheidung schließlich öffentlich machen. Es wurde Putins langjähriger und enger Vertrauter Dmitri Medwedew. Bereits in den Neunzigern in der St. Petersburger Stadtregierung konnte Medwedew seine Loyalität gegenüber Putin beweisen, als er ihm dabei half, eine Untersuchungskommission gegen Putin abzuwehren, als dieser unter Korruptionsverdacht stand. (vgl. Rahr 2009: 88) Außerdem bekleidete Medwedew lange Zeit zentrale Posten in Politik und Wirtschaft (in der Präsidentialadministration, in der Regierung und bei Gazprom) und leitete 2000 Putins Wahlkampf. Putin konnte sich dessen Loyalität und Eignung für das Amt sicher sein. Medwedew war wohl auch leichter zu kontrollieren als

Iwanow und bot zudem ein liberaleres Gesicht nach außen. Womöglich wurde den Silowiki im Gegenzug eine Fortsetzung des profitablen Status quo versprochen. Durch die fehlende eigene Hausmacht Medwedews war dies auch zu erwarten. (vgl. Schröder, in: Russland-Analysen Nr.164, 16.05.2008: 2)

Nur einen Tag nachdem Putin Medwedew als seinen Nachfolger ankündigte, schlug Medwedew seinerseits Putin als seinen Regierungschef vor. Etwa eine Woche später traten beide gemeinsam beim Parteikongress von Einiges Russland auf, bei welcher Gelegenheit Putin Medwedews Angebot offiziell annahm, da die Partei Medwedews Präsidentschaftskandidatur zuvor mit 478 gegen 1 Stimme bestätigt hatte. Damit wurde, wie schon 2004, jemand von außerhalb der Partei zum offiziellen Kandidaten von Einiges Russland. (vgl. Dox 2008: 196ff.) Im April 2008 wurde Putin dann Parteivorsitzender von Einiges Russland, verweigerte jedoch eine Mitgliedschaft. Dazu mussten erst die Parteistatuten geändert werden, was für Putin aber arrangiert wurde. (vgl. Mangott 2009: 145) Dass Putin Premierminister wurde bot die Option, dieses Amt zum zentralen Exekutivorgan im politischen System zu machen, womit Putin Premier und Parteichef von Einiges Russland bleiben würde. Diesen Gedanken nährend sprach Putin im Mai 2008 davon, dass der Präsident zwar der Hüter der Verfassung, die Regierung aber die höchste exekutive Autorität sei. Weder die Verfassung selbst noch die Verfassungswirklichkeit entsprachen dieser Darstellung jedoch. Zudem hatte Medwedew eine Machtverlagerung ausgeschlossen. Auch wenn Russland nicht zu einer parlamentarischen Demokratie umgebaut wurde, gab es dennoch eine Übertragung einiger der Machtministerien in den Bereich des Regierungschefs, genauer auf das Amt des Leiters des Regierungsapparates. Zuvor hatte Putin noch geäußert, keine Kompetenzverschiebungen zu seinen Gunsten durchführen zu wollen. Zudem segnete die Duma den russischen Haushalt nicht für ein Jahr, sondern für gleich drei Jahre ab und Putin formte, noch als Präsident, seine künftige Regierung. Weiters erhielt der Premier nun die Richtlinienkompetenz für alle außen- und sicherheitspolitischen Fragen, indem die Durchführung der nationalen außenpolitischen Aufgaben durch Russlands neue außenpolitische Doktrin vom Sommer 2008 plötzlich der Regierung zugewiesen wurde. Als Leiter der Präsidialadministration suchte sich Putin den alten Bekannten Sergei Naryschkin aus. Gleich zu Beginn ließ dieser mit dem Vorschlag aufhorchen, dem Premierminister das Recht auf Einbringung von Gesetzesvorlagen zu geben, welches innerhalb der Exekutive bisher ein Vorrecht des Präsidenten war. (vgl. Kryshchanovskaya, in: Hill & Cappelli 2010: 131 / Rahr 2009: 33 & 162)

Im Zuge der sogenannten “Tandem-Demokratie” Medwedews und Putins kam es zu einer gewissen Schwächung der Silowiki – deren Vertreter, wie Wiktor Iwanow, Patruschew und Ustinow erhielten niedrigere Positionen -, zudem klang Medwedew in seinen Worten während des Wahlkampfes noch liberaler als Putin in manchen seiner Aussagen. Medwedew erwähnte die Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, des Rechtsstaates oder der Zivilgesellschaft. Russland sei aus diesen Gründen für ihn auch noch keine wirkliche Demokratie. (vgl. Rahr 2009: 161) Es sollte wohl bewusst ein liberaleres Profil nach außen hin erzeugt werden. Dass er sich damit gegen die Beharrungskräfte der Putin-Zeit durchsetzen würde können war jedoch nicht zu erwarten. Trotzdem schmälerte Medwedew mit dieser Kritik indirekt die Leistung seines Vorgängers.

Fazit: Erneut konnte die für autoritäre Regime und defekte Demokratien kritische Nachfolge-regelung ohne größere Probleme über die Bühne gebracht und das Regime somit perpetuiert werden. Medwedews Wahl wurde im engsten Kreis ausgehandelt und mit Einsatz der administrativen Ressourcen sichergestellt, ein wirklich ernsthafter Gegenkandidat wäre nicht zugelassen worden. Für Hans-Henning Schröder war es deshalb auch kein demokratischer Machtwechsel. Er sah diesen jedoch, durch die guten Ergebnisse der Wahlen 2007 und 2008 sowie durch die guten Umfragewerte für Putin und Medwedew, ausreichend durch das Volk legitimiert. (vgl. Schröder, in: Russland-Analysen Nr.164, 16.05.2008: 2f.)

Etwa ein halbes Jahr vor den Präsidentenwahlen im März 2012 hat sich schließlich die von Anfang an als wahrscheinlich geltende Option bestätigt, dass Putin wieder ins Präsidentenamt zurückkehren wird. Im September 2011 führten Putin und Medwedew vor den versammelten Delegierten von Einiges Russland offen aus, dass diese Entscheidung „schon lange – seit einigen Jahren gefallen sei“ und, dass es eine „tief durchdachte Entscheidung ist.“ (Laug, in: Russland-Analysen Nr.226, 07.10.2011: 8)

4.15) Bewertung von Putins Amtszeit

Ein Überblick über die Kapitel der Amtszeit Putins soll abschließend zeigen, wieso Russland unter Putin meiner Meinung nach den Status einer defekten Demokratie verloren hat. Hier wären zum einen die auf Russland zutreffenden Merkmalen eines autoritären Systems zu erwähnen: 1) Exklusion und Repression führten in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu einem eingeschränkten Pluralismus, wobei jedoch der Opposition Platz gelassen wurde – aber nicht um ihrer Kontrollfunktion nachzukommen oder die Macht erlangen zu können; zudem gab es die sogenannte Pseudo- und Semiopposition welche das System stabilisieren und

legitimieren sollte; 2) es gab keine fixe Ideologie, jedoch das flexiblere Konzept der souveränen Demokratie, in welcher über die Begriffe wie Patriotismus und Nationalismus, sowie durch die Erzeugung einer russischen Identität, die Politik des Kremls gerechtfertigt werden sollte; 3) keine großflächige Mobilisierung der Massen - viel eher wurden diese apolitisch und passiv gehalten und nur zu Wahlen an die Urnen gerufen; 4) Putin als dominante Exekutive, welche weder durch die Verfassung, durch Gesetze noch durch Institutionen eingehegt war; die für Putin bestimmenden Beschränkungsfaktoren waren vielmehr die Interessen der Machtelite im Hintergrund sowie jene der Bürokratie, aber auch sein Vertrauen in der Bevölkerung auf welchem im Wesentlichen seine Legitimation beruhte; 5) der Rechtsstaat wurde in seinen liberalen und demokratischen Prinzipien stark eingeschränkt und gezielt eingesetzt, um den Pluralismus ausreichend unter Kontrolle zu bringen; 6) es gab unsichere Prozesse (ständig geänderte Wahlgesetze und Anforderungen für Parteien oder Organisationen), aber relative gewisse politische Resultate - dies im Hinblick vor allem auf die Wahlen.

Im ersten Kapitel wurde gezeigt, dass Putins Politik von jenen Leuten beeinflusst wurde, welche er im Laufe seiner ersten Amtszeit aus St. Petersburg nach Moskau holte, um ihm als Machtstütze zu dienen. Diese Kräfte - speziell die Silowiki -, und daneben auch die wachsende Bürokratie – hatten Eigeninteressen, welche oft an den Interessen des Staates sowie an jenen der Bevölkerung vorbeigingen. Es war somit ein informelles, von vertikaler Verantwortbarkeit losgelöstes und auf Loyalität anstatt auf Leistung beruhendes Einflussnetzwerk, welches Putins Politik bestimmte. Putin balancierte die verschiedenen Fraktionen geschickt aus, aber im Endeffekt wurde anstatt der Politik seiner liberaleren Regierungs- und Administrationsmitglieder zu sehr die Politik der Silowiki befolgt, welche für eine staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik sowie eingeschränkten Pluralismus mit dem obersten Ziel der Machtkonsolidierung und Machterhaltung – somit der Bewahrung des Status quo - waren. Eine Politik im Sinne einer Liberalisierung, Modernisierung und Konsolidierung der Demokratie war mit dieser Basis im Hintergrund nicht durchzusetzen.

Im zweiten Kapitel ging es um die Legitimation, welche Putin abseits der Wahlen aus der Bevölkerung erhalten hat. Diese hat ihn dazu ermächtigt, seine undemokratischen Reformen und Maßnahmen durchzusetzen, da es in den Augen der Bevölkerung zum Wohle des Landes geschah. Tatsächlich konnte eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage sowie der unter Jelzin starken politischen Polarisierung erreicht werden, wovon jedoch fast ausschließlich Putin und sein Amt profitierten, während den anderen zentralen Institutionen einer Demokratie von der Bevölkerung sehr wenig Vertrauen entgegengebracht wurde. Dies verdeutlichte, wie sehr

die Stabilität auf der Person Putins beruhte und, wie wenig stabil ein solches personenzentriertes System dadurch im Endeffekt ist. Diese Probleme konnten jedoch unter Putin überdeckt werden.

Die inoffizielle Ideologie der souveränen Demokratie diene dem Regime ebenfalls zur Legitimierung seiner Politik. Durch dieses Vermengung verschiedener Ideen konnte der Kreml seine Politik dadurch rechtfertigen, dass Russland aufgrund der gegebenen Umstände eine längere Phase der gelenkten und zentralisierten Steuerung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bedarf, um speziell die Ziele von Wirtschaftswachstum und Stabilität zu erreichen. In Russland wurde die liberale Opposition zum Feindbild erklärt und nach außen hin grenzte sich Russland, zur Findung seiner eigenen Identität, von den demokratischen Systemen des Westens ab, um die Eigenständigkeit der russischen Kultur zu untermauern. Auch durch die Geschichtspolitik – die Beschönigung der sowjetischen Herrschaft bei gleichzeitiger scharfer Kritik an Jelzins Politik – sollte in den Köpfen der Russen eine Ablehnung liberaler und pluralistischer Prozesse entstehen. Durch diese Vorgehensweise des Kremls wurden somit die demokratischen Kräfte und Prinzipien weiter diskreditiert und unterminiert.

Im nächsten Kapitel wurde gezeigt, dass es Putin vor allem um die Schaffung künstlicher Stabilität anstatt einer auf Recht und Verfassung basierenden Ordnung ging. Der Kreml selbst ordnete sich in seiner Politik der Herstellung der gewünschten Stabilität nicht der Verfassung unter und entzog sich so der horizontalen Verantwortbarkeit. Dadurch konnten das Prinzip des Wettbewerbs und des Pluralismus so weit eingeschränkt werden, dass für das Regime von keiner Seite eine Konkurrenz erwachen konnte. Jedoch wurde ausreichend Spielraum gelassen, um, im Sinne einer imitierten Demokratie, ausreichend demokratische Legitimität projizieren zu können.

Die Ausschaltung alternativer Machtzentren geschah einerseits durch die von Anfang an verfolgte Rezentralisierungspolitik. Die Gouverneure und Republikspräsidenten wurden durch deren Ausscheiden aus dem Föderationsrat als potenzieller Vetoakteur beseitigt. Regionalparteien wurden verboten und die Kremlpartei Einiges Russland auch in den Regionen zur entscheidenden Kraft ausgebaut. Mit der Abschaffung der Regionalwahlen wurde das exekutive Verwaltungssystem in eine strikte, vom Kreml ausgehende Machtvertikale integriert und das föderale Prinzip zu stark beschnitten. Den Zielen der größeren Rechtsgültigkeit und Rechtsangleichung im Lande standen entgegen, dass Putin mitunter korrupte Regionalchefs weiter im Amt behielt sowie, dass mit den auf Linie gebrachten Regionen „Wahlmaschinerien“ geschaffen wurden, um bei Wahlen für den Kreml das

geforderte Ergebnis abzuliefern. Die Reformen in diesem Bereich dienten somit auch der Konsolidierung der Macht.

Neben den Regionen wurden auch die Massenmedien als mögliche Einflussquelle und Kontrollinstanz ausgeschaltet. Dies geschah einerseits dadurch, dass die zentralen Fernsehsender und einige Zeitungen unter Kontrolle des Kremls gebracht wurden. Andererseits wurde direkter und indirekter Druck auf Chefredakteure oder Journalisten ausgeübt, was zu umfangreicher Zensur und Selbstzensur führte. Der rechtliche Rahmen wurde dadurch heikler, dass Medien in Wahlkampfzeiten genau darauf aufpassen mussten, was erlaubt war und was nicht. Somit setzte der Kreml hier wieder seine eigenen Spielregeln ein, an welche sich alle zu halten hatten. Auch wenn keine absolute Medienkontrolle aufgebaut wurde, so konnte mit jenen Medien, die Kritik äußern durften, kein breites Publikum erreicht werden, um einerseits einen fairen politischen Wettbewerb und freie und faire Wahlen zu ermöglichen, andererseits wurde dadurch die vertikale Verantwortbarkeit des Regimes abseits von Wahlen unterminiert, da die Medien ihrer Kontrollfunktion nicht nachkommen konnten. Bei verschiedenen Messungen zur Medienfreiheit rangierte Russland deshalb immer weit hinten. Freedom House stufte Russlands Medien seit 2003 als „nicht frei“ ein.

Durch die Parteien und Wahlrechtsreformen, wie in Kapitel sieben zu sehen, gelang es auch hier dem Kreml durch einige Reformen und immer wieder überarbeitete Gesetze, dass der Bewegungsraum für Oppositionsparteien soweit eingeschränkt werden konnte, dass letztlich ein dem Kreml genehmes Parteiensystem entstand. Neue Hürden, Registrierungsvorschriften und Anforderungen wurden entweder sehr strikt gesetzt oder vage formuliert, wodurch es den staatlichen Behörden erlaubt wurde, durch selektive Gesetzesauslegung den Wünschen des Kremls nachzukommen. Halbwegs ernsthafte Parteien oder Kandidaten in Opposition zum Kreml wurden ausgeschaltet.

Kapitel acht zeigte unter anderem die Auswirkungen dieser Reformen. Die liberalen Parteien, bis zu den Wahlen 2003 seit längerem relativ gut im Parteiensystem verankert, konnten nicht mehr in die Duma einziehen – zu einem gewissen Teil auch aus eigenem Versagen. Durch die strikteren Regulierung kamen zudem keine neuen Bewegungen dieser Strömung nach, und wenn, wurden sie nicht registriert. Die Kremlpartei Einiges Russland hingegen wurde stets dominanter - im Zentrum wie in den Regionen. Sie war jedoch keine Partei, welche gesellschaftliche Interessen repräsentierte oder Artikulierte, sondern diente dem Zweck, die Politik des Kremls in der Duma durchzusetzen. Zudem sollte sie in der Bevölkerung bei Dumawahlen Unterstützung für Putin sammeln. Neben Gerechtes Russland und der LDPR,

welche beide keine Gegenposition zum Kreml bezogen, blieb ab 2003 einzig die KPRF als kritische Opposition in der Duma übrig. Die Vielfalt und der Pluralismus in der Parteienlandschaft wurden durch die Reformen Putins zu stark eingeschränkt. Gefördert wurden programmlose Kremlkonstrukte, welche keinen Kommunikationskanal zwischen Gesellschaft und Regierung darstellten.

Unter Putin wurden regelmäßig Wahlen auf föderaler und regionaler Ebene abgehalten. Das hybride Regime brauchte die dadurch gewonnene demokratische Legitimität. Jedoch fürchtete man im Kreml spontane und ungewisse Prozesse, weshalb die Ergebnisse der Wahlen abgesichert wurden. Dazu wurden die dem Kreml zur Verfügung stehenden administrativen Ressourcen genutzt, von denen es ausreichend gab: Druck auf die Föderationssubjekte bezüglich guter Ergebnisse; ungleicher Medienzugang; staatliche Behörden (etwa die Registrierungsbehörde und die Zentrale Wahlkommission) standen im Dienste des Kremls und legte Gesetze willkürlich aus bzw. übten Druck auf Parteien und Kandidaten aus, um diese aus dem Bewerb zu drängen. Die Dumawahlen waren unter Putin hauptsächlich Stimmungsumfragen für die Präsidentenwahlen, denn die gewählten Parteien formten nicht die Regierung, selbst Einiges Russland wurde nicht zur Regierungspartei. Das politische Personal der Exekutive ergab sich somit nicht über den formellen Wahlakt, sondern über informelle personalisierte Netzwerke in der Umgebung des Präsidenten. Auch war das politische Entscheidungszentrum der Kontrolle der Parteien entzogen.

In Kapitel zehn wurde gezeigt, wie die Duma als Kontrollinstanz ausgeschaltet wurde. Nach den Wahlen 2003 hatte Einiges Russland eine Zweidrittelmehrheit der Sitze inne und kontrollierte schließlich auch den Großteil der internen Strukturen. Die Hauptfunktion dieser Institution war unter Putin nun das Absegnen von Gesetzen, welche jedoch zu oft in der Präsidialadministration ausgearbeitet und von Putin als Dekret eingebracht wurden. Die eigentliche Funktion der primären gesetzgebenden Kraft und der Rechenschaftslegung der exekutiven Handlungen erfüllte die Duma nicht mehr.

Die Zivilgesellschaft konnte die bestehende Lücke nicht füllen. Auch hier wurde der Bewegungsspielraum oppositioneller Organisationen eingeschränkt, während gleichzeitig versucht wurde eine nicht regimekritische Zivilgesellschaft von oben zu formen anstatt eine autonome Zivilgesellschaft zu ermutigen. Die Finanzierung aus dem Ausland wurde erschwert und, wie schon in anderen Bereichen, es wurden komplizierte und problematisch formulierte Gesetze erlassen, wodurch für die Arbeit der NGOs eine unklare Gesetzeslage gegeben war. Die Zivilgesellschaft sollte dem Kreml nach entpolitisiert werden und sich auf nicht-politische Themen beschränken. Dies erklärte die unterschiedliche Behandlung

politischer und nicht-politischer NGOs. Politische Demonstrationen der demokratischen Opposition wurden wiederholt brutal aufgelöst. Somit konnte sich auch hier kein Gegengewicht zum hegemonialen Diskurs des Kremls herausbilden.

Der Rechtsstaat, wesentliche Basis einer konsolidierten Demokratie, konnte und wollte die rechtsstaatlichen Prinzipien und die Verfassung nicht schützen. Zu sehr hangen die Richter alten Mustern nach und waren der Staatsanwaltschaft gegenüber hörig. Und zu sehr unterminierte die verbreitete Korruption einen effizienten und fairen Rechtsstaat. Vor allem über die Staatsanwaltschaft verfolgte der Kreml seine Interessen und initiierte strafrechtliche Verfolgungen gegen seine Gegner. Der Rechtsschutz für einzelne Bürger, NGOs oder Wirtschaftsakteure war somit zu schwach garantiert, worunter das Vertrauen in den Rechtsstaat weiter litt.

In Kapitel dreizehn wurde die Wirtschaftspolitik Putins beleuchtet. Putin profitierte von generellen Wirtschaftsaufschwung und den steigenden Preisen der Rohstoffe – vor allem Öl und Gas. Durch Russlands starke Abhängigkeit von Rohstoffexporten floss nun sehr viel Geld in die Staatskassen. Dies überdeckte jedoch die unter Putin nicht gelösten Strukturdefizite in der Wirtschaft. Dazu kam, dass unter Putin der Staat wieder verstärkt in die Wirtschaft eingegriffen hat. Es wurden große staatliche Monopole in strategischen Bereichen geschaffen und der Anteil der staatlich kontrollierten Ölproduktion wurde durch die illegale Vorgehensweise gegen Jukos und Chodorkowski ausgeweitet. Gazprom wurde mitunter gezielt für politische Zwecke instrumentalisiert – etwa um die Nachbarländer zum Einlenken gegenüber den Interessen des Kremls zu bewegen oder, um westliche Unternehmen mit Kontrollanteilen aus diesen herauszudrängen. Nicht nur in diesem, unter Putin zentralen Unternehmen, wurde der Aufsichtsrat mit Vertrauten Putins besetzt. Auch in die neu geschaffenen „*national champions*“ wurden diese gesetzt. Politische Macht verschmolz mit wirtschaftlicher Kontrolle, wodurch wichtige Wirtschaftsbereiche nun im Bereich des Kremls angesiedelt waren. Ausländische Investoren hingegen wurden durch geringe Rechtssicherheit und eng definierten Regeln für Investitionen in Russland abgeschreckt. Diese Wirtschaftspolitik war mehr auf die Bedienung von Partikularinteressen ausgelegt als auf eine umfassende Liberalisierung und Modernisierung der Wirtschaft, welche jedoch dringend nötig war. Im Endeffekt entstand so nur langsam eine starke und breite Schicht, welche an liberalen Reformen anstatt an der Aufrechterhaltung ineffizienter Strukturen interessiert war.

Das letzte Kapitel zeigte die erneut wenig demokratische Amtsübertragung der Präsidentschaft auf. Konnte das Volk durch die unbedeutenden Dumawahlen schon nicht die Regierung bzw. die Regierungspolitik bestimmen, so waren die Präsidentenwahlen nicht viel

mehr als die Legitimation des offiziellen Kremlkandidaten durch eine Abstimmung innerhalb der Bevölkerung. Auch wenn Medwedew liberalere Überzeugungen hatte, so blieb die politische und wirtschaftliche Macht in den selben Händen verhaftet, um, so das Ziel, diese Strukturen wiederum für eine Rückkehr Putins zu konservieren. Seit 1993 befand sich das so zentrale Präsidentenamt somit nie in Händen einer genuin aus der Gesellschaft stammenden Bewegung.

Wie war Russland am Ende von Putins zweiter Amtszeit angesichts all dieser Defekte einzuordnen? Die Minimalkriterien von Dahls Polyarchy wurden unter Putin zu stark eingeschränkt. Die Kontrolle und Verantwortbarkeit der Regierung über Wahlen war kaum gegeben, da die Dumawahlen hier nicht ausschlaggebend waren – was jedoch der Verfassung entspricht. Zudem wurden die Duma- und Präsidentenwahlen umfassend manipuliert. Dadurch konnte sich kein freier Wählerwille bilden, um schlechte Politik mit der Abwahl der Exekutive zu bestrafen. Freie und faire Wahlen waren aufgrund der Manipulationen und Steuerung der Wahlprozesse nicht mehr gegeben. Auch Dahls Kriterium der Meinungsfreiheit wurde durch die Kontrolle der Medien und die Auflösung oppositioneller Proteste stark eingeschränkt. Das Recht, unabhängige Organisationen und Parteien zu gründen, welche am politischen Wettkampf teilnehmen können, war so restriktiv gehalten, dass der Kreml Oppositionsparteien am Entstehen bzw. an der Teilnahme von Wahlen hindern konnte.

Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle und Aurel Croissant ordneten Russland 2003 bzw. 2006 den defekten Demokratien zu. Während es richtig ist, dass sich viele illiberale und delegative Elemente unter Putin stabilisiert haben, bzw. viele Elemente der von ihnen entworfenen Systemtypen der illiberalen und delegativen Demokratie auf Putins politisches System zutrafen, so wurden von ihnen doch auch Minimalkriterien einer defekten Demokratie festgelegt. In ausreichend demokratischen Wahlen sahen sie ein solches Kriterium gegeben. Meiner Meinung nach waren die Wahlprozesse unter Putin jedoch zu sehr manipuliert. Auch sahen die Autoren von „Defekte Demokratie“ in den drei Dimensionen Freiheit, Gleichheit und Kontrolle jeweils ein Mindestmaß an demokratischen Elementen als Voraussetzung für eine defekte Demokratie. Das nicht kontrollierbare Entscheidungszentrum – Präsident und Präsidialadministration sowie der von diesem instrumentalisierte und ineffiziente Rechtsstaat trugen dazu bei, dass wenn Interessen des Kremls bestanden, diese durchgesetzt wurden. Diese drei Dimensionen wurden somit nicht ständig verletzt, jedoch war die Möglichkeit dazu stets gegeben.

Auch im Sinne der acht Dimensionen, welche Larry Diamond und Leonardo Morlino für ein demokratisches System aufgestellt haben, waren für Putins Russland in den meisten Fällen zu

starke Defekte gegeben, um noch von einer defekten Demokratie zu sprechen. Diese acht Dimensionen waren: 1) Rechtsstaat, 2) Partizipation, 3) Wettbewerb, 4) Vertikale Verantwortbarkeit 5) Horizontale Verantwortbarkeit. 6) Freiheit, 7) Gleichheit, 8) Responsivität.

1) Der russische Rechtsstaat war einerseits wenig effizient. Die Verfassung hatte nicht die oberste Gültigkeit, da sich die Exekutive über diese stellte. Es fehlte ein unabhängiger Verfassungsgerichtshof, um diese zu verteidigen. Die umfassende Korruption schadete dem Rechtsstaat dadurch, dass kein gleicher Zugang zur Justiz gegeben war.

2) Politische Teilnahme und freie Äußerung alternativer Meinungen waren nicht in ausreichendem Maße möglich.

3) Es gab keine reale Möglichkeit, die Machthaber über Wahlen loszuwerden bzw. durch die Opposition zu ersetzen. Alleine deshalb wäre Russland für Diamond und Morlino als autoritäres Regime zu bezeichnen.

4) Die vertikale Verantwortbarkeit der Exekutive gegenüber dem Volk war durch die Kontrolle des Kremls über Wahlen, die Abgeordneten im Parlament und über die Medien weitgehend ausgesetzt. In Putins erster Amtszeit konnte der Entscheidungsfindungsprozess zentralisiert und monopolisiert werden, da unabhängige Akteure wie regionale Exekutivchefs, die Medien, die Zivilgesellschaft, die Oligarchen und die politische Opposition entweder in die Vertikale integriert wurden, stumm geschaltet wurden, oder mit Druck aus der politischen Arena hinausgedrängt wurden.

5) Die horizontale Verantwortbarkeit der Exekutive war ebenfalls nicht gegeben, da Legislative und Judikative hier nicht die notwendige Unabhängigkeit besaßen. Zu sehr war unter Putin die Macht im Präsidentenamt konzentriert, und zu wenig war die politische Macht auf die anderen Gewalten verteilt.

6) Die Freiheiten und Grundrechte waren weder für den Einzelnen Bürger, noch für Parteien, NGOs oder Wirtschaftsakteuren garantiert. Es mangelte hier auch an der oftmals Bestehenden Unklarheit bezüglich der Gesetzeslage, welche die staatlichen Behörden ausnutzen konnten.

7) Was die recht allgemeine Dimension der Gleichheit anbelangt, würde ich auf obigen Punkt verweisen. Die fehlende Gleichheit vor dem Gesetz führt zu einer potenziellen Ungleichheit in allen anderen Dimensionen.

8) Die Responsivität der Politik unter Putin war zu einem gewissen Grad gegeben, denn mitunter wurde auf Protest gegen manche Gesetze mit der Abmilderung oder Rücknahme der Entscheidungen reagiert. Dies betraf jedoch spontane Reaktionen auf ebensolche Unmutsäußerungen. Die Fähigkeit auf Forderungen aus der Bevölkerung einzugehen war prinzipiell gegeben, da Putin viel Geld zur Verfügung hatte. Jedoch behinderten die

ineffiziente und korrupte Bürokratie sowie der dadurch geschwächte Staat eine effektive Umsetzung der vom Volk geforderten Verbesserungen.

Was die russischen Institutionen betrifft, fielen diese unter Putin – nach der Definition von Friedbert Rüb – in die Kategorie der nominativen politischen Institutionen, da hier alle Punkte zutreffend waren. Die Merkmale hier sind: eine halbwegs demokratisch gewählte Exekutive (zumindest hätte Putin trotz Manipulationen 2000 und 2004 die Wahlen wahrscheinlich auch so gewonnen); welche danach jedoch kaum abwählbar war und ihre Macht in Folge großteils unkontrolliert, selektiv, willkürlich, und vor allem im Sinne der Machterhaltung ausübt; die politische Opposition wird durch Exklusion aus der Politik herausgehalten; und der Präsident definiert im Wesentlichen die Interessen der Gesellschaft. Ein solches Regime bezieht die Legitimität vor allem aus Gegenleistungen für die Machtgruppen, auf welche es sich stützt.

Bezüglich der Einbettung in die Transitions- und Konsolidierungsforschung ist zu sagen, dass Russland unter Jelzin zwar die Transitionsphase durch die Institutionalisierung eines politischen Systems abgeschlossen hat, dass viele der damit in der Verfassung formell festgelegten Institutionen und Prozesse in Folge nicht mit der von den politischen Eliten notwendigen politischen Kultur gefüllt – oder, nach Juan Linz, routinisiert und tiefgehend internalisiert wurden, weshalb wichtige Institutionen, wie das Parlament, die Gerichte oder die Parteien unter Jelzin und Putin entweder umgangen, oder soweit ausgehöhlt wurden, dass deren interne Funktionslogik so gestört wurde, dass diese ihren eigentlichen Zweck – sei es die Repräsentation des Wählerwillens oder die Kontrolle der Exekutive – nicht ausreichend nachkommen konnten. Es bestand ein formell demokratisches System, „[but] without the critical spirit, pluralism and political diversity that distinguishes Western modernity at its best.“ (Sakwa 2008a: iix) Dies stand der notwendigen Konsolidierung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien in den verschiedenen Teilregimen entgegen. Da sich diese Teilregime gegenseitig stützen, waren bereits durch die unkontrollierte Zentralmacht und das selektiv und willkürlich gebrauchte Justizsystem die anderen Bereiche in ihrer Konsolidierungsaussicht stark eingeschränkt.

Die zentrale Hypothese dieser Arbeit, dass die demokratischen Elemente des politischen Systems unter Putin soweit eingeschränkt wurden, dass die Russland den Status einer defekten Demokratie verlassen hat und in den Bereich eines milden autoritären Regimes gesteuert wurde, kann ich somit bestätigen, da zentrale Minimalkriterien einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung nicht mehr erfüllt werden konnten. Während unter Jelzin noch eine defekte Demokratie gegeben war, stabilisierten oder verstärkten sich diese Defekte unter Putin mit im Laufe seiner achtjährigen Präsidentschaft so weit, dass die

Bezeichnung einer defekten Demokratie nicht mehr auf das politische System Russlands angewandt werden konnte, da sich diese Defekte nicht mehr mit „Demokratie“ vereinbaren ließen.

In Anlehnung an die Transitionsforschung habe ich meine zweite Hypothese formuliert. Demnach hat Russland seit seiner Unabhängigkeit nie den Status einer ausreichend konsolidierten Demokratie erreicht. Zudem haben die zentralen politischen Eliten zu keinem Zeitpunkt an einer ernsthaften Implementierung und Stabilisierung liberal-demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien gearbeitet - vielmehr gab es eine Konsolidierung der Macht. Auch hier hat sich diese Annahme bestätigt. Das kurze demokratische Zeitfenster nach 1991 wurde nicht genutzt, um einen umfassenden Systembruch durchzuführen. Jelzin konnte 1996 seine Abwahl durch eine Manipulation der Wahlen verhindern und, dass personalistische und informelle System, welches unter ihm entstand, wurde mit der Übertragung der Macht an Putin in seinem Fortbestand gesichert. Die politische Macht blieb somit immer in den Händen des gleichen Regimes, ein Regierungswechsel hätte zugleich auch einen Regimewechsel zur Folge gehabt.

Meine dritte Hypothese war, dass sich zentrale Defekte des politischen Systems bereits unter Boris Jelzin meist durch bewusste Entscheidungen herausgebildet haben, welche unter Putin weitergewirkt haben, verfestigt wurden und mit eine Ursache für die Rezentralisierungspolitik unter Putin waren. Dies traf auf folgende Entwicklungen zu: Eine problematische, da stark vom Charakter des Präsidenten abhängende Verfassung, welche diesen als dominante Institution verankerte, bei eher schwach ausgeprägten *checks and balances*; die „Routinisierung“ von Wahlmanipulationen; eine demokratiepolitisch bedenkliche Amtsübergabe zur Fortsetzung der Regimestrukturen; die Nutzung der Massenmedien im Sinne des Kremls; illegale Privatisierungen, durch welche die Bevölkerung außen vor gelassen und keine starke autonome gesellschaftliche Basis geschaffen wurde; die nicht am politischen Entscheidungsprozess beteiligten und somit vernachlässigten demokratischen Gruppen; ein schwacher Staat, wodurch einheitliche Rechtsraum nicht bewahrt werden konnte und das *state capture* durch informelle Akteure. Putin sah sich durch diese Entwicklungen keiner starken demokratischen Bewegung gegenüber, er war Träger eines aufrechtzuerhaltenden Regimes, es waren Präzedenzfälle für die erneute Einschränkung von Freiheiten gegeben und Putin konnte mit der bestehenden Notwendigkeit der Stärkung des Staates eine Einseitige Zentralisierungspolitik rechtfertigen.

Im Sinne der Bestimmungsfaktoren der Demokratisierung, bei welcher ich die Akteurstheorie den anderen Ansätzen vorgezogen habe, konnte gezeigt werden, dass es von der Entscheidung

über die Ausarbeitung der Verfassung, der Machtübergabe an Putin oder der bewussten Ausschaltung demokratischer Prinzipien unter Putin stets konkrete Akteure waren, welche mit ihren Interessen den Weg Russlands bestimmt haben. Die positive Wirtschaftskonjunktur sowie der steigende Ölpreis waren dabei jedoch stets beeinflussende Umweltfaktoren, da Putins Stabilitätspolitik und Legitimation zu einem größeren Teil darauf basierte, dass er seinen Machtgruppen Zugang zu profitablen Unternehmen sicherte und, dass die Bevölkerung durch das Wirtschaftswachstum zufriedengestellt wurde.

4.16) Ausblick

Vor allem zu Beginn von Putins Amtszeit konnte dieser für seine Politik ausreichend Legitimation abseits von Wahlen erlangen, da er die für die Bevölkerung großteils sehr negativen wirtschaftlichen Bedingungen der Neunziger umkehren konnte. Jedoch setzte der Aufschwung vor Putins Amtsantritt ein. Die Bevölkerung kümmerte sich nicht viel um die demokratiepolitischen Einschnitte, da sie froh darüber waren, dass endlich eine starke Führungsperson Ordnung brachte. Diese zusätzliche Legitimation hätte Putin bei einem erneuten Einzug in den Kreml 2012 - welcher sehr wahrscheinlich ist - nicht mehr. Einerseits hat sich die Bevölkerung gewandelt, eine größere Mittelschicht drängt nach mehr Offenheit, und andererseits könnte Putin nicht mehr den Erneuerer spielen, welcher mit den Übeln des russischen Systems (vor allem der Korruption) aufräumt, die von Jelzin hinterlassen wurden. Nun müsste er sich mit jenen Übeln auseinandersetzen, welche während seiner achtjährigen Präsidentschaft und während der vier Jahre, in welchen er auch als Premier im Zentrum der Politik saß, nicht gelöst wurden oder entstanden sind. Die vagen und vielfältigen Hoffnungen in seine Person, welche Putin vom politischen Alltagsgeschehen losgelöst scheinen ließen, würden nicht repliziert werden können. Zu sehr war Putin nun der Mann der Silowiki, der deren Interessen über jenes vieler Russen stellt. Um umfassende Reformen starten zu können müsste sich Putin direkt an das Volk wenden - und damit vorbei an seiner Machtbasis, wozu die mächtige Bürokratie gehörte.

Wie sollte Putin ab 2012 dann die Bevölkerung so ruhig halten wie zuvor? Eine Liberalisierung und größere politische Öffnung wären der eine Weg. Der andere Weg würde dort ansetzen, wo Putin 2008 aufgehört hatte. Die Folge wäre die weitere Reduzierung von Wettbewerb und Pluralismus in Politik und Gesellschaft, sowie eine Wirtschaftspolitik im Dienste partikularer Interessen innerhalb seiner Machtstütze. In diesem Fall würde jedoch dem Westen endgültig der autoritäre Charakter des Regimes offenbart. Da unter Medwedew

im Jahre 2008 die Amtsdauer des Präsidenten von vier auf sechs Jahre erhöht wurde, wäre Putin zumindest bis 2018 im Amt. Ob Putin weitere sechs oder gar zwölf Jahre relativ ungestört im Kreml die Geschicke des Landes zentral lenken wird können ist deshalb zu bezweifeln. Durch die schnelllebiger Zeit und die Umbrüche im arabischen Raum bekamen auch die sich marginalisiert und nicht repräsentiert fühlenden Schichten in Russland mehr Mut, um, die Vertretung ihrer Interessen offensiver zu fordern. Zudem war die wäre die Erwartungshaltung der Bevölkerung an den nächsten Präsidenten hinsichtlich der notwendige Reformen nicht mit jenen im Jahr 2000 zu vergleichen.

Das unter Putin entstandene milde autoritäre System, welches noch so viel Freiheiten und Bewegungsraum ließ, dass moderate Kritik und eine ungefährliche Opposition möglich waren, müsste sich im Laufe Putins nächster Präsidentschaft wohl bereits entscheiden, ob ein Weg der Öffnung angegangen wird, um die alten Strukturen und systemimmanenten Defekten so weit zu lockern, dass der Druck aus der Gesellschaft nachlässt, oder, ob die Schrauben noch fester angezogen werden. Der erste Weg klingt für Putin jedoch womöglich zu sehr nach Instabilität und Unsicherheit. Wenn Putins Vorbild die Stagnationszeit unter Breschnew ist, dann wird wohl eine Fortsetzung der derzeitigen Umstände das am ehesten verfolgte Ziel sein. Dabei spielt aber auch ein ausreichend hoher Öl- und Gaspreis eine Rolle.

Im Endeffekt wird das unter Putin fortgesetzte System - davon gehe ich einfach mal aus – wohl nicht jene demokratisierungs- und Modernisierungsleistungen vollbringen können, welche von einer wachsenden und lauter werdenden Schicht früher oder später gefordert werden. Putin müsste sich demnach auf eine stürmischere unruhigere Amtszeit einstellen. Meiner Meinung nach würde dabei viel eher der „Silowiki“ in ihm durchbrechen, anstatt des von ihm immer wieder verbal zum Vorschein gekommenen Verfechters eines demokratischen Weges.

Literaturverzeichnis

Bücher:

- *Aron, Leon*, 2007: Russia's Revolution: Essays 1989-2006. Washington, D.C.
- *Aslund, Anders/Guriey, Sergei/Kuchins, Andrew*, 2010: Russia After the Global Economic Crisis. Washington, D.C.
- *Aslund, Anders*, 2007: Russia's Capitalist Revolution. Why Market Reform Succeeded and Democracy Failed. Washington, D.C.
- *Biermann, Werner*, 1996: Die Verratene Transformation. Ein soziologischer Essay über die Neuen Machtverhältnisse in Russland. Münster
- *Carey, John M./Shugart, Soberg*, 1998: Executive Decree Authority. Cambridge
- *Casula, Philipp/Perovic, Jeronim [Hrsg.]*, 2009: Identities and Politics During the Putin Presidency. The Foundations of Russia's Stability. Stuttgart
- *Dahl, Robert A.*, 1989: Democracy and its Critics. New Haven
- *Dahl, Robert A.*, 1971: Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven
- *Diamond, Larry/Morlino, Leonardo [Hrsg.]*, 2005: Assessing the Quality of Democracy. Baltimore
- *Domínguez, Jorge I. [Hrsg.]*, 2007: The Construction of Democracy. Lessons from Practice and Research. Baltimore
- *Domrin, Alexander*, 2006: The Limits of Russian Democratization: Emergency Powers and States of Emergency. London
- *Dox, Georg*, 2008: Kampf um den Kreml. Wohin führt uns die Putinkratie? Salzburg
- *Fish, Steven. M.*, 2005: Democracy Derailed in Russia. The Failure of Open Politics. Cambridge
- *Fleischmann, Eberhard*, 2010: Das Phänomen Putin. Der Sprachliche Hintergrund. Leipzig
- *Fritz, Verena*, 2007: State-Building. A Comparative Study of Ukraine, Lithuania, Belarus, and Russia. Budapest
- *Goldman, Marshall I.*, 2008: Petrostate. Putin, Power, and the New Russia. New York
- *Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. [Hrsg.]*, 2004: Wohin Steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie. Frankfurt/Main
- *Hill, Roland H./Cappelli Ottorino [Hrsg.]*, 2010: Putin and Putinism. London

- *Hutchings, Stephen/Rulyova, Natalya*, 2009: Television and Culture in Putin's Russia. Remote Control. London
- *Kotz, David M./Weir, Fred*, 2007: Russia's Path from Gorbachev to Putin. The Demise of the Soviet System and the New Russia. London
- *Kryschtanowskaja, Olga*, 2004: Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin. Köln
- *Linz, Juan J./Stepan, Alfred*, 1996: Problems of Democratic Transitions and Consolidation. Southern Europe, South America and post-Communist Europe. Baltimore
- *Lucas, Edward*, 2008: Der Kalte Krieg des Kreml. Wie das Putin-System Russland und den Westen bedroht. München
- *Mangott, Gerhard*, 2009: Der Russische Phönix. Das Erbe aus der Asche. Wien
- *Mangott, Gerhard*, 2002a: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1: Russland als Defekte Demokratie. Baden-Baden
- *Mangott, Gerhard [Hrsg.]*, 2002b: Zur Demokratisierung Russlands. Band 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft. Baden-Baden
- *Mangott, Gerhard [Hrsg.]*, 2001: Der Fall Russland: Wegmarken eines Machtwechsels. Baden-Baden
- *McFaul, Michael*, 2004: After the Collapse of Communism. Comparative Lessons of Transition. Cambridge
- *Meleshevich, Andrey A.*, 2007: Party Systems in Post-Soviet Countries: A Comparative Study of Political Institutionalization in the Baltic States, Russia, and Ukraine. New York
- *Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant Aurel [Hrsg.]*, 2003: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen
- *Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant Aurel/Thiery, Peter*, 2006: Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden
- *Merkel, Wolfgang [Hrsg.]*, 1994: Systemwechsel 1. Theorien. Ansätze und Konzeptionen. Opladen
- *Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter [Hrsg.]*, 1996: Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen
- *Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard [Hrsg.]*, 1997: Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess. Opladen

- *Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen*, 1999: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen
- *Meyer, Gerd [Hrsg.]*, 2008: Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe. Hungary, Poland, Russia and Ukraine. Opladen
- *Mommsen, Margareta*, 2004: Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München
- *Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika*, 2007: Das System Putin. München
- *Myagkov, Mikhail/Ordeshook, Peter/Shakin Dimitri*, 2009: The Forensics of Election Fraud. Russia and Ukraine. Cambridge
- *Nohlen, Dieter*, 2002: Kleines Lexikon der Politik. München
- *O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C.*, 1986: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions About Uncertain Democracies. London
- *Ostrow, Joel M./Satarov Georgiy A./Chakamada, Irina*, 2007: The Consolidation of Dictatorship in Russia. An Inside View of the Demise of Democracy. Oxford
- *Pridham, Geoffrey [Hrsg.]*, 1995: Transitions to Democracy. Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe. Dartmouth
- *Politkowskaja, Anna*, 2007: Russisches Tagebuch. Köln
- *Rahr, Alexander*, 2009: Putin nach Putin. Das kapitalistische Russland am Beginn einer neuen Weltordnung. Wien
- *Saari, Sinikukka*, 2010: Promoting Democracy and Human Rights in Russia. London
- *Sakwa, Richard*, 2008a: Putin. Russia's Choice. 2. Aufl. London
- *Sakwa, Richard*, 2008b: Russian Politics and Society. 4. Aufl. London
- *Schmidt, Manfred G.*, 2008: Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen
- *Schneider, Eberhard*, 2001: Das Politische System der Russischen Föderation. 2. Aufl. Wiesbaden
- *Shevtsova, Lilia*, 2007: Russia – Lost in Transition. The Yeltsin and Putin Legacies. Eashington, D.C.
- *Smith, Gordon B./Sharlet, Robert [Hrsg.]*, 2008: Russia and its Constitution. Promise and Political Reality. Leiden
- *Styckow, Petra*, 2006: Staat und Wirtschaft in Russland. Interessensvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung. Wiesbaden
- *Tregubova, Elena*, 2007: Die Mutanten des Kreml. Mein Leben in Putins Reich. 2. Aufl. Berlin

- *Trenin, Dmitri, 2007: Getting Russia Right. Washington, D.C.*
- *Wöll, Alexander/Wydra, Harald, 2008: Democracy and Myth in Russia and Eastern Europe. London*
- *Zon, Hans van, 2008: Russia's Development Problem. The Cult of Power. Basingstoke*

Journals:

- *Aron, Leon, 2009: The Merger of Power and Property, in: Journal of Democracy (20), S. 66-68*
- *Carothers, Thomas, 2002: The End of Transition Paradigm, in: Journal of Democracy (13), S. 5-21*
- *Chepikova, Ksenia, 2010: Wie stark ist Putins Partei in den Regionen? Fraktionelle Zusammensetzung der Regionalparlamente, in: Russland-Analysen (211), S. 13-18*
- *Clement, Hermann, 2006: Wirtschaftsboom statt Krise. Rußlands Aufschwung unter der Lupe, in: Osteuropa (5), S. 19-39*
- *Connolly, Richard, 2009: Russlands finanzielle Verwundbarkeiten, in: Russland-Analysen (187), S. 3-8*
- *Diamond, Larry, 2002: Thinking About Hybrid Regimes, in: Journal of Democracy (13), S. 21-35*
- *Dmitriew, Michail, 2011: Neue Entwicklungstendenzen im politischen System Russlands, in: Russland-Analysen (224), S. 2-6*
- *Fein, Elke, 2006: Potjomkinsches Parlament und Papiertiger, in: Russland-Analysen Nr. 87, S. 2-5*
- *Gelman, Vladimir, 2009: Der subnationale Autoritarismus in Russland, in: Russland-Analysen (191), S. 2-6*
- *Gelman, Vladimir, 2007: Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl, in: Russland-Analysen (149), S. 2-4*
- *Gladkov, Sabine, 2003: Medien und Wahlkampf: Zensur durch die Hintertür, in: Russland-Analysen (7), S. 2-5*
- *Golosov Grigorii, 2005: Die Abschaffung der Gouverneurswahlen, in: Russland-Analysen (74), S. 2-5*
- *Grätz, Jonas, 2011: Nationale Ressourcen im globalen Kontext: Zur Internationalisierung russischer Öl- und Gaskonzerne, in: Russland-Analysen (217), S. 12-14*

- *Gudkov, Lev*, 2008: Staat ohne Gesellschaft, in: Osteuropa (1), S. 3-17
- *Heller, Regina*, 2008: Die russische Jugendbewegung „Naschi“. Aufstieg und Fall eines polittechnologischen Projekts in der Ara Putin. In: Russland-Analysen (168), S. 2-5
- *König, Corinna/Männel, Michael*, 2009: Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland am Ende der Putinzeit, in: Russland-Analysen (181), S. 3-6
- *Krastev, Ivan*, 2009: The Rules of Survival, in: Journal of Democracy (20), S. 73-77
- *Kynew, Alexander*, 2011: Die Rolle der Wahlkommissionen bei den Wahlen in Russland, in: Russland-Analysen (229), S. 13-17
- *Kynew, Alexander*, 2011: Die Besonderheiten des russischen Parteiensystems und die Grenzen des gelenkten Parteienwesens, in: Russland-Analysen (227), S. 3-8
- *Lawson, Stephanie*, 1993: Conceptual Issues in the Comparative Study of Regime Change and Democratization, in: Comparative Politics (25)
- *Ljubarew, Arkadij*, 2011: Die russische Gesetzgebung über die Wahlen zur Staatsduma, in: Russland-Analysen (227), S. 8-10
- *Luchterhandt, Otto*, 2011: Der zweite JUKOS-Strafprozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew, in: Russland-Analysen (214), S. 2-6
- *Pleines, Heiko*, 2008: Mehr Staat und mehr Markt? Die Quadratur des Kreises in der russischen Öl- und Gasindustrie, in: Russland-Analysen (170), S. 12-16
- *McFaul, Michael/Petrov, Nikolai*, 2004: What the Elections Tell Us, in: Journal of Democracy (15), S. 20-31
- *Michaleva, Galina*, 2007: Worauf „Jabloko“ hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen, in: Russland-Analysen (145), S. 10-13
- *Michaleva, Galina*, 2006: Zurück zum Einparteienstaat?, in: Russland-Analysen (115), S. 13-15
- *Michaleva, Galina*, 2004: Autoritarismus und Liberalismus in Russland, in: Russland-Analysen (24), S. 2-4
- *Mommsen, Margareta*, 2006: Surkows „Souveräne Demokratie“– Formel für einen russischen Sonderweg? In: Russland-Analysen (114), S. 2-5
- *Nußberger, Angelika/Schmidt, Carmen*, 2007: Vereinsleben auf Russisch oder Don Quichote und die russische Bürokratie, in: Russland-Analysen (138), S. 2-6

- *O'Donnell, Guillermo*, 1994: Delegative Democracy, in: *Journal of Democracy* (5), S. 55-69
- *Orttung, Robert*, 2008: Das politische System Russlands steht bei der Auseinandersetzung mit der Wirtschaftskrise enormen Herausforderungen gegenüber, in: *Russland-Analysen* (172), S. 8-12
- *Orttung, Robert*, 2006: Die Lage der Massenmedien in Russland, in: *Russland-Analysen* (.118), S. 2-6
- *Remington, Thomas*, 2008: Patronage and the Party of Power: President-Parliament Relations Under Vladimir Putin, in: *Europe-Asia Studies* (6), S. 959-987
- *Renz, Bettina*, 2006: Die Silowiki in der russischen Politik: Politische Strategie oder Produkt des Systems? In: *Russland-Analysen* (117), S. 2-4
- *Ryschkow, Wladimir*, 2007: Wladimir Ryschkow: An den Präsidentenwahlen teilzunehmen ist in der Praxis unmöglich, in: *Russland-Analysen* (154), S. 11-12
- *Ryzhkov, Vladimir*, 2004: The Liberal Debacle, in: *Journal of Democracy* (15), S.52-58
- *Schmidt, Diana*, 2006: Die Korruption bekämpfen – das Gesicht des Staates wahren, in: *Russland-Analysen* (120), S. 2-4
- *Schmid, Ulrich*, 2006: Naši – Die Putin-Jugend Sowjettradition und politische Konzeptkunst (5), S. 5-19
- *Schmitter, Philippe C.*, 2010: Twenty-Five Years, Fifteen Findings, in: *Journal of Democracy* (21), S. 17-28
- *Schneider, Eberhard*, 2005: Die FSBisierung Russlands? In: *Russland-Analysen* (78), S. 2-5
- *Schröder, Hans-Hennig*, 2010: Elitekonstellationen in Medwedews Russland, in: *Russland-Analysen* (202), S. 11-15
- *Schröder, Hans-Hennig*, 2008: Russlands dritter Präsident. Die Neuordnung der politischen Führung unter Putin und Medwedjew, in: *Russland-Analysen* (164), S. 2-7
- *Schröder, Hans-Hennig*, 2008: Chance für einen neuen Anfang? in: *Russland-Analysen* (160), S. 2-4
- *Schröder, Hans-Hennig*, 2007: Genügend Legitimation für einen „Schattenpräsidenten“?, in: *Russland-Analysen* (152), S. 2-5
- *Schröder, Hans-Hennig*, 2004: Der Umbau der Präsidialadministration, in: *Russland-Analysen* (22), S. 10

- *Shevtsova, Lilia*, 2009: The Return of Personalized Power, in: *Journal of Democracy* (20), S. 61-65
- *Siebert, Jens*, 2007: Dumawahlkampf 2007, in: *Russland-Analysen* (150), S. 2-6
- *Siebert, Jens*, 2006: Administrative Begeisterung oder wie die gelenkte Demokratie souverän wurde, in: *Russland-Analysen* (115), S. 15-18
- *Siebert, Jens*, 2006: Die Pipeline, der Protest und der Präsident. Ein sibirisches Lehrstück über das System Putin, in: *Osteuropa* (9), S. 43-57
- *Siebert, Jens*, 2009: Von der Kontinuität zur Stagnation. Instabile Stabilität im autoritären Russland (4), S. 17-31
- *Siebert, Jens*, 2003: Wahlkampf zur Russischen Staatsduma, in: *Russland-Analysen* (8), S. 2-6
- *Stoljarskij, Alex/Wedde, Rainer*, 2008: Abschottung oder Rechtsklarheit? – das neue Gesetz zum Schutz strategischer Branchen, in: *Russland-Analysen* (166), S. 13-16
- *Styckow, Petra*, 2007: Russland wählt. Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember, in: *Russland-Analysen* (151), S. 2-6
- *Styckow, Petra*, 2007: Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems, in: *Russland-Analysen* (127), S. 3-6
- *Styckow, Petra*, 2006: „Einiges Russland“: Die „Partei der Macht“ als Staatspartei? In: *Russland-Analysen* (115), S. 2-5
- *Styckow, Petra*, 2006: Gesellschaft als staatliche Veranstaltung? Unternehmerverbände und Staat in Rußland, in: *Osteuropa* (9), S. 25-43
- *Tschepurenko, Alexander*, 2007: „Schwarze Raider“: Feindliche Übernahmen in der russischen Wirtschaft, in: *Russland-Analysen* Nr. 130, S. 2-6
- *Tsytkin, Mikhail*, 2006: Russia's Failure, in: *Journal of Democracy* (17), S. 72-85
- *Vogel, Heinrich*, 2007: Machtwechsel als Hütchenspiel, in: *Russland-Analysen* (154), S. 2-6
- *Wiest, Margarete*, 2006: Beschränkter Pluralismus. Postkommunistische autoritäre Systeme, in: *Osteuropa* (7), S. 65-79
- *Wiest, Margarete*, 2004: Ausgehöhlte Gewaltenteilung. Der Föderationsrat in Putins gelenkter Demokratie, in: *Osteuropa* (1), S. 17-28
- *Zhuravskaya, Ekaterina*, 2010: Federalism in Russia, in: *Center for Economic and Financial Research at New Economic School* (141), S. 59-77

Internetquellen

- BBC Monitoring, 2003: Media Law Changes Provoke Concern About Press Freedom. Online unter http://eng.yabloko.ru/Publ/2003/radio/bbc_080803.html [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Belton, Catherine*, 2011: Gazprom pays 770m for TNK-BP gas field. Online unter <http://www.ft.com/cms/s/0/1f0c62da-43fe-11e0-8f20-00144feab49a.html#axzz1kaueICLu> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Chapman, Hannah*, 2009: A Fair and Just Russia. Online unter http://www.sras.org/fair_and_just_russia_2 [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- Der Spiegel, 2011: Die tschurowsche Zahl. Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-83328921.html> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Follath, Erich/Schepp, Matthias*, 2007: Der Konzern des Zaren. Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-50746908.html> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- GlobalSecurity.org. Online unter http://www.globalsecurity.org/military/library/report/2000/putin-federalassembly_2000.htm [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Harding, Luke*, 2009: Russia Today launches First UK ad blitz. Online unter <http://www.guardian.co.uk/world/2009/dec/18/russia-today-propaganda-ad-blitz> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- Heritage.org: Russia. Online unter <http://www.heritage.org/index/Country/Russia> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Kilner, James*, 2007: Big Putin vote in Chechnya has locals puzzled. Online unter http://www.reuters.com/article/2007/12/03/idUSL03585550._CH_.2400 [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Lang, Susanne/Härtel, Alexandra/Bürsch, Michael*, 2010: Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Russland. Online unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/07173.pdf> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Leung, Rebecca*, 2009: Transcript: Vladimir Putin. Online unter http://www.cbsnews.com/stories/2005/05/07/60minutes/main693705_page3.shtml?tag=contentMain;contentBody [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Petrov, Nikolai*, 2011: Political Dialects: Why Russia's Regional Election Matters. Online unter <http://carnegie.ru/publications/?fa=43019> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Piontkovsky, Andrei*, 2009: Standing up to the Russian mutant. Online unter <http://www.ebireflections.com/1/1/4> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]

- *Ocharkowa, Jelena, 2007*: Interview mit Wladislaw Surkow: "Putin stärkt den Staat, nicht sich selbst". Online unter <http://www.boell.de/weltweit/europanordamerika/europa-nordamerika-3243.html> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Scherrer, Jutta, 2001*: Zurück zu Gott und Vaterland. Online unter http://www.zeit.de/2001/31/Zurueck_zu_Gott_und_Vaterland [Letzter Zugriff: 28.01.2012]
- *Tennery, Amy, 2011*: Russian Oligarch Oleg Deripaska: Paying Taxes is a Status Symbol. Online unter <http://www.mogulite.com/oleg-deripaska-tax-returns/> [Letzter Zugriff: 28.01.2012]

CURRICULUM VITAE

11/2008 – 01/2012: Diplomarbeit bei Professor Otmar Höll im Fach Internationale Politik.
Thema: Wohin steuert Russland? Reformen in Politik und Wirtschaft unter Putin“

10/2003 – 11/2011: Studium der Politikwissenschaften mit den Schwerpunkten Internationale Politik, Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung, Europa und Europäische Union.

07/2000 & 08/2005: Feri job bei Publimedia Internationale Verlagsvertretung GmbH

10/2002 – 10/2003: Zivildienst am Polizeikommissariat Wien Landstraße. Büroarbeit und Schülerlotse

1994 – 2002: Bundesrealgymnasium Radetzkystraße, 1030 Wien

Abstract

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Entwicklung des politischen Systems während der Präsidentschaft Wladimir Putins (2000-2008). Mit Hilfe demokratietheoretischer Ansätze, der Berücksichtigung der Vorentwicklungen unter Boris Jelzin und der Untersuchung zentraler Teilregime einer staatlichen Ordnung (etwa Wahlen, Rechtssystem, Wirtschaftssystem) sollte, bei Fokus auf einen akteurszentrierten Handlungsansatz, eine demokratiepolitische Bewertung des Präsidentschaft Putins ermöglicht werden. Dadurch sollte sichtbar werden, dass – in Anlehnung an das Konzept der „defekten Demokratie“ - wesentliche Minimalkriterien einer Demokratie so weit verletzt wurden, dass das politische System unter Putin keiner defekten Demokratie mehr entsprach, sondern bereits eine milde Form eines autoritären Systems herausgebildet wurde. Eingebettet ist dies in die Transitions- und Konsolidierungsforschung, wodurch ersichtlich werden sollte, dass Russland bereits unter Jelzin den Weg der Konsolidierung einer Demokratie verlassen hat und, dass unter Jelzin wie auch später unter Putin vielmehr eine Konsolidierung der Macht stattgefunden hat.